



Veröffentlicht mit Unterstützung von:  
Forschungsrat der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt  
Kärntner Universitätsbund  
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur  
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

ALPEN-ADRIA  
UNIVERSITÄT  
KLAGENFURT



KUWI  
@uni-klu.ac.at

© Drava Verlag 2008  
Layout und Druck: Tiskarna/Druckerei Drava  
Alle: Klagenfurt/Celovec  
[www.drava.at](http://www.drava.at)

ISBN 978-3-85435-549-6

Jahrbuch Friedenskultur 2008

# Internationale Krisenherde und Konflikte

Herausgegeben vom  
Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik

Bettina Gruber | Daniela Rippitsch |  
Karl Stuhlpfarrer | Werner Wintersteiner

Drava Verlag Klagenfurt/Celovec

## INHALT

Bettina Gruber | Daniela Rippitsch |  
Karl Stuhlpfarrer | Werner Wintersteiner

### **Einleitung**

Internationale Krisenherde und Konflikte 7

## **KULTURKONFLIKT – KONFLIKTKULTUR – FRIEDENSKULTUR**

Wolfgang Petritsch

Internationale Entwicklungen und Perspektiven  
Interview mit Bettina Gruber 12

Dieter Senghaas

Versinkt die Welt in Kulturkonflikten? 27

Peter Kreuzer

Kulturelle Muster in der Bearbeitung ethnischer Konflikte  
in den südlichen Philippinen und Ost-Malaysia 38

Bruno Schoch

Demokratisierung und innergesellschaftlicher Frieden 58

Michel Cullin

Kulturtransfers, Erinnerungsarbeit und Friedenskultur 73

Brigitte Hipfl

Medien und eine Kultur des Friedens 82

Daniela Ingruber

Illusion Friedensjournalismus 92

Daniela Gronold

Wer muss sich anpassen?  
Flüchtlingspolitik im Spiegel der Medien. Eine Fallstudie 102

## **WELTKONFLIKTE UND KRISENHERDE – AUSGEWÄHLTE BEISPIELE**

Roger Heacock

Im Nahen Osten: Wiedergeburt des Regionalismus  
und Perspektiven für friedliche Lösungen 116

Harald Haas | Andrea Plaschke

»Terroristen« – eine andere Betrachtung 123

Karim El Gawhary

Der Nahe Osten: Die Aussichten der Aussichtslosigkeit 132

Dragoslav Dedović

Bosnien-Herzegowina heute: Freiheit und Ethnopolitik 138

Gerald Hainzl	
Krisen und Krisenmanagement im Tschad und seinen Nachbarstaaten	147
Belachew Gebrewold	
Europäische Friedenspolitik in Afrika	155
Margot Pires	
Burma: Über Aufstände und Massaker seit 1988	179
Christoph Amthor	
Der Schuss auf die Mönche	
Wie Kameras unser Verhältnis zu Burma bestimmen	183
Veronica Futterknecht	
Ein Land der vielen Geister. Gelebte Religiosität und traditionelle Heilkünste im gegenwärtigen Burma	189
Sigi Stupnig	
Der Krieg in Tschetschenien:	
Eine Konfliktanalyse und Friedensperspektiven	195
Susanne Scholl	
Töchter des Krieges – Überleben in Tschetschenien	207
Kai Ehlers	
Wie es zum Krieg im Kaukasus kommen konnte, wer von ihm profitiert und wie die Perspektive aussieht	
Interview mit Harald Neuber	213

## **WIE FRIEDEN GELINGEN KANN – BEST PRACTICE BEISPIELE REGIONAL UND INTERNATIONAL**

Michael Gleich	
Frieden als Thema – Lösungen als Perspektive	
Die multimedialen Projekte	
»Peace Counts und Culture Counts«	220
Barbara Preitler	
Friedensarbeit, Krisenintervention und langfristige Entwicklungszusammenarbeit	
Reflexionen über die dreijährige Ausbildung	
»Trauma Counselling« im Osten Sri Lankas	228
Therese Wintersteiner	
War is over if you want it.	
Cambodia's Long Way Towards a Positive Peace	238

Maria Lind	
Hilfestellung bei der Integration traumatisierter Flüchtlinge in Kärnten	
Ein Psychotherapieprojekt von Aspis, Forschungs- und Beratungszentrum für Opfer von Gewalt	252

## **STUDENT REPORTS – REISEN FÜR DEN FRIEDEN**

Eva Steinbacher	
Jah, Rastafari heißt Amen	
Eine Reise nach Äthiopien	262
Veronika Weindl	
Was will man denn in Palästina?	
Eine Friedensreise nach Palästina	268

## **FRIEDENSPÄDAGOGIK UND POLITISCHE BILDUNG**

Günther Gugel	
Gewaltprävention entwickeln	278
Kathrin Hämmerle	
Jugend und Politik – ein ambivalentes Verhältnis	287
Daniela Rippitsch	
25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung	
Lernen um zu handeln	298
Bettina Gruber	
Das Friedenszentrum – Leistungsbericht 2007/2008	303
Autorinnen und Autoren	317
Pressespiegel	324

---

Bettina Gruber | Daniela Rippitsch |  
Karl Stuhlpfarrer | Werner Wintersteiner

## EINLEITUNG

### Internationale Krisenherde und Konflikte

#### Friedensforschung in einer Welt voller Konflikte

Die Hoffnungen, das Ende der Ost-West-Konfrontation werde eine friedliche Periode der Weltgeschichte einleiten, haben sich nicht erfüllt. Seit dem Jahr 1989 gab und gibt es zahlreiche Konflikte und Kriege, aus verschiedenen Gründen: sei es, dass alte Konflikte aufbrachen, die zuvor durch die kommunistischen Regime, die Blockkonfrontation der Supermächte und die Angst vor einem Atomkrieg unterdrückt worden waren, sei es, dass die beschleunigte Globalisierung für neuen Konfliktstoff sorgte.

Deshalb ist heute mehr denn je eine auf Friedensforschung basierte aktive Friedenspolitik gefordert. Während früher Rüstung und Abrüstung, Entspannung und Rüstungskontrolle im Mittelpunkt der Arbeit standen, ist die Forschungsthematik heute breiter gefächert. Die Konflikte auf dem Balkan, im Nahen Osten, Afrika und in Asien, die Gefahren des Nationalismus, die Probleme der europäischen Integration, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Umweltkonflikte, die Verelendung großer Teile der Welt und die damit zusammenhängenden »Neuen Kriege« sowie nicht zuletzt der Terrorismus stehen heute im Zentrum von Friedensforschung und Friedenspolitik.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, interdisziplinäre Forschung zu betreiben, damit die Ursachen von Konflikten möglichst frühzeitig erkannt, ihrer gewaltsamen Austragung vorgebeugt und politische Regelungen für ihre Lösung getroffen werden können. Aus der Kooperation der Forschung und deren Umsetzung in die Praxis sollen Methoden friedlicher Konfliktaustragung und -bearbeitung bzw. der Prävention von Gewalt und kriegерischen Auseinandersetzungen entwickelt und umgesetzt werden.

### Schwerpunkte des Jahrbuchs

Im vorliegenden Jahrbuch werden ausgewählte globale Entwicklungen und Konfliktherde skizziert, unterschiedliche wissenschaftliche Zugänge dargestellt und aktuelle Diskurse und Handlungsinstrumente näher beleuchtet. Die AutorInnen stellen einige konkrete Projekte vor und beschreiben in Fallstudien die Methoden der Konfliktbearbeitung.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Analyse kultureller Faktoren von Konflikten sowie sich daraus ergebender spezifischer Lösungsansätze. Ein wesentliches Augenmerk wird dabei auf die Rolle der Massenmedien gelegt. Diese werden nicht nur kritisch untersucht, sondern es werden auch positive friedensjournalistische Initiativen präsentiert.

Wir stellen keinen Anspruch auf Vollständigkeit bei der Auswahl der Konfliktherde, sondern es wurden schwerpunktmäßig Krisenregionen ausgewählt, zu denen es an der Universität Klagenfurt mehrjährige Forschungsarbeit gibt bzw. kontinuierlich konkrete Friedensarbeit geleistet wird – wie etwa der Nahe Osten, Tschechien und Sri Lanka. Wir wählten ferner aktuelle Konfliktherde aus, wie Burma, Georgien und den Kaukasus sowie Regionen, die über Jahre eine hohe Medienpräsenz hatten, inzwischen jedoch zu Unrecht wieder aus den Medien verschwunden sind, wie zum Beispiel Kambodscha. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit Afrika, dem vergessenen Kontinent, und der Verantwortung der EU für dessen friedliche Entwicklung.

Der vorliegende Band ist eine Zusammenschau von Beiträgen von WissenschaftlerInnen, die sich einerseits mit der Analyse von Konflikten, jedoch in weiterer Folge mit Voraussetzungen und Rahmen von friedlicher Konfliktbearbeitung, Möglichkeiten von Lösungen von Konflikten und notwendigen Voraussetzungen für ein friedlicheres Miteinander auseinandersetzen. Er beinhaltet Berichte und Einschätzungen von JournalistInnen zu aktuellen Krisenherden und Konflikten sowie Reiseberichte von Studierenden und FriedensarbeiterInnen.

Beim Themenbereich »Friedenspädagogik und Politische Bildung« stellen Mitarbeiterinnen des »Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik« den Universitätslehrgang »Politische Bildung« vor, der im Herbst 2008 sein 25-jähriges Jubiläum mit einer Festtagung und einer Publikation begehen wird, sowie ei-



ne Leistungsschau über Forschung, Projekte und Veranstaltungen in den Jahren 2007 und 2008.

## Offener Umgang mit dem Anderen als Grundlage der Friedenspolitik

Die gegenwärtige Situation stellt uns vor große Herausforderungen: die nach wie vor bestehende atomare Bedrohung, der Klimawandel, der immer mehr Menschen zu Klimaflüchtlingen macht, Hunger und Kriege und die daraus resultierende weltweite Migration – begleitet durch eine zunehmende Beschleunigung aller Lebensbereiche und eine immer größer werdende Intransparenz bezüglich politischer AkteurInnen und Machthaber. Mit anderen Worten: Während die Notwendigkeit einer globalen Friedenspolitik immer wichtiger wird, scheinen die Instrumente der Politik immer stärker zu versagen.

Eine weitere Grundlage für das oft konstatierte Gefühl der Ohnmacht ist die globalisierte Präsenz des »Anderen«. Das Andere, das Undurchschaubare, das sich im Fernen und Nahen ständig zeigt, macht Angst und führt zu verstärkter Aggression und Fremdenfeindlichkeit. Einer der Schlüssel dem zu begegnen, ist die Herstellung von kommunikativen Strukturen und Dialogen. In diesem Zusammenhang meint der Kulturwissenschaftler Wolfgang Müller-Funk:

»Wenn es etwas wie einen dritten Raum, einen Ort der Vermittlung in einer globalen Welt gibt, dann ist es jener vagierende Raum des Dialogischen, nicht nur der offizielle und repräsentative, sondern auch der unorganisierte. Er ist strukturell durch die Vorgängigkeit des Anderen gekennzeichnet. Wo er nicht nur als technisches Mittel angesehen wird, stellt der Andere, der akzeptierte Fremde, die Bedingung der Möglichkeit des Dialogs und damit eine Gemeinsamkeit her, die Menschen in und trotz ihrer Differenz miteinander verbindet. Aber dazu bedarf es keiner ethnischen Auszeichnung, sondern eines Aktes der Selbstreflexion, einer Selbstreflexion, die zugleich eine politische Antwort auf die Globalisierung darstellt, einer unaufgeregten Gelassenheit, ei-

nes Gestus der »GleichGültigkeit«, wenn man so will. Die Wertschätzung des Anderen, innerhalb und außerhalb meiner, resultiert niemals aus einem kulturalistischen Blick, sondern ist eine Setzung, die sich nicht zuletzt im dritten Raum des Dialogs manifestiert ...«<sup>1</sup>

Neben der Herstellung eines Dialogs geht es vor allem um die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Einmischung. Eindrucksvoll sichtbar wurde zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen weltweit auf der 3. Konferenz »Kultur des Friedens. Für eine solidarische Zukunft« der IPPNW<sup>2</sup> im September 2008 im Rahmen einer Wanderausstellung mit dem Titel »Die andere Globalisierung«.

Die Photographin Katharina Mouratidi porträtierte Mitglieder der weltweiten Zivilgesellschaft und GlobalisierungskritikerInnen aus 43 Ländern. Sie fragte Bäuerinnen, ArbeiterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Moslems, Christen und Atheisten, »warum sie das tun, was sie tun«. Die Interviewten berichten von ihrer eigenen Geschichte und ihren persönlichen Beweggründen für ihr Engagement. Die Antworten sind spektakulär und alltäglich, kämpferisch, liebevoll, sehnsüchtig und voller Idealismus und Hoffnung, aber auch berührend und aufrüttelnd. Gemeinsam haben sie eines: die Gewissheit, dass zum Überleben der Menschheit und der zukünftigen Gestaltung ein Bewusstseinswandel unumgänglich ist – hin zu einer anderen Globalisierung, von der alle Menschen weltweit profitieren. Das vorliegende Jahrbuch versteht sich auch als ein kleiner Beitrag zu dieser »anderen Globalisierung«.

Die HerausgeberInnen  
Klagenfurt, im Herbst 2008

- 1 Wolfgang Müller Funk, Ein neues progressives Subjekt in der globalen Welt? Anmerkungen zum Diskurs über den Hybriden In: Wespennest 145/1 (Dezember 2006), 83.
- 2 Die Initiative IPPNW steht für Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges und Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.; einer der prominenten Gründer ist der Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter.

KULTURKONFLIKT  
KONFLIKTKULTUR  
FRIEDENSKULTUR

Wolfgang Petritsch

## Internationale Entwicklungen und Perspektiven

### Interview mit Bettina Gruber

Bettina Gruber führte im Juli 2008 ein schriftliches Interview mit Wolfgang Petritsch. Er ist österreichischer Botschafter bei der OECD in Paris, davor bei der UNO in Genf; ehemaliger Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina (1999–2002); EU-Sonderbotschafter für Kosovo und europäischer Chefverhandler bei den Friedensverhandlungen in Rambouillet und Paris (1998/99). Träger des Europäischen Menschenrechtspreises 2006, Straßburg.

*Bettina Gruber:* Herr Dr. Petritsch, bevor ich mit Ihnen über die aktuellen Entwicklungen am Balkan und im Speziellen im Kosovo spreche, möchte ich Sie nicht nur als Balkanspezialisten interviewen, sondern die Gelegenheit nutzen, Sie als internationalen Experten – besonders auch in Ihrer Rolle als österreichischer Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf ansprechen. Wie sehen Sie die grundlegenden internationalen Veränderungen und Herausforderungen für Europa seit der Beendigung des West-Ostkriegs, bezogen auf neue Machtkonstellationen, im Speziellen die veränderte Rolle der USA, die Bedeutung Chinas, die Entwicklungen im Nahen Osten sowie die verschiedenen Krisenherde in Afrika?

*Wolfgang Petritsch:* Zwei Daten markieren den Epochenbruch zur Jahrtausendwende, zwei Ereignisse freilich, auf die Europäer und Amerikaner sehr unterschiedlich, um nicht zu sagen gegensätzlich, reagiert haben; seltsamerweise finden sich in beiden Daten die Ziffern 9 und 11: Da ist zum einen der friedliche Fall der Berliner Mauer am 9. 11. 1989, die Implosion des kommunistischen Herrschaftssystems, die auf der europäischen Landkarte das eigentliche Ende des Zweiten Weltkrieges markiert.

Im Gegensatz zum positiv besetzten Datum des Mauerfalls, bedeutet 9/11 für die USA das Ende ihrer scheinbaren territorialen Unverwundbarkeit. Der Angriff auf das New Yorker World Trade Center 2001 hat in den USA ein fortdauerndes kollektives Trauma

ausgelöst und die Supermacht in einen »dritten« Weltkrieg katapultiert. Das Ende des vom amerikanischen Präsidenten ausgerufenen »War on Terror« gegen den islamistischen »Feind«, personifiziert in Osama Bin Laden und seinem Terrornetzwerk Al Kaida, ist nicht abzusehen und hat damit durchaus Ähnlichkeiten mit der Ära des Kalten Krieges. Auch dessen Ende – wir erinnern uns – war ebenso wenig absehbar gewesen.

Der friedliche Fall der Berliner Mauer 1989 und der mörderische Angriff auf die New Yorker Finanzkathedrale 2001 markieren gleichsam Anfang und Ende jenes ultimativen Triumphes globaler Wirtschafts- und Militärmacht. Für eine kurze Dauer schien es, als ob sich das westliche System der »Liberal Democracy« weltumspannend durchgesetzt habe. Der US-Politologe Francis Fukuyama schrieb gar vom *Ende der Geschichte*.

Mit der UN-sanktionierten Intervention gegen den Taliban-Staat Afghanistan und – vor allem – mit dem Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein durch die USA – diesfalls gegen den Sicherheitsrat und eine breite europäische Front – war die überwunden geglaubte Idee vom *Krieg als Mittel der Politik* in die internationalen Beziehungen zurückgekehrt. Das dramatische Versagen der Supermacht USA im Nahen und Mittleren Osten hat dort zu geostrategischen Verschiebungen ungeahnten Ausmaßes geführt. Der Iran, Amerikas erklärter Feind seit dem Sturz des Schahs, wurde durch die Zerstörung des repressiven Zentralstaates Irak durch die Hypermacht USA über Nacht zum regionalen Spieler mit Atompotential. Die einseitige Parteinahme der USA im israelisch-palästinensischen Konflikt, die Unterstützung autoritärer arabischer Regime à la Ägypten und Saudi Arabien führte zur weiteren (islamistischen) Radikalisierung, die heute weit über die arabische Welt hinaus – ja bis in die Metropolen des Westens – reicht. Die Hamas im Gazastreifen, die Hisbollah im Libanon, die Al Kaida-Zellen im Maghreb und anderswo in Afrika und Asien, die Anschläge in Bali, Madrid und London, sie skizzieren die Geografie der neuen Bedrohungen. Während sich Asien sozusagen am eigenen Schopf – und durchaus entgegen demokratischer Theorien – aus dem Sumpf der ökonomischen Unterentwicklung herausziehen konnte, ist Afrika weiter zurückgefallen. Mugabes Zimbabwe ist nur ein tragisches Beispiel lokalen Versagens, Beispiel für den Mangel an zivilgesellschaftlicher Entwicklung, kurz, der politisch verspielten grundlegenden Transformation eines vom europäischen Kolonialismus be-

schädigten Kontinentes. Fünfzig, sechzig Jahre nach dem Ende der Kolonialherrschaften fehlt es immer noch an politischer Verantwortungsethik, wie sie sich etwa in Südostasien unter durchaus ähnlich schwierigen Umständen entwickelt hat. Zweifellos ist die westliche Entwicklungsideologie mitverantwortlich, eine Verantwortung die an der momentanen Nahrungsmittelkrise leicht festzumachen ist. 1980 flossen noch 17 Prozent der gesamten Entwicklungshilfe in den agrarischen Sektor dieser Staaten; 2006 waren es bloß noch drei Prozent. Das Prinzip *Hilfe zur Selbsthilfe* wurde sträflich vernachlässigt. Es ist keine böse Unterstellung, wenn ich sage, dass die westlichen Spender gelegentlich großes Interesse hatten ihre eigenen – hoch subventionierten – Agrarprodukte am afrikanischen Markt unterzubringen. Auch die humanitären Lebensmittelspenden – in akuten Situationen notwendig und vom UN-World Food Programme (WFP) engagiert ausgeführt – haben bei exzessiver Anwendung zu Abhängigkeit und der Zerstörung lokaler Produktionsgrundlagen beigetragen.

Gleichsam im Schatten dieser traditionellen Hegemonialkonflikte haben sich – immer bedrohlicher – die »neuen« Herausforderungen unserer globalisierten Welt aufgebaut:

Einerseits hat das rasante wirtschaftliche Erstarken Chinas und Indiens, auch Brasiliens und Russlands, bislang unbekannte wirtschaftspolitische Kraftlinien erzeugt; der *unipolare Augenblick* der USA ist wohl endgültig ein Ding der Vergangenheit.

Womöglich noch wichtiger für die Gestaltung des 21. Jahrhunderts sind die nicht-traditionellen Gefahren ausgreifender Globalisierung: Klimawandel, Verknappung der Energie- und Lebensmittelressourcen, die Krise des neoliberalen Wirtschaftens, wie sie sich in der von den USA ausgehenden – und längst noch nicht überwundenen – globalen Finanzkrise äußert.

Damit habe ich in nur unzulänglicher Weise die großen Fragen unserer Zeit skizziert. Jürgen Habermas hat bereits 1985 von der *Neuen Unübersichtlichkeit* geschrieben – und damit die ideologischen Verwerfungen angesichts der westlichen Systemkrise des Spätkapitalismus bezeichnet. Ich meine, dass wir erst heute so richtig mitten drin sind in dieser globalen Unübersichtlichkeit.

*Bettina Gruber:* Russland wird immer wieder als neuer *Global Player* gehandelt. Militärexperten sprechen sich für eine Assoziation der EU mit Russland aus.

Was halten Sie davon – beziehungsweise was würde das für die Entwicklung Europas bedeuten?

*Wolfgang Petritsch:* Das Gipfeltreffen Russland–EU im tiefsten Sibirien Ende Juni 2008 versinnbildlicht für mich die tektonische Veränderung der europäisch-russischen Beziehungen. Während man noch bei der Lösung des Kosovo-Konfliktes zu meinen glaubte auf Russland verzichten zu können, macht sich – nach deutlichen Zwischenrufen Putins etwa auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2007 – nunmehr in Europa die Erkenntnis breit, Russland als Partner ernst zu nehmen. Dabei sollte weniger die momentane Energieabhängigkeit eine Rolle spielen (Russland wird noch viel Zeit und Energie benötigen, um mit Europa wirtschaftlich gleichzuziehen), sondern die Erkenntnis, dass der eigentliche östliche Nachbar der EU doch Russland ist. Zwar ist eine EU-Mitgliedschaft Russlands nach derzeitigem Stand wohl auszuschließen, aber gerade deshalb sollte man bereits heute über eine sehr spezifische – die USA nicht polarisierende – Partnerschaft nachdenken. Russland als verantwortungsvollen Partner des Westens zu positionieren – das wäre eine lohnende Aufgabe Europas und eine Dienstleistung für die USA und die globale Sicherheit zugleich.

*Bettina Gruber:* Seit Mitte der 1990er Jahre eskalieren weltweit mehr und mehr innerstaatliche Konflikte mit fatalen Folgen für die Bevölkerung der betroffenen Regionen – Hunger, Vertreibung und Völkermord sind die ständigen Begleiter dieser neuen Kriege. Zerfallene Staaten, Privatisierung von Gewalt, Kriegsökonomien, die Verbreitung von Waffen, transnationaler Terrorismus und organisierte Kriminalität, um nur einige Schlagworte zu nennen. Wie ist Ihre Einschätzung dieser neuen innerstaatlichen Konflikte?

*Wolfgang Petritsch:* Wenn ich vorhin von den aktuellen globalen Herausforderungen – den drei Fs *Food-Fuel-Finance* – gesprochen habe, so bedarf dies angesichts Ihrer wichtigen Frage einer Ergänzung. In der Tat gehört dazu ein viertes F – der *Failed State*. Eine Folge des anti-etatistischen Dogmas des wirtschaftlichen Neoliberalismus – in Österreich auf die Primitivformel *Weniger Staat – mehr Privat* gebracht – war im *Post-Conflict State Building* (v. a. in den afrikanischen Krisenstaaten, aber auch in Bosnien und Herzegowina) die

Vernachlässigung des Aufbaus demokratischer und funktioneller öffentlicher Strukturen. Die offizielle westliche Entwicklungspolitik ist heute – aber eben erst heute – zum Schluss gekommen, dass ohne ein Minimum an Staat moderne Gesellschaften nicht funktionieren können. Diese Voraussetzung für Entwicklung und halbwegs gleichmäßig verteilten Wohlstand – in Europa nach 1945 von den USA mit dem *Marshall Plan* erfolgreich initiiert – muss aber von einem gewissen »aufgeklärten Gemeinwohl« begleitet werden. Das aber fehlt vielfach und befördert daher mafiaartige Strukturen, getragen von massiver Korruption, organisierter Kriminalität, von Menschen- und Drogenhandel (der erfolgreichste Wirtschaftszweig des gescheiterten Staates Afghanistan ist der Drogenhandel – 90 Prozent der weltweit umgesetzten Opiate kommen aus dem international überwachten Staat am Hindukusch).

Ich war selbst jahrelang als internationaler Vermittler und Zivilverwalter am Balkan tätig. Ich bin freilich heute etwas skeptischer, was den externen Einfluss auf positive Veränderungen in gescheiterten Staaten – wie eben Bosnien und Herzegowina, wo ich mich ein wenig auskenne – betrifft. Sicher, Bürgerkriege – wie sie im ehemaligen Jugoslawien de facto stattgefunden haben – verbunden mit gravierenden Verletzungen der Menschenrechte, gar Genozide à la Srebrenica oder Ruanda, müssen notfalls mit Militärgewalt von außen gestoppt werden. Aber was die Phase nach dem Ende der Feindseligkeiten betrifft, wenn es um die Rekonstruktion des Staates geht, dann sollte die internationale Gemeinschaft zuvörderst und umgehend lokale – am Konflikt unschuldige Partner identifizieren und sie aktiv in die Verantwortung einbinden. Ich habe dies in Bosnien mit dem Begriff »Ownership« oder *odgovornost*/Eigenverantwortung umschrieben und die Bürger aufgefordert, das Ihre zum Aufbau eines demokratischen Bosnien-Herzegowina beizutragen.

Diese Linie, meine ich, sollte sich in der Planung von humanitären Interventionen – wie sie UNO oder EU immer öfter übernehmen müssen – stärker berücksichtigt werden.

*Bettina Gruber:* In den vorliegenden dramatischen Ereignissen, wie etwa unlängst in Burma oder in den letzten Jahren in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, im Sudan, in Zimbabwe oder Tschetschenien wurden auf der internationalen Ebene Stimmen laut, im Sinne der



»Responsibility to Protect« seitens der internationalen Staatengemeinschaft in innerstaatliche Konflikte einzugreifen.

Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner, der Begründer von »Ärzte ohne Grenzen« forderte im Rahmen der jüngsten Vorkommnisse in Burma die »Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft« ein.

Beim Konzept der »Responsibility to Protect«, das die Staats- und Regierungschefs der UN-Mitgliedsländer bei ihrem Gipfeltreffen im September 2005 beschlossen haben und bei dem die vier Verbrechen: Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine internationale Intervention zur Folge haben soll, stellt sich, wie schon so oft, wieder einmal die humanitäre Interventionsdebatte, die Frage präventives Handeln versus reaktives Handeln und die Forderung der Einbindung des Prinzips »Responsibility to Protect« als anerkannter Bestandteil des Völkerrechts.

Wie sehen Sie die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft in diesem Kontext?

*Wolfgang Petritsch:* Es wird wohl niemanden geben, der der Verhinderung von Konflikten nicht die absolute Priorität einräumen würde. Wie wir aus leidvoller Erfahrung und der täglichen Zeitungslektüre wissen, kommt es in der Praxis der Politik bedauerlicherweise viel zu selten vor. Ich will aber nicht nur kritisch kommentieren, sondern ein Beispiel erfolgreicher Prävention aus unserer Nachbarschaft erwähnen: 2000/2001 ist es der EU mit Hilfe der USA in Mazedonien gelungen, einen Bürgerkrieg zu verhindern. Kleinmütige Politiker, auch in Österreich, haben damals bereits nach der NATO gerufen. Dennoch ist es entschlossenen Diplomaten gelungen, die slawische Mehrheit Mazedoniens mit der albanischen Minderheit (immerhin ca. 25 % der 2 Millionen Bürger des Landes) an den Verhandlungstisch zu bekommen. Das *Ohrid-Abkommen* von 2001 ist ein Schulbeispiel erfolgreicher präventiver Diplomatie. Leider sind wir Europäer viel zu wenig stolz auf die Wirkung von *Soft Power* in scheinbar nur militärisch zu begegnenden innerstaatlichen Konflikten. Die Gefahr in Mazedonien ist längst noch nicht völlig beseitigt. Es muss uns Europäern endlich gelingen, Mazedonien und die anderen Staaten des so genannten Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kosovo – und

natürlich Kroatien) unwiderruflich auf den EU-Beitrittsweg zu loten. Damit könnte Europa auch den Beweis antreten, dass präventive Diplomatie tatsächlich funktioniert.

Was nun das Konzept *internationaler Schutzverantwortung* betrifft – der *Responsibility to Protect*, wie es im Diplomatenkauderwelsch heißt – so bin ich, bei aller Sympathie für den Grundgedanken, vorsichtig, dieses Prinzip nicht zu überdehnen. Hier teile ich nicht Kouchners Meinung. Schließlich hat sich im Falle Burmas auch gezeigt, dass die weltweite Empörung schließlich gewirkt hat. Was mir in solchen Fällen wichtiger scheint, ist die regionale Verantwortung, das Agieren der Nachbarstaaten – im Falle Burmas ist dies China, bei Zimbabwe Südafrika. Hier muss auch die Verantwortung für das Wohlergehen der Nachbarstaaten und seiner BürgerInnen – gerade bei Naturkatastrophen – außer Zweifel gestellt werden. Regionale Organisationen – etwa die OSZE für Europa – sind wichtige Zwischenglieder im globalen Verantwortungsnetz.

Wenn die internationale Schutzverantwortung tatsächlich Wirkung zeigen soll, dann müssen die Kriterien ihres Einsatzes noch viel exakter definiert – und vor allem zwischen den skeptischen Staaten des Südens und den diesbezüglich offeneren Staaten des Nordens – umfassend diskutiert werden. Wie der Irak gezeigt hat, ist die Gefahr des Missbrauchs humanitärer oder menschenrechtlicher oder sicherheitsrelevanter Argumente (denken Sie an die angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak) durchaus gegeben. Davor aber fürchten sich nicht nur die schwächeren Mitglieder der Vereinten Nationen.

Ich bin aber dennoch der Meinung, dass qualifizierte Einmischung in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten – wie etwa von der *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit* 1975 für Europa festgeschrieben – möglich sein muss. Wenn es um schwere und fortgesetzte Verletzungen grundlegender Menschenrechte geht, dann soll staatliche Souveränität ihre absolute Wirkung verlieren. Zimbabwe, Burma, auch Tschetschenien, sind nur einige aktuelle Beispiele. Ich meine jedoch, dass sich damit in erster Linie der UNO-Sicherheitsrat, das oberste politische Gremium der Vereinten Nationen und der UNO-Menschenrechtsrat in Genf auseinandersetzen müssen. Ich bin mir aber durchaus bewusst, dass diese Gremien nicht optimal funktionieren und weit von dem entfernt sind, immer das Notwendige und Richtige zu tun. Als langjähriger

österreichischer Delegationsleiter im UNO-Menschenrechtsrat habe ich mit viel innerem Zweifel mit diesen Unvollkommenheiten umzugehen gelernt. Ein Gedanke aber hat mich dabei immer begleitet, nämlich der, dass wir niemals die Vision eines gerechteren Lebens verraten dürfen. Auch Diplomatie ist das Bohren ziemlich dicker Bretter, um Max Weber zu paraphrasieren ...

*Bettina Gruber:* Die Flüchtlingsbewegungen auf der Welt nehmen enorme Ausmaße an: 42 Millionen Menschen waren 2007 weltweit auf der Flucht. Zumeist nehmen diejenigen Länder Flüchtlinge auf, die selbst um Stabilität ringen.

Was kann die internationale Gemeinschaft unternehmen, um diesen Kreislauf zu unterbrechen?

*Wolfgang Petritsch:* Flüchtlinge, intern Vertriebene, sind sozusagen das »Produkt« von Konflikten, Aggressions- und Bürgerkriegen, wie wir sie vorwiegend auf der südlichen Hemisphäre erleben. Dazu kommen aber in steigendem Ausmaß Menschen, die zur Flucht – nennen wir's Migration – gezwungen werden, weil sich die lokalen Lebensbedingungen dramatisch verschlechtert haben. Der eigene Boden kann die Menschen nicht mehr ernähren. Wüstenbildung, Versalzung und Verkarstung weiter Landstriche, der Anstieg des Meeresspiegels, die Zerstörung der Urwälder, schaffen gleichsam neue Kategorien von – ökologischen – Flüchtlingen. Sehr oft ist es eine Kombination von Konflikt, Umweltzerstörung und fragiler Staatlichkeit, die Menschen in Flucht und Elend treibt.

Erst unlängst habe ich auf dem süd pazifischen Atollstaat Kiribati vom dortigen Präsidenten erfahren müssen, dass seine Regierung ganz offiziell die Evakuierung eines Großteils seiner Bürger plant, da – aufgrund des Klimawandels – seit Monaten kein Niederschlag fällt. Während andere Inselstaaten das Ansteigen des Meeresspiegels fürchten, sind die Bewohner Kiribatis kurzfristig vom Mangel an Trinkwasser bedroht. Längst schon muss Wasser über tausende Kilometer herangeschafft werden, der Anbau von Feldfrüchten findet nur noch in – Wasser sparenden – Plastiktöpfen statt. Die Regierung aber bereitet ihre jungen Bürger auf die Emigration vor, indem sie ihnen eine Ausbildung in Berufen ermöglicht, die in den Empfängerländern gefragt sind – Altenpfleger, Matrosen u. a.

Dieses Beispiel, eines unter vielen, verweist auf die dringende Notwendigkeit umfassender globaler Zusammenarbeit in bislang politikfernen Bereichen. Die eigentlichen Sicherheitsprobleme liegen heute weniger im Bereich klassischer Militärkonflikte, sondern in der Bedrohung unserer gemeinsamen Ressourcen – Wasser, Nahrung, Luft, Klima, Energie – durch unregelte Ausbeutung. Eines ist gewiss: Die Zahl der Umwelt- und Klimaflüchtlinge ist im Ansteigen begriffen und verschlimmert das ohnehin schon prekäre Los der Millionen Flüchtlinge, Vertriebenen und der steigenden Zahl von MigrantInnen.

*Bettina Gruber:* Demokratische Systeme gewährleisten nicht automatisch innerstaatlichen Frieden bzw. friedliche Koexistenz auf zwischenstaatlicher Ebene.

Was sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine Gesellschaft, die einen konstruktiven Umgang mit Konflikten ermöglicht?

*Wolfgang Petritsch:* Ich gebe Ihnen eine sehr konkrete Antwort. In politischen Sonntagsreden wird die EU gut und gerne als »Friedensprojekt« gelobt. Am darauffolgenden Wochentag wird jedoch allzu oft das Gegenteil geplant. Ich meine damit, die zunehmende Militarisierung eben dieses europäischen Integrationsprojektes. Während alle Erfahrungswerte der USA – die 50 Prozent der globalen Militärausgaben tätigt – nachweisen, dass es im Zeitalter globaler Vernetzung keine »militärischen« Lösungen gibt – weder in Afghanistan, noch im Irak noch im Kampf gegen den Terror oder gar bei Ressourcenverknappung und Klimawandel – planen europäischen Strategen die Nachrüstung des Kontinentes. Zugegeben, vieles ist erst in den Köpfen eifriger Planer, oder bestenfalls auf dem Papier. Aber dennoch, allein die Bezeichnung »Battle Group« für ein gemeinsames Einsatzkommando der EU beweist die Absicht und verstimmt mich. Anstatt die bewiesene Überlegenheit ökonomischer, diplomatischer, kurz entwicklungspolitischer Maßnahmen – vom Balkan bis nach Afrika – forciert zu fördern, sehe ich die Gefahr des Abgleitens der EU in die konventionelle Weisheit des *si vis pacem para bellum*. Ein Jahrtausendirrtum, wie gerade wir Europäer wissen müssten.

Was Not tut, ist ein radikales Umdenken hin zum friedlichen Ausgleich und sensibler Gemeinsamkeit, ohne dass man deswegen

blauäugig reale Gefahren und Konfliktpotentiale eskamotiert. Ich habe sie weiter vorne erwähnt.

Was uns immer noch fehlt – und dies trotz positiver europäischer Erfahrungen post-1945 – ist der entschiedene Paradigmenwechsel von einer humanistisch verbrämten *Kultur des Krieges* hin zu einer wirklichen *Kultur des Friedens*. Elternhaus, Schule, Universitäten, Medien, politische Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und NGOs sind vielfach bereits heute Träger dieses neuen Geistes. Ich erinnere Sie daran, dass es kurz vor Kriegeausbruch im Irak in fast allen europäischen Metropolen riesige Demonstrationen gegen den Krieg gegeben hat. Leider wurde dieses Signal von der europäischen Politik nicht aufgegriffen. Offensichtlich ist die Sehnsucht nach Frieden das einigende Band unseres Kontinentes – allein es gibt kaum PolitikerInnen, die dies aufgreifen.

Friedensbereite Gruppen der Zivilgesellschaft in die komplexen Entscheidungsprozesse nationaler und globaler AkteurInnen einzubeziehen, wäre mein Hinweis auf die Möglichkeiten radikal-positiver Lebensgestaltung im Neuen Europa.

*Bettina Gruber:* Das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik interessiert sich natürlich im Besonderen für Fragen des »peacemaking, peacekeeping, peace building und der preventive diplomacy« und für notwendige friedenspädagogische Maßnahmen auf der langfristigen Ebene. Sie, als UN-Botschafter möchte ich im Speziellen auf die im Jahr 2005 von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegründete Peacebuilding Commission ansprechen. Sie hat die Aufgabe der Koordinierung des internationalen Engagements nach Ende bewaffneter Konflikte sowie der Entwicklung kohärenter Strategien zur Friedenskonsolidierung. Sie soll die Nahtstelle zwischen politischem Dialog und konkret friedenskonsolidierender Aktivitäten bilden. Wie sehen die konkreten Aktivitäten aus – welche Möglichkeiten und Chancen liegen bei dieser Kommission?

*Wolfgang Petritsch:* Eines der wenigen erfolgreichen UN-Reformprojekte aus der Ära Kofi Annan ist zweifellos die Gründung der *Peacebuilding Commission*. Dabei ist ihr Entstehen weniger der vorausblickenden Notwendigkeit der internationalen Gemeinschaft zu verdanken, denn einer absoluten Notwendigkeit. Innerhalb weniger

Jahre hat sich die Zahl der Blauhelme weltweit verzehnfacht. Das Budget für friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen beträgt für das soeben begonnene Haushaltsjahr an die fünf Milliarden Euro. Es ist verständlich, dass eine so rasante Zunahme von UNO-Operationen – als Folge des um sich greifenden *weak-state*-Syndroms vor allem in Afrika – eine bessere Steuerung benötigt. Dem soll die Kommission unterstützend entgegenwirken und damit ihren Beitrag zur Professionalisierung dieser Kernaufgabe der Vereinten Nationen leisten. Vieles steckt noch in den Kinderschuhen, so manche Analyse wird noch zu leisten sein, um diese wichtige Einrichtung zum Erfolg zu führen, im Interesse der ansteigenden Zahl bedrohter Menschen.

*Bettina Gruber:* Über die Rolle der »Peacebuilding Commission« hinaus – was sind Ihrer Erfahrung nach zielversprechende peace building Maßnahmen? Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft, die einschlägigen NGO's und die verschiedenen Hilfsorganisationen?

*Wolfgang Petritsch:* Ich beobachte seit einigen Jahren einen zunehmenden Einfluss der Zivilgesellschaft auf Bereiche, die einst die exklusive Domäne von Staaten gewesen sind. Beispiel: Verbot der Landminen und der Streumunition. Bei beiden Prozessen war ich aktiv beteiligt. So war ich Präsident des Landminengipfels in Nairobi (2004) und Vorsitzender der Wiener Konferenz zum Verbot der Streumunition (2007). Was aber wesentlicher ist, ist die Tatsache, dass beide Initiativen ohne aktive Beteiligung von NGOs – vor allem der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten *Kampagne zum Verbot von Landminen* – nicht so rasch und umfassend zu international verbindlichen Verträgen geführt hätten. In beiden Fällen haben die Großen (USA, Russland, China) nicht mitgemacht; andererseits konnten sie jedoch den Erfolg nicht verhindern. Beide Waffengattungen sind heute praktisch geächtet, keine demokratische Regierung (die USA und Israel eingeschlossen) würde es heute wagen, Anti-Personenminen oder Streumunition einzusetzen. Der Prestigeverlust wäre ganz einfach zu groß.

Diese Beispiele zeigen, dass moderne Diplomatie – gerade auch Österreich – aus dem Dunkel der Staatskanzleien heraustreten muss. In der internationalen Politik ist es vorrangig, Partner in der Zivilgesellschaft zu suchen, um dann gemeinsam zu einem Erfolg

zu kommen. Das Verbot dieser furchtbaren Waffen trägt aber auch zur größeren Sicherheit der Hilfsorganisationen bei und motiviert zu noch intensiverem Engagement im Sinne einer besseren Welt.

*Bettina Gruber:* Wie schon eingangs angekündigt, möchte ich mit Ihnen nun über die jüngsten Entwicklungen am Balkan und im Speziellen über die neuesten Entwicklungen im Kosovo sprechen. Bei einer Podiumsdiskussion im Jahr 2004 meinten Sie, dass es die alles entscheidende Frage und der Schlüssel zur Befriedung der gesamten Region sei, wie die Lösung für den Kosovo aussehe. Durch die aktuelle Schaffung eines unabhängigen Kosovo sind jetzt neue Verhältnisse entstanden – wie schätzen Sie die Vorgangsweise bei der Schaffung dieses neuen Balkan-Staates ein und welche Verantwortung hat Europa kurz- und mittelfristig zur Befriedung dieser Region?

*Wolfgang Petritsch:* Ich bin nicht glücklich über den Verlauf des internationalen Kosovo-Prozesses zur Klärung seines künftigen Status. Dabei ist offensichtlich, dass es eine Rückkehr des Kosovo unter serbische Souveränität nicht geben kann; zu viel ist da in den zwischenmenschlichen Beziehungen durch Milošević und Co zerstört worden. Das ist im übrigen auch realistischen Serben klar.

Was jedoch nicht funktioniert hat, war die Einbindung Russlands in die Verantwortung für eine Befriedung des gesamten jugoslawischen Raumes. Da haben die USA und Europa gegenüber dem verletzten Giganten Russland gedankenlos agiert. Jetzt haben wir Europäer die Rechnung präsentiert bekommen. Auf Jahre wird es am Balkan einen Unruheherd geben, der Gefahr läuft, die Nachbarregion des Kosovo zu infizieren. Albaner leben eben nicht nur im Mutterland und im Kosovo (90 % der Gesamtbevölkerung), sondern auch in Mazedonien, Montenegro und in Serbien selbst (Presevo Tal). Das aber bedeutet, dass am Balkan nur regionale Lösungen funktionieren, da die Staaten wie kommunizierende Gefäße funktionieren. Warum? Es gibt keinen Staat in der Region, der nicht eine oder mehrere Volksgruppen aus dem Nachbarstaat zu seinen BürgerInnen zählt. Daher ist es vor allem notwendig, den raschen Aufbau einer Bürgergesellschaft zu fördern. Das ethno-nationale Konzept à la Milošević hat in den 1990er Jahren geradewegs in den Krieg geführt. Die weitere Verfolgung dieses Konzeptes – wie sie dort von den nationalistischen Parteien immer noch be-

trieben wird – behindert die Befriedung und die langfristig notwendige Versöhnung. Daher muss es auch in unserem Interesse liegen, dass sich die Bewohner dieser Staaten in erster Linie als Bürger und dann erst als Angehörige einer bestimmten Ethnie zu fühlen beginnen. Diese Transformation läuft sehr langsam, behindert durch die fortdauernde soziale Krise, Arbeitslosigkeit, überholte Schulsysteme ... Wir aber tragen das unsere dazu bei, indem wir neue administrative Wälle errichten und die Jugend vom Rest Europas abschotten. Die Visapolitik der EU (Schengen) ist mitverantwortlich für die langsame Veränderung.

Daher sehe ich die erste Pflicht Europas, die Heranführung der Staaten des so genannten Westbalkans zu beschleunigen und sich von der Nabelschau nach dem Irland-Referendum rasch wichtigeren Dingen zuzuwenden: und das ist eben die Konsolidierung und Stabilisierung des südöstlichen Teiles unseres Kontinentes. Kosovo ist nur der Anfang, aber diese Herausforderung muss gelingen.

*Bettina Gruber:* Wie schätzen Sie derzeit die wirtschaftliche Situation im Kosovo ein? Wird es überhaupt und wenn ja wann eine Eigenstaatlichkeit auch im Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Exekutive geben? Wie sieht die Bildungssituation im Kosovo aus – Brain Drain der Jungen und Gutsausgebildeten?

Wie ist die Identitätsfrage im Kosovo einzuschätzen? Fühlen sich die Kosovaren als Kosovaren, oder Albaner, Serben oder ...?

Was tut der junge Staat zur Identitätsstiftung, Wirtschaftsförderung, Friedensbildung, Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Menschenhandels ...?

Wie realistisch ist es in Zukunft, den gesamten Balkan innerhalb Europas im Rahmen der EU zu integrieren?

*Wolfgang Petritsch:* Einer Schätzung der Weltbank zufolge wird der Kosovo noch mindestens zwanzig Jahre von internationaler, sprich vorwiegend europäischer Hilfe abhängig sein. Das muss man wissen. Dennoch: was wäre die Alternative zum EU-Engagement? Das verarmte Serbien muss sich froh und glücklich schätzen, nicht für die Kosten des Wiederaufbaus des Kosovo aufkommen zu müssen; es würde die fortgesetzte Unterentwicklung für beide Staaten bedeuten (abgesehen von der Wahrscheinlichkeit eines langen Bürgerkrieges). Daher muss Europa einspringen und



auch für sich die Vorteile sehen: Der Aufbau eines Staates Kosovo wird, wenn er gelingt, viele Gefahren und Unsicherheiten von unseren Staaten fernhalten. Schwache Staaten, das wurde bereits angesprochen, produzieren organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Korruption, Rechtlosigkeit. Diese Phänomene suchen sich Betätigungsfelder anderswo. Bereits heute werden einzelne Sparten der organisierten Kriminalität in Europa und in Übersee von Albanern, Kosovaren, Serben dominiert. Das kann doch nicht die Zukunft Europas sein.

*Brain Drain* ist ein weiteres Stichwort. Hunderttausende Jugendliche aus den ex-jugoslawischen Staaten haben in den letzten Jahren ihre Heimat verlassen (müssen). Sie sind großteils zu wichtigen Mitgliedern unserer Gesellschaften geworden – fehlen aber beim Aufbau ihrer jeweiligen Heimatländer. Auch hier gilt: Vor Ort helfen. Der Aufbau guter Bildungsinstitutionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind wichtige Voraussetzungen für die Stabilisierung des Kosovo. Dann wird sich auch ein selbstbewusstes Bürgertum entwickeln. Ich bin freilich skeptisch, ob sich Serben und Albaner jemals zu einem gemeinsamen Kosovo bekennen werden. Man soll die Hoffnung nie aufgeben, aber das wird, sollte es jemals geschehen, viele Generationen benötigen. Der albanisch-serbische Gegensatz – stark von Mythen motiviert – reicht weit ins 19. Jahrhundert zurück.

*Bettina Gruber:* Welche Präventivkonzepte könnten Sie sich für die Zukunft vorstellen, um die Eskalation von Konflikten, wie sie etwa im ehemaligen Jugoslawien stattgefunden hat, abzuwenden?

*Wolfgang Petritsch:* Bislang ist es nicht gelungen ein tatsächlich funktionierendes Frühwarnsystem zu entwickeln. Alle Beispiele weisen in dieselbe Richtung: Solange es keine bewaffneten Auseinandersetzungen gibt, reagiert die Weltgemeinschaft nicht.

Die EU hat sich das zwar zu Herzen genommen und setzt auf Prävention – Entwicklungshilfe ist ein wichtiges Instrument, ebenso die so genannte Nachbarschaftspolitik; weiters die Einbindung in das multilaterale System wie UNO, OSZE, Europarat und die Aktivierung der Zivilgesellschaft. Aber es ist mir auch klar, dass noch viel mehr zu geschehen hat. Was mir so wichtig ist, habe ich mit dem etwas verwaschenen Begriff der *Kultur des Friedens* zu um-

schreiben versucht. Das können, dürfen wir nicht nur dem Staat überlassen; darum müssen wir uns gemeinsam bemühen.

*Bettina Gruber:* Abschließend noch eine Frage zu einem Schwerpunkt des vorliegenden Jahrbuchs »Friedenskultur 2008«. Die gegenwärtige Friedens- und Konfliktforschung setzt sich sehr stark mit der notwendigen Analyse kultureller Faktoren von Gewalt und Konflikten auseinander, um entsprechende Konfliktlösungen zu unterstützen – aufbauend unter anderem auf Johan Galtungs geprägten Begriff der »kulturellen Gewalt«. Wie sind Ihre Erfahrungen dazu?

*Wolfgang Petritsch:* Es nimmt mir immer noch buchstäblich den Atem, wenn ich – nur ein Beispiel – die unsägliche Phrase von der Leitkultur höre. Hier fließt kulturelle Arroganz und Gewissenlosigkeit *diretissima* in den Bottich der strukturellen Gewalt.

Der blutige Zerfall Jugoslawiens wird oft gedankenlos als ethnischer Konflikt charakterisiert. Diese Interpretation lässt jedoch die kulturellen Faktoren (dazu zähle ich auch die Religionen) außer Acht, die sozusagen den ideologischen Überbau der kruden Machtspiele von Milošević, der jugoslawischen Armee und – nicht zu vergessen – vieler Mitglieder der Serbischen Akademie der Wissenschaften gebildet haben. Dass diese Konstellation in Teilen auch das Tuđman-Regime motiviert hat, verweist bloß auf die Komplexität der jugoslawischen Tragödie.

Insofern ist es durchaus statthaft, aus dem Jugoslawien-Konflikt Schlüsse zu ziehen auf die Verfasstheit des *homo Europeus*. Immerhin ist es aber der europäischen Einigungsbewegung gelungen, einen dünnen Firnis der Zivilisiertheit über den historischen Kriegskontinent zu ziehen.

Dieter Senghaas

## Versinkt die Welt in Kulturkonflikten?<sup>1</sup>

In den Makkabäer-Büchern des Alten Testaments wird die Geschichte des Kampfes der Makkabäer gegen die gewaltsame Hellenisierung Judäas geschildert. Antiochus, der Seleukiden-Herrscher, wollte den Jerusalemer Tempel in ein Heiligtum des Olympischen Zeus umfunktionieren und jüdisches Gesetz verbieten. Durch Tempelschändung und neue Gesetzgebung sollte die jüdische Religion erstickt werden. Der Erzähler berichtet von kriegesischen Auseinandersetzungen, von Kollaboration, vor allem aber von der religiös motivierten jüdischen Widerstandsbewegung, schließlich vom erfolgreichen Aufstand der Makkabäer, angeführt von Judas Makkabäus. Judas Makkabäus gegen Antiochus: das symbolisiert nicht nur kulturelle Differenz, sondern *Kulturkampf*.

Wird die Weltpolitik des 21. Jahrhunderts in Kulturkonflikte alttestamentarischen Zuschnitts hineinschlittern? Die solches behaupten – etwa Johan Galtung, Samuel Huntington und manche, die ihnen folgen, – leugnen nicht, dass es auch weiterhin auf der weltpolitischen Bühne Macht- und Verteilungskonflikte geben werde. Doch die eigentliche Konfliktdynamik werde aus unvereinbaren, kulturell gewachsenen »Kosmologien« resultieren: aus unterschiedlichen Vorstellungen über Mensch, Natur und Transzendenz, vor allem aus sich widersprechenden Konzepten über »die gute Gesellschaft« und eine »gerechte internationale Ordnung«.

In diesen Prognosen werden »civilizations«, also die durch Konfuzianismus, Buddhismus, Hinduismus, Islam sowie westliche und andere Kulturen geprägten Kulturbereiche zur Plattform politischen Handelns erklärt und die Kernstaaten solcher Kulturberei-

1 Ausführlich habe ich zu der hier thematisierten Problematik – Kulturelle Differenz: Sachverhalte, Streitfragen und Handlungsimperative – in meinem Buch *Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst* (Frankfurt a. M. 1998; New York/Oxford 2002; Peking 2004; Tokyo 2006; Seoul 2007) Stellung genommen. Dort finden sich insbesondere eingehende Erörterungen über die Prämissen nicht-westlicher Kulturen und deren Spannungsverhältnis zu den Herausforderungen weltweit sich pluralisierender Gesellschaften.

che zu den Hauptakteuren der Weltpolitik: Die »Bruchlinien« zwischen Kulturen werden demnach auf Weltebene, aber auch im politischen Mikrobereich zu den eigentlichen politischen *trouble spots* der Zukunft.

## I

Diese Vorhersage hat seit den 1990er Jahren weltweit eine intensive Diskussion ausgelöst. Angesichts mangelnder empirischer Evidenz für die These ist dies erstaunlich. Denn in der wirklichen *Weltpolitik* folgt das Außenverhalten der maßgeblichen Akteure weiterhin einer Logik, die sich erkennbar eher aus dem System der internationalen Beziehungen als aus inneren Kulturimpulsen ableitet: Wo sich auf internationaler Bühne Macht zusammenballt, formiert sich Gegenmacht; vor allem werden hegemoniale Bestrebungen fast instinktiv von gegenläufigen Strategien durchkreuzt. Lassen sich nationale Ziele nicht mehr im Alleingang verwirklichen, versuchen Staaten sie über multilaterale Kooperation zu erreichen. Kulturelle Nähe oder Ferne spielt dabei keine Rolle. Und wo dichte ökonomische Verflechtungen verhaltensbestimmend werden, sind hierfür – kulturindifferent – vergleichbar hohe sozio-ökonomische Entwicklungsniveaus die Grundlage, so in der OECD-Welt: An die Stelle der Logik des Machtstaates tritt dann gegebenenfalls diejenige des »Handelsstaates«, nicht aber die »Logik der Kultur«.

Auf letztere Logik wird zum Beispiel abgehoben, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, dass im islamischen Selbstverständnis die Welt zweigeteilt sei, nämlich in die Welt des Islam/Friedens und in die Welt des Auslandes/Krieges: Aufgrund seines universalistischen Anspruches verspüre der Islam den Drang, die Welt der Ungläubigen zu missionieren. Diesem Konstrukt zufolge müsste sich das Verhalten islamischer Staaten gegenüber der Gemeinschaft der Gläubigen, der *umma*, signifikant von demjenigen gegenüber Ungläubigen unterscheiden. Doch in Wirklichkeit folgt die Politik islamischer Staaten von Marokko bis Indonesien in beiderlei Hinsicht ein und denselben Verhaltensmaximen: nämlich opportunistischen Machtkalkülen, ökonomischer Interessenabwägung und nur gelegentlich dem innenpolitisch motivierten Interesse an Revolutionsexport vermittels einer hierfür instrumentalisierten Religion.

Was sich im islamischen Bereich beobachten lässt, zeigt sich auch in Asien. Weder in Ostasien noch in Südostasien ist auf po-

litischer Bühne eine gemeinsame »asiatische Plattform« in Sicht. Ganz im Gegenteil: Das ökonomisch erfolgreiche Ost- und Südostasien wächst in der Folge weiterer Modernisierungsschübe in den westlich bestimmten OECD-Klub hinein – und ist dort aus ökonomischem Kalkül in aller Regel willkommen.

Im Übrigen zeigten sich auf den großen Weltkonferenzen der 1990er Jahre, dass – abgesehen von der Wiener Menschenrechtskonferenz – ganz andere als kulturbestimmte Konfliktlinien die Auseinandersetzungen prägten – so die Kluft zwischen Nord und Süd; zwischen Nuklearstaaten, nuklearen Schwellenländern und Nichtnuklearstaaten; zwischen Staaten mit extrem hohem Bevölkerungswachstum und solchen, deren Wachstum gegen null tendiert; zwischen Staaten, deren hoher Industrialisierungsgrad zu einer reichumsbedingten Umweltzerstörung führt, und weniger entwickelten Staaten, in denen eine armutsbedingte Umweltzerstörung fortschreitet. Weltpolitik wird also immer noch von kulturindifferenten Konfliktlinien weit mehr geprägt als durch real bestehende oder auch nur unterstellte Kosmologien.

## II

Wenn auf der Makroebene der Weltpolitik Kulturbereiche (»civilizations«) als Akteure internationaler Politik nicht beobachtbar sind, bestimmen nicht dennoch auf den Ebenen darunter gegensätzliche kulturelle Orientierungen das Konfliktgeschehen? Ist die These vom »clash of civilizations« *innerhalb von Staaten* gehaltvoller?

Auf den ersten Blick scheint dies durchaus plausibel. In Nordirland standen Protestanten und Katholiken sich bis vor kurzem trotz vieler Friedensbemühungen feindselig gegenüber; im israelisch-palästinensischen Konflikt konfrontieren sich hasserfüllt Juden und Muslime. Im Süden des Sudan erwehren sich Angehörige von Stammesreligionen und Christen der aus dem Norden drohenden Gefahr einer Islamisierung. Im Libanon bekämpften sich in einem mehr als zehnjährigen Bürgerkrieg schwerbewaffnete Milizen, die zwar nicht nur, aber auch Religionsgruppen repräsentierten; eine Art von Neuauflage dieser Konflikte ist seit Jahren zu beobachten. Seit Mitte der 1980er Jahre befehden sich in Sri Lanka buddhistische Singhalesen und hinduistische Tamilen. In Indien ist seit vielen Jahren die Aufschaukelung eines Konfliktes zwischen Hindufundamentalisten und Muslimen nicht auszuschließen. Sun-

nitische und schiitische Muslime liefern sich in Pakistan Gefechte. In Algerien, Ägypten, der Türkei und in Afghanistan sind Islamisten angetreten, laizistische Systeme zu beseitigen. Schließlich: Die Kriege und Konflikte im ehemaligen Jugoslawien gelten als Musterbeispiele für Kulturkonflikte.

Entgegen der Evidenz auf den ersten Blick sind jedoch Kulturkonflikte, in denen unterschiedliche religiöse, kulturelle oder zivilisatorische Vorstellungen über die Gestaltung der öffentlichen Ordnung miteinander rivalisieren, eher die Ausnahme als die Regel. Seit Jahren lässt sich ein solcher *kulturbestimmter* Konflikt beispielsweise innerhalb Israels beobachten: Soll Israel weiterhin gemäß säkularen Prämissen verfasst bleiben, wofür liberale Zionisten einstehen, oder soll, wie es vor allem Ultraorthodoxe und Nationalreligiöse fordern, eine öffentliche Ordnung geschaffen werden, die allumfassend, somit exklusiv »jüdisches Gesetz« verkörpert? Dem *Kulturgehalt* des inner-israelischen Konfliktes kommt ein höherer Stellenwert zu, als er bei jenen Konflikten vorliegt, die heute mit Verweis auf die These vom »clash of civilizations« als kulturell bestimmte Ethnokonflikte diskutiert werden.

Bei der Eskalation dieser heute in aller Welt zu beobachtenden Konflikte sind in aller Regel spezifische religiöse und kulturelle Faktoren *zu Beginn* des Konflikts nur selten von wirklichem Gewicht. Ethnokonflikte entspringen im Wesentlichen aus sozio-ökonomischen Problemlagen. Überwiegend brechen solche Konflikte erst nach langen Erfahrungen krasser sozialer und ökonomischer Diskriminierung auf. Diskriminiert werden in der Welt aber vor allem Minderheiten, weshalb Ethnokonflikte allermeist Minderheitenkonflikte sind. Ein seltenerer Typ von Ethnokonflikt liegt dann vor, wenn – wie einst im Kosovo – eine Mehrheitsbevölkerung (ca. 95 % der kosovarischen Bevölkerung), die Kosovo-Albaner, sich gegen die Apartheidspolitik einer überlagernden Minderheit, die Serben (ca. 5 %), zur Wehr setzt (ähnlich wie einst die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas gegen die Minderheit der weißen Bevölkerung). Mit der Unabhängigkeit des Kosovo (2008) mutierte dieser seltene Fall zum Regelfall: eine Minderheit sieht sich einer dominierenden Mehrheit gegenüber.

Unter den heutigen Bedingungen sozial mobiler, folglich politisierbarer und vielfach schon politisierter Gesellschaften ist es kaum noch möglich, Minderheiten im Kontext einer Mehrheitsge-

sellschaft jegliche soziale Aufwärtsmobilität zu verweigern. Denn auch Minderheiten haben heute meist Zugang zur Schulbildung, vor allem aber zu den Massenmedien. Ihnen bleiben die besseren Lebenschancen der Mehrheitsbevölkerung vor Ort und andernorts nicht verborgen. Wenn aber die Kluft zwischen den Erwartungen sozialen Aufstiegs einerseits und die in die Gesellschaft eingebauten Aufstiegsblockaden andererseits als anhaltend frustrierend erlebt wird, wenn überdies blockierte Lebenschancen als *kollektives* Schicksal der eigenen ethnischen Gruppe empfunden werden, kommt es zur Kulturalisierung von Politik bzw. zur Politisierung von Kultur. Ein solcher Übergang ist unausweichlich, wenn Diskriminierung die kulturelle Dimension (Sprache, Schule, öffentliche Verwaltung, Gerichtswesen u. a.) von vornherein mit einschließt.

Solche Kulturalisierung von Konfliktkonstellationen angesichts blockierter Lebenschancen und daraus resultierender kollektiver Frustration ist kein neuer Sachverhalt. So gewann im 19. Jahrhundert der tschechische Nationalismus seine Massenbasis, als in den Kronländern Böhmen und Mähren innerhalb der Habsburger Monarchie immer mehr Tschechen feststellen mussten, dass ihnen trotz guter Ausbildung die entscheidenden Positionen in Administration, Universitäten, Anwaltskanzleien und vergleichbaren Institutionen nicht zugänglich waren. Über 150 Jahre später verbreitet sich im besetzten Ost-Timor aus demselben Grund bei der neuen jungen Intelligenz ein eigenes kulturelles, auch nationales Bewusstsein, obgleich Jakarta durch eine gezielte Ausbildungsförderung nicht Nationalisten auf der Suche nach einer eigenen Kultur heranbilden wollte, sondern loyale Indonesier: *peine perdue* einer forcierten Assimilationspolitik, wie immer in solchen Fällen.

Ähnliche Erfahrungen, wenngleich mit geringerer politischer Sprengkraft, waren hierzulande noch bis weit in die erste Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zu beobachten: In mehrheitlich protestantisch geprägten Landstrichen hatten Katholiken extreme Schwierigkeiten, auf der sozialen Leiter nach oben zu steigen, ebenso wie umgekehrt Protestanten in Gegenden mit katholischer Mehrheitsprägung. Zur Politisierung der kulturellen Differenz kommt es, wenn Minderheiten die Verwirklichung naheliegender ökonomischer und sozialer Ziele verwehrt bleibt. Kommt es zu einer solchen Eskalation, dann ruft dies eine entsprechende Abwehrreaktion hervor – mit dem Ergebnis, dass eine Auseinander-

setzung, bei der es in erster Linie zunächst um Bildungschancen, Aufwärtsmobilität, qualifizierte berufliche Positionen, Status, Einkommen und politische Teilhabe, nicht aber um Art und Intensität oder Inhalt von Gläubigkeit geht, zu einem Kulturkampf wird: Religion und Kultur werden dann zum politischen Fluchtpunkt; Verteilungs- und Teilhabekonflikte verwandeln sich in Identitätskonflikte. Kulturkampf überlagert die sozialen Kämpfe.

Es ist also Vorsicht geboten, wenn Konflikte, in denen Protestanten, Katholiken, Muslime, Hindus, Orthodoxe im Streit liegen, *von vornherein* als kulturell, das heißt von den Tiefendimensionen der jeweiligen Kultur oder Religion («Kosmologien») verursacht interpretiert werden.

Halten wir also fest: Für die These des »clash of civilizations« eignet sich auch der politische Mikrobereich nicht. Doch die Versuchung, kulturelle Differenzen, schon gar religiöse Unvereinbarkeiten zur Ursache solcher Konflikte zu erklären, ist groß.

### III

Wie soll nun aber gedeutet werden, dass es in der internationalen Diplomatie und auch andernorts eine anhaltende Kulturkonflikt-Debatte gibt? »Asiatische« oder »islamische« Werte werden »westlichen Werten« entgegengehalten und umgekehrt. Die westlichen Werte gelten als individualistisch, asiatische und islamische Werte als kollektivistisch. Die in Menschenrechtserklärungen und in völkerrechtlich verbindlichen Übereinkommen propagierten universalen Menschenrechte werden als westlich-eurozentrisch und damit als Inbegriff einer individualistisch ausgerichteten Kultur kritisiert, weshalb einige Regierungen in Asien und dem Nahen Osten deren Anspruch auf universelle Gültigkeit leugnen.

Auch hier lohnt es sich, an einige Vorläufer zu erinnern. Schon lange vor 1933 wurden in Deutschland, und dies keineswegs nur von Randfiguren (z. B. Thomas Mann im Streit mit seinem Bruder Heinrich), tiefgründige »deutsche Kulturwerte« den für seicht gehaltenen »westlichen zivilisatorischen Werten« entgegengesetzt. Eine vergleichbare Diskussion gab es im zaristischen Russland, wobei sich die Wortführer den Verfechtern eines antiwestliche gesinnten Deutschland verbunden wussten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Kulturdebatte im heutigen Russland neu aufgelebt, nur dass der geistige Koalitionspartner von einst, sich inzwischen dem »zivi-



lisatorischen Westen« angeschlossen hat. Zur Zeit der Sowjetunion wurden in den ideologischen Debatten des Realsozialismus »sozialistische Werte« den »westlich-bürgerlichen« gegenübergestellt. Allerdings begriff man die sozialistischen Werte nicht als Ausdruck der Orientierung an alter Kultur, sondern umgekehrt als Bruch mit jeglicher Tradition: als programmatischen Ausgangspunkt eines ganz neuen Gesellschaftsprojektes und Menschentyps. Demgegenüber betonen heute die Verfechter asiatischer und islamischer Werte deren Verwurzelung in jahrhundertealten Kulturtraditionen.

Doch weder auf offizieller noch auf inoffizieller Ebene verfechten Asiaten durchgängig »asiatische« Werte. Nicht einmal in Ost- und Südostasien, wo diese Debatte ihren Ausgangspunkt nahm, gibt es Übereinstimmungen untereinander. In Japan, Korea und Taiwan nahm man an dieser Debatte im Großen und Ganzen keinen Anteil. Vorreiter waren Singapur und Malaysia. Die chinesische Führung folgte später den Positionen, wie sie von diesen beiden Ländern propagiert wurden. Selbst aus Malaysia dringen ganz verschiedene Stimmen zu uns. Während der frühere Premierminister Mahathir ein dezidiert Verfechter kollektivistischer asiatischer Werte war, plädierte und plädiert sein damaliger Stellvertreter Ibrahim nicht weniger dezidiert für einen modernen, weltoffenen, liberal definierten Islam. Auch in Singapur gibt es eine langjährige Opposition gegen die von den Autokraten an der Spitze definierten autoritären Werte. Nichtregierungsorganisationen aus Asien haben sich in ihren Ländern selbst und auf der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 vehement gegen die Versuche der lokalen Machthaber gewehrt, asiatische Kultur für unvereinbar mit Menschenrechten und Demokratie zu erklären. Schon vor vielen Jahren hatte der damalige Präsident Südkoreas, Kim Dae-jung, in einer Auseinandersetzung mit seinem Kollegen aus Singapur, Lee Kuan Yew, einem der profiliertesten Verfechter asiatischer Werte, auf die Ansatzpunkte für eine eigenständige Begründung von menschlicher Würde und Demokratie in alter chinesischer Sozialphilosophie hingewiesen: Kim erinnerte an die These von Menzies über die Legitimationsbedürftigkeit jeglicher Herrschaft. Selbst Lee Kuan Yew interpretierte später asiatische Werte als eine notwendige, aber nur vorübergehend erforderliche Orientierung im Übergang Asiens zu modernen, weltoffenen und auf weltweiten Wettbewerb ausgerichteten Gesellschaften.

Was die »islamischen Werte« betrifft, so ist auffallend, dass sie vor allem im arabisch-iranischen Raum verfochten werden. Hier haben maßgebliche fundamentalistische Autoren, die zumal für eine Wiederbelebung und extensive Anwendung der Scharia plädieren, ihre Heimat. Demgegenüber findet eine reformorientierte Islam-Debatte vor allem in Südostasien mit seinen ethnisch plural strukturierten Gesellschaften statt. In dieser unterschiedlichen Akzentuierung der Islam-Diskurse spiegelt sich einerseits die chronische Entwicklungskrise Nordafrikas und des Vorderen Orients wider, andererseits der relative, wenngleich keineswegs schon gesicherte Entwicklungserfolg Südasiens.

#### IV

Im Übrigen sollte bei der Interpretation außereuropäischer Vorgänge die europäische Entwicklung nicht außer Acht gelassen werden. Man hat westliche Werte und besonders die Menschenrechte als ein Gewächs europäischer Kultur interpretiert. Das ist richtig: Sie sind ein Produkt europäischer Entwicklung. Aber was heißt hier »europäische Kultur« oder »europäische Entwicklung«? Wenn man die europäische Kultur mit der griechischen Antike beginnen lässt, so ist sie 2500 Jahren alt. Doch nur in den letzten 250 Jahren haben die Idee der Menschenrechte und der politische Kampf zu ihrer Durchsetzung eine Rolle gespielt. Das, was wir heute mit Menschenrechten inhaltlich verbinden, ist offensichtlich nicht in ursprünglichen »Kulturgenen« Europas enthalten gewesen, zumindest nicht prominent. Der überwiegende Teil europäischer Geschichte, gerade auch der Kulturgeschichte, zeigt kaum Sympathien für das, wofür Menschenrechte heute stehen. Es ist deshalb abwegig anzunehmen, die europäische Geschichte hätte aus einer inneren Logik zwangsläufig in einen Sieg der Idee der Menschenrechte, wie wir sie heute verstehen, münden müssen.

Auch die Geschichte der Menschenrechte selbst dokumentiert, dass dem nicht so ist. So sprechen die Menschenrechtserklärungen des späten 18. Jahrhunderts zwar von *den* Menschen, aber in Wirklichkeit gab es keine Skrupel, mit diesem Begriff nur einen Ausschnitt der Menschheit zu meinen: Wer nicht über Bildung und Eigentum verfügte, war lange Zeit nicht gemeint; ausgeschlossen blieben Frauen, auch Kinder, Farbige und Sklaven. Und was exklusiv begann, wurde nicht später erweitert, weil es von der Exklusion zur Inklusion eine innere Logik gibt (sie mag abstrakt bestehen), sondern weil die ursprünglich

Ausgeschlossenen nicht länger bereit waren, diesen Zustand zu ertragen, und weil sie gleiche Rechte einforderten – bis schließlich die Idee obsiegte, dass mit dem Verweis auf Menschenrechte *alle* Menschen *ungeachtet ihrer konkreten Umstände* gemeint sind.

Das *abstrakte Individuum*, bei dem von Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Vermögen, Intelligenz u. a. abgesehen wird, existierte in der standesmäßig zergliederten europäischen Gesellschaft nicht. Die Idee eines solchen Individuums qua Rechtsfigur entstand erst in Auseinandersetzung mit unerträglich gewordener gesellschaftlicher Ungleichheit: angesichts von krasser Privilegierung und Diskriminierung, von Überfluss und Armut, aber auch angesichts neuer bürgerlicher und später proletarischer Schichten, die den überkommenen gesellschaftlichen Rahmen – das *ancien régime* – als unvereinbar mit den eigenen Aspirationen empfanden. Aus solcher Konstellation erwuchs jene politische Sprengkraft *wider die eigene europäische Tradition*, die schließlich und endlich der Idee der Menschenrechte zum Durchbruch verhalf. Erst dann gelang es, den einst auch in Europa standesmäßig-abgestuften, also kollektivistisch schichtspezifisch definierten Menschen zum Menschen per se zu befreien. Erst danach wurden in der öffentlichen Ordnung und folglich in den Verfassungen alle Menschen als prinzipiell gleich und frei und mit einer unveräußerlichen Würde ausgestattet begriffen.

Das war eine tiefgreifende Zäsur. Sie greift viel tiefer, als in jenen Argumenten in der internationalen Werte-Debatte unterstellt wird, die fälschlicherweise in der Idee der Menschenrechte den Ausdruck immerwährender europäischer Kultur oder das finale Ergebnis embryonal immer schon angelegter Kulturmerkmale sehen. In Wirklichkeit waren Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in Zeiten tiefgreifenden Umbruchs das Ergebnis öffentlicher Erregungen auf Massenbasis, einer »colère publique« – angestoßen von Dissidenten, »Umstürzern« sowie sozialrevolutionären und zivilgesellschaftlichen Bewegungen.

## V

Eine solche Betrachtung der europäischen Entwicklung ist auch für ein Verständnis der Kulturdebatten außerhalb Europas von Bedeutung. Dort wiederholen sich in gewisser Hinsicht die aus der jüngsten europäischen Geschichte bekannten Auseinandersetzungen. Alle außereuropäischen Gesellschaften befinden sich heute in einem grundstürzenden Wandel, der zu einer internen Pluralisierung von Wertvorstellun-

gen führt. Die Folge davon ist, dass Traditionen wegbrechen und Neuorientierungen überfällig werden: Manche wollen Europa imitieren, andere ihre eigene Tradition revitalisieren. Wieder andere glauben, moderne Technologie mit alten Werten kombinieren zu können.

Im Übrigen wiederholen sich auf erstaunliche Weise die Argumentationsfronten, die im späten 18. und während des 19. und 20. Jahrhunderts in Europa zu beobachten waren: Individuelle Menschenrechte mit universellem Anspruch werden von den Mächten des Status quo als eine Bedrohung überkommener Werte, eigener Tradition und wohlstandiger Lebensweise begriffen. Demgegenüber sind die Verfechter von Menschenrechten nicht mehr bereit, sich weiterhin autokratischen oder despotischen Regimen, ökonomischer Ausbeutung sowie sozialer und kultureller Diskriminierung zu beugen. Für sie wird erneut der Verweis auf Menschenrechte zu einer politischen Waffe.

Wiederum bringt die »colère publique« die Idee der Menschenrechte auf die Tagesordnung. Und wiederum ist das Ergebnis nicht vorgezeichnet, denn auch außerhalb Europas geht es um eine Zäsur: *Angesichts ökonomischen, sozialen und politischen Umbruchs geraten, wie einst in Europa, die althergebrachten Kulturen mit sich selbst in Konflikt.* Ihre kollektivistisch-korporatistische, überdies häufig patriarchale und paternalistische, insbesondere autokratische Ausrichtung wird darüber fragwürdig. Es entsteht ein »clash within civilizations«: Das ist eine Konfliktkonstellation, die das Selbstverständnis und die Ordnung ganzer Gesellschaften und auch die Auseinandersetzungen innerhalb von Kulturgruppierungen berührt.

In diese kulturellen und ordnungspolitischen Auseinandersetzungen außerhalb Europas, die noch Jahrzehnte dauern werden, könnte Europa seine eigene geschichtliche Erfahrung einbringen. Wirklichkeitsgetreu vermittelt, könnte darüber andernorts eine gewisse Sensibilität für die Unabweisbarkeit und die Legitimität kultureller Pluralisierung und der damit einhergehenden Konflikte gefördert werden, auch der Sinn für Toleranz und entsprechende, in den Verfassungen abgesicherte institutionelle Vorkehrungen. Damit würde dem entgegengewirkt, was den interkulturellen Dialog, auch die Auseinandersetzungen über Menschenrechte allermeist so unfruchtbar macht, nämlich die geschichtsverfälschende Essentialisierung oder Ontologisierung von Kulturen. Bedauerlicherweise hat die These vom »clash of civilizations« diese wirklichkeitsfremde und politisch unfruchtbare Fehldeutung erneut belebt.

## VI

Die Kulturkonflikte der Zukunft werden nicht zwischen »civilizations« ausgefochten werden, was nicht hindert, dass auf diplomatischer und anderer Ebene das Argument vom Zusammenprall der Kulturen aus politischen Gründen weiterhin artikuliert werden wird. In Anerkennungs- und Verteilungskonflikten, die sich gegen Diskriminierung richten, wird eine Politisierung kultureller Differenz immer dann zu beobachten sein, wenn leidlich zufriedenstellende pragmatische Lösungen abgeblockt bleiben. Die wirklichen Kulturkonflikte der Zukunft werden jedoch – die europäische Erfahrung wiederholend – noch lange »within civilizations« ausgetragen werden: zumindest solange, bis auch in außer-europäischen Kulturbereichen die Pluralisierung von Gesellschaft und Kultur als unumkehrbar akzeptiert und nachhaltig institutionalisierte Konfliktregelung von der Art des demokratischen Verfassungsstaates eine Selbstverständlichkeit werden. Dies zu formulieren ist nicht Ausdruck von Eurozentrismus, sondern verweist auf eine objektive Problemlage: nämlich angesichts sich politisierender Pluralisierung Auswege aus einem drohenden chronischen ordnungspolitischen Konflikt oder gar aus drohendem Bürgerkrieg zu finden.

Im Jahre 1998 erinnerte sich Europa an das Edikt von Nantes (1598), ein Dekret, das nach einem fünfzig Jahre dauernden Religions- und Bürgerkrieg nicht ohne eigennützige herrschaftspolitische Interessen des damaligen französischen Königs Toleranz von oben verordnete. Es dauerte noch Jahrhunderte, bis schließlich für die politischen Klassen selbst und für die meisten Menschen in Europa Toleranz zu einer leidlich selbstverständlichen Tugend, *einer immer wieder neu anzueignenden Bürgertugend*, wurde. In Europa waren die dafür erforderlichen kollektiven Lernprozesse langwierig, mühsam und qualvoll. Man tut gut daran, sich dieser wirklichen Geschichte Europas zu erinnern, wenn man die aus Modernisierungsschüben resultierenden Konflikte, die in außerwestlichen Gesellschaften in den kommenden Jahrzehnten unvermeidlich sein werden, verstehen will. Man tut auch gut daran, sich dieser eigenen Geschichte zu erinnern, wenn man sich mit den neuen Herausforderungen auseinandersetzt, die in der Folge von Migration in eben diesen europäischen Gesellschaften erneut zu bewältigen sein werden.

Peter Kreuzer

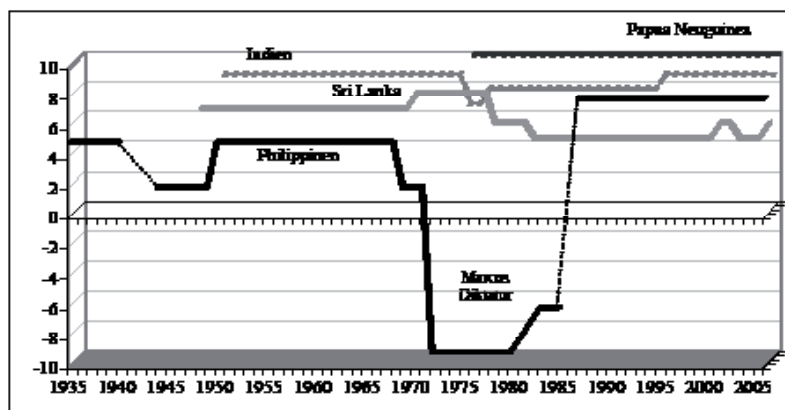
## Kulturelle Muster in der Bearbeitung ethnischer Konflikte in den südlichen Philippinen und Ost-Malaysia

Die meisten Menschen leben in multiethnischen Gesellschaften. Generell ist ethnische Identität keine bloße kulturelle oder »folkloristische« Zutat, sondern bildet die Grundlage umfassender mehrdimensionaler Strukturierungen. Bestimmte Berufe sind manchen Orten nur für die Mitglieder einer über Herkunft bestimmten Gruppe offen oder werden von dieser dominiert, Arm und Reich scheiden sich zumindest teilweise an den Grenzen ethnischer Gruppen, politische Macht wird von einer zum Nachteil anderer Gruppen monopolisiert, die falsche Sprache verschließt oder erschwert Teilhabe, Repräsentation oder das Einfordern von Rechten. Ethnizität schafft damit Unter- und Überordnung. Multiethnizität bildet gesellschaftliche Konfliktlinien aus, die in dieser Form in ethnisch homogenen Gesellschaften nicht auftreten. Damit müssen diese Gesellschaften umgehen – und die meisten tun dies zumindest insoweit relativ erfolgreich, als es ihnen gelingt gewaltsamen Konfliktaustrag zu verhindern oder zumindest auf extrem kleine Gruppen an den Rändern zu beschränken.

**Demokratie als Mittel zur Zivilisierung gesellschaftlicher Konflikte**  
Eine der zentralen Annahmen der gegenwärtigen Entwicklungspolitik im Feld von Konfliktprävention, -bearbeitung und Friedensentwicklung ist, dass Demokratie zwar nicht die einzige, sehr wohl aber eine zentrale Voraussetzung eines friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen gerade auch in multiethnischen Gesellschaften ist. Wie das deutsche BMZ betont, »ist heute weltweit unumstritten, dass es keine glaubhafte Alternative zur demokratisch verfassten Staatsform gibt« (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2003, S. 27). Konsequenterweise gilt Demokratieförderung als eine kaum problematisierte Strategie im Umgang mit gewaltsamen Konflikten, obgleich eine Vielzahl der Länder in der Transformationsphase zwischen Autokratie und Demokratie ein hohes Gewaltniveau (gemessen in Bürgerkriegen) aufweisen. Vollständig ignoriert wurde, dass

auch alte Demokratien jenseits der Ersten Welt in lang andauernde interne Gewaltkonflikte verstrickt sind, aus denen es kaum ein Entkommen zu geben scheint, und deren Bearbeitung auch im demokratischen Kontext über Jahrzehnte kaum Erfolge gezeitigt hat. Als Beispiele für alte Demokratien in multiethnischen Gesellschaften können Indien, Sri Lanka, Papua Neuguinea oder die Philippinen gelten. Diese bekennen sich grundsätzlich zur Demokratie und verfügen über eine weit zurückreichende<sup>1</sup> demokratische Herrschaftspraxis. In den gängigen Indizes erzielen sie relativ gute Werte, obgleich nicht alle durchgängig als Demokratie zählen, sondern zumindest für bestimmte Zeiträume klar verminderte Werte aufweisen.

Polity-Werte<sup>2</sup> von Indien, Sri Lanka, Philippinen und Papua Neuguinea



Wäre Demokratie tatsächlich der Friedensbringer, so sollten gerade »alte Demokratien« relativ erfolgreich in der zivilen Austragung von Konflikten zwischen gesellschaftlichen Gruppen sein. Legt

- 1 Dies ist natürlich immer nur ein relativer Begriff. Für Papua Neuguinea geht er auf das Datum der Unabhängigkeit 1975 zurück, für Indien, Sri Lanka und die Philippinen auf die Jahre 1947, 1948 und 1946.
- 2 Die Polity-Werte setzen sich aus zwei Werten für Demokratie und Autokratie zusammen, die jeweils Werte zwischen 0 und 10 erreichen können. Der Polity-Wert errechnet sich, indem der Autokratie-Wert vom Demokratie-Wert subtrahiert wird. Grundsätzlich gilt, je höher der Wert, desto demokratischer ist ein Gemeinwesen. Als demokratisch gelten Gemeinwesen mit Werten von 6 oder mehr (Quelle: Integrated Network for Societal Conflict Research, [www.systemic.org/inscr/p4v2006.xls](http://www.systemic.org/inscr/p4v2006.xls)).

man die Werte der letzten zwei Jahrzehnte zugrunde, sollte dies besonders für Papua Neuguinea gelten, das durchgängig mit dem Idealwert 10 bedacht wurde, für Indien, das ebenfalls exzellente Werte aufweist und für die Philippinen, die seit ihrer Rückkehr zur Demokratie 1986 stabil auf 8 stehen.

Das ist jedoch nicht der Fall. Die »ideale Demokratie« Papua Neuguinea führte in den 1990er Jahren einen brutalen Bürgerkrieg, gegen die Sezession Bougainvilles. Hinzu kommt eine unverändert hohe Gewaltrate in den Highlands, wo immer noch pro Jahr im Schnitt deutlich mehr als 100 Menschen durch Clan- oder Stammeskriege sterben, eine extrem hohe Mordrate und eine der weltweit vermutlich höchsten Vergewaltigungsraten. Die Vielzahl von Berichten über Folter und Vergewaltigung durch die Polizei verdeutlicht, dass die staatlichen Sicherheitskräfte Teil des umfassenden Gewaltproblems sind. In Indien findet sich über den gesamten Zeitraum eine größere Zahl von Bürgerkriegen bzw. bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen und eine hohe Zahl von gewaltvollen Unruhen, auch sind Polizeigewalt und Folter weit verbreitet. Sri Lanka ist seit 1984 von einem der längsten Bürgerkriege der Gegenwart betroffen und weist auch sonst in vielen Feldern ein hohes Gewaltniveau auf. Ähnliches gilt für die Philippinen. Seit Ende der 1960er Jahre kämpft in vielen Teilen des Landes die Guerilla der New People's Army gegen den Staat und seit 1972 kämpfen im Süden die muslimischen Moros um ihre Unabhängigkeit.

Diese Beispiele illustrieren, dass auch ein über Dauer stabiles demokratisches Institutionenset nicht notwendigerweise einen regelgeleiteten und in jedem Fall gewaltfrei geführten Konfliktaustrag garantiert. Zumindest gleich wichtig erscheinen dazu gehörige Einstellungen und soziale Praxen. Das soll in den folgenden Seiten an den zwei kontrastierenden Beispielen gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung in den multiethnischen Gesellschaften der Philippinen und Malaysias illustriert werden.

### Die kulturellen Fundamente von Frieden

Indien, Sri Lanka, die Philippinen und Papua Neuguinea verdeutlichen, dass Demokratie vor allem eine soziale Praxis und als solche von den Sinnhorizonten der politischen Akteure und der allgemeinen Bevölkerung abhängig ist. Eine demokratische Ordnung kann ihre gewaltseinhegende Funktion nur entfalten, wenn die in den Institutio-



nen agierenden Akteure wie auch die Zivilgesellschaft und die Gesamtheit der Staatsbürger Konflikt so rahmen, dass ein gewaltarmer und fairer Austrag möglich wird, in dem die grundlegenden Bedürfnisse jedes Einzelnen und aller gesellschaftlicher Gruppen befriedigt werden.

Frieden bedarf eines Mindestmaßes sozialer Gerechtigkeit und der Anerkennung individueller und kollektiver Interessen sowie Rechte. Er bedarf politischer Konfliktstile, die ein Mindestmaß an Kompromissfähigkeit, Mäßigung des Konfliktaustrags und Regelbindung aufweisen. Gerade diese letzte Variable, die grundsätzlich unabhängig von den vorfindlichen sozialen Strukturen, den institutionellen Formen und dem Grad der Entwicklung ist, findet in der Literatur zur Genese und Bearbeitung ethnokultureller Konflikte vielfach nur am Rande Erwähnung. Generell dominiert die Ansicht, dass ethnokulturelle Konflikte »harte« Konfliktursachen haben – wie ökonomische Benachteiligung, politische oder kulturelle Marginalisierung von ethnischen Gruppen – und dass hierzu im Konfliktverlauf zusätzliche Faktoren treten, die das ihre dazu tun, die Fronten zu verhärten und den Konflikt zu eskalieren – wie zunehmende Kategorisierung in Freund–Feind Schemata, Gewalt und Gegengewalt und eine Militarisierung der Politik. Die Bedeutung all dieser Faktoren soll hier nicht in Abrede gestellt werden. Hier geht es vielmehr darum, einen der »weichen« Hintergrundfaktoren, der sich einer präzisen Bestimmung leicht entzieht herauszustellen: die Kultur in der und aus der heraus die Konfliktakteure handeln, mittels derer sie ihre Konflikte verstehen und untereinander, aber auch nach Außen kommunizieren.

Ich folge Marc Howard Ross, der betont, dass »the structure of society [is; P. K.] [...] an excellent predictor of who might be an enemy, it is a terrible predictor of how conflictual a society is likely to be in the first place. The culture of conflict is a much better predictor of the level of conflict within a society« (Ross 1998, S. 159). Kultur setzt nicht nur politische Prioritäten, sondern bringt diese auch in eine Reihenfolge und verknüpft sie mit Handlungsstrategien, insofern als »it defines the symbolic and material objects people consider valuable and worth fighting over, the contexts in which such disputes occur, and the rules (both formal and informal) by which politics takes place and who participates in it« (Ross 1997, S. 302).

In konstruktivistischer Manier soll hier betont werden, dass »Fakten« schon immer in kategoriale Ordnungen eingeschrieben

sind, so wie Wahrnehmung immer schon »Wirklichkeiten« konstruiert. Mit Ernst Cassirer gehe ich davon aus, dass sich der Mensch vom Tier durch seine Symboltätigkeit unterscheidet und dass diese »die Vorbedingung für alles Erfassen von ›Gegenständen‹ oder Sachverhalten« (Cassirer 1994, S. 31) ist. Herbert Blumer folgend lässt sich argumentieren, dass:

- »Menschen ›Dingen‹ gegenüber auf der Grundlage der Bedeutungen [handeln; P. K.], die diese Dinge für sie besitzen«,
- »die Bedeutung solcher Dinge aus der sozialen Interaktion, die man mit seinen Mitmenschen eingeht, abgeleitet [ist; P. K.] [...] oder [...] entsteht«,
- »diese Bedeutungen in einem interpretativen Prozess, den die Person in ihrer Auseinandersetzung mit den ihr begegnenden Dingen benutzt, gehandhabt und abgeändert [werden; P. K.]« (Blumer 1981, S. 81).

Es geht im Folgenden vor allem um die Bedeutungen, mit denen die soziale Welt von den Akteuren belegt werden, um die Handlungsmuster, mit denen sie diese Welt formen und ihre Interessen in dieser Welt durchsetzen wollen und die sich in der Interaktion zu Handlungskomplexen verdichten, die Konfliktlinien generieren, vertiefen oder aber überbrücken können.

### Zivile und gewaltförmige Ausprägung interethnischer Konflikte: die südlichen Philippinen und Ost-Malaysia

Damit die obigen Ausführungen nicht im Raum theoretischer Abstraktion schweben, sollen sie über zwei konkrete Beispiele »geerdet« werden: der seit mehr als dreieinhalb Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg zwischen dem philippinischen Staat und der muslimischen Guerilla im Süden des Landes auf der Insel Mindanao und dem Sulu-Archipel und dem bislang gewaltfreien multi-ethnischen Mit- und Gegeneinander auf Sabah im benachbarten Teil Malaysias. Beide Regionen weisen eine Reihe struktureller Ähnlichkeiten auf, die sie gleichermaßen zu Kandidaten für gewaltsam ausgefochtene interethnische Konflikte machen:

- Sie sind rohstoffreich.
- Sie sind von indigenen Minderheiten besiedelt, die sich in Bezug auf mehrere Dimensionen von Ethnizität (Herkunft, Spra-

che, Religion) von der dominanten Mehrheitsethnie unterscheiden.

- Sie liegen an den nationalen Peripherien.
- Sie teilten nicht (oder nur in Teilen) die Kolonialgeschichte der späteren souveränen Staaten Philippinen und Malaysia.
- Ihre Bevölkerung sprach sich in den letzten Jahren der Kolonialzeit gegen eine Inklusion in zukünftigen Staatsverbänden aus.
- Bei der Unabhängigkeit waren sie im intra-staatlichen Vergleich rückständige Regionen.

Die moderne Geschichte dieser Regionen innerhalb der zwei jungen Staaten unterschied sich trotz dieser ähnlich kritischen Ausgangsbedingungen fundamental und es sind diese Unterschiede in der ökonomischen, sozialen und demographischen Entwicklung, die zunächst zu erklären scheinen, warum es in den Philippinen 1972 nach einem Vierteljahrhundert allmählicher Eskalation zu einem bis heute andauernden Bürgerkrieg kam, während im anderen Fall das keineswegs problemlose Nebeneinander der verschiedenen ethnischen Gruppen gewahrt werden konnte. Die im Folgenden skizzierten Unterschiede der Entwicklung dieser Regionen sind jedoch nicht das Ergebnis historischer Zufälligkeiten, sondern folgten aus einer Reihe von politischen Entscheidungen, deren typische Präferenzmuster sich als Folgen unterschiedlicher Wahrnehmung zentraler politischer Kategorien – politische Führung, Autorität, Konflikt und Kooperation, Kompromiss, Interesse u. v. m. – erweisen. Kurz: kulturell formierte kognitive Muster führen zu Handlungsstrategien und konkreten Politiken, die ihrerseits teilweise drastische Effekte auf die Chancen ethnischer Minderheiten haben, ihre Interessen mit friedlichen Mitteln erfolgreich verfolgen zu können. Erst wo dies nicht mehr gegeben scheint, wird Gewalt zur politischen Handlungsstrategie.

### Kontrastierende Pfade der Entwicklung

Ein erster zentraler Unterschied ist der Umgang mit der Demographie der peripheren Regionen.<sup>3</sup> Während im Falle Sabahs die indigenen Gruppen zu keinem Zeitpunkt über umfassende Transmigra-

3 Zu den Details der folgenden stark verknüpften Ausführungen siehe Kreuzer/Weiberg 2007.

tionsprogramme in ihren eigenen Heimatregionen marginalisiert wurden, förderte die philippinische Regierung, wie schon die amerikanische Kolonialregierung die Ansiedlung christlicher Filipinos in muslimisch besiedelten Regionen Mindanaos. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde die muslimische Mehrheit zu einer in manchen Regionen teilweise verschwindend kleinen Minderheit. Zwar sank auch in Sabah der Prozentsatz der indigenen Gruppen an der Gesamtbevölkerung, jedoch bei weitem nicht in so dramatischem Maß, wie in weiten Regionen Mindanaos. Der Anteil der ursprünglich vom Festland eingewanderten Malaien erhöhte sich zwischen 1911 und 1991 nur von drei auf knapp über sechs Prozent, um dann bis 2004 noch einmal stärker auf 12,2 Prozent zu wachsen. In Sabah liegt das eigentliche Problem nicht in der massiven Immigration von Mitgliedern der nationalen Mehrheitsethnie (Malaien), sondern von Indonesiern und Filipinos, die inzwischen ca. 25 Prozent der Bevölkerung stellen.

Um Binnenmigration und eine Marginalisierung der Sabaher im eigenen Land zu verhindern waren im Einigungsvertrag, mit dem sich Sabah, wie auch das benachbarte Sarawak, sowie Singapur 1963 mit dem schon 1957 gegründeten Malaya zu Malaysia zusammenschlossen, spezielle Sonderrechte garantiert worden, die sich auch in der Verfassung wiederfinden. So galten nicht nur Sonderregelungen für Sprache und Religion sowie für die Repräsentanz auf der föderalen Ebene, sondern eben auch für die möglicherweise wichtigste aller Fragen, die der Immigration. Danach gilt in Sabah (und Sarawak) keine Niederlassungsfreiheit für Westmalaysier. Wenn Westmalaysier sich in einem der Staaten Ostmalaysias niederlassen wollen, bedürfen sie dazu in jedem Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Gliedstaatsregierung. Betont werden muss, dass sich Ostmalaysier umgekehrt in allen Gliedstaaten Westmalaysias niederlassen dürfen. In diesem Sinne funktioniert diese Klausel eindeutig im Sinne eines *affirmative action* Programms zur Besserstellung der Bevölkerung der ursprünglich ökonomisch und in Bezug auf Bildung rückständigen östlichen Regionen Malaysias. Diese Entscheidung für eine asymmetrische Beschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte im Staatsvertrag erwies sich letztlich als ein zentrales Fundament der Überlebens- und Wettbewerbsfähigkeit der indigenen Gruppen in den peripheren Regionen Malaysias.

Anders in den südlichen Philippinen. Hier siedelten sich Hunderttausende von Binnenmigranten zwischen den 30er und 60er Jahren des 20. Jahrhundert mit staatlicher Hilfe an und verdrängten in vielen Fällen die muslimische Bevölkerung. In Mindanao sank der Anteil der Muslime auf gerade einmal noch 20 Prozent der Bevölkerung. In vielen Regionen, gerade denen, die sich relativ schnell entwickelten, wurden Muslime zur marginalen Gruppe – wie in der Region um die Großstadt Davao, wo sie nicht einmal mehr vier Prozent der Bevölkerung stellen. Die muslimischen Regionen galten bis in die 1960er Jahre als der »Wilde Westen« der Philippinen, wo sich durchsetzungsstarke Siedler nehmen konnten, was sie wollten, und eine reale Chance hatten, sich eine neue Existenz aufzubauen – freilich auf Kosten der ansässigen Bevölkerung, die schließlich 1972 den bewaffneten Kampf aufnahm und damit bis heute den Prozess der Landnahme zumindest weitgehend stoppen konnte. Eine Chance, die Transmigration mit gewaltfreien politischen Mitteln zu stoppen, hatte zu keinem Zeitpunkt bestanden. Die politische Elite der Muslime hatte in den Jahren vor Ausbruch des Bürgerkriegs immer wieder im parlamentarischen Raum auf die dramatische Verschlechterung der Zustände aufmerksam gemacht, blieb aufgrund ihrer politischen Marginalität jedoch wirkungslos.

Ein zweiter zentraler Unterschied findet sich in Bezug auf die ökonomische und soziale Entwicklung dieser gleichermaßen peripheren Regionen. Die letzten Jahrzehnten haben in den muslimischen Regionen Mindanaos in keiner Form zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung geführt. In Bezug auf sämtliche Indizes sozialer und ökonomischer Entwicklung gehören die muslimischen Regionen nicht nur zu den nationalen Schlusslichtern, in vielerlei Hinsicht hat sich die Situation über die letzten Jahrzehnte teilweise dramatisch verschlechtert. So lebten 1988 nach Schätzungen innerhalb der Autonomen Zone in Muslim Mindanao (ARMM) nur 23,4 Prozent der Bevölkerung unterhalb des Armutsniveaus. 1991 waren es schon 34 Prozent, 1997 50,2 Prozent und im Jahre 2003 zählten über 60 Prozent zu dieser Kategorie (Balicasan 2007, S. 7).

Anders ist die Situation auf Sabah. Obgleich Sabah schon immer als eine der rückständigsten Regionen Malaysias galt und dies immer noch zutrifft, ist doch hervorzuheben, dass die periphere Regi-

on über die letzten Jahrzehnte durchgängig am nationalen Wohlfahrtsgewinn teilhatte. Die Armut, gemessen in Prozent der Haushalte, sank von über 58 Prozent noch im Jahr 1976 und ca. 30 Prozent 1980 auf »nur noch« 23 Prozent im Jahr 2004. Damit bildet Sabah zwar immer noch das Schlusslicht in Malaysia, kann jedoch über die letzten Jahrzehnte immerhin einigen Erfolg aufweisen. Nichtsdestoweniger hat die als kritisch wahrgenommene Situation in Sabah zu einem milliardenschweren Programm der nationalen Regierung geführt, mit der die Situation in den nächsten Jahren deutlich verbessert werden soll.

Ein dritter Unterschied findet sich, wenn man die Modi politischer Repräsentation analysiert. Hier ist zu konstatieren, dass die Chancen der Sabaher auf selbstbestimmtes politisches Handeln in den von ihnen bewohnten Gebieten, wie auch die Optionen politischer Teilhabe auf der nationalen politischen Ebene deutlich höher lagen als die der Muslime in den vorderhand weitaus demokratischeren Philippinen.

Zunächst erscheinen die Philippinen als das mit Ausnahme der Ära des Kriegsrechts unter Marcos weitaus demokratischere Land, in dem Regierungen seit vielen Jahrzehnten (fast) mit jeder Wahl wechseln, während für Malaysia gern das Stereotyp des weichen Autoritarismus und der seit der Staatsgründung anhaltenden Herrschaft durch eine Mehrparteien-Allianz (Barisan Nasional) unter Führung der malaiischen UMNO (United Malays National Organization) bemüht wird. Malaysia verfügt über einen starken Staat, Beschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit, sowie ein spezielles Gesetz, dass bei Bedrohungen der nationalen Sicherheit Inhaftierungen ohne Anklage oder Verfahren von bis zu zwei Jahren gestattet (Internal Security Act). Darüber hinaus ist der Diskurs über bestimmte Themen unter Strafe gestellt. Nichts davon gilt für die Philippinen. Diese sind geprägt durch eine große Anzahl von Parteien, die immer wieder zu mehr oder weniger dauerhaften Koalitionen zusammenfinden. Presse- und Versammlungsfreiheit sind gewährleistet und kritische Intellektuelle brauchen keine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren zu fürchten. Zivilgesellschaftliche Organisationen finden sich in großer Breite zu allen politisch relevanten Themen, so dass wohl kaum ein Skandal unbeobachtet bleibt. Den an der nationalen Peripherie beheimateten Muslimen kamen diese scheinbaren Vorteile jedoch in keiner Form zugute. Vielmehr lässt sich argumentieren, dass die

Strukturen philippinischer Politik dafür mit verantwortlich waren, dass der Konflikt nicht in der Frühphase eingeeht werden konnte, sondern sukzessive eskalierte und sich auch nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs bis heute kein Weg zurück finden lässt. Die Kontrastierung der Systeme macht deutlich, warum innerhalb der (formal betrachtet) weitaus freieren und demokratischeren Ordnung der Philippinen für viele gesellschaftliche Gruppen weniger Chancen auf Interessenrepräsentation bestehen als im semi-autoritären Malaysia.

Während in den freiheitlichen Philippinen ethnische Identität keine Grundlage politischer Organisation bildet, ist sie in Malaysia schon seit dem Beginn der Verhandlungen über die Unabhängigkeit direkt nach dem Ende des II. Weltkriegs das alles andere bestimmende Fundament politischer Partizipation und Repräsentation. Alle politischen Parteien sind de facto ethnische Parteien, auch wenn viele einige wenige Mitglieder haben, die anderen ethnischen Gruppen angehören – dies gilt im Wesentlichen auch für die Oppositionsparteien, die bei den letzten Wahlen von 2008 eine massive Stärkung ihrer über lange Jahrzehnte ausnehmend schwachen Position erfuhren. Bis 1994 war die national führende UMNO in Sabah (wie bis heute im benachbarten Sarawak) nicht vertreten. Sabah wurde in den Gremien der Regierungsallianz ausschließlich durch Parteien vertreten, die nur in Sabah zur Wahl antraten und sich explizit als Vertreter der politischen Interessen dieser Region, bzw. einzelner Bevölkerungsgruppen dieser Region verstanden. Obgleich nach einer heftigen politischen Krise UMNO 1994 zu den Gliedstaatswahlen in Sabah antrat und seitdem als führende Kraft der Gliedstaatsregierung fungiert, blieb die starke Gliedstaatsorientierung im Großen und Ganzen auch später gewahrt. Während das malaysische System kaum Freiräume für politische Agitation und Mobilisierung jenseits des parlamentarischen Raumes eröffnet und die Opposition kaum Chancen hat, den politischen Prozess in einem nennenswerten Maß zu beeinflussen, da sie in den Medien kaum zu Wort kommt und kritische Themen nicht öffentlich thematisiert werden dürfen, eröffnet das System insbesondere ethnisch konfigurierten Gruppen beträchtliche (zumeist informelle) Räume politischer Repräsentation und Einflussnahme. Die ständig wachsende Mitgliedschaft der Barisan Nasional von ursprünglich drei auf 14 Parteien und die wiederholte Aufnahme von Parteien, die zunächst als Opposition begonnen hatten, illustriert eine sehr spe-

zifische Strukturierung der Input-Funktionen des politischen Systems: politische Sozialisation, Rekrutierung, Interessenartikulation und -aggregation erfolgen durchgängig in ethnischen Kategorien. Bevorzugte Arenen sind kleine Elite-Zirkel der mainstream-orientierten ethnischen Parteien. Zentral ist, dass Regierung immer als übergroße Allianz von Vertretern möglichst aller ethnischen und regionalen Interessen konzipiert wurde. Regierung war niemals die kleinstmögliche Mehrheit, obgleich so die Interessen der Beteiligten sicherlich oft hätten maximiert werden können, da weniger Parteien hätten bedient werden müssen. Regierung wurde immer als breitestmögliche Allianz konzeptionalisiert, in die soweit möglich auch politische Gegner eingebunden wurden, wenn diese bereit waren, die Spielregeln des Machtkartells zu akzeptieren. Als zentrale Spielregel kann gelten, dass Einflussphären vor den Wahlen abgesteckt werden, ein Mindestmaß an Sitzen, Posten und Einfluss unabhängig vom Wahlerfolg der einzelnen Parteien garantiert wird und keine Konkurrenz der Kartellmitglieder auf dem Markt der Wahlstimmen zugelassen wird. Im Gegenzug liefert das System für alle partizipierenden Gruppen ein Mindestmaß an reklamierbaren Erfolgen.

In vielerlei Hinsicht ist das philippinische System das genaue Gegenteil des malaysischen, insbesondere was die Rolle von Parteien und politischer Konkurrenz angeht. Zwar lässt sich auch in den Philippinen in gewissem Sinn von einem Machtkartell sprechen, dies ist jedoch eines von oligarchischen Elitefamilien und damit von einer viel größeren Zahl deutlich kleinerer Einheiten. Diese bündeln ökonomische, soziale und politische Macht. Da die Verwaltung kaum gegen die Politik isoliert ist, ergibt sich eine umfassende Politisierung des Staates. Die Brückenfunktion der politischen Familien hebt die machtbefränkende Differenzierung funktionaler Sphären ebenso wie die dem demokratischen System eigene Gewaltenteilung aus. Zum Zweck politischer Organisation schaffen Familien und Familienallianzen nach Gusto Parteien. Entsprechend organisierte Interessen können in diesem System erfolgreich verfolgt werden, nicht jedoch Interessen, die auf einer anderen Strukturierung beruhen. Ethnische Interessen sind im Kontext parlamentarischer Politik in den Philippinen nicht organisationsfähig, insoweit als die relevanten politischen Akteure Politik »unterhalb« oder »außerhalb« der Kategorie der ethnischen Gruppe strukturieren. Obgleich dem Nichts entgegengestanden hätte, gab es zu



keinem Zeitpunkt einen ernsthaften Versuch der Organisation einer ethnisch formierten Partei durch die Moros. Protest wurde im System in klientelistischer Manier zum Ausdruck gebracht – und verlief entsprechend regelmäßig im Sande. Im Parlament blieben die Moros durchgängig politisch marginalisiert. Die kollektive Schlagkraft tendierte gegen Null, da sie in ihrer politischen Selbstorganisation durchgängig dem traditionellen philippinischen Muster der politischen Familie folgten. So konnten und können politisch starke muslimische Persönlichkeiten zwar durchaus nicht unbeträchtliche Ressourcen für die von ihnen dominierten Regionen gewinnen, doch nicht auf einer kollektiven Basis für die Moros, sondern auf einer kleinräumigen territorialen Basis und gleichfalls nicht im Sinn der Sicherung fundamentaler Interessen der ethnokulturellen Gruppe, sondern nur in Form von Finanzmitteln, die in klientelistischer Manier verteilt werden konnten. Nicht zuletzt sollte betont werden, dass, fundamental anders als in Malaysia, Regierung im Wesentlichen aus der beständigen Organisation knapper Mehrheiten in Kongress und Senat besteht und in diesem Sinn gerade nicht inklusiv, sondern am Prinzip der kleinstmöglichen Mehrheit orientiert ist, deren Teile durch eine Vielzahl partikularer Deals immer neu »gekauft« werden müssen. Das Prinzip der einfachen Mehrheit, durch das breite Gruppen auf Zeit exkludiert werden, die Fragmentierung politischer Akteure und die Partikularität der (familial organisierten) politischen und ökonomischen Interessen, die es für die Regierung zum eigenen Überleben zu befriedigen gilt, stehen gleichermaßen gegen die erfolgreiche Verfolgung kollektiver Interessen von Gruppen, die nicht der herrschenden oligarchischen Elite angehören oder in ihr eine marginale Position innehaben.

### Der kulturelle Rahmen unterschiedlicher politischer Konfliktbearbeitungsmodi

Die obigen Skizzen zweier kontrastierender Entwicklungslinien scheinen aus sich zu erklären oder zumindest plausibel zu machen, warum die Moros in den Philippinen zu den Waffen griffen, während die Kadazandusun in Sabah durchgängig dafür optierten, ihre Interessen im parlamentarischen Raum und im Kontext des in Malaysia immer beschränkten öffentlichen zivilgesellschaftlichen Diskurs verfolgten. Sie bilden unterschiedliche Rahmenbedingungen der Entscheidung für oder gegen bewaffneten Widerstand, sind je-

doch gleichzeitig ihrerseits erklärungsbedürftig, weil sie sich in beiden Fällen als Ergebnisse gezielten politischen Handelns beschreiben lassen, das seinerseits erklärungsbedürftig ist. Die unterschiedlichen Politiken in den zwei Ländern, die im einen Fall auf ethnisch fundierten Identitäten, im anderen Fall auf a-ethnischen familialen Identitäten basieren, zeigt, dass Politik in den beiden Ländern auf der Basis von unterschiedlichen Wahrnehmungsmustern strukturiert wird. Diese Unterschiede liegen den unterschiedlichen Handlungsmustern zugrunde, durch die der politische Raum strukturiert und machtpolitisch durchdrungen wird und die sich in unterschiedlichen Politiken gegenüber ethnischen Minderheiten niederschlagen, mit dem Effekt ökonomischer und politischer Teilhabe im einen und multidimensionaler Exklusion im anderen Fall.

Grundsätzlich gilt, dass mit den unterschiedlichen Wahrnehmungsmustern jeweils eigene Handlungsstrategien korrespondieren. Obgleich in beständiger Verhandlung und Umformung begriffen, bilden geteilte interpretative wie Handlungsmuster doch die zentralen Fundamente der durch sie umrissenen kulturellen Gruppen. Politische Akteure in den Philippinen und Malaysia unterscheiden sich nicht nur durch unterschiedliche Strategien im Umgang mit Problemen, sondern schon durch die Problemdefinition. Zentrale Kategorien gesellschaftlicher Ordnung – Legitimität, Gerechtigkeit, Herrschaft, Autorität, Macht – lassen sich zwar in einer abstrakten Form universalisieren, handlungsleitend werden sie jedoch in kulturell differenzierten partikularen Formen. Aus diesen wie auch aus den im Zusammenspiel erzeugten Ordnungsmustern erwachsen Chancen und Gefahren, konfliktformierende, sowie -inhibitive wie eskalatorische Dynamiken im Zusammenleben ethnischer Gruppen. Die demokratische Form wie auch ihre formalen Institutionen sind für sich genommen kein Gegenmittel gegen eskalatorische Tendenzen im konfliktbehaftetem Zusammenleben ethnischer Gruppen, sondern hängen in ihrer Wirkungsweise von den kulturellen Rahmungen durch die Akteure ab.

Um die Abstraktion des Arguments in die Konkretheit spezifischer Wahrnehmung zurückzuführen, werden einige durchaus typische Charakterisierungen zentraler politischer Kategorien durch politische Akteure in Ostmalaysia und auf Mindanao gegenübergestellt.<sup>4</sup>

4 Alle folgenden Zitate aus Interviews, geführt vom Autor in den Jahren 2004 und 2005 in Mindanao, Sabah und Sarawak, teilweise anonymisiert.

Wie etwa wird politische Führerschaft charakterisiert? Welche Qualitäten braucht es und worauf muss sich ein politischer Führer verlassen können? Typische Antworten auf diesen Fragekomplex verdeutlichen den kognitiven Hintergrund sozialen Handelns – familienbasiert, auf eine Maximierung des eigenen Gewinns orientiert, exkludierend und mit einer latenten Bereitschaft, zum Zweck der Interessendurchsetzung auch Gewalt einzusetzen, im Fall der Philippinen sowie auf die Interessen der ethnischen Gruppe bezogen, dabei aber grundsätzlich kompromiss- und verhandlungsorientiert im Kontext einer Ordnung, die private Gewalt nicht einmal im Ansatz zu tolerieren bereit ist im Fall Malaysias.

### Was braucht es für den erfolgreichen politischen Führer in den Philippinen?

Ein führender philippinischer Repräsentant einer internationalen Hilfsorganisation in Muslim-Mindanao fasste die notwendigen Qualifikationen knapp zusammen:

*»In areas like this [...] you have to be like a warlord to be respected. [...] It's a very feudal system. [...] you have to exact fear from your constituents. It gets you respect. Number two it's again economic power. [...] So its guns, gold and goons. The three Gs.«*

Ein Führer der Moro Islamic Liberation Front (MILF) stimmt dem zu, wenn er betont, dass »these people are up there not because they are still respected by the people, they are loved by the people, but because they're able to coerce, they are able to use force in maintaining themselves.«

Die Bereitschaft zur bedingungslosen Verfolgung der eigenen Interessen korreliert mit einem extrem exkludierenden Politikstil, der öffentliche Güter weitestgehend nach Kriterien persönlicher Loyalität verteilt, wie weiterer Führer der MILF formuliert:

*»If you support (the right clan; P. K.), after that [...], you know, here the winner takes all. [...] If you support the winner, then you will be given concessions, political interest, anything that is not beyond reason.«*

Und ein prominenter Lokalpolitiker ergänzt, er skizziert die zentralen (weil überlebenswichtigen) Fundamente der lokalen Politik:

*Clan politics is still very strong. Your affiliation to your clan, to your family is still more important than your affiliation with the other groups, because if something happens to you, then the only people you can turn to is your family, your clan. So you don't abandon, because that's your support group. That's*

*your natural group. And if you don't have that natural group, anybody can, with the security situation in the south, anybody can kill you. Nobody will take up your corpse, nobody will take care of your family.»*

Orlando Quevedo, der Erzbischof von Cotabato verdeutlicht die Implikationen dieser Konzeptionalisierung von politischer Führerschaft für die Funktionsprinzipien der philippinischen Demokratie, die in eine Kultur der Patronage eingebettet ist:

*»Democracy is obviously patron-client relationship, where the politician is the patron, like padrino, meaning to say, he acts in a paternalistic way to his subjects, the clients. And when he is voted into power he is expected to take care of all these people who have voted for him. [...] Not out of a sense of justice, but out of a sense of kindness to them. And the people expect rewards given to them, not so much in terms of justice again, but: »Ah, he is a friend of ours. Because we voted for him, therefore he will give us a bridge, he will give us a road.«*

Was beim Erzbischof einen kritischen Unterton hat, wird aus Sicht eines reformorientierten Lokalpolitikers zum normativen Modell:

*»We respect our father. Whatever our father says, it goes. And the Filipinos as a family, you know, the father dictates the family. The family is a small governance. Spread out everywhere in the Philippines it's paternal. There must be some power imposed in the family, so that the children will not make foolishness. So, if we adopt the Western concept of democracy even children can sue their father. It will not work here. So the government must have that authority to discipline the children. [...] I think that [...] copying the West doesn't fit with our culture as a family-oriented society.«*

Gewalt erscheint dabei nicht nur als Mittel der Politik durchaus akzeptabel, sondern ist in einem breiteren Bereich sozialer Interaktion im Kontext einer Ehrkultur etabliert. So betont ein prominenter lokaler Interviewpartner:

*»I think Shakespeare came to the Philippines or came to Lanao (Region in Mindanao, P. K.). You have real life Romeo and Juliets in Lanao. Boy from one clan meets girl from another clan, but the two clans are bitter, they are too bitter enemies. If you go to Lanao, they will tell you that ... the two clans ... will agree to kill their respective sons or daughters. [...] it's how it's done. Christians, or Christian man marry Muslim woman. The clan will shoot the Christian guy.«*

Hier ist anzumerken, dass ein beträchtlicher Teil des Gewalthandelns im Bürgerkrieg auch aus der Logik der Blutfehde erklärt werden kann (und von der internationalen Beobachtermission auch entsprechend erklärt wird). Überfälle von lokalen Guerilla-, aber auch Militäreinheiten sind vielfach Racheaktionen für vorange-

gangene Morde an Mitgliedern der eigenen Gruppe. Der Bürgerkriegsgegner wird vielfach in Analogie zur Blutfehde als kollektiver Akteur begriffen gegen den die eigene Ehre (Maratabat) wieder zur Geltung gebracht werden muss – über reziprokes Gewalthandeln.

Fragt man nun danach, warum die Moros sich, anders als die ähnlich benachteiligten nicht-muslimischen Gruppen indigener Völker in ihrer direkten Nachbarschaft (Lumad), in einer ethnischen Grenzen übergreifenden bewaffneten Befreiungsbewegung organisieren konnten, so kommt einmal mehr Kultur ins Spiel. Herkunft und Sprache würden die Moros in mehrere Gruppen spalten. Anders als die Lumad fanden sie jedoch im muslimischen Glauben und der Tradition eines über vier Jahrhunderte währenden erfolgreichen bewaffneten Widerstandes gegen die spanische Kolonialmacht eine Herkunft und Sprache übergreifende einigende kollektive Identität, die sie gegen die christlich durchtränkte nationale Identität der Philippinen stellen und auf deren Grundlage sie ein Selbstbild eines legitimerweise nach nationaler Selbstbestimmung strebendes Volk konstruieren konnten. Nur so wurde die Bildung einer »Gegen-Nation« und einer Strategie des gewaltsamen Widerstandes auf ethnischer Basis möglich.

Die entsprechenden Sprachbilder und -spiele der sabahischen Eliten unterscheiden sich drastisch von denen der philippinischen. Hier spielen in der Praxis für Führungspositionen finanzielle Ressourcen sicherlich auch eine zentrale Rolle, doch ist Gewalt verpönt und das Bild des Führers ein sichtlich anderes. Yong Teck Lee, ein früherer Chiefminister Sabahs betont, ein politischer Führer müsse fähig sein:

*»to convince his own group, whether a party or a racial group or a geographical constituency that he understands them and can advocate their interests. [...] But he will not be a successful leader, if he is so narrow. In the case of Sabah, to be accepted by the people of Sabah as a whole other than to have a bond with the people whom you represent you must convince the others by your own action, your own record, that you also understand the fears, aspirations, and problems of other people, other than those represented by you.«*

Ein hoher Beamter eines Ministeriums in der Hauptstadt Sabahs argumentiert ähnlich:

*»To me a Sabahan leader [...] I like to see him as one who first and foremost thinks about the interest of Sabah in the context of Malaysia. There are*

*things you cannot do, things you can do within the constitution – right. And he is the leader of all Sabahans irrespective of race, religion, creed, sub-ethnicity, whatever it is. And that he is able to understand the interests of each group of people and is seen to be doing something about it, to promote it. And the other one is that the leader must be one to foster inter-ethnic and inter-religious cooperation, other than create division among them.*«

Für diese wie auch für andere Politiker beinhaltet Politik die Verhandlung konkreter kollektiver Interessen der verschiedenen ethnischen Gruppen, aus denen sich die Bevölkerung Sabahs zusammensetzt und gleichzeitig die Vertretung der übergeordneten Interessen des Gliedstaats auf der Föderationsebene. Anders als in den Philippinen ist die primäre Ebene politischer Identität und Organisation nicht die Familie oder der Clan, sondern die ethnische Gruppe bzw. der Gliedstaat. Obgleich Politik sich hier wie anderswo vor allem um die Möglichkeit dreht, die Allokation von Ressourcen zu beeinflussen, folgt politische Konkurrenz eigenen Prinzipien, die zwar wie die philippinischen kaum dem westlich-liberalen Modell entsprechen, aber anders als im Nachbarland gleichermaßen Wettstreit *und* Kooperation betonen. So argumentiert James Masing, Minister für Landentwicklung, Chef einer lokalen politischen Partei und einer der führenden politischen Köpfe Sarawaks:

*»I think, the Americans stretch democracy to the farthest extent. We win, therefore we control. Next time your turn to win, you control. We said: »No, share. Let us share the winning. We'll watch, what is your problem, then you in the same time coming to us, as you know what our limitations will be. So let us go together.« And that is why in Barisan here, we form the government before the election. While in other countries they form the government after election. And our system is much better. We decide before we go to the polls.*«

Ziel ist es dabei nicht, die Opposition per se auszuschalten, wohl aber sie nur als Barometer von Unzufriedenheit zu nutzen und weitestmöglich in das Machtkartell einzubinden, wenn ihre Anliegen Rückhalt in der Bevölkerung gefunden haben. Ein prominenter Regierungsberater in Kota Kinabalu, der Hauptstadt Sabahs formuliert diese Strategie folgendermaßen:

*»all opposition that is strong enough would be absorbed into the mainstream politics. So, [...] if you are good somehow they find ways to take you over. As it happened in Sabah and many other places.*«

James Masing argumentiert ähnlich:

*»The objective is not to get rid of the opposition completely. It is better to bring them in and tame them [...] First the opposition fights, because it's enough frustration to start there. The ruling government realizes that. They ease that frustration there. [...] ›If you want to come in, bring them in and let us sort out the differences within the coalition.‹ That's how it works, I think. Because there is an understanding on both sides.«*

Und selbst ein der Opposition nahe stehender Intellektueller betont:

*»So if you do not include the race-based party from the opposition, you do not encourage them to come into the National Front coalition, they start shouting there. It may be good for democracy in the Western eyes. But it may not be very good for national stability at the home front. [...] I don't think, they join because they have a common goal per se. But generally the Barisan National concept is quite well received, because records show that they have not used the dominance in the parliament to marginalize anybody. The Indians, the Orang Asli, everybody is still having their place under the sun.«*

Die hier skizzierten Unterschiede in der Konzeption von Identität, Konflikt und legitimen Handlungsstrategien und -zielen bilden das Fundament, auf dem interethnische Beziehungen verhandelt werden. Die zitierten Einstellungen spiegeln freilich gegenwärtige Interpretationsmuster wider und könnten damit als Resultate vergangener Entwicklung – Eskalation zum Bürgerkrieg bzw. langjähriges friedliche Koexistenz – gedeutet werden. Ein Blick in die moderne Geschichte der zwei Länder macht jedoch klar, dass sie sich zwar aus historischen Anpassungs- und Lernprozessen entwickelten, dass sie jedoch insgesamt gesehen stabile Muster darstellen. So erklärte der spätere erste Premierminister der Föderation Malaya Tunku Abdul Rahman 1955 nach dem erfolgreichen Verhandeln des damals noch nicht selbstverständlichen interethnischen Kontrakts gegenüber den eigenen Parteimitgliedern:

*»our responsibilities are not only for the Malays but also for other races living in this country. We believe that Malaya will achieve independence only ... by cooperating with other races. Since we have sworn not to create any bloodshed, we should be considerate in our demands for the honour of our race and without neglecting the rights of other races. We have to work together with a spirit of goodwill and friendship with the other races who have lived here and become loyal citizens of this country« (zit. nach Hng 2004, S. 86).*

Man vergleiche das mit folgenden Äußerungen philippinischer Politiker aus den frühen 1960er Jahren:

*»We all employ goons. The goons here are killers. The more they have killed, the better they are as bodyguards. You see, murderers are feared.«*

*»The employment of goons is necessary. Here if you have no goons, your life is endangered. You cannot campaign because you will be trailed wherever you go by the goons of your opponent. If you attack [criticize] him ... BANG. So you must employ counter-goons.«* (anonymisierte Politiker zitiert nach Simbulan 2005, S. 223).

Die von den politischen Akteuren jeweils zum Ausdruck gebrachten Deutungen weisen im einen Fall in Richtung auf die rücksichtslose Interessenmaximierung der stärkeren Seite, im anderen auf ein Verhandlungssystem, das zwar nicht fähig erscheint eine bedeutungsvolle nationale Integration und ein Ablösen des Denkens in ethnischen Kategorien hervorzubringen, wohl aber eine dauerhafte friedliche Koexistenz durch die alle Konfliktparteien zumindest ein Mindestmaß an eigenen Interessen befriedigen können und insgesamt ein hohes Maß an Entwicklungsorientierung aufrechterhalten wird. Das sollte nicht im Sinn einer »harmonischen Politik« missverstanden werden. Politik ist in Sabah wie in Malaysia als Ganzem vor allem eine harte intra-elitäre Auseinandersetzung um in ethnischen Kategorien gerahmten Interessen. Anders als in den Philippinen findet sich jedoch eine kognitiv basierte Machtteilung, deren Aufrechterhaltung bei allen Gruppen der Primat zukommt. Gewinnmaximierungsstrategien werden durchgängig konterkariert durch eine fundamentale Orientierung auf win-win-Lösungen. Konfliktlösungen, aus denen eine Seite als klarer Verlierer hervorgeht sind weitestgehend tabu. Selbst die vielfältigen affirmative action Programme bringen keine Verlierer, sondern lediglich ungleiche Verteilung der Zugewinne hervor. Auch dort, wo Maximierung möglich wäre, wird sie im Normalfall vermieden, wenn sie nur auf der Basis eines Handelns erreichbar wäre, das gegen die ungeschriebenen Spielregeln der Inklusion verstößt. Im Effekt bringt die malaysische Praxis einen (vielleicht zu) starken Staat hervor, der in Bezug auf Entwicklungsplanung und Umverteilung eine aktive Rolle übernimmt und auch, anders als in den Philippinen physische Gewaltanwendung zu minimieren weiß – egal ob von staatlichen oder gesellschaftlichen Akteuren. Demgegenüber resultiert die philippinische »Anarchie der Familien« (McCoy 1994) in einem schwachen Staat, dem es nicht gelingt, Entwicklungsstrategien über Zeit und Raum in systematischer Sicht voranzutreiben.



Politische Gewalt und umfassende Straflosigkeit bleiben ein Dauerproblem, das in den Philippinen auch nach Jahrzehnten (formal-) demokratischer Herrschaft unverändert Bestand hat.

## Bibliographie

- Balicasan, Arsenio M.: Why does Poverty Persist in the Philippines? Facts, Fancies and Policies. Southeast Asian Regional Center for Graduate Study and Research in Agriculture, Agriculture & Development Discussion Paper Series, Nr. 2007-1 (März) ([www.searca.org/web/e\\_library/agriculture%20and%20development%20discussion%20paper%20series/DPS\\_why\\_poverty\\_persist.pdf](http://www.searca.org/web/e_library/agriculture%20and%20development%20discussion%20paper%20series/DPS_why_poverty_persist.pdf)).
- Blumer, Herbert: Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit: Band 1, Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie. Reinbek: Rowohlt 1973, S. 80–146.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Recht – Demokratie – Frieden: Politik für Entwicklung. Bonn/Berlin 2003 ([www.bmz.de/de/service/infothek/buerger/themen/Recht.pdf](http://www.bmz.de/de/service/infothek/buerger/themen/Recht.pdf)).
- Cassirer, Ernst: Der Gegenstand der Kulturwissenschaft. In: ders.: Zur Logik der Kulturwissenschaften: Fünf Studien. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1994, S. 1–34.
- Hng, Hung Yong: Five Men and Five Ideas: Building National Identity. Kuala Lumpur: Asian Strategy and Leadership Institute 2004.
- Kreuzer, Peter, Weiberg Mirjam: Zwischen Bürgerkrieg und friedlicher Koexistenz: Interethnische Konfliktbearbeitung in den Philippinen, Sri Lanka und Malaysia. Bielefeld: transcript 2007.
- Leete, Richard: Sabah's Human Development: Progress and Challenges. UNDP, Kuala Lumpur, 7. Januar 2008 ([www.undp.org.my/uploads/files/SabahHumanDevp.pdf](http://www.undp.org.my/uploads/files/SabahHumanDevp.pdf)).
- McCoy, Alfred (Hg.): An Anarchy of Families: State and Family in the Philippines. Manila: Atheneo de Manila University Press 1994.
- Ross, Marc Howard: The Culture of Conflicts: Interests, Interpretations and Disputing in Comparative Perspective. New Haven/London: Yale University Press 1993.
- Ross, Marc Howard: The Cultural Dynamics of Ethnic Conflict for the Study of Political Psychology and Ethnic Conflict. In: Political Psychology 18/2, S. 299–326.
- Simbulan, Dante C.: The Modern Principalia: The Historical Evolution of the Philippine Ruling Oligarchy. Diliman, Quezon City: University of the Philippines Press 2005.
- United Nations Country Team Malaysia: Localising the Millennium Development Goals (MDGs): Improving Equity in Sabah. Kota Kinabalu (Sabah) 17. Mai 2007 ([www.un.org/my/uploads/files/MDGSabah\\_Summary\\_17May2007.pdf](http://www.un.org/my/uploads/files/MDGSabah_Summary_17May2007.pdf)).

Bruno Schoch

## Demokratisierung und innergesellschaftlicher Frieden

Seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts haben die meisten gewaltsamen Konflikte die Gestalt von Bürgerkriegen. Da die Weltwirtschaft und das Staatensystem auch in der Ära der Globalisierung auf funktionierenden Staaten aufrufen, stellen derartige Bürgerkriege und zerfallende Staaten die Staatengemeinschaft vor neue Herausforderungen, auf die sie schlecht vorbereitet ist. Sie reagierte darauf, indem sie *peace building* und *state-building* als neue zentrale Aufgabe bestimmte, in vielem Neuland. Eine komparativ angelegte Analyse von vierzehn internationalen *peace building*-Operationen in den neunziger Jahren – Namibia und Nicaragua 1989, Angola, Kambodscha und El Salvador 1991, Mozambique 1992, Liberia und Ruanda 1993, Bosnien und Kroatien 1995, Guatemala 1997, Osttimor, Kosovo und Sierra Leone 1999 – kam zum Ergebnis, diese Missionen seien »die ehrgeizigsten Bemühungen der internationalen Gemeinschaft seit dem Wiederaufbau Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg, vom Krieg zerstörte Staaten wiederherzustellen« – »ein gewaltiges Experiment des *Social Engineering*.«<sup>1</sup>

Zugleich haben sich die westlichen Staaten in den letzten beiden Jahrzehnten immer prononcierter dem Ziel weltweiter Demokratieförderung verschrieben.<sup>2</sup> Allen voran die USA. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sich ausgerechnet George W. Bush, der in seinem ersten Wahlkampf Bill Clintons Politik weltweiter De-

1 Roland Paris: Wenn die Waffen schweigen. Friedenskonsolidierung nach innerstaatlichen Gewaltkonflikten, Hamburg 2007, S. 19; vgl. auch Simon Chesterman: You, the people. The United Nations, Transitional Administration, and State-Building, New York 2004, sowie Edward Newman und Roland Rich, eds: The UN Role in Promoting Democracy. Between Ideals and Reality, Tokyo–New York–Paris 2004.

2 Vgl. Thomas Carothers: Critical Mission. Essays on Democracy Promotion, Washington D. C. 2004, sowie Hans-Joachim Spanger und Jonas Wolff: Universales Ziel – partikulare Wege? Externe Demokratieförderung zwischen einheitlicher Rhetorik und vielfältiger Praxis, in: Anna Geis et al., Hg.: Schattenseiten des Demokratischen Friedens, Frankfurt a. M. 2007, S. 261–284.

mokratieförderung als unnötig abgetan hatte, weil ihr Idealismus nicht den nationalen Interessen der USA entspreche, bald ein gigantisches Programm der Demokratisierung und des *nation-building* im gesamten Vorderen Orient entwarf und seinen Vorgänger an Neo-Wilsonianismus bei weitem übertreffen sollte. Der von den neocons in Afghanistan und im Irak geführte »Krieg gegen den Terror« haben *peace building*, *state-building* und *nation-building* – in der angelsächsischen Literatur nicht selten synonym verwendet<sup>3</sup> – Auftrieb verliehen. Trotz bisher bescheidener Erfolge in Afghanistan und im Irak ist indes unwahrscheinlich, dass Washington den Paradigmenwechsel von der »realistischen« Stabilitätspolitik zur umfassenden Demokratisierungsoffensive bald zurücknehmen wird. Zu tief ist der militant demokratische Interventionismus in der politischen Kultur der USA seit Thomas Jefferson und Thomas Paine verankert.

Nun stehen auch die USA mit der von der Bush-Administration neuerlich akzentuierten Außenpolitik der *democracy promotion* nicht allein. In dem Maß, in dem Demokratie »als universeller Wert« (Amartya Sen) weithin akzeptiert wird, gewann die Demokratieförderung in allen westlichen Staaten an Gewicht. Das hat auch damit zu tun, dass das Eis des Ost-West-Konflikts weggeschmolzen und die bipolare Blocklogik weggebrochen ist, die viele prekäre Staaten als äußere Klammer stabilisierte. Seither haben sich nicht nur fast alle westlichen Staaten der weltweiten Demokratieförderung verschrieben, sondern in zunehmender Weise auch internationale Organisationen. Unter ihren Generalsekretären Boutros Boutros-Ghali und Kofi Annan verlor die UNO, so sehr sie stets auf kulturellen Differenzen und vielfältigen Entwicklungswegen insistiert, nach und nach die Scheu, Demokratie in einem normativ unmissverständlich an Menschenrechte und individuelle Freiheitsrechte geknüpften Sinn zu verstehen und zu fördern. 1996 legte Boutros-Ghali eine »Agenda für Demokratisierung« vor, die lapidar konstatierte: »Demokratie trägt zur Wahrung von Frieden und Si-

3 Exemplarisch etwa Marina Ottaway: *Nation Building*, in: *Foreign Policy* No. 132, Sept./Oct. 2002, S. 16–24, oder Michael Ignatieff: *Empire lite. Die amerikanische Mission und die Grenzen der Macht*, Hamburg 2003; die schillernde Bedeutungsvielfalt von *Nation-Building* erörtert auch Jochen Hippler in seinem Sammelband: *Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?*, Bonn 2004, S. 11–29.

cherheit bei, indem sie Gerechtigkeit und Menschenrechte garantiert und ökonomische und soziale Entwicklung fördert.«<sup>4</sup> Auch andere internationale Organisationen haben verstärkt die Förderung der Demokratie auf ihr Panier geschrieben: Europarat, OSZE und Europäische Union, aber auch Internationaler Währungsfonds und Weltbank. Engagiert auf diesem Gebiet sind seit langem auch die Stiftungen der deutschen Parteien und das nach deren Vorbild von US-Präsident Ronald Reagan in den frühen 1980er Jahren gegründete überparteiliche *National Endowment for Democracy*. Hinzu kommen unzählige international agierende NGOs, wie ungern sie sich in der Regel auch als Teil eines globalen »Kreuzzuges für die Freiheit« verstehen wollen. Kurzum: Seit der welthistorischen Wende von 1989/90 macht sich eine beeindruckende »Renaissance der Idee der Demokratie«<sup>5</sup> geltend, Demokratiehilfe ist zur weltweiten Praxis geworden. »Die globale Ausbreitung demokratischer Regierungsformen hat in der Weltgeschichte präzedenzlose Ausmaße erreicht. Diese Entwicklung ist verstärkt worden durch das Anwachsen einer umfassenden Industrie der Demokratieförderung, die in der Weltgeschichte ebenfalls präzedenzlos ist.«<sup>6</sup>

Auch von der Europäischen Union verlangen manche, sie müsse Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat voranbringen, »wo immer Bürgerkriege oder missbräuchliche Regimes schwache oder scheiternde Staaten daran hindern, ihren Bürgern ein Mindestmaß an physischer und materieller Sicherheit zu gewährleisten.«<sup>7</sup> Der Pferdefuß steckt im »wo immer« – das ist ein weites Feld, vermutlich ein allzu weites. Der Westen – und erst recht die Europäische Union – wird es eingrenzen müssen, will er sich nicht hoffnungslos übernehmen.<sup>8</sup> Noch schwerer wiegt, dass solche engagierten For-

4 Boutros Boutros-Ghali: Agenda for Democratization. Supplement to Reports A/50/332 and A/51/512, unter: <http://www.library.yale.edu/un/un3d3.htm>, S. 4 (eigene Übers., B. Sch.).

5 Agenda for Democratization, ebenda, S. 1.

6 Peter J. Schraeder: The State of the Art in International Democracy Promotion, in: Democratization (2003): 2, S. 40 (eigene Übers., B. Sch.).

7 Josef Janning auf einer Konferenz der Bertelsmann-Stiftung: Beyond Cold Peace: Strategies for Economic Reconstruction and Post-conflict Management, Berlin 2005, S. 8 (eigene Übers., B. Sch.).

8 Vgl. Hans-Georg Ehrhart und Margret Johannsen, Hg.: Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005. – Mein eigener Beitrag dort ist wohl allzu optimistisch ausgefallen.

derungen die Differenz zwischen etablierter Demokratie und Demokratisierung außer Acht lassen. Der in der Regel mühsame historisch-gesellschaftliche Prozess, der zu funktionierenden Demokratien führt, ist keineswegs per se gewaltmindernd. Oft ist vielmehr das Gegenteil der Fall. So hat die Französische Revolution nicht, wie Kant und andere hofften, den Krieg abgeschafft. Vielmehr hat sie ihn, wie Clausewitz analysierte, dadurch radikalisiert, dass er die Massen ergriff. Michael Mann hat die lange Blutspur der Demokratisierung, die wir gerne verdrängen, als »die dunklen Seiten der Demokratie« umfassend rekonstruiert.<sup>9</sup>

Anders als in der Epoche der Entkolonialisierung, die unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges vor sich ging, besteht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass ein *state-building*, das sich bloß auf die klassischen Grundfunktionen territoriale Grenzen und Gewaltmonopol beschränken wollte, nicht mehr ausreicht. Das bipolare System hatte einst viele schwachen Staaten in der Dritten Welt als eiserne Klammer von außen stabil gehalten. Viele Regime wussten sich fehlende innere Legitimität durch die eigene Verortung im Systemgegensatz gleichsam ersatzweise zu beschaffen – ganz in der Logik von Roosevelts Bonmot »he's a son of a bitch, but he's *our* son of a bitch.« So schützte die feste Einfügung in die bipolare Struktur manche autoritären Regime vor der Kritik der Demokraten und Menschenrechtsorganisationen, durchaus auch innerhalb des westlichen Lagers. Auch hielt der alles überlagernde ideologische und machtpolitische Manichäismus ältere Konfliktkonstellationen dadurch nieder, dass er nationale und kulturelle Gegensätze seiner Herrschaftslogik unterwarf oder in ideologische, systemische Deutungsmuster konvertierte.<sup>10</sup>

Seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts jedoch tritt zutage, wie sehr es zahlreichen postkommunistischen und postkolonialen Staaten an innerer Legitimität mangelt. Gewiss versuchen auch heute manche Autokraten, fehlende Legitimation und prekäre Staatlichkeit dadurch zu kompensieren, dass sie ostentativ eng

9 Michael Mann: *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*, New York 2005. – Genau besehen, thematisiert die Studie weniger die dunkle Seite etablierter Demokratien, als vielmehr die Blutspur ihrer historischen Herausbildung.

10 Vgl. dazu Dan Diner: *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalgeschichtliche Deutung*, München 1999.

mit der einzig übriggebliebenen Supermacht kooperieren. Doch erweist sich diese Positionsrente als unzuverlässige Größe. Denn die USA sind kein Imperium wie jedes andere, sondern die selbstbewusste und historisch erste moderne Demokratie. Dieses Spezifikum nährt den Widerspruch zwischen ihren imperialen Interessen und der in der Öffentlichkeit erhobenen Forderung nach universeller Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten. Beides, Imperium und Demokratie, wird in den USA bis heute als Gegensatz empfunden.<sup>11</sup> Nial Ferguson sprach deshalb vom »Imperialismus des Antiimperialismus«, Michael Ignatieff von einem »demokratischen Imperialismus«.<sup>12</sup>

In den letzten Jahren zeichnet sich ein neuer internationaler Konsens ab, dass es im Fall kriegszerrütteter Gesellschaften nicht allein darum geht, den Staat und seine Funktionen zu rekonstruieren, sondern *auch* um Demokratisierung. Dieser Konsens gründet nicht nur im Überlegenheitsbewusstsein der westlichen Demokratien, sondern auch darin, dass sich alternative Quellen der Legitimation als krisenanfällig erwiesen. »Es gab zwar historisch gesehen viele Formen von Legitimität, in der heutigen Welt ist aber allein die Demokratie die Quelle der Legitimität,«<sup>13</sup> schreibt Francis Fukuyama. Jedenfalls zeichnet sich weltweit keine Alternative zu der aus demokratischem Konsens erwachsenden Legitimation politischen Regierens ab.

Wie aber sollen *state-building* und Demokratisierung *gleichzeitig* betrieben werden? Der moderne Nationalstaat hat sich in Europa im Laufe von Jahrhunderten herausgebildet. In der Geschichte wie in der Theorie ging der moderne Staat der Demokratie voraus. Erst in dem Maß, in dem die Erinnerung an den Konfessionskrieg verblasste, die Hobbes' Leviathan einst seine Überzeugungskraft verliehen hatte, verschafften sich die Ideen angeborener oder unveräußerlicher individueller Rechte und demokratischer Selbstregie-

11 Vgl. Jonathan Schell: Die Politik des Friedens. Macht, Gewaltlosigkeit und die Interessen der Völker, München 2003, S. 260 ff., sowie Herfried Münkler: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005, S. 235–245.

12 Nial Ferguson: Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, Berlin 2004, S. 82 ff., und Michael Ignatieff, op. cit., S. 112.

13 Francis Fukuyama, Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin 2004, S. 45.

rung nach und nach Gehör.<sup>14</sup> Hobbes' Behauptung, dass das Gewaltmonopol des Staates, und wäre er noch so schlecht regiert, allemal besser sei als der »Naturzustand« des *homo homini lupus*, ging den Lehren von Locke, Montesquieu und Rousseau voraus, die auf individuelle Freiheitsrechte pochten. Dass der aufgeklärte Absolutismus *ex post* gesehen als günstige historische Voraussetzung für die moderne Demokratie erscheint, löst das aktuelle Problem der *Gleichzeitigkeit* nicht.

Demokratie setzt den meisten Theoretikern zufolge einen Staat mit funktionierenden rechtsstaatlichen Institutionen, festgelegten Grenzen und loyalen StaatsbürgerInnen voraus. Soweit das aber zusehends auch als unabdingbar für *jedes* politische Gemeinwesen gilt, ergibt sich daraus das Problem eines sich wechselseitig bedingenden Kreises: Demokratische Institutionen können nicht funktionieren ohne Demokraten und eine demokratische politische Kultur; diese wiederum entstehen nicht aus dem Nichts, sondern bilden sich erst in und mit entsprechenden Institutionen. Neu ist diese Spannungsverhältnis nicht. Kant setzte entschieden auf den Vorrang demokratischer Institutionen, wenn er postulierte, die Schaffung »republikanischer Verfassung« setze keine Engel voraus, sondern sei geeignet »selbst für ein Volk von Teufeln, wenn sie nur Verstand haben«.<sup>15</sup> Dagegen argumentierte Tocqueville anti-institutionalistisch: Wichtiger als alle Institutionen seien die internalisierten demokratischen Einstellungen oder, wie er das noch nannte: die »Sitten«. Demokratie könne nur funktionieren, »wenn die Menschen eine Menge Dinge in gleicher Weise einschätzen; wenn sie über eine große Zahl von Gegenständen gleiche Meinungen haben; und endlich, wenn die gleichen Tatsachen in ihnen die gleichen Eindrücke und dieselben Gedanken auslösen.«<sup>16</sup>

Weil das Theorem des Demokratischen Friedens, dass Demokratien gegeneinander keine Kriege führen, als gesichert gilt, ist die Annahme in Politik und Publizistik weit verbreitet, Demokratisierung sei die richtige Friedensstrategie. Dabei wird freilich die Dif-

14 Vgl. dazu noch immer Reinhard Koselleck: Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Frankfurt 1973.

15 Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, Stuttgart 1985, S. 30.

16 Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, München 1984, S. 433.

ferenz zwischen *Demokratie* und *Demokratisierung* vernachlässigt, ein fataler Kurzschluss. Denn die Friedensleistung etablierter Demokratien ist das eine, der historisch-gesellschaftliche Prozess zu ihrer Herstellung etwas anderes. Dieser steckt aller historischen Erfahrung nach voller Unwägbarkeiten und kann enorme Gewaltpotenziale freisetzen, Scheitern und Rückfall in den Krieg nicht ausgeschlossen. Eine neue Studie identifiziert »Kriege der Demokratisierung« geradezu als »eine chronische Gefahr in der Geschichte« seit 1789.<sup>17</sup> Kant hat wohl gewusst, warum er im ersten Definitivartikel seiner Friedensschrift kategorisch postulierte, »die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein«, aber kein Wort darüber verlor, wie das denn zu erreichen sei. Er verschwieг geflissentlich, dass die amerikanische Republik sich in einem revolutionären Krieg gegen die Kolonialmacht zu behaupten hatte und die Französische Revolution zwar den Feudalismus überwand und damit die Voraussetzungen für die moderne Demokratie schuf – aber eben auch *levée en masse*, territoriale Expansion, *grande terreur*, Revolutionierung des Krieges, Nationalismus und schließlich die imperialen Ambitionen eines Napoleon Bonaparte mit sich brachte.<sup>18</sup>

Die Kriegs- und Gewaltneigung von Staaten während der Übergangsphase von der Autokratie zur Demokratie ist historisch-empirisch nachgewiesen.<sup>19</sup> Rasche Demokratisierung und Marktliberalisierung haben oftmals gesellschaftliche und politische Spannungen erhöht und Bürgerkriege nach sich gezogen. Nicht zuletzt verstärken Demokratisierungsprozesse nicht selten die Politisierung ethnischer Differenzen, nationalistische Mobilisierung und Ausgrenzungen und Sezessionismen. Wenn alle Macht vom Volk ausgeht, fällt schwerer ins Gewicht als zuvor, wer zu ihm gehört – und wer nicht. Der Konnex zwischen *demos* und *ethnos* ist zumindest in Phasen rascher Demokratisierung enger, als uns lieb ist. Gleich-

17 Edward D. Mansfield and Jack Snyder: *Electing to Fight. Why Emerging Democracies Go to War*, Cambridge 2005, S. 6 (eigene Übers., B. Sch.).

18 Vgl. dazu meinen Beitrag: Kants Entwurf »Zum ewigen Frieden« und die Französische Revolution, in: Christine Hauskeller et al., Hg., *Wissenschaft verantworten. Soziale und ethische Orientierung in der technischen Zivilisation*. Wolfgang Bender zum 70. Geburtstag, Münster 2001, S. 164–175.

19 Vgl. Jack L. Snyder: *From Voting to Violence: Democratization and Nationalist Conflict*, New York 2000, sowie Mansfield/Snyder, op. cit.



wohl ist die Strategie der Demokratisierung ohne Alternative, weil nur noch durch demokratische Verfahren zustande gekommene Legitimation wirklich trägt. Demokratisierung bleibt mithin ein unumgänglicher Übergang. Alles hängt davon ab, ob es gelingt, ihre Gewaltrisiken einzuhegen.

Mit spezifischen Problemen behaftet ist die Demokratisierung von Nachbürgerkriegsgesellschaften, wie man auf dem Balkan, aber auch in Afghanistan, studieren kann. Der Wiederaufbau eines politischen Gemeinwesens wird hier dadurch erschwert, dass der Bürgerkrieg partikulare ethnische Gruppenidentitäten verfestigt, Misstrauen, Ängste, Hass- und Rachegefühle bei den Antagonisten verhärtet hat. Diese Kriegserfahrungen und Traumata zu mildern, gar zu überwinden, setzt voraus, dass Sicherheit und Rechte aller Bürger durch einen Staat garantiert sind, der allen gegenüber fair agiert. Ob dessen Wiederaufbau gelingt, hängt wiederum von der Kooperationsbereitschaft der ehemaligen Antagonisten ab; diese wächst in dem Maß, in dem die staatlichen Institutionen imstande sind, sie zu schützen – ein *circulus vitiosus*.

Der gängigen Theorie zufolge kann eine Demokratie nur funktionieren, wenn alle maßgeblichen Gruppen die Grenzen des politischen Gemeinwesens und die Definition des *demos* akzeptieren. In vielen ethnopolitischen Bürgerkriegen ging der Streit aber genau darüber.<sup>20</sup> Im europäischen Nationalstaatsystem haben sich die Übereinstimmung von Staat und Staatsvolk, das Spannungsverhältnis zwischen *demos* und *ethnos* sowie die wechselseitige Anerkennung der Grenzen in einem langen Prozess voller Kriege, Bürgerkriege und Repression herausgebildet.<sup>21</sup> Dieser Weg der Gewalt ist heute in der Regel versperrt, auch wenn manche Apologeten ihn als unvermeidliche nachholende Nationalstaatsbildung ausgeben.<sup>22</sup> Das UN-System untersagt im gemeinsamen Interesse aller Staaten, Grenzen mit Gewalt zu verändern, ein eherner Grundsatz auch für den Erfolg

20 Vgl. Thorsten Gromes: Demokratisierung nach Bürgerkriegen. Das Beispiel Bosnien und Herzegowina, Frankfurt a. M. 2007, S. 31–136.

21 Vgl. John Breuilly: Nationalismus und moderner Staat, Köln 1999; Hagen Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1994; sowie Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a. M. 1991.

22 Georg Brunner: Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa, Gütersloh 1993; Edward Luttwak: Give War a Chance, in: Foreign Affairs Jg. 78, Nr. 6, Juli–Aug. 1999, S. 36–44.

von KSZE resp. OSZE (gerade weil er im Fall des Kosovos unlängst verletzt wurde, wird als *cantus firmus* unentwegt beteuert, das sei kein Präzedenz-, sondern ein ganz und gar genuiner Sonderfall!) Deshalb sehen die Friedensabkommen, die nach Bürgerkriegen nicht selten unter dem Druck internationaler Akteure geschlossen wurden, den Fortbestand eines gemeinsamen Staates und der bestehenden Grenzen vor. Die Bürgerkriegsparteien sollen sich allmählich in ein gemeinsames Staatsvolk verwandeln – nicht zu verwechseln mit einem kulturell homogenen *ethnos*. Wie das umgesetzt werden soll, ist für die Demokratisierung von Nachkriegsgesellschaften entscheidend, aber in der Praxis weitgehend ungeklärt.

In der Geschichte sind viele Staaten durch *Sezession* entstanden. Doch ist dieser Weg seit dem Abschluss der Entkolonialisierung verpönt, womit die Chancen, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht eigene Staaten zu bilden, in der Regel versperrt sind. Der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens waren, weil Staaten-Unionen, Sonderfälle, nicht die Regel. Zugleich schränken die Universalität der Menschenrechte und Minderheitenschutz-Abkommen heutzutage die Souveränität von Staaten massiv ein, ihre Staatsvölker durch Assimilation oder Vertreibung von Minderheiten ethnisch zu homogenisieren. Diese veränderte Lage verleiht dem Spannungsverhältnis zwischen *state-building* und *nation-building* eine neue Brisanz.

Über die Erfordernisse sowohl des Staates (Territorium, Grenzen, Machtmonopol) als auch einer Demokratie besteht trotz aller empirischen Vielfalt weitgehend Übereinstimmung, kontrovers ist die dabei einzuschlagende Reihenfolge. Dagegen findet sich der Begriff *nation-building* in Politik, Publizistik und Wissenschaft mit höchst unterschiedlichen Konnotationen und Implikationen. In den USA werden *nation-building* und Demokratisierung in Anlehnung an die »*first new nation*« (Lipset) gerne gleichbedeutend verwendet. So nennt etwa eine 2003 erscheinende vergleichende Studie der Rand Corporation als Ziel von *nation-building* rundweg den »dauerhaften Übergang zur Demokratie.«<sup>23</sup> Auch werden im angelsächsischen Sprachgebrauch – in Analogie zur Organisation der Vereinten Nationen – oft *nation-building* und *state-building* gleichge-

23 James Dobbins: Nation-Building. The Inescapable Responsibility of the World's Only Superpower, in: Rand Review Summer 2003, S. 17–27, [www.rand.org](http://www.rand.org)

setzt. Den Europäern mit ihren komplizierten Nationalstaaten und nationalen Geschichten sind die Differenzen zwischen Staat, Nation und Demokratie stärker bewusst.

Sinnvoll erscheint, *nation-building* weder als Synonym für Staatsaufbau zu verstehen, noch als historischen, mit Naturmetaphern charakterisierten Prozess der Ethnogenese. Vielmehr gehören zum *nation-building* all jene ideellen und symbolischen Anstrengungen, die zur Integration und Kohäsion eines Staatsvolks beitragen: Zugehörigkeitsgefühle, kollektive Erinnerungen, Symbole und Identifikationen. Diese »subjektive«, nicht leicht zu fassende Dimension entscheidet letztlich über Stabilität und innere Legitimität eines Staates. Deshalb ist die Rekonstruktion gescheiterter Staaten mehr als ein etatistisch-technokratisches Unterfangen, mehr als *social engineering*. Sie muss auch diese nationale Integration bewerkstelligen. Max Weber zufolge macht es die Nation aus, »dass gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber *zuzumuten* (ist).«<sup>24</sup> Demokratisierungsanstrengungen zielen nun nicht mehr nur auf nationales Zugehörigkeitsgefühl als solches, sondern sind normativ dem Ideal der Staatsbürgernation verpflichtet, die ethnisch nicht homogen sein muss, vielmehr Minderheiten und wie immer geartete »Andere« nicht exkludiert, sondern inkludiert.<sup>25</sup>

In fragmentierten Gesellschaften konstituieren sich *state-building* und *nation-building* auf komplizierte Weise wechselseitig: Der Wiederaufbau staatlicher Einrichtungen der Gewalt (Polizei, Armee, Justiz) und der Verwaltung setzt voraus, dass die Antagonisten bereit sind, ihre partikularen Gewaltapparate zu Gunsten gemeinsamer Institutionen abzubauen. Der Staatsaufbau nach Bürgerkriegen setzt ein Minimum an Vertrauen voraus, das die vorausgegangene Gewalt indes gerade zerstört hat. Dieses Vertrauen stellt sich erst in dem Maß ein, in dem die wiederaufgebauten staatlichen Institutionen für alle BürgerInnen ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit Sicherheit garantieren. Als Ausweg aus diesem

24 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Kap VIII, § 5: Die Nation, Studienausgabe, Tübingen 1972 (5. Aufl.), S. 528.

25 Vgl. dazu Rainer M. Lepsius: *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 232–269, Emerich Francis: *Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie*, Berlin 1965, Jürgen Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt a. M. 1996.

Dilemma hat man in den letzten Jahren verstärkt internationale Friedensmissionen beauftragt, die zerstörte Staatlichkeit vorübergehend zu substituieren, um Nachbürgerkriegsgesellschaften trotz denkbar ungünstiger Voraussetzungen zu demokratisieren. Doch steht *von außen* gesteuerte Demokratisierung vor besonderen Dilemmata. Sie verordnet Demokratie, ohne dass zuvor über Grenzen und Staatsvolk Einvernehmen erzielt worden ist. Und sie ersetzt *nolens volens* Selbstbestimmung durch wie immer transitorisch bestandene Fremdbestimmung.<sup>26</sup>

Von außen betriebenes *state-building* und *nation-building* ist in den letzten Jahren zu einer Wachstumsindustrie geworden. Dieser Boom steht im Widerspruch dazu, dass die internationalen oder nationalen Akteure, die sich dabei engagieren, im Grunde auf wenig gesichertes Wissen zurückgreifen können: »Doch aufs Ganze gesehen, ist Demokratieförderung noch bemerkenswert unerforscht. Und die Lücke zwischen dem, was wir vollbringen wollen und dem, was wir wirklich darüber wissen, wie es zu vollbringen ist, bleibt quälend weit.«<sup>27</sup> Im Folgenden seien einige Problemdimensionen dieser Kluft kurz angedeutet.

Wenn sich die meisten Staaten des Westens und internationalen Organisationen einig sind im Ziel, allenthalben Demokratisierungsbestrebungen zu fördern, um so die Grundlage für einen stabilen Frieden zu verbreitern, so bedeutet das beileibe nicht, dass man sich einig wäre in der Wahl der Mittel. Die von der Bush-Administration im Irak betriebene Demokratisierung *manu militari*, also mit einem mittels Krieg erzwungenen Regimewechsel, wird von der UNO abgelehnt, weil sie gegen das Kriegsverbot nach Artikel 2 UN-Charta verstößt und ein längst obsoletes *jus ad bellum* rehabilitiert. Demokratisierung mittels Krieg stößt auch in der alten Welt auf vielfachen Widerstand. Europa ist in seiner langen kriegesischen Geschichte hinreichend darüber belehrt worden, welchen Schaden Kriege – selbst die mit den besten Absichten geführten – anrichten. Nichts drängt sie, diese mühsam gelernte Lektion wieder zu vergessen. Die Europäer sind sich deshalb einig, dass Demokratieförderung nicht mit der Peitsche, sondern mit Zuckerbro-

26 Vgl. dazu neben Simon Chesterman, op. cit., auch Richard Caplan: *A New Trusteeship? The International Administration of War-torn Territories*, London 2002.

27 Thomas Carothers: *Critical Mission*, a. a. O., S. 3 (eigene Übers., B. Sch.).

ten zu betreiben ist. Gleichwohl ist es zu simpel, gegenüber dem angeblichen militaristischen Demokratieexport der USA die Europäische Union lobend hervorzuheben »als das bei weitem erfolgreichste politische Projekt, wenn es um die Förderung und Festigung der Demokratie geht.«<sup>28</sup> Zwar ist die von der EU kräftig unterstützte Demokratisierung Mittelosteuropas seit 1989 fraglos eine Erfolgsgeschichte. Doch sie basierte im Kern auf dem handfesten materiellen und ideellen Anreiz, dass die EU diesen Ländern eine Beitrittsperspektive anbieten konnte – eine notwendige Bedingung für den Erfolg, die nicht überall gegeben ist.<sup>29</sup> Außerdem sieht derlei Selbstlob großzügig über das traurige Bild hinweg, das die EU gegenüber den Kriegen im zerfallenden Jugoslawien abgab.

Alle von externen Akteuren betriebene Demokratisierung ist mit dem Widerspruch behaftet, dass sich demokratische Selbstregierung oder Selbstbestimmung nicht mit Fremdherrschaft verträgt. Auch wenn das Vorhaben von der UNO legitimiert ist und von überaus wohlwollenden Akteuren betrieben wird, bleibt dieser Widerspruch bestehen. Simon Chesterman hat ihn mit seinem Titel *You, the people* auf eine griffige Formel gebracht. Über UN-Verwaltungen nach bosnischen oder kosovarischen Muster schreibt er: »Welcher Euphemismus dabei auch immer benutzt wird, es ist ebenso unangemessen wie kontraproduktiv zu behaupten, dass die Übergangsverwaltung auf dem Konsens oder der Eigentümerschaft lokaler Bevölkerungen beruhe.«<sup>30</sup>

Der Widerspruch besteht auch auf Seiten der Akteure: Demokratische Gesellschaften üben die mit externer Demokratisierung verbundene Herrschaft nur widerwillig aus. Zudem scheinen sie schlecht geeignet, in fremden Ländern Staatsfunktionen zu substituieren, weil das einen langen Atem braucht. Zwar steht dieser Zurückhaltung zumal in den alten Demokratien der demokratische Missionarismus entgegen, der die republikanischen Freiheitsrechte als universelle begreift, die prinzipiell allen zustehen. Doch sind

28 Daniele Archibugi: Demokratie exportieren? Warum eine Politik der Anreize einer Politik des Zwangs vorzuziehen ist, in: *Lettre internationale* Nr. 75, Winter 2006, S. 14.

29 Vgl. dazu Matthias Dembinski und Bruno Schoch: Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik?, in: Andreas Heinemann-Grüder et al., Hg., *Friedensgutachten 2008*, Berlin 2008, S. 141–153.

30 Simon Chesterman, a. a. O., S. 239 (eigene Übers., B. Sch.).

die Phasen eher die Ausnahme und spezifischen Bedingungen geschuldet, in denen dieser Missionarismus die eigene Bevölkerung so zu beflügeln vermag, dass sie bereit ist, sich über längere Zeit in Staatsaufbau und Demokratisierung fremder, innerlich zerstrittener Gesellschaften zu engagieren. Das speist in allen Demokratien, keineswegs nur in den USA, wie viele meinen, einen Widerspruch zwischen einem moralisch begründeten demokratischen Interventionismus und einem genuinen Hang zur Zurückhaltung, wenn nicht gar zum Isolationismus.

In Nachbürgerkriegsgesellschaften ist der Konnex von *state-building*, *nation-building* und Demokratisierung besonders kompliziert. Fehler und Rückschläge führen hier leicht zu Rückfällen in den Bürgerkrieg, der doch überwunden werden soll. Zwar wissen wir über die Elemente, aus denen Staat, Nation und Demokratie bestehen, recht gut Bescheid. Da sie sich aber, wie gesagt, wechselseitig bedingen, stellt sich das Problem, welches dabei die richtige *Reihenfolge* sei und welche *Prioritäten* zu setzen sind.

Unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts drängte ein verbreiteter Idealismus ungestüm auf rasche Demokratisierung, politische und ökonomische Liberalisierung, und auf den Vorrang der Zivilgesellschaft.<sup>31</sup> Die neuere Literatur betont dagegen überwiegend die kontraproduktiven Effekte allzu früher Wahlen und postuliert die Schaffung solider staatlicher Institutionen, d. h. *state-building*, als Priorität<sup>32</sup> und Basis erfolgreicher Demokratisierung. Nun besteht in fragmentierten Nachbürgerkriegsgesellschaften die Crux freilich darin, dass hier eine von allen anerkannte Staatlichkeit nicht existiert, sondern gerade zerstört worden ist. Werden nicht alle Seiten am staatlichen Wiederaufbau beteiligt, besteht die Gefahr, dass eine die andere verdächtigt, mit dem Staat nur ihre Bürgerkriegsziele fortzusetzen und deshalb Obstruktion betreibt. Wie frühe Wahlen kein Patentrezept sind, weil sie ohne hinreichende Sicherheit für die Individuen und ohne Rechtsstaat dazu tendieren, die Fragmentierung des Bürgerkrieges fortzuschreiben und gar neu zu legitimieren, lässt sich auch die Devise »*Stateness*

31 Vgl. etwa Marina Ottaway and Thomas Carothers, eds.: *Funding Virtue. Civil Society Aid and Democracy Promotion*, Washington 2000.

32 Vgl. Simon Chesterman, op. cit., Roland Paris, op. cit., Francis Fukuyama, op. cit.

*first*« – oder »Institutionalisierung vor Liberalisierung«<sup>33</sup> – nicht ohne weiteres verallgemeinern. Der Staatsaufbau kommt nämlich unter diesen Bedingungen nur dann voran, wenn alle Kontrahenten angemessen an ihm beteiligt sind. Die Institutionen füllen sich erst mit Leben, wenn alle Konfliktparteien bereit sind zu kooperieren. Am Beispiel des stockenden staatlichen Aufbaus in Bosnien und Herzegovina oder im Kosovo lässt sich das exemplarisch zeigen.

Die Demokratisierung von Nachbürgerkriegsgesellschaft muss somit den Übergang von autoritären Verhältnissen zu demokratischen und die Rekonstruktion eines von den Bürgerkriegsprotagonisten anerkannten Staates zugleich leisten. Sie steht damit vor der widersprüchlichen Doppelaufgabe, die Macht des Staates zu begrenzen, um individuelle Freiheit verbürgen zu können, und ihn zugleich so zu stärken, dass er imstande ist, die Sicherheit seiner Bürger, Verfassung und rechtsstaatliche Verhältnisse vor inneren und äußeren Bedrohungen zu schützen. Theoriegeschichtlich gesprochen, soll hier die Demokratisierung das Kunststück vollbringen, das Programm von Locke und Rousseau zur gleichen Zeit umzusetzen wie dasjenige von Hobbes.

Demokratie setzt Volkssouveränität voraus und ist die Selbstregierung mündiger Bürger. Beides steht Fremdherrschaft und -bestimmung diametral entgegen. Insofern lässt sich Demokratie nicht von außen oktroyieren. So zwingend dieser Sachverhalt ist, so befremdlich mutet doch an, dass der Satz, Demokratie lasse sich nicht mit Krieg erreichen, gebetsmühlenartig wiederholt wird. In Deutschland müsste man es besser wissen. Die Demokratisierung der »verspäteten Nation« (Helmuth Pleßner) scheiterte im 19. Jahrhundert und gelang erstmals, wenn auch nur für kurze Zeit, nach dem Ersten Weltkrieg; vollends gründete die Bonner Republik in der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands und verdankt sich der Demokratisierungspolitik der westlichen Sieger. Das wird offenbar gern verdrängt. Es gibt durchaus gute Gründe für die Annahme, dass die für viele unerwartete Renaissance der Demokratie in Westeuropa nach 1945 entschieden mehr mit der Politik der USA zu tun hat als dem selbstgefälligen europäischen Eigenbild lieb ist. Daniele Archibugi hat dafür die prägnante Formel geprägt: »Demokratie zu exportieren ist ein amerikanischer Traum.

33 So Roland Paris, op. cit.

Es ist ein Traum, den die Amerikaner den europäischen Völkern erfüllt haben.«<sup>34</sup>

Aus historischer Sicht hängen Gewalt und Demokratie ohnehin enger miteinander zusammen, als der Lebkuchenvers wahrhaben will, Demokratie lasse sich nicht mit Gewalt erreichen. Er blendet die – *horribile dictu* – emanzipative Dimension der Gewalt aus, die der modernen Demokratie zum Durchbruch verhalf. Wer nach den Anfängen der modernen Demokratie in Europa fragt, stößt schnell auf die katalysatorische Wirkung der napoleonischen Kriege.<sup>35</sup> Insofern weiß man seit der Französischen Revolution, dass Demokratisierung oft den Anstoß von außen braucht.

Seither wissen wir freilich auch, dass dieser Anstoß das gewünschte Resultat meist nur *à la longue* zeitigt, kurzfristig jedoch ganz andere Entwicklungen auslösen kann. Politikwissenschaftliche Analysen haben oft einen kurzen Atem, und die Zeiträume, in denen Politiker denken, richten sich in Demokratien nach Legislaturperioden. Beide bewerten das aktuelle Geschehen anders als Historiker. Die Französische Revolution etwa wurde von den meisten Zeitgenossen 1789 anders bewertet als fünf Jahre später, nach den Erfahrungen mit dem Terror und den Expansionskriegen. Die Zeitperspektive ist also mit zu reflektieren. Tschu En-lai soll einmal auf die Frage, wie sich die Französische Revolution auf die Geschichte auswirkte, bemerkt haben, es sei wohl noch zu früh, das zu beantworten ...

34 Daniele Archibugi: Demokratie exportieren? Warum eine Politik der Anreize einer Politik des Zwangs vorzuziehen ist, in: *Lettre internationale* Nr. 75, Winter 2006, S. 12.

35 Vgl. Rolf E. Reichardt: *Das Blut der Freiheit. Französische Revolution und demokratische Kultur*, Frankfurt a. M. 1999, und Hartmut Kaelble: *Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union*, Stuttgart–München 2001.



Michel Cullin

## Kulturtransfers, Erinnerungsarbeit und Friedenskultur

»Die Erinnerung ist die Zukunft der Vergangenheit«

Paul Valéry

Die Begrifflichkeit *Kulturtransfers* weist sowohl auf die Analyse des kollektiven Bewusstseins, das durch Rezeption von kulturellen und nationalen Mythen, die kulturgeschichtlich und kulturpolitisch vermittelt, geprägt werden, wie auch auf die Erforschung bilateraler Beziehungen, die kulturelle und politische Klüfte sowie Gegensätze produzieren, die meistens verdrängt werden, hin. In der Politik kennen wir diese Phänomene sehr gut. Ich brauche nur auf die französische Kolonialgeschichte und ihre Folgen (Stichwort Algerienkrieg) oder auf die österreichische Zeitgeschichte (Stichwort Anschluss und Nationalsozialismus) hinzuweisen. In der Kultur sind auch ähnliche Entwicklungen festzustellen, denkt man z. B. an *négritude* oder an Mitteleuropa. Erforschung von Kulturtransfers impliziert Erinnerungsarbeit, die Kulturwissenschaften oft sträflich vernachlässigt haben. Sowohl Claude Lévy Strauss wie Paul Ricoeur deren große Werke wie »*triste tropique*« oder »*la mémoire, l'histoire et l'oubli*« der Begrifflichkeit der Kulturtransfers und der Erinnerungsarbeit Rechnung tragen, haben eine Art archäologische Spurensicherung verborgener und verdrängter Kulturgedächtnisse anvisiert, die Rezeptionsgeschichte und Kulturanalysen methodisch neu belebt haben.

Bekanntlich lassen sich meistens diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen in einem klar abgesteckten Rahmen erfassen. Zumindest wird es vorausgesetzt. Das Ineinandergreifen zweier Kulturräume bringt im Unterschied dazu alle Seiten der menschlichen Kommunikation ins Spiel. Der wirtschaftliche Austausch und der musikalische Austausch zwischen Wien und Paris sind gleichwertige Bestandteile dieses Kulturtransfers. Dabei stellt sich ein weiterreichendes methodisches Problem: kein Basis-Überbau-Modell, keine Projektion eines sozialgeschichtlichen Befundes auf der Ebene der Hochkultur kann eine angemessene Erklärung der Transfermechanismen liefern. Oder anders gesagt:

Kunst, Religion, mentalitätsgeschichtliche Gegebenheiten sind imstande – etwa in der Buchgeschichte – wirtschaftliche oder soziale Beziehungen zu tragen. Wir haben es mit einem »fait social total« im Sinne des Ethnologen Marcel Mauss zu tun, der diesen Begriff auf das Ritual der Gabe und Gegengabe bei Urvölkern bezog. Nur sind die Faktoren in der Entwicklung des Gabe- und Gegengabe-Rituals zwischen europäischen Gesellschaften der Neuzeit unübersichtlicher, und wäre es nur, weil sie nicht synchron sondern diachron in der Vielfalt der überlieferten Dokumente zu erfassen sind.

Es geht meistens bei den Kulturtransfers um eine umfassende Verflechtung heterogener Faktoren im Transfer, die implizieren, dass man nur einwirkende Faktoren exemplifizieren kann.

Zum Beispiel: die Zeit der Aufklärung ist auch jene Epoche, in der ein Nationalgefühl entsteht. Dazu muss die deutschsprachige Literatur eine ambivalente Dekonstruktion der französischen Kultur vornehmen, der jedoch die Fürsten, die Könige, die Kaiser und ihre hohen Beamten verpflichtet bleiben. Umgekehrt wurden Deutschland und Österreich in Frankreich häufig in verschiedenen Varianten wahrgenommen. Die Ära von Revolution und Kaiserreich verdichtet die bilateralen Beziehungen zu einer nationalen Identitätskrise. Während der Buchhandel als eine der bedeutendsten Formen der Wirtschaftsbeziehungen die Kontakte fördert, beruht einerseits die Romantik andererseits die Reaktion in der Politik, in der Literatur und in der Kunst auf einer systematischen Absege an ein immer noch teils unbewusst, teils bewusst faszinierendes französisches Modell.

Noch ein Wort zur Erforschung von Kulturgedächtnissen. Seit dem fundamentalen Werk von Maurice Halbwachs »les cadres sociaux de la mémoire«, 1925 erschienen (deutsch »das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen« erst 1966 erschienen), wissen wir mit den Leitbegriffen »kulturelles Gedächtnis« und »Interkulturalität« umzugehen. Der französische Philosoph und Soziologe lieferte die Anregung für Pierre Noras monumentales Werk »Les lieux de mémoire« sowie für die späte Reflexion vom eingangs zitierten Paul Ricoeur mit seinem großen Opus »la mémoire, l'histoire et l'oubli«. Es sind aber die Arbeiten von Jan und Aledida Assmann, einerseits und von Mechthild Gilzmer andererseits die uns in den deutschsprachigen Kulturwissenschaften wertvolle Analysen geliefert haben.

Unabhängig von diesen theoretischen Ansätzen lassen sich Untersuchungen, die dem kulturellen Gedächtnis in Literatur oder Kunst widmen, drei Kategorien zuordnen:

Erste Kategorie: das Gedächtnis manifestiert sich in intertextuellen Bezügen, in bestimmten Gedächtnisgattungen (z. B. Autobiographien) sowie im Kanon als institutionalisierter Form der Erinnerung. Das Reservoir *par excellence*, aus dem die Dichter und Künstler des 18. und des 19. Jahrhunderts schöpfen, ist die Antike.

Zweite Kategorie: das Erinnern ist Gegenstand von Literatur und Kunst. Es wird durch ästhetische Verfahren im Medium der literarischen Fiktion oder künstlerischen Darstellung veranschaulicht.

Die dritte Kategorie betrifft Literatur und Kunst als Medien des kollektiven Gedächtnisses. Und hier finden wir die Kulturtransfers wieder. Ein denkwürdiges Ereignis wird über ein künstlerisches Medium vermittelt. Z. B. Die Darstellungen der französischen Revolution in der deutschsprachigen Literatur bzw. die Folgen der französischen Revolution in Österreich mit dem Spätjosefinismus der österreichischen Jakobiner. (Stichwort Hebenstreit)

Zurück zu den Begriffen Geschichtskultur, Gedenkkultur und Erinnerungskultur bzw. Erinnerungsarbeit, die die Begrifflichkeit der Kulturtransfers impliziert.

I) *Geschichtskultur* vermittelt neben Faktenwissen eben das, was Historiker und Geschichtsbücher immer wieder produzieren, nämlich Geschichtsbilder sowie Selbst- und Fremdbilder. Darüber allein wäre viel zu sagen in Österreich aber auch in Frankreich und in Deutschland, die man immer wieder als Beispiele für Versöhnung und Friedenskultur zitiert. Das deutsch-französische Geschichtsbuch, das in den letzten Jahren erschienen ist, versucht einen anderen Umgang mit diesen tradierten Selbstbildern oder Feindvorstellungen zu ermöglichen. Aber es wird zu wenig auf die kulturelle und politische Dynamik von *Transfers* hingewiesen, auf die so genannten Mittler und und auf dritte in den Transfers verwickelte Grenzakteure: SchriftstellerInnen, ForscherInnen, Universitätsleute, wie auch immer sie heißen mögen. Wird in den deutsch-französischen Beziehungen diesem Umstand Rechnung getragen, dann nur in einer stilisierenden Weise, wie wir sie von den fast urszenenhaften Bildern her kennen: »Adenauer und Charles de Gaulle auf dessen Landsitz in Colombey-les-deux-Eglises oder

in Reims als Architekten der Deutsch-Französischen Freundschaft, Mitterrand und Kohl in Verdun mit einer anderen gewiss positiven Symbolik, da der Unsinn des Krieges gezeigt wird. Insofern bleiben die Diskurse über die deutsch-französische Freundschaft einer in namhaften deutsch-französischen Institutionen geprägten »Ideologie der Versöhnung« treu, nach dem Motto »wir sind Feinde gewesen, nun sind wir Freunde geworden«.

Dies ist eine Vorgangsweise, die höchst problematisch ist. In der Vermittlung von Geschichte vereinfacht sie zu sehr (in Richtung binärer Vorstellung), und verstärkt als Reaktion die Tendenz zur nationalen Mythenbildung. Sie übergeht Widersprüche und kann Populismen erzeugen. In der Folge schafft diese Geschichtsvermittlung eine Form sekulärer Religion. »Die deutsch-französische Zusammenarbeit müsse so und so sein, so und so gefeiert werden.« Es tauchen Codes, Rituale auf, und im Grunde genommen wird total vergessen, dass es Akteure gab, die Franzosen oder Deutsche waren, die im jeweiligen anderen Land gelebt und gewirkt haben. Diese Geschichten (Erzählungen, die dichotome Unterscheidungen unterlaufen), solcher Transfers werden in den Geschichtsbüchern überhaupt nicht erwähnt. Das deutsch-französische Geschichtsbuch versucht dagegen anzukämpfen und hinterfragt »die Ideologie der Versöhnung«. Eine Sisyphusarbeit angesichts der gängigen Auffassung von Friedens- und Versöhnungsarbeit im deutsch-französischen Bereich, wonach es heißt: »Wir Franzosen haben die und die Vergangenheit und Geschichte, Ihr Deutsche habt die und die Vergangenheit und Geschichte. Wir kennen Eure Geschichte, und könntet sie euch erzählen. Aber eure Geschichte betrifft uns nicht. Wir verstehen euch und befassen uns mit euch vom französischen Standpunkt aus. Wir wollen eure Geschichte näher kennen lernen, aber ohne Empathie, wir gehen nicht in Euch hinein.« Es wird nicht versucht aufzuzeigen, wie Transkulturalität wirkt. Diese Dynamiken aber ließen sich vielerorts auffinden: Nehmen wir nur die tragischen Umstände der Vertreibung der französischen Protestanten am Ende des 17. Jahrhunderts nach Berlin. Hat sich jemand einmal gefragt, woher die vielen französischen Einflüsse in Berlin herkommen. Man braucht nur ein Berliner Telefonbuch aufzuschlagen und sieht, dass viele Familiennamen eigentlich einen französischen Klang haben. Die Politik ist ein probantes Feld in dieser Hinsicht: Stichwort De Maizière, Lafontaine, der allerdings

kein Berliner ist. Ohne Zweifel ist dieser französische Einfluss bedeutend für die Wurzeln von Berlin. Auch auf französischer Seite gibt es natürlich Vorurteile nach der Art »Berlin, o mein Gott, das ist ja eine preußische Stadt«. Einseitige Perzeption dieser Art fußen auf einem kargen, unempathischen und deswegen zwangsweise nationalbegrenzten Verständnis von Geschichte. Es fehlt an Übung darin, sich in den anderen hineinzusetzen. Nur dadurch aber kann eine Vermittlung von Erinnerung stattfinden. Die traditionelle Vorstellung von Geschichtskultur geht von der Vorstellung einer Kultur aus und will im Endergebnis wieder dort ankommen. Das hilft nicht, den Anderen zu verstehen.

Geschichtsbilder, die traditionellerweise Feind- und Fremdbilder vermitteln, erzeugen – und das ist sehr willkommen – unproblematische Verhältnisse. Solange es diese Empathie nicht gibt, in einem Europa, in dem bilaterale Beziehungen ganz wichtig sind, können wir miteinander friedlich leben, uns oberflächlich verstehen, in andere Länder reisen und einander kennen lernen, aber es gibt noch keine echte Befassung mit dem Fremden, keine Möglichkeit, den Anderen von innen her zu verstehen und zu erfassen, kurz und gut verhindert das Fehlen von Empathie, diese transnationale Einmischung, von der z. B. Alfred Grosser immer spricht und sogar persönlich verkörpert. Es gibt durchaus Momente des Bewunderns und des Hassens, aber noch einmal, Transkulturalität ist keine von der Geschichtskultur vermittelte Erfahrungskriterium.

II) *Gedenkkultur* ist für das Erfassen »dritter« Positionen noch viel weniger in der Lage, zudem ist sie manchmal scheinheilig. Nehmen wir als Beispiel ein bekanntes Symbol zweier Männer, Mitterrand und Kohl in Verdun. Sie sind sich über die Grausamkeiten des Krieges einig und darüber, dass zwischen diesen beiden Ländern nie wieder Krieg sein soll. Aber das bedeutet ja nicht, dass man sich besser versteht. Der Andere bleibt der Fremde, deswegen ist diese Form von Konsens das falsche Symbol. Die beiden Männer haben nur demonstriert, dass man sowohl als Deutscher als auch als Franzose eine ehrliche Ablehnung des Krieges demonstrieren kann. Aber das beinhaltet eben noch nicht das gegenseitige Verstehen, auch durch die Gedenkkultur kann Transkulturalität nicht vermittelt werden.

III) *Erinnerungskultur*. Hier haben wir es mit mehreren Phänomenen zu tun; die individuelle Erinnerung ist für das Erleben jedes Einzelnen etwas Essentielles. In kulturelle Zusammenhänge gestellt spielt die kollektive Erinnerung eine ebenso bedeutsame Rolle. Es darf in diesem Zusammenhang auf die Definition von »*mémoire collective*« hingewiesen werden, die von Maurice Halbwachs untersucht wurde. Sie, diese »*mémoire collective*« ist den gleichen Mechanismen unterworfen, wie sie Freud und später Mitscherlich analysiert und beschrieben haben: etwa die Verdrängung, und die Rückkehr des Verdrängten. Ähnlich wie im Individualbereich können sie sich diese Formen der *Problembearbeitung* auch in der Gruppe / der Gesellschaft ins Krisenhafte steigern.

IV) *Erinnerungsarbeit* ist ein Weg, diese Krisensituationen aufzuarbeiten, sich selbst zu befreien von Zwängen. Aspekte der individuellen Psychologie sind auch in der Psychologie der Gruppen und Massen wieder zu finden. Erinnerungskultur beinhaltet die Chance des Entdeckens des Anderen, sich empathisch einzufühlen und sich hinein zu versetzen. Dazu gehört aber die Arbeit am eigenen Gedächtnis, das Aufarbeiten der Mythen, zu denen es gekommen ist, und die, im Grunde genommen, Ausdruck von Verdrängung sind.

Der französische Historiker, Pierre Nora, der sich mit den Erinnerungsorten beschäftigt hat, fasst den Begriff der *Erinnerung* als »*Bündel von signifikanten Vorstellungen oder Zeichen, die materieller Natur sind – Zeitzeugen, Bücher, Gebäude, wie immer man das nennen will – oder ideell, also Utopien, Visionen usw. welche die vergehende Zeit zu einem signifikanten Element einer Menschengemeinschaft gemacht hat*« auf.

Wir sehen, dass die Erinnerung jederzeit existieren kann, wenn Menschen zusammen sind, und signifikante Elemente aufarbeiten und nach vorne bringen, die für sie wichtig sind, um sich zu Recht zu finden, sich mit einem Teil dieser Geschichte identifizieren zu können. Gleichzeitig könnte man rationalisierend sagen, die Erinnerung ist nichts anderes als eine Form von Geschichte.

Kann man mit Recht einwenden, dass der *Antagonismus zwischen Erinnerung und Geschichte* falsch ist? Im Grunde genommen ist die Vorstellung von Geschichte als Vermittlung von Fakten und Tatsachen oft so simplifiziert, und derartig zum Mythos geworden,

dass man gerade die Erinnerung braucht, um Geschichte zu hinterfragen und eine kritische Distanz zur glorifizierenden oder dämonisierenden Geschichtsvermittlung zu behalten. Gerade die Erinnerung hilft, die (instrumentalisierte) Nationalgeschichte, die Geschichte für einen bestimmten Raum, für eine bestimmte Zeit, in Frage zu stellen. Insofern ist die Erinnerung keineswegs ein Gegensatz zur Geschichte. Es ist ein eng zusammenhängendes Begriffspaar, das nicht gegeneinander auszuspielen ist.

Nehmen wir als konkretes Beispiel *die französische Resistance*, über die so viel nach 1945 geschrieben wurde, nicht nur wissenschaftlich sondern auch politisch, so dass sie fast zu einem Mythos geworden ist. Mythos nicht in dem Sinne, dass die Resistance nicht stattgefunden hätte und immer rekonstruiert wird, wie manche unverbesserliche Revisionisten es immer wieder behaupten, sondern in dem Sinne, dass es die französische Nationalidentität nach 1945 wesentlich mitgeprägt hat. Es gibt aber auch die Geschichte von Vichy und der Kollaboration. Die französischen PolitikerInnen hatten immer große Mühe, sich mit dieser Vergangenheit auseinanderzusetzen, und zwar über Jahrzehnte hindurch. Erst in den 70er und 80er Jahren ist man zu einem anderen Verständnis, zu einer anderen Miteinbeziehung dieser Vergangenheit gekommen. Wenn man einen Teil von Franzosen aus der Kriegsgeneration nach dieser Zeit der Résistance fragt, wird man meistens nur Heldengeschichten hören. Das ist das, was das Frankreich der Nachkriegszeit stark gemacht und geprägt hat. Aber im Grunde genommen ist es ein Mythos, und wenn wir nicht die Erinnerung der Grenzakteure hätten, würden wir beim Mythos bleiben und keine Möglichkeit haben, die *europäische Dimension der Resistance* fest zu stellen. Die ausländischen Widerstandskämpfer, insbesondere die Deutschen in der Resistance waren jahrzehntelang kein Thema. Die Resistance war ein rein französisches Thema, und ließ im akademischen wissenschaftlichen Bereich solche Fragen nicht zu.

Aber noch ein anderes Beispiel. Nehmen wir die Slowakei. An der diplomatischen Akademie in Wien wird über die Frage der *Erinnerungskultur im Donauraum* geforscht. Und es gibt ein Ereignis, das bis heute nur spärlich von der slowakischen Geschichtsforschung aufgearbeitet wurde, geschweige denn von der Politik, nämlich die Geschichte des slowakischen Nationalaufstands (in seinen Folgen ähnlich dem Polnischen) im Spätsommer und Herbst 1945. War-

um hat man sich bis heute nicht damit nicht systematisch befasst? Weil es einerseits das Regime von Josef Tiso gegeben hat, das mit Deutschland kollaborierte und klare klerikalfaschistische Züge getragen hatte. Diese Zeit ist für einen Teil der Slowaken sehr wichtig, weil sie in ihren Augen Garantenstellung für ihre nationale Identität einnimmt und ihre eigenständige Existenz innerhalb historischer Bezüge legitimiert. Ansonsten erscheinen die Slowaken in der Geschichte lediglich immer als Minderheit und meistens unterdrückt.

Andererseits aber verdrängen manche Slowaken die Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich, die Beziehungen, die es gegeben hat, das Mitmachen bei Verfolgungen usw. Es gab nun einen Aufstand gegen dieses Regime, mit Partisanenkämpfen, Partisanengruppen im Herbst 1944. Aus welchen Mitgliedern bestanden diese Gruppen? Sie bestanden aus Slowaken, aber auch aus Vertretern aus anderen Ländern, aus deutschen Hitlergegnern, aus Österreichern, aber auch Franzosen, und das ist beinahe eine skurille Geschichte: Französische Kriegsgefangene in Ungarn, die eine Art kleine französische Legion gebildet hatten, welche Brigade Stefanik hieß (nach dem Namen eines der führenden frankophilen Slowaken nach 1918, General Milan Ratislav Stefanik). Die Brigade Stefanik hat Waffen transportiert und sich an den Kämpfen beteiligt. Das heißt, der Widerstand gegen das Regime fand unter der Mithilfe von europäischen Widerstandgruppen statt., was total vergessen worden ist.

Bis in die slowakische Gegenwartspolitik hinein wird diese europäische Dimension vom nationalen Widerstand klein geschrieben. Das nationalhistorische Selbstverständnis und die Identität der jetzigen Slowakei wird, sowohl gegenüber Tschechien, wie auch gegenüber Ungarn behauptet, gerade als Nicht-Vereinnahmung durch die Nachbarn. Das Tiso Regime kann somit für manche Slowaken als wesentlicher Bestandteil dieser Identität gelten, weil es als Widerstand gegen die jahrhundertlange nationale Nicht-Existenz erscheint.

### Ein »polnisches Syndrom«?

Die Geschichte der Slowakei ähnelt in dieser Hinsicht jener Polens und der Pildzuski-Zeit, mit dem Unterschied, dass Polen gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat und vor Pildzuski eine demokra-



tische Grundordnung etabliert worden war. Somit kann sich Polen heute mit gutem Recht auf die Zeit der Zweiten Polnischen Republik nach 1918, deren Verfassung direkt an die französische Verfassung der Dritten Republik anschloss, berufen. Später kam Pildzusi und der Marsch in die Diktatur. Die slowakischen Widerstandskämpfer hingegen haben ein Regime bekämpft, das keineswegs demokratische Identität verkörpern konnte, weil es einerseits nicht an die Zeit vor 1938 anknüpfen konnte aber den Eindruck von Wahrnehmung nationaler Interessen – ähnlich wie Pildzusi – vermitteln wollte. Nur legitimierte sich das Tiso-Regime in der Kollaboration mit den Nazis.

Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass durch die Sowjetisierung von Zentraleuropa nach 1945 jegliche Betonung von demokratisch pluralistisch geprägten nationalen Geschichtsabschnitten zum Nullthema erklärt wurde, wenn nicht manchmal verboten, einfach nach dem Motto: « wenn es einen Aufstand gegen Tiso gegeben hat, so waren es die Kommunisten, die die treibende Kraft waren. Nationaler Aufstand war somit in dieser Interpretation das Werk von »vorausschauenden« Kommunisten.

Erinnerungsarbeit und Kulturtransfers können somit die offizielle Geschichte hinterfragen, die Mythen erzeugt. Am Balkan kann Friedenskultur und Versöhnungspädagogik nur diese Art Erinnerungsarbeit bedeuten.

Brigitte Hipfl

## Medien und eine Kultur des Friedens

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 1999 die Erklärung über eine Kultur des Friedens beschlossen und in der Folge das Jahr 2000 zum »Internationalen Jahr für eine Kultur des Friedens« sowie den Zeitraum 2001–2009 zur »Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zugunsten der Kinder der Welt« ausgerufen. »Unter einer Kultur des Friedens ist die Gesamtheit der Wertvorstellungen, Einstellungen, Traditionen, Verhaltens- und Lebensweisen zu verstehen« (Deutsche UNESCO Kommission, Artikel 1), die »der Förderung des Friedens zwischen einzelnen Menschen, Gruppen und Nationen dienen« (Deutsche UNESCO Kommission, Artikel 2). Ausgegangen wird dabei von der Einsicht, dass die Verteidigung des Friedens »im Geiste des Menschen ihren Anfang nehmen muß« (Deutsche UNESCO Kommission). Als wichtige Instrumente für den Aufbau einer Kultur des Friedens werden neben der zentralen Rolle, die der Bildung und dabei insbesondere der Menschenrechtserziehung, zugeschrieben wird, auch die Medien angeführt: »Durch ihre Rolle auf dem Gebiet der Aufklärung und der Information tragen die Medien zur Förderung einer Kultur des Friedens bei« (Deutsche UNESCO Kommission, Artikel 7).

Wie sind nun die Möglichkeiten, dass Medien zu einer Kultur des Friedens beitragen können, aus medienwissenschaftlicher Perspektive einzuschätzen? In diesem Beitrag werde ich diese Frage zu beantworten suchen, indem ich zuerst auf die gesellschaftliche Funktion der Medien eingehe, die ja darin besteht, über aktuelle Geschehnisse zu berichten und damit die Grundlage für die öffentliche Auseinandersetzung und die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen zu schaffen. Ich werde einige der Rahmenbedingungen beschreiben, die die Funktionsweise der Medien ausmachen. In einem zweiten Schritt wende ich mich der ambivalenten Rolle zu, die Bilder gegenwärtig in der sogenannten »Mediengesellschaft« bzw. »Medienkultur« einnehmen. Im abschließenden, dritten Teil werde ich argumentieren, dass eine Kultur des Friedens nicht nur auf rationaler, bewusster Ebene angestrebt wer-

den kann, sondern dafür unbedingt auch unbewusste Prozesse wie Ängste, Fantasien, Wünsche, Abwehrmechanismen etc. miteinbezogen werden müssen.

### 1. Die Logik der Medien und eine Kultur des Friedens – ein Widerspruch?

Wenn ich im Folgenden von Medien spreche, beziehe ich mich in erster Linie auf die klassischen Massenmedien wie Zeitungen, Radio und Fernsehen. Diese Medien sind gesellschaftliche Instanzen, die in demokratischen Gesellschaften die Aufgabe haben, »möglichst weitreichende Aufmerksamkeit für gemeinsame Themen zu erzeugen« (Meyer 2001, 45). Medien verfügen über Definitionsmacht; sie sind legitimiert, durch die Art und Weise, wie sie über etwas berichten (oder nicht berichten), Bedeutungen in Umlauf zu setzen. Sie verwenden bestimmte Begriffe, Bilder, Metaphern (mit denen wieder bestimmte Assoziationen und Konnotationen verknüpft sind), um Geschehnisse fassbar, einordenbar und verständlich zu machen. Das hat gravierende Folgen, denn auf diese Weise werden Wirklichkeiten konstruiert. Die bereit gestellten Bedeutungen können wie eine Art Brille funktionieren, durch die wir die Welt sehen und die verschiedenen Geschehnisse mit Sinn versehen.

Die Medienforschung hat gezeigt, dass Medien nach einer gewissen Logik funktionieren (vgl. Meyer 2001, 45 f.), die sich vor allem in den Prinzipien der Auswahl und der Darstellung dessen, was berichtet wird, niederschlägt. So besteht z. B. bei Journalistinnen und Journalisten (aller Medien) ein hoher Konsens hinsichtlich dessen, was als wichtig und berichtenswert erscheint. Diese Regeln zur Selektion und Gewichtung von Ereignissen, die als eine Art stillschweigender, professioneller Konsens wirksam werden, hängen mit dem so genannten Nachrichtenwert zusammen, der einzelnen Ereignissen zugeschrieben wird. Übrigens hat sich auch der Friedensforscher Johan Galtung in den 1960er Jahren im Rahmen einer Untersuchung des internationalen Nachrichtenflusses mit Selektionsmechanismen in den Medien auseinandergesetzt (vgl. Galtung/Ruge 1965). Thomas Meyer (2001) spricht von der Logik der Medien, die einerseits durch Filter der Selektion und andererseits durch Regeln der Präsentation bestimmt ist.

Eine Voraussetzung, überhaupt von den Medien aufgegriffen zu werden, ist die Ereignishaftigkeit. Bloße Gedanken, Programme,

Absichten, Vorhaben, etc., die sich nicht als ein Ereignis oder eine Geschichte präsentieren lassen oder mit einem Ereignis oder einer Geschichte in Verbindung gebracht werden können, haben praktisch kaum eine Chance, aufgegriffen zu werden.

Dagegen erhöht sich der Nachrichtenwert,

- wenn es sich um ein kurzes, möglichst abgeschlossenes Ereignis handelt
- wenn eine räumliche, kulturelle oder politische Nähe zu den Adressatinnen und Adressaten besteht
- wenn damit ein Überraschungswert bei schon eingeführten Themen verknüpft ist
- wenn es sich um ein konflikthafte Ereignis oder um ein Ereignis mit großem Schaden handelt
- bei besonderen Erfolgen und Leistungen
- und besonders, wenn sich das Ereignis auf einzelne Personen, und hier vor allem auf Prominente bezieht (vgl. Meyer 2001, 47–48).

Je mehr dieser Faktoren auf ein Ereignis zutreffen, umso höher wird sein Nachrichtenwert eingeschätzt, womit sich auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass in den Medien darüber berichtet wird.

Neben diesen Selektionsregeln gibt es auch Regeln zur Art und Weise der Darstellung. So fasst z. B. Meyer (2001, 50 f.) die Ergebnisse aus verschiedenen medienwissenschaftlichen Studien zusammen und beschreibt als zentrale Darstellungsmuster:

- Personifikation: einzelne Personen werden als Verkörperung von Eigenschaften, Kräften, Tugenden, Mächten im Hinblick auf eine Gemeinschaft repräsentiert
- Mythischer Heldenkonflikt: die Konkurrenz unterschiedlicher Interessen, Ideen, etc. wird als Duell zwischen zwei Helden inszeniert
- Drama: hier geht es um tragische Konflikte zwischen Personen, voller Emotionen, mit Niederlagen, Gescheiterten, Siegern
- Archetypische Erzählungen: mit vertrauten Figuren, die immer wiederkehren (der Gute, der Böse, der Verräter, Intrigant, Unschuldige ...)

Der amerikanische Philosoph und Medienkritiker Douglas Kellner (2003) weist darauf hin, dass heutzutage darüber hinaus spektaku-

läre Inszenierungen in den Medien immer mehr zur Norm werden. Er verwendet den Begriff ›Medienspektakel‹ und meint damit Inszenierungen in den Medien, die durch die neuesten technischen Entwicklungen möglich werden, kombiniert mit der Tendenz zur Personalisierung bzw. der Fokussierung auf einzelne Celebrities. Diese spektakulären Inszenierungen beschränken sich nicht auf den Bereich der Unterhaltung, sondern dominieren immer mehr auch die Art und Weise, wie Informationen und Nachrichten vermittelt werden. Diese Entwicklung wird in der Kommunikationswissenschaft auch als Boulevardisierung diskutiert. Problematisiert wird dabei, dass sich die Auswahl bei den Nachrichten immer weniger an journalistischen Kriterien orientiert, sondern an der (anisierten) Kundenzufriedenheit. Aufgrund der durchgreifenden Kommerzialisierung der journalistischen Nachrichtenproduktion und der damit verbundenen »verschärften Konkurrenzsituation« (Aussage von leitenden Nachrichtenredakteuren in einer Studie von Georg Ruhrmann und Roland Göbbels, 2007) dominiert als entscheidendes Kriterium die »Darstellbarkeit in Bildern«, die möglichst auch noch einen »human touch« haben sollen. Ein Beispiel sind etwa die Nachrichten über den »kleinen Eisbären Knut«, die es in alle Zeitungen und selbst in Fernsehnachrichten geschafft haben. Nachrichten ohne Bilder haben kaum eine Chance, aufgenommen zu werden. Nach Aussage leitender Journalisten nehmen die Nachrichtenfaktoren Personalisierung, Kontroverse und Aggression zu (vgl. Ruhrmann/Göbbels 2007).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass in den Medien Berichte über Krieg und Gewalt dominieren. Denn es sind gerade Inhalte dieser Art, die im Unterschied zu Themen, in denen es um Frieden geht, besonders gut der »Logik der Medien« und dem Druck zur medialen Inszenierung entsprechen. Was bedeuten diese Befunde für unsere Vorstellungen und Hoffnungen, dass Medien zu einer Kultur des Friedens beitragen können? Handelt es sich dabei bloß um unrealistische Träume und Visionen? Oder sind wir nicht vielmehr gefordert, diese Einsichten konstruktiv im Sinne einer Kultur des Friedens zu nutzen? Ich möchte letzteres Argument aufgreifen und auf einen Punkt verweisen, der in den gegenwärtigen Diskussionen über den hohen Anteil an Gewaltdarstellungen in den Medien gerne vergessen wird. Historisch gesehen sind Medien, wie Mattelart (2000) ausführt, sowohl mit der Durchsetzung

von Machtansprüchen und mit Krieg eng verknüpft, als auch mit der Vorstellung, dass sie die Entwicklung von Demokratie, Gleichheit und einer friedlichen Gesellschaft vorantreiben. So meinte z. B. der französische Außenminister am 17. Mai 1865 bei der Gründungsversammlung der Internationalen Telegraphischen Vereinigung (aus Mattelart 2000, 20):

*»We are gathered here in a genuine Congress of peace. If it is true that war, more often than not, is born out of misunderstandings, are we not removing one of its causes by facilitating the exchange of ideas between people and by placing at their disposal this amazing transmission system, this electric wire through which thought can travel across space at the speed of lightning, and which permits swift and uninterrupted dialogue between the scattered members of the human family?«*

Ausgehend von den Einsichten in die gesellschaftliche Funktion der Medien und die Wirkweise der ›Logik der Medien‹ könnte jetzt als eine Konsequenz formuliert werden, dass es für die Entwicklung einer Kultur des Friedens notwendig ist, die erste Hürde zu überwinden und daran zu arbeiten, das Interesse der Medien für Friedensaktivitäten und Friedensprojekte zu gewinnen. So könnte etwa versucht werden, Celebrities dafür zu gewinnen, sich für Friedensprojekte oder für eine Kultur des Friedens einzusetzen. Das ist ein Weg, der bereits erfolgreich eingeschlagen wurde. Denken wir z. B. nur an die inzwischen verstorbene Prinzessin Diana, die sich für Opfer von Landminen eingesetzt hat. Eine andere Möglichkeit ist, immer wieder Materialien für Medienspektakel zu liefern, wie es Greenpeace und einzelne Gruppen der Antiglobalisierungsbewegung erfolgreich vorgeführt haben. Wie wir von verschiedenen Terroraktivitäten, insbesondere aber seit dem 11. September 2001 wissen, wird dieser Zugang allerdings auch in einer sehr menschenverachtenden Weise umgesetzt.

Folgen wir der Argumentation von Douglas Kellner (2003), dann kommen wir aber bei der Frage, in welcher Weise Medien eine Kultur des Friedens fördern bzw. schaffen können, nicht umhin, eine progressive Politik des Spektakels zu betreiben. Seiner Meinung nach können wir uns der ›Logik der Medien‹ nicht entziehen, die Herausforderung besteht darin, sie in kreativer Weise für die eigenen Zwecke zu nutzen. Robert Lecker (2007) hat diesen Gedanken am Beispiel des Dalai Lama durchgespielt. Ich schließe mich Kellners Position an, weil es ja darum geht, Öffentlichkeit für Friedens-

aktivitäten und für eine Kultur des Friedens herzustellen. Anhand von zwei Friedensinitiativen, die ähnliche Ziele verfolgen, aber von den Medien unterschiedlich stark aufgegriffen wurden, möchte ich dies illustrieren. Das erste Beispiel ist die Initiative »1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005/1000 Peace Women Across the Globe«. Das von einer Schweizer Nationalrätin ins Leben gerufene Projekt verfolgt das Ziel, die Arbeit der vielen Frauen, die weltweit für den Frieden aktiv sind, sichtbar zu machen. Zu diesem Zweck wurden 1000 Frauen nominiert, die stellvertretend für den Friedensnobelpreis 2005 nominiert wurden. Die Arbeit der 1000 Frauen wurde in Form kurzer Porträts in einem Buch und in einer Wanderausstellung dokumentiert. Damit liegt ein eindrucksvolles Zeugnis der vielfältigen, Mut und Hoffnung machenden Arbeit von Frauen vor, die sich in sehr unterschiedlicher Weise für eine Kultur des Friedens einsetzen. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung (siehe dazu Hipfl 2006) haben wir unter anderem die Medienberichte über das Projekt untersucht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Initiative hat insgesamt sehr wenig mediale Aufmerksamkeit erzielt. So wird in erster Linie in Publikationsorganen sozialer Bewegungen, Frauenzeitschriften, feministischen Zeitschriften und darüber hinaus in regionalen Zeitungen und Zeitschriften – die etwa anlässlich der offiziellen Nominierung der 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis auf einzelne Frauen verweisen, zu denen ein regionaler Bezug hergestellt werden kann – über die Initiative berichtet. Überregionale Zeitungen und Zeitschriften greifen das Thema kaum auf, und wenn es vereinzelte Berichte gibt, beziehen sich diese zum Großteil auf die Vorstellung der Initiative. Die qualitative Analyse ausgewählter Medienberichte macht deutlich, dass die Initiative »1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005/1000 Peace Women Across the Globe« fast ausschließlich aus der Perspektive des Geschlechterverhältnisses thematisiert wird. Einerseits wird eine Position eingenommen, die feministischen Ansätzen entspricht und den Fokus auf die vielen konkreten Ansatzpunkte zur Veränderung patriarchaler, globaler Machtverhältnisse richtet, die mit dieser Initiative auch öffentlich gemacht werden sollen. Dies findet sich insbesondere in den Berichten in Frauenzeitschriften und feministischen Zeitschriften. Hier kommen die Friedensaktivistinnen selbst zu Wort und werden in Einzelportraits als Modelle für Friedensarbeit vorgestellt. Andererseits wird die No-

minierung der 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis in den kritischeren Medienberichten als ein Durchbrechen bestehender Regeln und Konventionen und damit auch als ein Angriff auf das Patriarchat dargestellt. Den Frauen wird dabei fehlendes Realitätsbewusstsein unterstellt und mehr oder weniger direkt zum Ausdruck gebracht, dass sie ja eigentlich wissen müssten, dass so etwas nicht funktionieren kann.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei »Peace Counts«, einem Projekt, das ein vergleichbares Ziel verfolgt. In der vom Journalisten Michael Gleich gestarteten Initiative haben von Anfang an Überlegungen einer »mediengerechten Aufbereitung« eine zentrale Rolle gespielt. Gleich hat weltweit nach Vorbildern für Friedensaktivitäten recherchiert und diese in Form von Reportagen festgehalten und für ein breites Publikum aufbereitet. Ihm geht es um Antworten auf die Frage, wie man eigentlich Frieden macht. Inzwischen gibt es ein Buch, eine Fotoausstellung und eine Website, in der ein Fülle von Best Practice-Beispielen – Menschen, Gruppen und Organisationen, die besonders kreativ, glaubwürdig, langfristig und erfolgreich an Friedensprozessen arbeiten – anschaulich dargestellt sind. Aber die Reportagen werden auch in überregionalen Zeitungen und Zeitschriften abgedruckt und im Hörfunk ausgestrahlt. Im Vergleich zur Initiative »1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005/1000 Peace Women Across the Globe« ist es dem Projekt »Peace Counts« weit besser gelungen, das Interesse der Medien für Friedensaktivitäten zu gewinnen. Wenn Medien aber noch effektiver im Sinne einer Kultur des Friedens wirksam werden sollten, dann gilt es, Friedensagenden vom Status der »Sonntagsberichte« zu befreien und sie zu einem Bestandteil der alltäglichen Medienberichte zu machen.

2. Die ambivalente Rolle von Bildern für eine Kultur des Friedens  
Dass Bilder eine zentrale Rolle in den Medien spielen, haben die vorherigen Ausführungen bereits deutlich gemacht. Dazu kommt, dass sich Ende des 20. Jahrhunderts eine historische Wende zum Bildlichen abzeichnet, die von Mitchell (1992) als »pictorial turn« bezeichnet wird. Was bedeutet nun diese Allgegenwart von Bildern für eine Kultur des Friedens? Auch wenn ich zuvor Kellners Argument unterstützt habe, dass in einer Situation, in der Medienspektakel in den westlichen kapitalistischen Ländern zu einem derart



selbstverständlichen Teil des Alltags geworden sind, diese auch für Friedensagenden zu nutzen sind, so muss ich doch auch noch eine kritische Note anfügen. Wir dürfen nicht vergessen, dass Medienspektakel gleichzeitig Teil und Ausdruck einer Kultur der Inszenierungen unter Bedingungen des Neoliberalismus sind: Die Einzelnen sind gefordert, sich ständig den ändernden Bedingungen anzupassen und sich in der Konkurrenz gegenüber anderen – eben durch entsprechende Inszenierungen – durchzusetzen. Diese Rahmenbedingungen sind einer Kultur des Friedens nicht unbedingt förderlich. Es gilt daher auch immer mitzubedenken, inwieweit nicht mit »Spektakeln des Friedens« auch die Hegemonie des Neoliberalismus unterstützt wird.

Bis jetzt habe ich immer nur von Bildern gesprochen, die die Aufmerksamkeit auf Friedensprojekte und -aktivitäten lenken. Solche Bilder alleine reichen meiner Meinung nicht, wir brauchen auch Bilder von Kriegen und vom Leiden der Menschen. Ich meine damit nicht die spektakulären Bilder, in denen als Teil der Kriegsstrategie militärische Heldentaten als visuelle Ereignisse (Strategie von »Schock und Ehrfurcht«) präsentiert werden. Diese Ästhetisierung von Krieg hat den Effekt, unsere Sinne zu betäuben – das Leiden wird nicht mehr gezeigt, die Qual der Menschen im Krieg ist nicht mehr zu sehen (vgl. Sontag 2003). Wir brauchen dagegen Bilder, die den ganzen Schrecken und die Wirklichkeit des Leidens übermitteln, damit wir, so meint z. B. Judith Butler (2005, 173), ein »Gefühl für die Gefährdetheit des Lebens entwickeln« können.

Der amerikanische Kriegsphotograf James Nachtwey liefert Bilder dieser Art. Er sieht seine Aufgabe darin, Zeuge der Ereignisse zu sein und mit seinen Bildern zu vermitteln, was wirklich geschehen ist. Er versucht, den Schmerz und das Leiden zu zeigen und auf diese Weise den Opfern der Gewalt eine Stimme zu geben. Er möchte dazu beizutragen, dass diese Ereignisse nicht vergessen werden und sich nicht wiederholen. So wie er es selbst beschreibt, ist es schwierig, nicht wegzugehen, sondern dabei zu bleiben und hinzusehen, damit auch wir als Zuseher und Zuseherinnen das Leiden sehen und unsere Gefühle angesprochen werden. »Jede Minute an diesem Ort denke ich an Flucht. Ich will das nicht mit ansehen. Soll ich weglaufen oder soll ich mich der Verantwortung stellen, mit meiner Kamera alles festzuhalten?« (Aussage im Film »The War Photographer«) Nachtwey stellt sich dieser Verantwortung. Für ihn

ist dies die höchste Form von Journalismus, ein Journalismus, der dem Frieden dient.

**3. Fiktive Medieninhalte mit »gewalttätigen Inhalten«**  
 als Elemente einer im Werden befindlichen Kultur des Friedens  
 Abschließend werde ich einen Punkt aufgreifen, der in Diskussionen über Bedingungen der Möglichkeit einer Kultur des Friedens immer wieder auftaucht – die Frage der Friedensfähigkeit auf einer persönlichen Ebene. Auch dafür können Medien einen Beitrag leisten. Die sind aber weniger Berichte und Dokumentationen über Friedensaktivitäten und Effekte von Kriegen, sondern fiktive Medieninhalte, in denen es um Gewalt geht und die es möglich machen, eigene Gewalterfahrungen und Allmachtsphantasien zu bearbeiten. So provokant dies im ersten Moment vielleicht auch erscheinen mag, aber für eine Kultur des Friedens brauchen wir auch Darstellungen von Gewalt.

Im Prinzip ist dies eine These, die schon Bruno Bettelheim in seinem Buch »Kinder brauchen Märchen« (1980) vertreten hat. Ich erweitere sie – im Unterschied zu ihm – auf alle Medieninhalte. In einem Satz zusammengefasst meint Bettelheim, dass Heranwachsende mit vielen psychologischen Problemen zurechtkommen müssen – mit entwicklungsbedingten Ängsten (wie Trennungs- und Verlustangst) aber auch mit Ängsten und Emotionen, die durch Umwelt und Erziehung ausgelöst werden – wie Hilflosigkeit aufgrund konkreter Gewalt- oder Ausgrenzungserfahrungen, Angst vor dem Ozonloch, weltweiten Epidemien bzw. Wut und Ärger. Kinder brauchen nach Bettelheim Materialien, die es ihnen ermöglichen, mit ihren unbewussten Spannungen vertraut zu werden. Bettelheim bezieht sich hier auf die Psychoanalyse, die ja das Ziel verfolgt, den Menschen dabei zu helfen, das Problematische des Lebens, auch die eigenen dunklen Seiten, zu akzeptieren, »ohne sich davon besiegen zu lassen oder in eine eskapistische Haltung auszuweichen. Freuds Rezept lautet: Nur durch mutiges Kämpfen gegen scheinbar überwältigende Widrigkeiten kann es dem Menschen gelingen, seinem Leben einen Sinn abzugewinnen« (Bettelheim 1980, 14). Genau diese Botschaft, so Bettelheim (1980, 14) »vermittelt das Märchen dem Kind in vielfältiger Weise: Der Kampf gegen die heftigen Schwierigkeiten des Lebens ist unvermeidlich und gehört untrennbar zur menschlichen Existenz,

wenn man aber nicht davor zurückschreckt, sondern den unerwarteten und oft ungerechten Bedrängnissen standhaft gegenübertritt, überwindet man alle Hindernisse und geht schließlich als Sieger ... hervor«.

In diesem Sinne können auch Medieninhalte mit »gewalttätigen Inhalten« Kindern und Jugendlichen (aber auch Erwachsenen) bei der Bewältigung von Ängsten und Fantasien helfen und sind als Bestandteil in dem kontinuierlichen Prozess einer im Werden befindlichen Kultur des Friedens ernst zu nehmen.

Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den ich am 19. Jänner 2008 im Rahmen einer Österreichweiten Fortbildungsveranstaltung für Lehrer/innen aller Schultypen und Fächer an der Pädagogischen Hochschule Kärnten gehalten habe.

#### Literatur

- Bettelheim, Bruno (1980): *Kinder brauchen Märchen*. Stuttgart: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Butler, Judith (2005): *Gefährdetes Leben: Politische Essays*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Deutsche Unesco Kommission (o. J.): *Erklärung über eine Kultur des Friedens und Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens*. <http://www.unesco.de/534.html?&L=0>.
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Homboe (1965): *The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers*. In: *Journal of Peace Research* 2 (1965), S. 64–91.
- Hipfl, Brigitte (2006): »Doing Peace« – 1000 Women Across the Globe. In: *Jahrbuch Friedenskultur 2006*, Klagenfurt, Drava, 24–33.
- Kellner, Douglas (2003): *Media Spectacle*. London/New York: Routledge.
- Lecker, Robert (2007): *Frieden als Medienspektakel*. In: *Jahrbuch Friedenskultur 2007*, Klagenfurt, Drava, 196–210.
- Mattelart, Armand (2000): *Networking the World. 1974–2000*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Meyer, Thomas (2001): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Mitchell, W. J. T. (1992): *The Pictorial Turn*. In: *Artforum*, 30, 89–94.
- Peace Counts: <http://www.peace-counts.org/html/index.html>.
- Ruhrmann, Georg/Göbbel, Roland (2007): *Veränderung der Nachrichtenfaktoren und Auswirkungen auf die journalistische Praxis in Deutschland*. <http://www.netzwerkrecherche.de/literatur/index.php?pageid=211>.
- Sontag, Susan (2003). *Regarding the Pain of Others*. London: Penguin.
- »The War Photographer« (2001, Film über James Nachtway, Regie Christian Frei).

Daniela Ingruber

## Illusion Friedensjournalismus

Friedensjournalismus, als solcher benannt, wird selten ernst genommen, noch weniger verstanden.

Warum auch, wenn das Interesse an Berichterstattung das Sensationelle sucht, das Laute, das Unvorstellbare. Dem Kriegsjournalismus steht das besser zu Gesicht. Denn bereits das Wort »Friedensjournalismus« trägt etwas vom Klang missionarischen Schreibens im einsamen Kämmerchen in sich, ein wenig vom kitschigen Breittreten einer Art Sonnenuntergangspoesie oder es beinhaltet gar den fahlen Beigeschmack von Moralismen.

JournalistInnen wehren sich demgemäß meist, wenn sie als FriedensberichterstatterInnen eingestuft oder auch nur darauf angesprochen werden, dass man statt Kriegs-, sehr wohl Friedensjournalismus betreiben könne. Das Bewusstsein, nicht und wahrscheinlich nie im Frieden leben zu können, beeinträchtigt das Bild des Friedens hin zu etwas scheinbar Absonderlichem und Unrealistischem. Wie sollten sich JournalistInnen, die per se vorgeben, sich mit Realitäten und Fakten auseinanderzusetzen, hier eingeordnet wissen wollen?

Ähnlich der Friedensphotographie wird der gleichnamige Journalismus als relativ ungeeignet für den heutigen Medienstandard eingestuft. Er gilt als zu schlicht und als langweilig, zu wenig verkaufbar. Dahinter aber steckt ein Zweites: Die Vorstellung dessen, was ein veränderter Journalismus für Friedenprozesse bedeuten könnte, ist auch 25 Jahre nach Johan Galtungs Aufstellung von diesbezüglichen Bedingungen (siehe Galtung 1999) diffus.

Es könnte sich um eine Frage des Etiketts handeln: Nicht JournalistInnen, sondern VertreterInnen der Friedensforschung stellen diese und ähnliche Regeln zusammen, um einen sogenannten Friedensjournalismus zu schaffen. Doch Wissenschaft und Journalismus gehen nicht nur theoretisch unterschiedliche Wege. Ihre Blickwinkel auf sowie ihre Ansprüche an Berichterstattung sind ebenfalls verschieden. So übersah die Friedensforschung, dass Kriegsjournalismus keinesfalls immer kriegerisch sein muss. Nicht

das Etikett ist das Wesentliche, sondern der Blickwinkel innerhalb des jeweils betreffenden Journalismus.

Was Friedensjournalismus ausmacht, müsste sich von selbst verstehen.

Bei genauerem Hinsehen unterscheiden sich die diesbezüglichen Bedingungen kaum von allgemein üblichen Regeln des Journalismus. Vor allem professionelle Qualität, Objektivität und Transparenz werden gefordert (siehe Pecojo). Selbstverständlichkeiten demnach.

Hinzu kommt der Ruf nach mehr Ethik und Verantwortung in der Berichterstattung – ein Aspekt, den nicht bloß die Friedensforschung einfordert. Auch der Wunsch nach Empathie ist zunächst nichts Außergewöhnliches (siehe Pecojo), wenngleich die Grenze zur symbolhaften Individualisierung von Einzelschicksalen problematisch nahe am Sensationsjournalismus liegt, der wiederum äußerst wenig mit Friedensjournalismus gemeinsam hat.

Für JournalistInnen tatsächlich unannehmbar gestalten sich hingegen einige der von ForscherInnen wie Nadine Bilke empfohlenen Strategien, die letztlich von den BerichterstatteInnen eine Einmischung in den Konflikt verlangen, indem sie »kreativ eigene Vorschläge entwickeln« oder darüber hinausgehend exemplarisch die »eigene Gewaltlastigkeit erkennen« sollen (beide: Bilke 2002). Das widerspricht zutiefst dem Gebot der journalistischen Objektivität, auch wenn diese – insbesondere in Kriegssituationen – mehr Gebot als realistisch ist. Warum sollten JournalistInnen die Fähigkeit besitzen, die unübersichtliche Lage innerhalb eines Konflikts zu überblicken? Eher werden die Einzelteilchen zusammengetragen und laut eigener Interpretation zusammengesetzt. Zudem kann es nicht Aufgabe von JournalistInnen sein, Friedensarbeit zu leisten. Sie sollen berichten – nicht agieren. Und selbst wenn einige JournalistInnen den Frieden so sehr wünschen, so sehr persönlich oder mental involviert sind, dass sie an Objektivität nicht mehr interessiert sein können, übersteigt dieser Auftrag ihre Möglichkeiten: Konflikte verschwinden oder lösen sich nicht durch Medienberichte. Kriege werden nicht durch sie beendet. JournalistInnen können begleiten, aufklären, sogar lobbyieren (Letzteres wäre allerdings kein Friedensjournalismus mehr). Viel mehr aber kann Journalismus nicht sein. Daran ändert der massive Einfluss bestimmter Medien auf die Meinung der Bevölkerung wenig.

### Vergebliche Objektivität

Schon der Versuch, alle Konfliktparteien auch nur annähernd objektiv zu beleuchten, ist unrealistisch, was nicht nur an den Recherchierenden, sondern vor allem an der Unübersichtlichkeit von Krisensituationen liegt. So mag Objektivität ein zentrales Element des Journalismus sein, doch sobald diese besonders gefordert wäre, muss sie in den meisten Fällen versagen.

Durchaus zu fordern aber ist ein Engagement der Berichterstattung in Richtung Deeskalation – und zwar als ureigenste Aufgabe des Journalismus: verschiedene Blickwinkel auf einen Konflikt aufzuzeigen und unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Informationen aufzubereiten, ohne selbst allzu viel in die eigenen Berichte hinein zu interpretieren. Andererseits ist eine Art Übersetzung des zu Vermittelnden für die LeserInnen/ZuschauerInnen durchaus notwendig.

Dann aber sind die MedienkonsumentInnen gefragt. Es liegt an ihnen, aus den Berichten etwas zu machen. Nicht bloß das zu lesen, was sie lesen möchten, sondern zumindest den Versuch zu wagen, darüber hinaus zu schauen. Das mag bei Texten gelingen – bei Bildern hingegen dürfte es ein verlorenes Unterfangen sein. Denn sehen kann man stets nur, was man zu sehen erwartet, ob gewollt oder angelernt. Die Abgebildeten werden dabei benützt – ob mit ihrem Einverständnis, zum Wohle ihrer Umgebung oder in Entstellung ihrer Rechte. Giorgio Agamben bringt den darin verborgenen Zynismus der Kriegsphotographie und des sie begleitenden Journalismus auf den Punkt: »Die ›flehenden Augen‹ des ruandischen Kindes, mit dessen Fotografie man Geld sammeln möchte, das man aber ›jetzt schwerlich noch lebend antreffen wird‹, sind die vielleicht prägnanteste Chiffre des nackten Lebens in unserer Zeit (...)« (Agamben 2002: 143)

### Geschichten suchen

Die Konzentrationslager haben gezeigt, dass »alles möglich ist« (Agamben 2002: 179). Dass auch die Berichterstattung alles zeigen kann, wenn sie will. Dass das begreifen aber ewig dauern kann. Ein Friedensjournalismus könnte daran wenig ändern. Was tut dieser demnach schlussendlich? Er ist auf Krisen-, Konflikt- und Kriegssituationen spezialisiert und blendet andere Formen des Journalismus weitgehend aus. Ähnlich macht das die Kriegsberichterstat-

tung. Sie richtet sich auf die Darstellung und Vermittlung von Gewalt und politischen Zusammenhängen aus. Der Unterschied mag nicht einmal in der Trauer liegen. Das Leben im Krieg oder ein Alltag, der sich nicht in schreckliche Bilder oder Geschichten pressen lässt, sondern die Normalität jenseits des Krieges/Konfliktes spiegelt, macht in beiden Fällen scheinbar keine Geschichte aus, weil sie nicht in die Erwartungshaltung der MedienkonsumentInnen und Redaktionen passt. »Eine Geschichte muss neu und überraschend sein – und gleichzeitig darf sie nicht allzu neu und allzu überraschend sein.« (Hamann 2007: 107) Da dies für beide Formen des Journalismus gilt, wird einmal mehr deutlich, wie nahe die beiden verknüpft sind, sofern man zwischen ihnen unterscheiden zu können glaubt.

Umgekehrt wird in Bezug auf jeden Krieg Kritik an der Medienberichterstattung laut. Ganz generell. Meist wird sie als einseitig agierend beschimpft, als Handlanger einer Konfliktpartei.

Sie ist dann Opfer einer Subjektivität, die ihr vorgeworfen wird. Die Propaganda kann sich auch gegen die Medien richten – und tut das im Normalfall, da das Teil der Kriegsstrategie sein muss, um unangenehme Berichterstattung abzuwehren, oder im Versuch sie zu widerlegen.

Nicht zu vergessen: Machtspiele; in Politik sowie Medien.

Wie könnte man annehmen, dass ein/e JournalistIn frei berichten könne? Thailand, September 2008: Zensur im Namen der Staatssicherheit. Die nationalen Medien agieren größtenteils schon vorher in vorauseilendem Gehorsam. Das ist keine Ausnahme. Der InfoWar findet auch außerhalb von Konfliktgebieten statt. Medien und ihre MitarbeiterInnen geben auf oder stehen mittendrin, sodass ihnen der eigene Bias nicht einmal auffällt.

Dabei muss man gar nicht erst in die – berechtigte – Polemik gegen Regierungen, deren SprecherInnen und gegen Militärs einstimmen. Die Berichterstattung ist auch ohne deren Interventionen stets eine eingeschränkte.

Es ist nicht ausschließlich der CNN-Effekt, der beeinflusst. Umgekehrt sind JournalistInnen der Desinformation gleichermaßen ausgeliefert wie ihr Publikum – und ebenso einem Voyeurismus. Was sie in ihren Medien als Tagesmenü präsentieren, setzen sie sich selbst vor. Was sie dem voyeuristischen Auge des Publikums zeigen, entspricht dem, was ihr eigener Voyeurismus sehen möchte. Es wä-

re lächerlich anzunehmen, dass in der Medienbranche Arbeitende vollkommen andere Sehgewohnheiten hätten als ihr Publikum. (Virilio: 2000, 23)

### Medienspektakel

Kriege wurden in den letzten Jahrzehnten für VertreterInnen der Massenmedien zum Tourismusspektakel. Krisengebiete werden einerseits von jenen bereist, die fixe Verträge haben und im Namen eines oder mehrerer Medien vor Ort tätig sind. Dann aber, abseits davon, gibt es die Zahl derer, die quasi »drauflos fahren in den Krieg«, auf der Suche nach der einen gelungenen Fotografie, nach dem einen Symbolbild des Krieges oder nach der einen Geschichte, die über alle anderen hinausragt, vielleicht sogar etwas bewirkt aber auch dafür sorgt, dass der oder die Journalistin finanziell abgesichert wird. Für einen Krieg lang. (siehe Hamann 2007)

Kein Zweifel, die Medien profitieren von den Krisen der Welt. Mit ihnen naturgemäß die JournalistInnen. Verwerflich mag das nur zum Teil sein, denn umgekehrt wollen Menschen Berichte aus Krisengebieten erhalten und informiert werden. Das Recht auf Information geht Hand in Hand mit dem Willen der betroffenen Parteien, Information auszuhändigen – aber auch: diese den eigenen Interessen anzupassen.

LeserInnen oder ZuschauerInnen wiederum meinen, dass sie den konsumierten Nachrichten vertrauen können (wollen). Das gilt nicht für jede Form der Berichterstattung, wie etwa nicht so sehr für Society-Reportagen. Von der Kriegsberichterstattung hingegen wird es verlangt. Bilder sollen belegen, was in einem Konflikt oder Krieg geschieht – und vor allem: was man glaubt, dass geschieht. Letzteres sorgt dafür, dass wir wahrnehmen, was wir wahrnehmen wollen. Kriegsberichterstattung hinkt genau daran oder leidet genau darunter: Es kann nahezu alles geschrieben und behauptet werden.

### Nichts anderes als guter Journalismus?

Die Notwendigkeit der Kontrolle von Berichterstattung im Konfliktfall ist für die Politik ebenso notwendig wie deren Handhabe. Das Spiel mit der Angst des Publikums eint die Medien und jene, die politisch daraus Kapital schlagen können, seien es TerroristInnen oder PolitikerInnen. Dem entgegenzuwirken, wäre eine der Aufgaben ei-



nes friedlicheren Journalismus. Bereits 1978 wurde in diesem Sinne die UNESCO Declaration on Role of Media in Strengthening Peace verfasst, die in elf Artikeln für eine ausbalanciertere Berichterstattung eintritt (siehe UNESCO 1978). Friedensjournalismus wird das allerdings nicht genannt. Tatsächlich ist es durchaus absurd, dass die Einteilung in das eine oder andere gebraucht wird. Die Etikettierung hilft in keiner Weise – weder dem Journalismus, noch den LeserInnen oder jenen, über die berichtet wird. Stattdessen zieht sie eine Grenze, wo keine benötigt wird, teilt ein in gut und böse und agiert somit konträr zur eigenen Kritik am Kriegsjournalismus. Es ergibt weder Sinn noch gibt es eine Notwendigkeit, diese Zweiteilung aufrecht zu erhalten, da der Ansatz zu einem friedlicheren Journalismus woanders zu finden sein müsste.

### Eine andere Perspektive wählen

Friedensjournalismus bedeutet vor allem, über den Krieg hinaus zu denken. Das ist der Beginn, noch nicht mehr, denn allein der Umstand, dass sich ein Text über das System des Krieges zur Wehr setzt, bedeutet noch nicht, dass er Friedensjournalismus ist.

Wer kennt schon alle betroffenen Seiten gleichermaßen? Wer kann durch den Konflikt hindurch schauen und beurteilen, was tatsächlich und in allem Ausmaß dahinter steckt? Von JournalistInnen Wahrheit zu fordern wäre zuviel und falsch, weil es implizieren würde, dass es eine Wahrheit in dem betroffenen Konflikt gibt. Das ist unmöglich.

Das sehen, was ansonsten nicht beachtet wird, das Herausschälen möglicher Hintergrundgeschichten, einen Perspektivenwechsel wagen, das macht einen Teil jenes Journalismus aus, den man vorsichtig als einen friedlicheren bezeichnen könnte. Doch zudem sollte der Blick auf den Journalismus diesen Wechsel wagen.

Würde hingegen der Friedensjournalismus vom Frieden als Hauptgegenstand sprechen, gäbe es ihn nicht. Wo keine Skandale, keine Intrigen, keine Gewalt auftreten, wäre der Journalismus obsolet, so die verbreitete Meinung. Es sind Krieg, Machtkämpfe, Gewalt und Tod, die berichtenswert scheinen. Ein Teil des Seins im Journalismus bezieht sich auf den Tod, wie zum Beweis, dass jene, die die Berichterstattung lesen können, noch leben. Die Vergewisserung des eigenen Lebens als Drang zum Lesen oder Schreiben. Oder für die Kriegsphotographie.

Alles andere wäre zuwenig; zu wenig laut, zu wenig interessant. Immer wieder versichert man sich in den Bildern des eigenen Lebens. Es sind die Bilder, die den Kriegsjournalismus ausmachen. Sie stehen in seinem Hauptinteresse, denn sie sind es, die die Geschichten prägen oder meist auch erzählen. Die Worte beschreiben die Details und selbst wenn das gut gemacht wird, sucht das hungrige Auge meist nach einem Bild. Als Bestätigung dessen, was man sehen wollte.

So gesehen würde ein friedlicherer Journalismus gewisse Bilder vielleicht nicht zeigen, denn es reicht, dass sie zur Beweisführung gemacht sind. Andere sollten gewiss nicht einmal gemacht werden. Dort, wo die Würde sich von den Bildern und Geschichten verabschiedet, sollten die Berichte und Bilder dasselbe tun. Wir brauchen sie nicht. Den Krieg verstehen können wir auch so. Gerade hier möchte ich Sybille Hamann deutlich widersprechen, die in ihrem Buch außer Acht lässt, dass das Festgehalten-Werden in Bildern immer Folgen für die Betroffenen hat. Bei Kriegsbildern trifft das in besonderem Maße zu.

### Cyber-Kriegs- und Rezensionjournalismus

Mit den neuen Formen von Kriegen, der zunehmenden Technologisierung, der dadurch neu verteilten Hierarchisierung in Kriegen (siehe *Ars Electronica* 98) aber auch Psychologisierung wandelt sich auch der Zugang der Medien zu Krieg. Der Cyber-Journalismus ist längst Teil des InfoWars geworden. So muss man zunehmend danach fragen, wie die Berichterstattung im Internet beeinflusst wird. Wer sorgt dort für den CNN-Effekt? Wer bestimmt sogenannte Wahrheiten? Und wer beeinflusst, was für wahr gehalten wird und als Nachricht um die Welt geht?

Immer häufiger beziehen sich TV-Nachrichtensendungen auf Meldungen aus dem Internet und übernehmen diese in die eigene Berichterstattung. Das gilt insbesondere auch für Kriegsberichterstattung, mit ihren zahlreichen Weblogs. In Krisensituationen wie im Herbst 2007 in Burma sind solche Blogs sogar die einzige Quelle für Informationen vor Ort. Selbst Youtube hat diesbezüglich eine journalistische Funktion. Friedensjournalismus aber ist das in keiner Weise.

Wenn der Krieg selbst immer virtueller und »zum gigantischen Spezialeffekt« in Kinomanier wird (Baudrillard 2006: 107), welche

Aufgaben bleiben dann dem Journalismus als die Rezension desselben? Es ist ein Kommentieren, ein Gutheißen oder Verurteilen und – wie in Filmbesprechungen üblich – zugleich eine Selbstinszenierung der schreibenden Person oder ihres Mediums. Dem Publikum bleibt der Applaus oder das Wegdrehen. Eine eigenständige Meinungsbildung kann kaum mehr stattfinden. Die Berichterstattung in Weblogs, Foren und online-Magazinen treibt genau diesen Aspekt zum Höhepunkt. Bis hin zum von Jean Baudrillard beschriebenen Effekt: »Nichts ist wahr, alles exakt.« (Baudrillard 2006: 183). Die Berichte heben die Details hervor, doch im Unverständnis der Gesamtsituation, die kaum mehr im Interesse dieses Journalismus liegt, weil die Komplexität dem modernen Anliegen einer Individualisierung widerspricht, gehen die Zusammenhänge verloren. Die Details werden bedeutungslos und letztlich sogar unwahr.

### Fragmentierung der Gesellschaft

Aufgrund der zunehmenden Fragmentierung der globalen aber auch regionalen Gesellschaft, des Zerreißens der Klassen ohne ideologische Fundamentierung, der größer werdenden Klüften und der Beliebigkeit der Benennung des jeweiligen Feindes, wird der Krieg in den Alltag der vermeintlich friedlichen Regionen getragen. Der Notstand macht längstr die Regel aus. Der Krieg bleibt nicht auf den Schlachtfeldern. (siehe Agamben 2002: 22). Die Kriegsberichterstattung ebenso wenig. Hans-Magnus Enzensberger verwies in seinem Essay »Aussichten auf den Bürgerkrieg« (Enzensberger 1993) nicht umsonst auf den Bürgerkrieg in unseren Straßen: »Was dem Bürgerkrieg der Gegenwart eine neue, unheimliche Qualität verleiht, ist die Tatsache, daß er ohne jeden Einsatz geführt wird, daß es buchstäblich *um nichts geht*.« (Enzensberger 1993: 35) Und der »(...) Anfang ist unblutig, die Indizien sind harmlos. Der molekulare Bürgerkrieg beginnt unmerklich, ohne allgemeine Mobilmachung.« (Enzensberger 1993: 51)

Der Journalismus ist mittendrin – kein untergeordneter Akteur. In der Bekämpfung des Terrorismus wird das besonders deutlich. Die Berichte gestalten sich sinnentleerter und geben sich dennoch bedeutungsvoller denn je. Es scheint, als würden sie verfasst, um dem Drang der Information, der bereits zum Zwang zu Information geworden ist, etwas anbieten zu können. Wie zur Beruhigung des individuellen Unverständnisses. Beruhigung der Lesenden, der

Zuschauenden, der handelnden Personen aber auch der schreibenden. Solange informiert werden kann, scheint es noch etwas zu geben, das festhaltbar und be-greif-bar ist.

Wie sollte hier das möglich sein, was von FriedensforscherInnen als Friedensjournalismus eingefordert wird?

Sich bescheiden, wäre ein Ansatz: Einmal den Frieden und seine Existenz im Krieg sichtbar machen, in den Mittelpunkt stellen, was es an positiven Entwicklungen gibt. Das Winzige erkennen und ins Zentrum rücken.

Eine Möglichkeit für einen friedlicheren Journalismus wäre auch die Provokation des Denkens. Denn: »Was gesagt wurde, kann noch einmal gesagt werden. Doch was gedacht wurde, kann nicht mehr gesagt werden. Vom gedachten Wort nimmt man Abschied für immer.« (Agamben 2007: 176) Man nimmt es in sich auf, ohne die Notwendigkeit von Sprache. Man hat es im tatsächlichen Wortsinn be-griffen.

## Bibliographie

- Agamben, Giorgio (2002). *Homo sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben*. Frankfurt am Main.
- Agamben, Giorgio (2003). *Was von Auschwitz bleibt. Das Archiv und der Zeuge*. Frankfurt am Main.
- Agamben, Giorgio (2007). *Die Sprache und der Tod. Ein Seminar über den Ort der Negativität*. Frankfurt am Main.
- Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hg.) (2002). *Medien zwischen Krieg und Frieden*. (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung), Baden-Baden.
- Baudrillard, Jean (2006). *Die Intelligenz des Bösen*, Wien.
- Beck, Ulrich (2004). *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*. Edition zweite Moderne, Frankfurt am Main.
- Bilke, Friedensjournalismus. Strategien.  
<http://www.friedensjournalismus.de/strategien.htm> (gelesen am 15. August 2008).
- Enzensberger, Hans Magnus (1993). *Aussichten auf den Bürgerkrieg*. Frankfurt am Main.
- Flusser, Vilém (1997). *Nachgeschichte. Eine korrigierte Geschichtsschreibung*, Frankfurt am Main.
- Hamann, Sibylle (2007). *Dilettanten unterwegs. Journalismus in der weiten Welt*, Wien.
- Morris, John G. (2002). *Get the Picture. A personal History of Photojournalism*, Chicago 2002.
- Neiman, Susan (2004). *Das Böse denken. Eine andere Geschichte der Philosophie*, Frankfurt am Main.
- Pecojon (Peace and Conflict Journalism Network). *Sieben Thesen zum Friedensjournalismus*. [www.pecojon.de/friedensjournalismus](http://www.pecojon.de/friedensjournalismus) (gelesen am 16. August 2008).
- Sontag, Susan (2003). *Das Leiden anderer betrachten*. München/Wien.
- Stocker, Gerfried/Schöpf, Christine (1998). *Information. Macht. Krieg*. *ars electronica* 98, Linz.
- UNESCO (1978). *UNESCO Declaration on role of media in strengthening peace*.  
<http://ics.leeds.ac.uk/papers/vp01.cfm?outfit=pmt&requesttimeout=500&older=193&paper=954> (gelesen am 5. August 2008).
- Vattimo, Gianni/Welsch, Wolfgang (Hg.) (1997). *Medien – Welten – Wirklichkeiten*, München.
- Virilio, Paul (2000). *Information und Apokalypse. Die Strategie der Täuschung*, München/Wien.

Daniela Gronold

## Wer muss sich anpassen?<sup>1</sup>

### Flüchtlingspolitik im Spiegel der Medien Eine Fallstudie

In einem Zeitalter, in dem Menschen Informationen hauptsächlich über Medienberichte beziehen, haben Medien Verantwortung, wenn sie Inhalte aufbereiten, Informationen recherchieren und selektieren, Sichtweisen (nicht) öffentlich zugänglich machen, politische Aussagen kontextualisieren, unterschiedliche Gruppen darstellen, etc (Maletzke 1996). Die Weitergabe dieser interpretierten Informationen ist mit bedeutender Macht verbunden, da sich Menschen über die mediale Vermittlung Sekundärerfahrungen aneignen und ihre Meinungen daraus bilden können. Gerade in Verbindung mit fremden Kulturen und Menschen aus fremden Kulturen bleibt unser Wissen oft auf mediale Repräsentationen beschränkt, da uns Erfahrungen des direkten Kontakts fehlen. Im Kontext von Einwanderungen mit Fluchthintergrund hat die mediale Aufarbeitung Einfluss darauf, wen (Menschen) oder was (Kultur, Religion, etc.) wir als zugehörig oder bedrohlich empfinden bzw. wen oder was wir als positiv oder negativ bewerten, ohne dass wir jemals persönlich mit dem »Fremden« in Berührung gekommen wären. Wenn mediale Repräsentationen negative Vorstellungen von Asylwerbenden transportieren, kann dies zu einer Stimmung führen, die von Medientheoretiker/innen als »hate-speech« bezeichnet wird. Diese ist unter anderem ausschlaggebend, wenn es um die Zustimmung der Bevölkerung zur Verschärfung von Einwanderungsgesetzen oder wie es in Kärnten der Fall ist, wenn es um Abschiebungen von Asylwerbenden bei Verdacht auf ein Verbrechen geht (siehe Erjavec 2003, Hanžek 2006).

- 1 Der Titel spielt auf die Überschrift »Wer muss sich anpassen – wir oder die Ausländer, die bei uns zu Gast sind?« an (Kleine Zeitung 27. August 2006, S. 65), der unter der Kategorie »Leser fragen ... der Chefredakteur antwortet« erschien.

In meinem Beitrag analysiere ich die Verbindung zwischen Friedenskultur und Medienkultur. Dabei nehme ich eine Studie<sup>2</sup> rund um die Berichterstattung im August 2006 über eine Schlägerei zwischen Alteingesessenen<sup>3</sup> und asylantragstellenden Tschetschenen<sup>4</sup> im Klagenfurter Stadtteil Fischl, für die ich österreichische regionale und nationale Tageszeitungen<sup>5</sup> herangezogen habe, als Ausgangspunkt. Die methodische Herangehensweise stützt sich auf die Kritische Diskursanalyse. Diese Sichtweise erlaubt Medieninhalte und öffentliche Repräsentationen auf ihre Weltanschauung und ideologischen Effekte zu untersuchen, die Identitätsangebote zur Verfügung stellen, die an bestimmte Formen sozialer Verantwortung geknüpft sind (Jäger 1993, S. 6). Das bedeutet nicht, dass Medien das Verhalten oder die Einstellung ihrer Rezipient/innen determinieren können. Diskurse lassen sich nicht darauf reduzieren, Rahmenbedingungen vorzugeben, sondern existieren erst dann, wenn sie in die soziale Praxis übernommen werden (Wodak et al. 1998, S. 47). Trotzdem lassen Medienberichte nicht unendlich viele Interpretationsweisen zu, da sie im Allgemeinen nicht im bedeutungsleeren Raum kursieren, sondern Teil davon sind, wie wir Wirklichkeit verstehen. Dieser Punkt ist wichtig für das Verständnis meiner Analyse, die sich nicht darauf konzentriert wie Leser/innen Inhalte übernehmen und in ihren Alltag integrieren. Bei der Analyse lege ich den Schwerpunkt auf das Herausarbeiten der Sichtweisen, die die Medien zum Verständnis der Situation bereitstellen unter der Berücksichtigung von Faktoren, die die Relevanz des Themas festlegen, wie Häufigkeiten, Hervorheben bestimmter Sichtweisen, Seriosität des Mediums etc.

- 2 Die Studie wird in diesem Artikel nur auszugsweise diskutiert, der vollständige Bericht liegt im Dekanat für Kulturwissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt auf.
- 3 Die Begriffe »Alteingesessene« und »Zugewanderte« verwende ich in Anlehnung an Emo Gotsbacher (2000), der Alltagsgespräche auf Konstruktionen des »Eigenen« und des »Anderen« in einem österreichischen Kontext untersuchte.
- 4 In der Berichterstattung gibt es keine Hinweise auf beteiligte Tschetscheninnen.
- 5 Regionale Zeitungen: Kleine Zeitung und Neue Kärntner Tageszeitung. Nationale Zeitungen: Kurier und Der Standard.

### Beschreibung der Fallstudie

Ausgangspunkt für die Analyse ist die Medienberichterstattung in zwei regionale Tageszeitungen – »Kleine Zeitung« und »Neue Kärntner Tageszeitung«<sup>6</sup> (KTZ) – im österreichischen Bundesland Kärnten. Die Schlägerei zwischen »Einheimischen« und asylwerbenden Tschetschenen erregte in den Kärntner Medien große Aufmerksamkeit, die sich in einer ungewöhnlich langen Berichtszeit<sup>7</sup> ausdrückte. Der Hergang des Streits lässt sich auf der Basis der Informationen der beiden Tageszeitungen nur ungenau rekonstruieren. In den ersten Berichten erfahren wir als Leser/innen, dass er im Klagenfurter Stadtteil Fischl am 18. August 2006 auf einem Spielplatz zwischen Kindern ausgelöst wurde und in einer Prügelei zwischen Erwachsenen endete. Die Streitbeteiligung der Tschetschenen wurde als ungewöhnlich brutal beschrieben, die laut Augenzeug/innenaussagen von alteingesessenen Kärntner/innen den Spielplatz verließen und in einer größeren Gruppe mit Schlagringen bewaffnet zurückkehrten. Einige Personen wurden laut Berichterstattung verletzt. Später wurde diese Version durch die Sichtweisen tschetschenischer Beteiligter infrage gestellt. Für Aufregung auf sorgte in dem Streit die Einmischung des von dem Kärntner Landeshauptmanns, für den der Streit ein Beispiel dafür ist, dass Kärntner/innen gegenüber Tschetschen/innen geschützt werden müssen. Er wird von Seiten der Medien heftig kritisiert, öffentlich »versprochen« zu haben: »Kärnten wird tschetschenenfrei«. Diese Aussage erregte österreichweit weniger Aufsehen, daher ist das Thema in vielfacher Weise spezifisch für Kärnten und begründet den Fokus auf die Berichterstattung auf die beiden regionalen Zeitungen. Als größeren

- 6 Die »Kleine Zeitung« hat eine sehr hohe Auflage und erreicht die Mehrheit der Leser/innen in Kärnten und der Steiermark. In ihrer Blattlinie betont sie christlich geprägten Anschauungen und das Eintreten für eine plurale demokratische Gesellschaftsordnung (siehe [www.kleinezeitung.at/allgemein/ueberuns/1041/index.do](http://www.kleinezeitung.at/allgemein/ueberuns/1041/index.do)). Die »KTZ« hat eine vergleichsweise kleine Reichweite. Sie verortet sich auf dem demokratischen Boden der Republik Österreich und positioniert sich explizit gegen totalitäre Bestrebungen, Rassismus und Chauvinismus jeder Art. Beide Zeitungen betonen der Region besonderen Stellenwert in der Berichterstattung zu geben und bestmöglichst zu vertreten (Informationen zur Blattlinie auf Anfrage erhältlich).
- 7 Die »KTZ« berichtet vom Streitfall und seinen vielen Folgen im Zeitraum 18. bis 31. August 2006 an 8 Tagen. Die »Kleine Zeitung« greift das Thema vom 18. bis 31. August 2006 an 13 Tagen auf.



thematischer Rahmen beziehe ich Beispiele aus dieser Zeit aus den nationalen Tageszeitungen »Kurier« und »Der Standard« mit ein.

Grundsätzlich lassen sich in der Berichterstattung der Kleinen Zeitung und der KTZ drei Phasen identifizieren, die unterschiedliche Erzählstränge rund um die Schlägerei im August 2006 anbieten:

1. Unmittelbar nach dem Streit fokussiert die Berichterstattung auf den Stadtteil Fischl, der medial als Unruheherd ausgewiesen wird. Verantwortlich wird dafür der Klagenfurter Bürgermeister gemacht, der laut Expert/inneninterviews seiner Aufgabe für Sicherheit zu sorgen nicht nachkam. Tschetschenische Asylwerber/innen werden nicht als zentrale Ursache der Unruhe dargestellt.
2. In dieser Phase rücken die Asylwerber/innen zunehmend in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Ihnen wird vor allem das brutale Vorgehen in der Schlägerei zu Lasten gelegt. Expert/innen werden in Interviews zitiert, warum Tschetschen/innen aggressiver und gewalttätiger sind als andere Flüchtlinge. Den Höhepunkt erreicht die Sichtweise, die Tschetschen/innen auf die Rolle von Aggressor/innen reduziert, mit der Drohung der Abschiebung durch den Kärntner Landeshauptmann.
3. Die dritte Phase steht in direktem Zusammenhang mit der angedrohten und später tatsächlich durchgeführten Abschiebung von »Tschetschen/innen«. Erstmals solidarisieren sich die Medien mit den Asylwerbenden und beschreiben sie als »Opfer« der Politik, was daran verdeutlicht wird, dass nicht nur vermutlich Streitbeteiligte von der Verschiebung nach Traiskirchen bedroht sind, sondern auch deren Familien sowie eine armenische Familie. Kritik an Sippenhaftung wird laut. Zu diesem Zeitpunkt bemühen sich die Kärntner Tageszeitungen um die Streitklärung und um das Miteinschließen von Perspektiven (beteiligter) Tschetschen/innen. Trotz der Kritik am Vorgehen des Kärntner Landeshauptmannes drucken beide Kärntner Tageszeitungen (Kleine Zeitung 23. August 2006, S. 17, KTZ 24. August 2006, S. 14) dessen ganzseitiges Inserat, in dem er sich direkt mit dem Anliegen gewalttätige Asylwerbende aus Kärnten fernzuhalten an die alteingesessene Kärntner Bevölkerung wendet.

Die oben angeführten Erzählstränge wurden zu verschiedenen Zeitpunkten von der Berichterstattung aufgegriffen. Sie lösen einander

jedoch nicht ab, sondern dominieren in der jeweiligen Phase die Berichterstattung. Der Fokus auf diese unterschiedlichen Erzählstränge ist hilfreich, die angebotenen Diskursen bezüglich der Konstruktion des »Eigenen« und des »Anderen« zu analysieren. Darüber hinaus wird durch das Aufwerfen verschiedener Perspektiven eine gewisse »Offenheit« an Interpretationsmöglichkeiten geschaffen, die eine breitere Leser/innenschaft anzusprechen vermag.

### Zur Analyse

Wie aus verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen hervorgeht (Welzer 1992 und Gotsbacher 2000), stören Einwander/innen aus – aus einem westlich-zentristischen Blickwinkel – minderprivilegierten Ländern das Selbstverständnis von »Normalität« in den von Einwanderung betroffenen Gebieten, gesehen aus einem westlich-zentristischen Blickwinkel. Diese »Normalität«, das Selbstverständnis des Alltags geben Alteingesessene nicht ohne weiteres auf, nur weil sich durch Menschen mit anderen kulturellen, sozialen, sprachlichen, etc. Hintergründen gesellschaftliche Herausforderungen stellen. Die Mächtigen wollen die Art ihrer Macht auf keinen Fall aufgeben und müssen Wege finden, diese Störfaktoren zu eliminieren, zu kontrollieren oder zu integrieren. Wie Jäger (1991, S. 3–4) oder Gotsbacher (2000) herausarbeiten, gelingt es Personen im Alltag sehr gut, neue, irritierende Informationen ihrem Verständnis der Wirklichkeit anzupassen. Medien unterstützen meist das Selbstverständnis der dominanten Gruppe. Im Fall der Schlägerei hängen mediale Strategien, die Situation zu beruhigen zum Beispiel davon ab, ob die Unruhe im Stadtteil in »aggressiven« Flüchtlingen oder in einem xenophoben politischen Kurs lokalisiert wird. Gleichzeitig ist das Anbieten verschiedener Interpretationsmöglichkeiten bereits ein wichtiger Aspekt für den Umgang mit der Unruhe, da sie diese in überschaubare Problemstellungen einordnen, für die notwendige Konsequenzen definiert werden können. So steht beim Fokus auf den Stadtteil die Gegenüberstellung des »Eigenen« und des »Fremden« im Hintergrund. Sprachlich kommt dies zum Ausdruck, da Schlagzeilen und Überschriften in den Berichten keinen Hinweis auf streitbeteiligte Migrant/innen geben und »law and order«-Forderungen, wie Politiker/innen zitiert werden (Kleine Zeitung, 20. August 2006, S. 21; KTZ 22. August 2006, S. 17 und 23. August 2006, S. 18; Kurier 23. Au-

gust 2006, S. 11), alle in Fischl Lebenden betreffen. Die Differenzierung zwischen »uns« und »ihnen« spielt dafür in der zweiten Periode eine zentrale Rolle. Auf einer sprachlichen Ebene werden tschetschenische Asylwerbende nicht nur besonders hervorgehoben, sie werden auch direkt mit Attributen und Vorstellungen der Gewalt in Verbindung gebracht, wie ich weiter unten genauer ausführe. Vorschläge für den Umgang mit »aggressiven, gewalttätigen und straffälligen« Asylwerbenden werden erst in der dritten Periode der Berichterstattung gebracht, als eine klare Trennung zwischen »guten« und »bösen« Asylwerbenden gezogen wird. Somit wird das Anliegen des Landeshauptmannes Flüchtlinge, die die Sicherheit Kärntens bedrohen, abzuschieben, zumindest teilweise unterstützt. »Gute« Migrant/innen sind jene, die sich in Österreich integrieren möchten und die Gesetze respektieren, »bösen« Migrant/innen wird unterstellt dies nicht zu wollen. Die Konsequenzen auf symbolischer Ebene der Medien ist für Erstere die Aufnahme, zumindest auf Zeit in der »Wir-Gruppe« und für Zweitere der Ausschluss. Hier wird sichtbar, dass die Grenzen von dichotomen Gegenüberstellungen verschiebbar und abhängig von der Perspektive und dem kulturellen Kontext, in dem sie ausgehandelt werden, sind (Modood 1997: S. VII, Balibar 1998). Das »Aushandeln« von Vorstellungen des »Eigenen« und des »Anderen« ist ein Prozess, der auch in der Berichterstattung über Tschetschen/innen zum Ausdruck kommt, jedoch möglichst unter dem Eindruck, dass sich für die alteingesessene »Wir-Gruppe« nichts ändern wird. Im Folgenden arbeite ich heraus, wie die Medienberichterstattung durch das In-den-Mittelpunkt-Rücken der tschetschenischen Asylwerbenden die sichere Position der Alteingesessenen schützt und bestärkt.

### Aggressive Flüchtlinge als Bedrohung

Die Verbindung mit Aggressivität wird auf medialer Ebene über den Streit ausschließlich zu männlichen Tschetschenen hergestellt. Im Zentrum der Berichterstattung steht die Brutalität im Vorgehen der Tschetschenen in dieser Auseinandersetzungstreiterei. So wird betont, dass sich die tschetschenischen Streitbeteiligten Verstärkung holten und »wahllos auf die Menschen losgegangen« sind, wie eine Augenzeugin in der »KTZ« (20. August 2006, S. 10) zitiert wird. In der »Kleine Zeitung« (20. August 2006, S. 21) kommt ein Zeuge zu Wort, der das Angreifen der Tschetschenen wie folgend beschreibt:

»Ein Wahnsinn. Die sind wie ein Prügelkommando aus dem Auto gesprungen und auf uns zugestürmt.« »Kleinen Zeitung« (21. August 2006, S. 14) und »Kurier« (19. August 2006, S. 11) betonen zusätzlich, dass gerade russische Asylwerbende besonders oft in blutige Streits verwickelt sind. Auch wenn es sich nur um einen kleinen Teil der Einwander/innen handelt, sind diese scheinbar besonders gefährlich. Im Kurier wird der Anteil der gefährlichen Tschetschen/innen mit zehn Prozent geschätzt. Ein Kärntner Flüchtlingspsychologe erklärt dazu im Interview, dass Tschetschen/innen von ihrer Mentalität her aggressiver wären als andere Einwander/innen. Sein Beispiel, dass andere Flüchtlinge häufig Fußballspielen während Tschetschenen lieber Kickboxen, unterstützt den »männlichen« Charakter der tschetschenischen Einwanderer und das Ausblenden dervon den tschetschenischen Frauen, die hier eindeutig nicht angesprochen sind. Arbeiten von Siegfried Jäger (1991) und Emo Gotsbacher (2000) zeigen, dass dies dem Trend entspricht Ethnisierung von »Anderen« aufgrund von kultureller Merkmale zu begründen. Daher muss häufig die so genannte »schlechte Mentalität« erhalten, um einen minderprivilegierten Status zu legitimieren. Die Mentalität der Zugezogenen passt nicht zur Kultur der Alteingesessenen, was Zugezogene aus Ländern mit »schlechter« Mentalität von vornherein mit Vorurteilen konfrontiert. Unterstützt wird dieser Diskurs von der Art der Berichterstattung, die die Perspektive der »Einheimischen« und Expert/innenurteile von Alteingesessenen für das Einschätzen der Situation der »Anderen« heranzieht. Der negative Eindruck der Flüchtlinge wird dadurch verstärkt, dass ihnen scheinbar neutrale Fakten, wie Krieg im Heimatland, Armut, wenig Bildung (Kurier 23. August 2006, S. 11), Interesse am Kickboxen, in der medialen Darstellung zulasten gelegt werden, was als xenophobe Tendenzen in den Medien identifiziert werden kann (siehe auch Gotsbacher 2000, S. 57–58).

### Integrationsunwillige »illegale« Zugezogene dürfen ausgewiesen werden

»Aggressivität« spielt im Diskurs über asylwerbende Tschetschen/innen in Kärnten eine große Rolle, um das »Anderssein« von dieser Personengruppe zu betonen und negativ darzustellen. Die Prügelei im Stadtteil Fischl ist dabei ein Beispiel, bei demwo ein besonders sensibler Umgang mit der Aufarbeitung von Hintergrundin-

formationen gefragt ist, da sich die Verbindung »Flüchtling« und »aggressiv-gefährlich-gewalttätig« nur allzu leicht selbst herstellt. Verstärkt wird dieser Aspekt durch die politische Einmischung in die Schlägerei auf Kärntner Landesebene, die besonders die Gefährlichkeit der Asylwerbenden in den Vordergrund rückt. Auch rund um die Debatte über Asyl- und Einwanderungsgesetzen werden Diskurse strapaziert, die Nähe zwischen Flüchtlingen und Illegalität, Kriminalität, Nationalfeindlichkeit sowie Integrationsunwilligkeit herstellen. Diese werden in der Zeit des Wahlkampfes der Nationalratswahlen bis zum 1. Oktober 2006 ständig wiederholt. In der Glosse der »KTZ« (23. August 2006, S. 19) wird kritisiert, dem Anheizen der Berichterstattung über den Streithandel durch angeandrohte Abschiebungen durch den Kärntner Landeshauptmannes (BZÖ) liege der nahende Wahlkampf zugrundedahintersteckt. Speziell die beiden Parteien aus dem rechten Lager FPÖ und BZÖ waren zu diesem Zeitpunkt für ihre offensive »Ausländer/innen raus«-Kampagne kritisiert worden. Dieser Zusammenhang wird jedoch außer in dieser Glosse an keiner Stelle in der Berichterstattung bezüglich der Schlägerei beleuchtet. Die mediale Aufarbeitung zeigt im Gegenteil eher Parallelen zu Einstellungen und Sichtweisen gegenüber Flüchtlingen, die im Wahlkampf 2006 eingesetzt wurden. So wird Peter Westenthaler, zu diesem Zeitpunkt BZÖ-Spitzenkandidat, in einem Interview in »Der Standard« (21. August 2006, S. 7) mit folgender Frage konfrontiert: »Heinz-Christian Strache sagt also nur »Ausländer raus«, Sie tun es wirklich? Das ist der Unterschied?« Im Folgenden wehrt sich Westenthaler dagegen alle »Ausländer/innen« zu vereinheitlichen und teilt sie in zwei Gruppen: Jene, die »gesetzestreu sind, arbeiten und eine Familie haben, die sich integrieren wollen« und jene »die Gesetze brechen, die illegal hier sind, die Asyl missbrauchen, die sich nicht integrieren wollen«. Damit trifft er genau jene Unterteilung, die in den Kärntner Tageszeitungen über einen langen Zeitraum diskutiert wurde und somit in Kärnten große Zustimmung finden müsste. Der Chefredakteur der »Kleinen Zeitung« Kärnten, Reinhold Dottolo, greift diese Vorstellung explizit auf, als er sich für die Zeitung von dem »Vorwurf«, sie würde »auf der Seite der Flüchtlinge stehen«, verteidigt. Er argumentiert, dass die Kleine Zeitung sich dagegen wehren würde, »alle Flüchtlinge über einen Kamm zu scheren« wie der Kärntner Landeshauptmann (27. August 2006, S. 65), er hebt je-

doch hervor »Bei Drogendealern, Räufern, Gewalttätern, etc. kann es kein Pardon geben«. Dies bedeutet nicht, dass der Chefredakteur willentlich einen xenophoben Diskurs unterstützt, bezieht er sich doch auf »Fakten«, dass Drogendealer, Räuber oder Gewalttäter tatsächlich eine Bedrohung sind. Nichtsdestotrotz steht die Assoziation mit diesem Diskurs im Raum, weil Einwander/innen immer wieder in Verbindung solcher Bedrohungsszenarien repräsentiert werden. Umgekehrt wird hier nicht die Frage gestellt, was einen Flüchtling in dem Land, in das er abgeschoben wird, erwarten würde.

### Die Funktion der »gut Integrierten«

Im Gegensatz zu dem Diskurs, in dem Zugezogene aufgrund von überzeichneter Männlichkeit die »Normalität« der Alteingesessenen stören würden, erscheinen so genannte integrierte oder integrierungswillige Zugezogene oft in Familiensituationen oder werden mit weiblichen Personen repräsentiert. Dabei werden Tschetschen/innen gezeigt, die sich nichts weiter als einen friedlichen Aufenthalt in Österreich wünschen und in Frieden leben möchten (Kleine Zeitung 22. August 2006, S. 15; KTZ 23. August 2006, S. 19). Zusätzlich wird das friedliche Nebeneinander bzw. Miteinander von Alteingesessenen und tschetschenischen Asylwerbenden in den Vordergrund gerückt. So ist etwa das Interview eines Kärntner Augenzeugen der Schlägerei mit »Wir wissen ja nicht, was die zu Hause mitmachen« tituiert (KTZ 23. August 2006, S. 19). »Zu Hause« bezieht sich dabei auf Tschetschenien. Der junge Mann ist der Meinung, dass die tschetschenischen EinwanderInnen aufgrund der Situation in Tschetschenien hier nur »ihre Ruhe haben wollen« und sieht das von der Streiterei nicht infrage gestellt. Erstmals kommen Tschetschen/innen zu Wort, sogar Streibteteiligte dürfen sich äußern: »Vor Streit und Krieg sind wir weggelaufen, hier wollen wir in Frieden leben« (KTZ 24. August 2006, S. 17). Damit wird ein positiver »Gegendiskurs« dem aggressiven die Gemeinschaft bedrohenden Flüchtling gegenübergestellt. Selbst wenn dieser Diskurs als Reaktion auf die Hetzkampagne gegen Ausländer/innen entstanden ist, kommt seiner Etablierung in der Medienberichterstattung im August 2006 eine wichtige Funktion zu. Er ist in der Lage die Situation auf der öffentlichen Ebene zu beruhigen und die Assoziation von Bedrohung in Verbindung mit Asylantragsteller/

innen zu entkräften. Durch Überbetonung der »Störungsfunktion« von Flüchtlingen besteht die Gefahr, dass »moral panics« entstehen (Erjavec 2003, Hanžek 2007). Wie Karmen Erjavec (2003) am Beispiel von Slowenien herausarbeitete, kann das so weit führen, dass Bürgerinitiativen aufgrund der Medienberichterstattung ins Leben gerufen wurden, um die Umsiedelung eines Asylheimes durchzusetzen (siehe Erjavec 2003). Angesichts der Umsiedelungen von Flüchtlingen und tatsächlicher Hetzkampagnen scheint diese Verbindung für die Situation in Kärnten nicht aus der Luft gegriffen zu sein.

### Schlussfolgerungen

Die Analyse der Berichterstattung rund um die Schlägerei im August 2006 macht sichtbar, dass Medien eine bedeutende Rolle in der Bewertung von Konfliktsituationen spielen und dass mediale Repräsentationen Einfluss auf die Einschätzung der Gefährlichkeit von »Fremden« haben können. Die Darstellung von Flüchtlingen wird dabei auf zwei simplifizierte gegensätzliche Charaktere heruntergebrochen: der aggressive und der friedliche Flüchtling. Beide lassen sich sprachlich über wenige Attribute herstellen, was darauf hinweist, dass damit altbekannte kulturelle Muster und Vorstellungen aktiviert werden können, die keiner weiteren Erklärung bedürfen. Diese Beobachtung korrespondiert mit einer Arbeit Gotsbachers (2000, S. 48), in der er zeigte, dass Ausländer/innen von verschiedenen alteingesessenen Personen, zu verschiedenen Zeiten in unterschiedlichen Zusammenhängen, über wenige wiederkehrende Darstellungsfiguren erkannt werden. Das bedeutet, dass Personen, die dem dominanten Diskurs zugehörig sind, Asylwerbende mit solchen Stereotypen in Verbindung bringen und zum Beispiel friedfertige Absichten infrage stellen können, während dies bei der sicheren Position des »Eigenen« nicht so leicht möglich ist. Ein differenzierteres Bild über die Lebenssituation der tschetschenischen Flüchtlinge in Kärnten, die Bedeutung von Umsiedelungen für ihr Gefühl von Sicherheit oder die Auswirkungen von Traumata auf menschliches Verhalten wird in keiner Zeitung gezeichnet. Wie wichtig das Aufbauen eines umfassenderen Bildes von Asylwerbenden verschiedener Länder wäre, zeigt die jüngste Berichterstattung über (tschetschenische) Flüchtlinge. Bei einem Streitfall zwischen Tschetschenen und alteingesessenen Kärntnern

in Villach im Jänner 2008 wiederholte sich vieles an medialer Dynamik, die ich am Streitfall im August 2006 aufgezeigt habe. Paradoxerweise drohte auch diesmal der Kärntner Landeshauptmann mit Abschiebungen. Zwar griff die »Neue Kärntner Tageszeitung« in dieser neuen Berichterstattungsperiode sofort Repräsentationen von integrationswilligen weiblichen Tschetscheninnen auf, die wieder Opfer der Politik zu werden schienen und stellte sich damit umgehend gegen mögliche Denunzierungspolitik. Trotzdem erlaubt die neuerliche öffentliche Diskussion noch offener gegen Flüchtlinge vorzugehen und hat einen viel größeren öffentlichen Rahmen dafür bekommen. Im Zeitpunkt Juli 2008 wird bereits die Überlegung angestellt, ob Asylwerbende bei Verdacht auf ein Verbrechen ausgewiesen werden dürfen. Dieses Anliegen wird von der Haltung der »KTZ« und der »Kleinen Zeitung« nicht unterstützt, da es Menschenrechte massiv infrage stellt. Solche Positionen finden aber über Leser/innenbriefe oder Zitate Eingang in die Berichterstattung. Diese Ambivalenz kommt durch das Abdrucken der Anzeige des Kärntner Landeshauptmannes, in der er sich ganzseitig für die Ausweisung von gewalttätigen Flüchtlingen zum Schutze der Kärntner/innen ausspricht, am deutlichsten zum Ausdruck. Hier muss die Frage gestellt werden, wie diese Anzeige in laut Eigendefinition parteiunabhängige Zeitungen passt, die von sich selbst behaupten, den Diskurs der Ausgrenzung nicht zu unterstützen. Ein Bekennen der Kärntner Medienkultur zur medialen Friedenskultur könnte mit dem Nachgehen dieser Frage einen Ausgang nehmen. Durch Solidarisierung mit von Abschiebung bedrohten Asylwerber/innen wie in diesem Fall mit den betroffenen tschetschenischen (und armenischen) Familien und durch Kritik an dem politischen Geschehen zeigen Medienunternehmen, dass sie einen friedlichen Weg gehen wollen. Der nächste Schritt müsste in die Richtung gehen, dass Stereotypisierungen medial durchbrochen werden und Medien nicht nur parteiunabhängig werden, sondern auch unabhängig von parteipolitischer Polemik.



## Bibliografie

- Balibar, Etienne: The Borders of Europe. In Cheah, Pheng and Bruce Robbins (eds). *Cosmopolitics – Thinking and Feeling beyond the Nation*. Cultural Politics Volume 14. Minneapolis/London: Minnesota Press 1998, 216–229.
- Erjavec, Karmen: Media constructions of identity through moral panics: discourses in immigration in Slovenia. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*. 2003. Vol. 29: 83–101.
- Gotsbacher Emo: Schimpfklatz und fremdenfeindliche Normalität. Identitätspolitik im Schatten der inneren Dynamik von Ausländerdiskursen. In Berghold, Menasse, Ottomeyer (Hg.): *Trennlinien. Imaginationen des Fremden und Konstruktion des Eigenen*. Klagenfurt: Drava 2000, 47–76.
- Hanžek, Matjaž: When will words become action? <http://www.eurozine.com/articles/2007-07-20-hanzek-en.html> (zugegriffen am 9. August 2007) 2007.
- Jäger, Siegfried: *Alltäglicher Rassismus – 22 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland*. Universität GH Duisburg 1991.
- Jäger, Siegfried: *Text- und Diskursanalyse – Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte*. 4. Auflage. Duisburg: Basis-Druck 1993.
- Maletzke, Gerhard: *Interkulturelle Kommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.
- Modood, Tariq: Introduction: The Politics of Multiculturalism in the New Europe. In: Modood, Tariq and Pnina Werbner (Hg.). *The Politics of Multiculturalism in the New Europe – Racism, Identity and Community*. London/New York: Zed Books Ltd 1997, 1–25
- Welzer, Harald: *Transitionen – Zur Sozialpsychologie biographischer Wandlungsprozesse*. Tübingen: edition diskord 1993.
- Wodak, Ruth et al.: *Zur diskursiven Konstruktion von nationaler Identität*. First edition. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag 1998.



# WELTKONFLIKTE UND KRISENHERDE – AUSGEWÄHLTE BEISPIELE

Roger Heacock

## Im Nahen Osten: Wiedergeburt des Regionalismus und Perspektiven für friedliche Lösungen

Vieles hat sich im Nahen Osten seit den Ereignissen des 11. September 2001 geändert. Zwar war dies nicht im Sinne dessen, was sich die amerikanischen Behörden eingebildet hatten, wie sie die zwei aufeinanderfolgenden Kriege in Afghanistan (2001) und Irak (2003) planten und führten. Es sollte nämlich, infolge der Reaktion auf diesen Angriff, nicht nur die unmittelbaren Täter bestraft und zerschlagen werden. Es sollte zur Einführung eines Raums des Friedens, der Prosperität, und der Demokratie kommen: zum »Größeren Mittleren Osten« (*Greater Middle East*). Die Idee wurde zu einem wichtigen Element in Präsident George Bush's »Forward Strategy of Freedom«<sup>1</sup>, wie er sie nach der Besetzung des Iraks und Afghanistans definierte.<sup>2</sup>

Das Konzept des Größeren Mittleren Ostens ist historisch viel älter. Man findet sie zum Beispiel in den Schriften der 1997 gegründeten neo-konservativen Gruppe (welche den ersten Präsidenten Bush-nahen »realistischen« Konservativen nicht hart genug waren) das »Project for the New American Century,«<sup>3</sup> dessen Mitglieder im Jahr 2001 mit George W. Bush die Exekutive übernahmen. Historisch baute sich das Konzept auf die Schriften des Admiral Alfred Thayer Mahan auf, bekannt für sein Buch *The Influence of Seapower Upon History, 1660–1783* (1890), der anscheinend 1902 die geographische Bezeichnung »Middle East« zumindest auf

- 1 Tamara Cofman Wittes, »The New US Proposal for a Greater Middle East Initiative: An Evaluation«, *Brookings*, 10. Mai 2004.
- 2 Man siehe aber auch die ständige Kritik des Konzeptes, zum Beispiel Gilbert Achcar, »Greater Middle East: The US Plan – Fantasy of a Region that doesn't exist, *Le Monde Diplomatique* (englische Ausgabe), April 2004.
- 3 »[I]t should be evident that our engagement in the greater Middle East is truly, in Condoleezza Rice's term, a »generational commitment.« Project for the New American Century, »Letter to Congress on Increasing U. S. Ground Forces,« 28. Jänner 2005, <http://www.newamericancentury.org/defense-20050128.htm>.

akademischer Ebene erfand,<sup>4</sup> wobei er schon damals die erweiterte Zone vom Persischen Golf bis Afghanistan meinte. Das »Mittelost Konzept« wurde im Zweiten Weltkrieg von den angloamerikanischen Alliierten weiterentwickelt. Jetzt schloss es den ganzen Raum von Marokko bis Afghanistan ein (manchmal wird es auch »Middle East and North Africa« – MENA – genannt).

Aber während man früher mit einem rein strategisch gemeinten Raum zu tun hatte, wurde es, auch dank des Einflusses Shimon Peres<sup>5</sup> und anderer »liberaler« Denker, zu einem umfassenderen strategisch-wirtschaftlich-kulturellen Konzept. So reifiziert, bewegt sich der Mittlere Osten, laut der kontemporanen, Bush-nahen Gedankenschule (von Professor Bernard Lewis strukturiert), unter einheitlichen Einflüssen, die in einer Reihe von Schlagworten zu nennen sind, wie Islam, Armut, Feudalismus, Wüste, Trockenheit, Patriarchat, Erdöl und Terrorismus. Die neue Politik sollte diese Region des Größeren Mittleren Osten von diesen verschiedenen »Problemen« genesen, indem sie den Raum mit Hilfe der amerikanischen militärischen Kraft, der euro-japanisch-amerikanischen Wirtschafts- und technischen Hilfe und der darauffolgenden Marktreformen in eine Sphäre der fortgehenden Weltintegration, des Friedens, des Reichtums, des Wohlseins und der Demokratie umbauen würde. Außer den Wüsten und dem Erdöl (das letztere aber unter stärkerer amerikanischer Kontrolle gesetzt) würde nur mehr der Islam überbleiben, aber in einer moderierten Form, die mit der Globalisierung zusammenpasst, und die islamistischen Schlagwörter endlich und endgültig ablehnen würde. So sieht die Vision des neuen, Größeren Mittleren Osten aus, eine bewusst orientalistische Haltung, die sich aber nicht nur auf Diskurs sondern auch auf Taten begründet.

### Direktes, dann indirektes Eingreifen

Diese Gedankensweise passte chronologisch mit dem Zeitpunkt zusammen, wo das Vorrücken der amerikanischen Streitkräfte in die ganze Region des Größeren Mittleren Osten stattfand, von Afghanistan bis in den Irak (und letztlich auch nach Nordafrika) und mit der Errichtung neuer militärischer Stützpunkte in einer Reihe

4 Alfred Thayer Mahan, »The Persian Gulf and International Relations,« *National Review* (London), September 1902.

5 Shimon Peres, mit Arye Naor, *The New Middle East*, New York: Henry Holt, 1993.

von benachbarten Staaten, auch in solchen, die *stricto sensu* nicht zu dieser Region gehörten, wie im Kaukasus und in Mittelasien. Die üblichen Alliierten machten mit, insbesondere Israel aber auch Tony Blairs Neo-Labouristen, Spaniens Aznar-Konservative, und Barrosos portugiesische Liberale, sowie die Regierungen etlicher osteuropäischer Länder (Rumsfelds »Neues Europa«). Weder die Länder des »neuen« Nahen Ostens (anders als bei der 1991-iger Irakkampagne von George H. W. Bush, der insbesondere die Zustimmung von Syrien und Ägypten und der UNO bekam) noch die Kernländer der EU, Frankreich und Deutschland (Rumsfelds »Altes Europa«) stimmten dem Plan zu. Aber dies war nun dem unilateralistischen Entscheidungsträgern in Washington unwichtig. Die Palästinensische Autorität unter Yassir Arafat übte mit keinem Wort Kritik (er erinnerte sich noch an die katastrophalen Folgen seiner Unterstützung für Saddam Hussein im Jahr 1991). Syrien, der Iran und sogar die Türkei waren aber kritisch. Und die existierenden regionalen Widersprüche wurden durch das amerikanische Eindringen wesentlich zugespitzt, zum Beispiel mit der Wiederbesetzung der Westbank-Städte oder der Ermordung des syrienfeindlichen libanesischen Premierministers, Rafik Hariri. Man könnte auch dazu die beschleunigte Entwicklung der Atomkraft (nicht aber, laut CIA, der Atomwaffen) seitens des Iran aufzählen, und gar die Wahl eines viel radikaleren Präsidenten, Resultate zumindest teilweise der Bush'schen Vision für dieses Land als Mitglied der »Achse des Bösen«.

Die Kriege in Afghanistan und im Irak gingen bekanntlich schief. Etliche hunderttausende Irakis kamen ums Leben, sowie 4000 amerikanische Soldaten. Noch schlimmer lief es in Afghanistan, und Pakistan destabilisierte sich wegen des anti-amerikanischen Ressentiments, und dem endlosen Krieg an der Grenze. Osama Bin Laden, Ayman al-Zawahiri und Mullah Omar – die gesamte Spitzenführung der al Qaida und der Taliban also – kamen davon. Aznar wurde durch den anti-interventionistischen Zapatero besiegt, Blair musste frühzeitig seinen Posten verlassen. Was blieb also vom Neuen Mittleren Osten übrig? Ziemlich wenig. Es war so wieso eine auf Mythen aufgebaute Utopie, und das straffe militärische und unilaterale Vorgehen machte es zu einer Anti-Utopie. Die Völker und Vertreter beider direkt betroffener Länder und der Region wurden gar nicht überzeugt, obwohl (oder weil) sie sich sich

schon lange nach Demokratie sehnten. Aber in dem Maße, in dem es ihnen zugestanden wurde, die Demokratie auszuüben, waren die Ergebnisse den westlichen Mächten (und nicht nur Amerika) unangenehm. So boykottierten Europa und die Vereinigten Staaten die 2006 demokratisch gewählte palästinensische Autorität solange, bis sie im Juni 2007 implodierte.

Diese neugefasste Region sieht eigentlich der alten ziemlich ähnlich. Die globale Hegemonie bleibt eine amerikanische, und die regionalen Alliierten bleiben dieselben. Nur ist der Iran jetzt in einer viel stärkeren Stellung als zuvor, der Irak ist als regionale Macht zerschlagen, und die religiös-nationalistischen Parteien in mehreren Ländern verstärkt. Die Hegemonie wird jedoch mehr denn je als unerwünscht angesehen, da sie sich exklusiv militärisch und nicht politisch durchsetzt. Nach dem Scheitern der »vorwärts« Strategie von 2001–2003, und insbesondere nach der Wiederwahl des Präsidenten im November 2004 änderte sich die amerikanische Strategie im »Großen Mittleren Osten«, wobei nicht mehr die eigenen Kräfte, sondern die der regionalen Stellvertreter (*proxies*) eingesetzt wurden. Genauso wie die alte, direkte Strategie mit dem Nahmen des US-Vizepräsidenten verbunden bleibt, ist die neue, indirekte, eine Emanation der Gruppe unter Führung der Außenministerin Condoleezza Rice. Die Rice-Strategie wurde im Jahr 2006 mit dem Krieg Israels gegen den Libanon und die Hisbollah umgesetzt, ein Krieg der den Iran schwächen sollte; von 2006–2007 durch den Plan, die Miliz von dem Fatah Chef Muhammad Dahlan für einen Schlag gegen die Hamas vorzubereiten,<sup>6</sup> um die Macht wieder für die US-Alliierten in den besetzten palästinensischen Gebieten zu gewinnen; im Jahr 2008 ging es schon wieder um die Hisbollah, und um die pro-amerikanische Regierung von Fu'ad Seniora, die versuchte, deren Sicherheitsmaßnahmen zu schwächen. Dazu seien auch die Parallelen in Südossetien erwähnt, wo es am 7. August 2008 zu einem gescheiterten georgischen Versuch kam, wieder die militärische Kontrolle zu gewinnen.

Wie bekannt ist diese zweite Reihe von indirekten kriegerischen Vorgängen auch schief gegangen, denn die aktuellen Aktionen, die trotz der methodologischen Unterschiede (das seitens des Hegemonen indirekte statt direkte Vorrücken) scheiterten genauso wie

6 Siehe David Rose, »The Gaza Bombshell«, *Vanity Fair*, April 2008.

die früheren, nur viel schneller. Der Endeffekt dieser wiederholten Fehlschläge auf dem Boden kann man objektiv noch nicht messen: einen ›verlorenen‹ Krieg für Israel, den Sturz von Dahlan, dem langjährigen amerikanischen Hoffnungsträger für Palästina, das Scheitern der einseitig pro-amerikanischen Linie in Libanon, aber auch, wenn man den größeren Raum in Betracht zieht, auch den Sturz Musharrafs in Pakistan und den kaukasischen Rückfall. Die Auswirkungen sind dramatisch.

### Wiedergeburt des Regionalismus?

Gerade wegen der größeren Ungewissheit im Nahen Osten können die lokalen Stellvertreter und Partner Amerikas (inklusive Israel und dem palästinensischen Präsidenten und ›seiner‹ Autorität der 14. März Bewegung im Libanon unter Sa'd Hariri und Fu'ad Seniora) nicht mehr im selben Maße mit der konkreten Unterstützung der USA rechnen – das wurde mit dem letzten Fehlschlag seitens des georgischen Präsidenten Saakaschwili fixiert, der nach der russischen Gegenoffensive auf amerikanische und auch israelische Hilfe hoffte (In diesem besonderen Sinne, aber nur in diesem, kann man sein Vorgehen mit dem Saddam Husseins 1990 gegen Kuwait vergleichen, der mit sowjetischer Unterstützung rechnete, wobei es die Sowjetunion im Nahen Osten schon nicht mehr gab.).

Gerade wegen dieses Mangels an Gewissheit im Bereich der Außen- und Militärpolitik scheinen die lokalen Akteure eine Änderung in ihrer regionalen Diplomatie unternommen zu haben, die sich eher positiv auf die Friedensmöglichkeiten in der Region auswirken. Die Bedeutung dieser Änderung liegt darin, dass sie seit Anfang 2008 (teilweise vielleicht auch auf der – zumindest diskursiv – diplomatisch gesinnten Obama Kampagne basierend) gezwungen, oder besser gesagt, überzeugt wurden, mit größerer Autonomie und sich mehr auf sich selbst verlassend, vorzugehen. Die Beispiele dafür fehlen nicht. Nach dem libanesischen Fehlschlag vom 6. Mai 2008<sup>7</sup> und der schnellen Niederlage der regierungsna-

7 Die Regierung entließ den Hisbollah nahen Sicherheitschef, General Rafiq Shqeir, am Flughafen und gab den Befehl, das »illegale« Hisbollah-Fernmeldeverbindungsnetz abzuschaffen. Die Gründe dafür sind noch unklar – es wird aber darüber sehr viel spekuliert. Siehe Shiar Youssef, »What Really Happened in Beirut?«, Global Research. ca, 15. Juni 2008.



hen Kräfte kam es zum Abkommen in Doha (Qatar) vom 21. Mai<sup>8</sup>, durch das die zwei Jahre dauernde Regierungskrise endlich gelöst wurde; ein neuer Präsident (Michel Suleiman) wurde gewählt und eine Einheitsregierung gebildet. Bemerkenswert ist, dass hier der Mediator der Golfstaat Qatar, und nicht die USA, Frankreich, oder gar Amerikas größter arabischer Alliierte Ägypten war. In den Beziehungen zwischen Israel und Syrien öffneten sich neue Friedensverhandlungen, die zu der amerikanischen Außenpolitik, auf Isolierung Syriens bestehend, nicht gerade passten. In diesem Falle agierte die Türkei als Vermittler.<sup>9</sup> Seit der Erklärung ihrer unabhängigen Irakpolitik und der Weigerung, den amerikanischen Streitkräften während der Invasion zu helfen, verschlechterten sich die Beziehungen der Türkei zu Washington, verbesserten sich aber zu Washingtons regionalen Rivalen. Im Sommer 2008 kam es auch zu Gesprächen zwischen der Türkei und dem Iran, die trotz ihrer Begrenztheit Israel und den Vereinigten Staaten missfielen.<sup>10</sup> Israel fand auch Wege, mit der Hamas zu verhandeln; daraus resultierend kam es zu einem Waffenstillstand (*hudna*).

Diese Kommunikationen verschiedener Seiten, regional gegliedert und die globalen Hegemonen zumindest kurzfristig ausschließend, bildet ein neues Element im Nahen Osten. Natürlich kann sich nichts ohne die Einwilligung der Vereinigten Staaten, Europas und der Weltgemeinschaft langfristig aufbauen, aber es ist klar, dass man es hier mit Entwicklungen zu tun hat, die darauf hinweisen, dass die regionalen Akteure zu diesem Zeitpunkt, und weil andere Visionen und Experimente gescheitert sind, selbstständig ihren ei-

8 <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=9340>. Das Abkommen ist sehr detailliert, und ermöglicht auch die Planung von Parlamentswahlen; siehe dazu: »Doha Agreement Text,« 21. Mai 2008. <http://www.lebanoniznogood.blogspot.com/2008/05/doha-agreement-text-may-21-2008.html>.

9 Ein türkischer Akademiker formulierte es wie folgt, um die Mediationsrolle der Türkei in den indirekten Friedensverhandlungen zwischen Israel und Syrien zu erklären: »U. S. involvement in the region creates structural barriers, leaving local actors limited room for maneuvering. At the same time, U. S. policies in the region have reached a new level of unpopularity and any local actor that seems close to the U. S. is likely to be associated with these unpopular policies.« Bülent Aras, »Turkey Between Syria and Israel«, *Turkish Daily News*, 27. Mai 2008.

10 BBC News, »Iran President Holds Turkey Talks,« 14. August 2008, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/7560816.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7560816.stm).

genen Interessen entsprechend vorgehen wollen. Dies ermöglicht eine pragmatischere interessen- mehr als ideologiebasierte regionale Politik, die auf die Möglichkeit deutet, Wege in Richtung Frieden anstatt in Richtung Krieg zu suchen.

Nur in einem Bereich gibt es trotz amerikanischer Unterstützung nichts Neues, und hier reden wir von der israelisch-palästinensischen Frage allgemein und den Aussichten für ein Friedensabkommen zwischen den Parteien; dies trotz der Tatsache, dass beide Parteien, Israel und die palästinensische Autorität in Ramallah von der amerikanischen Regierung unterstützt werden. Logischerweise, muss man sich die Frage stellen, ob diese Paralyse nicht gerade wegen und nicht trotz der Tatsache stattfindet, dass die drei Parteien sich zumindest theoretisch im selben Lager befinden. Das bedeutet, dass die palästinensische Autorität in Ramallah seit Juni 2007 nicht im vollen Einklang mit ihrem Volk steht und deswegen unmöglich die benötigten politischen Maßnahmen durchsetzen kann, die endlich zur Selbstbestimmung und zur Errichtung eines unabhängigen Staates führen. Auch ist es eine Tatsache, dass es in der jetzigen Situation Israels niemals zu dem notwendigen Druck kommen wird, die für den Frieden unentbehrlichen Entscheidungen zu treffen und der Besatzung ein Ende zu machen.

Trotz der neuen, für den Frieden positiven Tendenzen in der Region, kann dieser geschichtlichen Bewegung nicht sehr viele Erfolgsaussichten eingeräumt werden, solange es für dieses »wahre Herz« der nahöstlichen Problematik, der palästinensischen Frage, keine friedliche Lösung gibt.

## »Terroristen« – eine andere Betrachtung

### 1. Einleitende Gedanken

»Terror« bzw. »Terrorist« ist ein Wort, das in unserer Zeit in aller Munde liegt, auch das offizielle Österreich sieht sich mittlerweile dazu genötigt, zum »Krieg gegen den Terror« beizutragen und hat dazu sogar ein eigenes »Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung« ins Leben gerufen. (BMI/BVT 2008, S. 13 ff.) Von dieser Entwicklung ist letztlich jeder in Österreich lebende Mensch betroffen, die österreichischen Sicherheitskräfte haben in den letzten Jahren durch die Veränderung der einschlägigen Rechtslage eine enorme Aufwertung und Befugnisweiterung zu Lasten der liberalen Bürgerrechte gewonnen. Unter dem Vorwand vor allem auch des Kampfes gegen den Terror scheinen die BürgerInnen aus der Sicht der Behörden vielleicht dann am sichersten zu sein, wenn sie in einem Gefängnis sitzen, die Verfassung schützt sie nur mehr sehr eingeschränkt gegen den Staat. Der fortschreitende Verlust von Grundrechten und der Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien in Österreich veranlasste sogar den damaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Korinek, dazu, öffentlich festzustellen, dass Österreich Gefahr laufe, zu einem Überwachungsstaat nach DDR-Manier zu werden. (Korinek 2007)

Am geläufigsten ist uns Terror aber gemeinhin im Zusammenhang mit dem Islam oder dem Widerstandskampf unterdrückter Völker gegen ihre Besatzer bzw. Kolonialherren. Sofort kommen uns palästinensische oder irakische SelbstmordattentäterInnen in den Sinn. Wenn sich diese Menschen in die Luft sprengen und andere mit in den Tod reißen, ist das für uns Terror pur, wir zeigen kaum Verständnis dafür bzw. fragen nicht nach, wie es denn dazu gekommen sei, dass ein meist junger Mensch sein Leben selbst vernichtet. Staatsterror andererseits reizt uns westliche Betrachter kaum, wir (genauso wenig wie unsere Regierungsverantwortlichen) neigen in solchen Fällen weniger zu schnellen Verurteilungen, kein Schauer des Entsetzens rinnt über unsere Rücken ob solcher barbarischen Taten. Wenn z. B. die israelische Regierung den ihr untergebenen israelischen Generälen befiehlt,

einen ganzen Wohnblock mit einer 1-Tonnen-Bombe zu vernichten, um einen von ihr gesuchten palästinensischen Widerstandskämpfer zu ermorden (und mit ihm über ein Dutzend andere Menschen, Männer, Frauen und Kinder) (HRW 2008), dann ist das in der Diktion westlicher Politiker wie der Medien meist zwar bedauerlich, aber letztlich eine Maßnahme im Kampf gegen den Terror oder im Rahmen des »Selbstverteidigungsrechts« des Besatzerstaates.

All dies könnte trefflich diskutiert werden, soll aber nicht Gegenstand dieses Artikels sein. Wir erlauben uns den Blickwinkel, dass beide, den Staatsterroristen wie den Widerstandsterroristen, letztlich dasselbe dazu bewegt oder zwingt, sein Vernichtungswerk zu vollziehen. Daher haben wir es uns zum Ziel gesetzt, zu untersuchen, was es denn ist, das einen Menschen zum »Terroristen« werden lässt, welche Mechanismen einen solchen Menschen leiten und wie vielleicht auch verhindert werden könnte, dass immer neue Generationen von Terroristen heranwachsen.

## 2. Terrorismus-Definitionen und offizielle Sicht

Aus westlicher Sicht erscheint es klar und relativ einfach, festzulegen, was Terror ist und wann ein Mensch als Terrorist zu bezeichnen ist. Für die EU ist ein Terrorist jemand, der mittels internationaler Aktionen versucht, ein Land bzw. eine internationale Organisation nachhaltig zu schädigen oder eine solche Aktion auch nur anzudrohen. (Council of the European Union 2001) Eine terroristische Gruppierung ist für die EU:

*»... a structured group of more than two persons, established over a period of time and acting in concert to commit terrorist offences. »Structured group« shall mean a group that is not randomly formed for the immediate commission of an offence and that does not need to have formally defined roles for its members, continuity of its membership or a developed structure.«* (Council of the European Union 2001)

Strafbar macht sich aus der Sicht der EU, wer folgende Handlungen begeht:

*»(a) directing a terrorist group;  
(b) participating in the activities of a terrorist group, including by supplying information or material resources, or by funding its activities in any way, with knowledge of the fact that such participation will contribute to the criminal activities of the group.«* (Council of the European Union 2001)

Auch das österreichische Rechtssystem entspricht in seinem Strafbuch den EU-Normen und stellt terroristische Taten bzw. die Terrorismusfinanzierung unter schwere Strafe. (StGB §§ 278bff) Wie im österreichischen Innenministerium (BMI/BVT 2008; S. 23 ff.) wird im Allgemeinen in so gut wie allen westlichen Staaten davon ausgegangen, dass der Kampf gegen den Terror zuallererst eine polizeiliche bzw. militärische und damit reaktive Aufgabe sei (wenngleich mittlerweile selbst Forschungsinstitutionen, die der US-Regierung nicht besonders kritisch gegenüber stehen, davon überzeugt sind, dass »Terrororganisationen« nur in den allerwenigsten Fällen militärisch besiegt werden können). (Rand 2008) Wir sind demgegenüber der Ansicht, dass es, selbst wenn der Arbeit der Sicherheitskräfte an sich grundsätzlich zugestimmt werden muss, vielmehr darauf ankommt, die Lebensaspekte zu beachten, die einen Menschen erst zum Terroristen werden lassen (wir gehen davon aus, dass es kein »Terrorgen« gibt, das in Menschen bzw. bestimmten Völkern schlummert), daraus pro-aktiv Schlüsse zu ziehen und in einer nachhaltigen strategischen Politik der Terrorismusverhinderung umzusetzen.

### 3. Multifaktorielle Betrachtung

Die Geschichte von »Terroristen« ist so alt wie die Menschheit. Der erste dokumentierte Selbstmordattentäter der Menschheitsgeschichte war wohl der alttestamentarische Held Samson, der tausende Menschen, Männer, Frauen, Kinder, mit in den Tod gerissen haben soll. (Die Bibel, Buch der Richter; 16, 23–31) Bekanntster noch sind die geheimnisumwobenen Assassinen des Mittelalters (Lewis 1989) oder die japanischen Kamikaze-Piloten des Zweiten Weltkriegs. (Silke 2006; S. 41 ff.)

Es gibt mannigfache Erklärungsmöglichkeiten dafür, was einen Menschen dazu bringen kann, sein Leben zu opfern. Lloyd DeMause denkt zwar schon an, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Aufwachsen und späterer Aggression in der Art von Terroristen gibt, verhartet aber (für einen US-Amerikaner nicht weiter verwunderlich) in der Ansicht, dass es eben eine rückständige und fundamentalistische islamische Familie bzw. Gesellschaft sei, die Attentäter schaffe. (deMause 2002; S. 39 ff.) Einen viel multifaktoriellen Ansatz zeigt Martin Altmeyer, der davon ausgeht, dass z. B. frühes Trauma und gestörte Bindungen für die spätere Aggressionsbereitschaft verantwortlich sein können. (Altmeyer 2003; S. 12) Erich

Fromm deutet darauf hin, dass für einen Selbstmordattentäter gerade die Vernichtung des eigenen Lebens diesem erst einen Sinn geben könne. (Fromm 1997; S. 27) Für ihn liegt es geradezu in der Natur der Menschen, für ihre Freiheit zu kämpfen, damit Persönlichkeit zu entwickeln. Ein unbedeutender Mensch kann zu etwas Großartigem werden, wenn er in seiner Gruppe aufgeht, sich von den Verhaltenseigentümlichkeiten der Masse ergreifen lässt, ebenso wie er von unbändiger narzisstischer Wut ergriffen werden kann, wenn seine Gruppe gekränkt wird. (Fromm 1997; S. 224 ff.) Krieg, Armut oder religiöse Konflikte können zur Ausbildung von spontaner destruktiver (»böseartiger«) Aggression führen. (Fromm 1997; S. 305 ff.) Hans Jürgen Wirth diagnostiziert ganz pauschal eine narzisstische Kränkung der ganzen islamischen Welt, die vom »Westen« gedemütigt wurde und wird und ihre erhöhte Ansprechbarkeit der Affekte in Form von Wut gegen alles nicht-islamische richtet. (Wirth 2003; S. 64 ff.) Vamik Volkan beschreibt, wie radikale Gruppierungen gezielt nach Menschen suchen, deren Identität durch eine problematische Kindheit gestört ist und die versuchen, durch die Internalisierung eines äußeren Elements (ideologische Ziele) ihre innere Welt zu stabilisieren und ihr Selbstwertgefühl zu heben. Als besonders »geeignet« zeigen sich hier jene, die bereits aufgrund gewaltsamer Begegnungen mit einem Feind unter einem konkreten Trauma leiden. (Volkan 2003; S. 259 ff.) Während der sowjetischen Besatzung Afghanistans haben die USA und Großbritannien in Pakistan Koranschulen finanziert, in denen zukünftige islamische Gotteskrieger gegen die Sowjets unter genau diesen Aspekten ausgewählt und ausgebildet wurden. (Volkan 2008) Auch Israel hat die Hamas in ihrer ersten Zeit ab 1987 massiv unterstützt, um damit die Macht der PLO in Palästina zu schwächen. (Ahmed 1994; Chapter Two) Was dabei nicht bedacht wurde, ist, dass die Gruppenidentität der Gotteskrieger wie ein Panzer wirkt, die Realität verzerrt und diese Gruppe bald nicht mehr von außen lenk- bzw. beeinflussbar ist. Sie kann nach erfolgter Konsolidierung nicht mehr einfach aufgelöst werden, der Verlust der Gruppenidentität wäre gleichbedeutend mit einem psychologischen Tod. Angriffe von außen können dann leicht zu blindwütiger Aggression führen. (Volkan 1999; S. 462 f.)

Auch für Christian Büttner sind Terroristen nicht notwendigerweise pathologische Charaktere, sondern werden durch frühe lebensgeschichtliche Erfahrungen (wie die Spaltung der Welt in gut

und böse) und adoleszente Gruppenphänomene zum Terroristen gemacht. Das Aufgehen in der Gruppe (bei Widerstandskämpfern wie bei Soldaten) führt zum Abbau moralischer und ethischer Barrieren. (Büttner 2003; S. 41 ff.) Wie Büttner geht auch Thomas Auchter vom Zusammenspiel lebensgeschichtlicher Aspekte mit Ausbildung und Indoktrination aus, zum Attentäter werde man nicht geboren. Seine (Fern-)Analyse palästinensischer Selbstmordattentäter ergibt, dass sie keineswegs einfältig oder primitiv seien, aber aufgrund ihrer erbärmlichen Lebensumstände keine Perspektiven hätten. Traumatische Erlebnisse führen zusätzlich zum Aufbau eines entmenslichenden Panzers gegen weitere Verletzungen, sie werden anfällig für die Verführungen von Ideologen und sind bereit, letztlich ihr perspektivenloses Dasein gegen ein verheißungsvolles Jenseits einzutauschen. (Auchter 2003; S. 151 ff.)

In dieselbe Kerbe wie die bisher Genannten schlägt Arno Gruen: aus seiner Sicht führt Identitätsverlust zu maximaler Aggression. (Gruen 2002 (a); S. 71) Menschen, die ihr Innerstes seit früher Kindheit verleugnen mussten, von Gefahr und Unterdrückung geprägt wurden, bauen keine autonome Identität auf, entwickeln kein Vertrauen in die Welt und leben ihr Leben in permanentem Stress. (Gruen 2002 (b); S. 42 f.) Die Verleugnung des Eigenen kann leicht zur Festklammerung an einer Autorität führen, Gehorsam und blinde Befehlsunterwerfung werden dann zum elementaren Lebensgrundsatz. Untersuchungen mit z. B. US-amerikanischen Elitesoldaten, die während des Vietnamkrieges für ihre Grausamkeit berüchtigt waren, haben ergeben, dass sie ausgesprochen autoritär erzogen worden waren. (Gruen 2003) Es ist somit nicht Ideologie, sondern es sind Sozialisationsprozesse, die Aggressions- und Todestribe ausbilden lassen. (Gruen 2002 (b); S. 137 ff.) Der Suizid des Attentäters hat dann letztlich mehrere Ziele: die Abwehr gegen eine gefürchtete Situation ebenso wie einen narzisstischen Triumph, der den (narzisstisch gekränkten und selbstwertbeschädigten) Attentäter einmal Herr über Leben und Tod sein lässt. (Auchter 2003; S. 149) Tilman Moser bestätigt dies, indem er annimmt, dass Angst und Terror verbreitet werden, um der eigenen Angst zu entgehen. (Moser 1993; S. 15)

#### 4. Empirische Untersuchung in Palästina

Für uns war es von großem Interesse, in einer Feldforschung die oben dargestellten theoretischen Erkenntnisse zu überprüfen. Wir

haben uns dafür Palästina ausgesucht. Als Folge der israelischen Besatzungspolitik leben die Menschen in Palästina (Westbank und Gazastreifen) heute in den schlimmsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des gesamten Raumes Naher Osten/Nordafrika. Die Arbeitslosigkeit unter Palästinensern ist eine der höchsten der Welt, mehr als die Hälfte von ihnen lebt unter der Armutsgrenze. (UNRWA 2008; S. 7 ff.) Von September 2000 bis Ende des Jahres 2007 hatte die israelische Besatzungsmacht über 4.400 Palästinenser, die meisten davon Zivilpersonen, umgebracht, Zehntausende weitere verwundet und einen umfassenden ökonomischen Würgegriff um Palästina gelegt. (PCHR 2008; S. 33 f.) Die andauernde Kriegssituation hat dazu geführt, dass die palästinensische Bevölkerung katastrophal hohe Raten an Posttraumatischer Belastungsstörung aufweist, (Haas/Plaschke/Fenzl 2007; S. 129 f.) ebenso wie viele andere schwerwiegende psychische Probleme. (Diab 2008) In den Jahren der Al-Aqsa Intifada, des Aufstands der Palästinenser gegen die israelische Besatzung in Palästina, haben sich seit September 2000 über 140 Palästinenser und Palästinenserinnen in Selbstmordattentaten geopfert. (IMFA 2008) Es waren meist junge Menschen, besonders die Frauen, die solche Missionen durchführten, haben Aufsehen erregt, wie die 21jährige Reem Salih Al – Rayashi, die sich im Jänner 2004 am Erez-Checkpoint in die Luft gesprengt hatte (Al Jazeera 2004):



*Reem  
beim Verlesen  
ihres Märtyrer-  
statements*

Aus der Sicht der palästinensischen Widerstandsgruppen gibt es kaum eine Alternative zu den Selbstmordattentaten. Mahmoud Al Zahar, Hamas-Führer und ehemaliger palästinensischer Außenminister erklärt es so:



*»... we have nothing to fight with except our bodies; give us F 16 and all other weapons which the Israelis have and we will fight them with these weapons; as long as we have no weapons like the Israelis we can only fight with our bodies ...« (Al Zahar 1999)*

Abseits von Fakten und Ideologie wollten wir es genauer wissen, was die palästinensischen Selbstmordattentäter dazu bewegen haben könnte, ihr Leben zu vernichten und ob es ein Muster gibt, das sie eint. Wir haben deshalb mit insgesamt 14 Familien von palästinensischen Selbstmordattentätern (dazu gehören sowohl jene, die sich in Israel selbst in die Luft gesprengt haben, als auch solche, die Attentate in israelischen Siedlungen in der Westbank und im Gaza Streifen verübt haben) Interviews geführt. Der von uns dafür entwickelte Interviewleitfaden umfasste folgende Themenkreise:

- 1) Frühe Kindheit
- 2) Beziehungen/Bindungen zu Familie und Freundschaften
- 3) Umfeldanalyse
- 4) Prägende biographische Erlebnisse
- 5) Gewalterfahrungen
- 6) Verlusterfahrungen
- 7) Einstellung zu Geld/Besitz
- 8) Persönlichkeit

Die Ergebnisse dieser Interviews waren erstaunlich ähnlich und ergaben eine Art von Profil für einen Selbstmordattentäter/Märtyrer, das auch den theoretischen Ausführungen von Auchter oder Gruen entspricht:

- Die Selbstmordattentäter wurden als die bravsten, bescheidensten, gehorsamsten und fleißigsten Kinder der jeweiligen Familie beschrieben;
- Alle waren unauffällig und in der Schule erfolgreich;
- Signifikant ist, dass alle in ihrer frühen Jugend bzw. Kindheit eine traumatische Erfahrung mit Gewalt hatten, die von israelischen Besatzungssoldaten gegen einen nahen Verwandten ausgeübt wurde;
- Ebenso auffallend war, dass alle, kurz bevor sie sich der jeweiligen Organisation, die sie auf ihre Selbstmordmission geschickt hatte angeschlossen hatten, bzw. bevor sie in Einzelfällen selbständig ein Attentat ausführten, ein neuerliches traumatisches

Gewalterlebnis in Zusammenhang mit der israelischen Besatzungsmacht hatten.

## 5. Resümee

Es scheint weder eine rückständige Gesellschaft noch reine Ideologie oder religiöser Wahn zu sein, die Menschen dazu bewegen, sich in Selbstmordattentaten zu opfern. Vielmehr bedarf es einer durch lebensgeschichtliche Erfahrungen bedingten Prädisposition, die Menschen für radikale Ideologie ansprechbar macht, ebenso wie einer hoffnungs- und perspektivenlosen sozioökonomischen Lage, in der diese Menschen leben. Damit wird auch verständlich, dass ein rein reaktives Vorgehen von Staatsgewalten niemals dazu führen kann, nachhaltig erfolgreich einen »Kampf gegen den Terror« zu führen. Vielmehr schürt ein solches gewaltsames Vorgehen das Feuer des Extremismus, schafft nur neue Legionen von Märtyrern. Erst wenn Menschen in einer Umwelt aufwachsen dürfen, die ihnen Vertrauen in diese Welt und die Menschheit erlaubt, wenn ihnen dazu auch materiell und sichernd etwas gegeben wird, das sie nicht mehr verlieren wollen, das sie in einer Sinngeschichte in dieser Welt hält, werden sie bereit sein, ihre Begabungen auf eine friedliche und gewaltfreie Entwicklung hin zu konzentrieren.

## Bibliographie

- Ahmed, Hisham H.; *From Religious Salvation to Political Transformation*; Jerusalem 1994.
- Al-Jazeera vom 15. Jänner 2004.
- Al Zahar, Mahmoud; Interview mit Harald Haas im November 1999 in Gaza City.
- Altmeyer, Martin; *Nach dem Terror, vor dem Kreuzzug – Spekulationen über das Böse und seine Quellen*; in: Thomas Auchter/Christian Büttner/Ulrich Schultz-Venrath/Hans-Jürgen Wirth (Hg.); *Der 11. September – Psychoanalytische, psychosoziale und psychohistorische Analysen von Terror und Trauma*; Psychosozial – Verlag; Gießen, 2003.
- Auchter, Thomas; *Angst, Hass und Gewalt*; in: Auchter/Büttner/Schultz-Venrath/Wirth; 2003.
- Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch – StGB) StF: BGBl. Nr. 60/1974 i. d. F. BGBl. I Nr. Nr. 134/2002, 15/2004, 136/2004, 152/2004, 68/2005, 56/2006, 93/2007 und 109/2007.
- Bundesministerium für Inneres/Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BMI/BVT) (Hg.); *Verfassungsschutzbericht 2007*; Wien, 2008.
- Büttner, Christian; *Mit Gewalt ins Paradies. Einige psychologische Anmerkungen zu Terror und Terrorismus*; in: Auchter/Büttner/Schultz-Venrath/Wirth; 2003.

- Council of the European Union; Proposal for a Council Framework Decision on Combatting Terrorism, Outcome of Proceedings of the Council, EN (2001) 14845/1/01 REV 1; 7 December 2001.
- deMause, Lloyd; Das emotionale Leben der Nationen; Drava; Klagenfurt 2002.
- Diab, Taysir; Siege and its Impact on Mental Health; Gaza City 2008.
- Die Bibel; Buch der Richter.
- Fromm, Erich; Anatomie der menschlichen Destruktivität, 20. Auflage; rororo; Hamburg 1997.
- Gruen, Arno; Der Verlust des Mitgefühls. Über die Politik der Gleichgültigkeit, 5. Auflage; dtv; München 2002 (a).
- Gruen, Arno; Der Kampf um die Demokratie. Der Extremismus, die Gewalt und der Terror; Klett – Cotta; Stuttgart 2002 (b).
- Gruen, Arno; Die Konsequenzen des Gehorsams für die Entwicklung von Identität und Kreativität. Vortrag bei den 53. Lindauer Psychotherapiewochen am 12. April 2003.
- Haas, Harald/Plaschke, Andrea/Fenzl, Thomas; Palästina. Die zerrissene Nation; in: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.); Jahrbuch Friedenskultur 2007; Drava; Klagenfurt 2007.
- Human Rights Watch (HRW) (Ed.); Promoting Impunity. The Israeli Military's Failure to Investigate Wrongdoing; in: <http://www.hrw.org/reports/2005/lopt0605/5.htm> vom 20. Juli 2008.
- Israel Ministry for Foreign Affairs (IMFA); Victims of Palestinian Violence and Terrorism since September 2000; in: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Terrorism+Obstacle+to+Peace/Palestinian+terror+since+2000/Victims+of+Palestinian+Violence+and+Terrorism+sinc.htm> vom 18. Juli 2008.
- Korinek, Karl; Interview am 22. September 2007 im ORF/Ö1 Mittagsjournal.
- Lewis, Bernard; Die Assassinen: Zur Tradition des religiösen Mordens im radikalen Islam; Eichborn Verlag; Frankfurt 1989.
- Moser, Tilman; Politik und seelischer Untergrund; Suhrkamp; Frankfurt am Main; 1993.
- Palestinian Centre for Human Rights (PCHR) (Ed.); Annual Report 2007; Gaza City 2008.
- Rand Corporation (Ed.); Seth G. Jones/Martin C. Libicki; How Terrorist Groups End. Lessons for Countering al Qa'ida; Santa Monica/CA 2008.
- Silke, Andrew; The Role of Suicide in Politics, Conflict and Terrorism; in: Terrorism and Political Violence, Volume 18, Spring 2006, Number 1.
- United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) (Ed.); Prolonged Crisis in the Occupied Palestinian Territory: Socio-Economic Developments in 2007 (Report No. 3); Gaza City 2008.
- Volkan, Vamik D.; Die innere Welt des Fundamentalisten/Terroristen. Der Aufbau mittelöstlicher Selbstmordattentäter; in: Auchter/Büttner/Schultz-Venrath/Wirth; 2003.
- Volkan, Vamik D.; Suicide Bombers; in: <http://www.healthsystem.virginia.edu/internet/csmhi/suicide-bomber-psychology.pdf> vom 15. Juli 2008.
- Volkan, Vamik D.; Individual and Large-Group Identity: Parallels in Development and Characteristics in Stability and Crisis; in: Croatian Medical Journal, Clinical Sciences, 40(3):458–465, 1999.
- Wirth, Hans Jürgen; Macht, Narzissmus, Destruktivität. Individuelle und kollektive Aspekte der Politik; in: Auchter/Büttner/Schultz-Venrath/Wirth; 2003.

Karim El-Gawhary

## Der Nahe Osten: Die Aussichten der Aussichtslosigkeit

Die Worte »Krise« und »Chance« werden im Chinesischen von ein und demselben Schriftzeichen ausgedrückt. Laut dieser Philosophie müsste es um die Aussichten im Nahen Osten bestens stehen, geht er weltweit sicherlich, ohne Frage, als die krisensicherste Region der Welt durch – nach dem Motto: die nächste Krise kommt bestimmt. Mal knallt es zwischen einer von den USA unterstützten Regierung und einer vom Iran und Syrien gesponserten Oppositionsbewegung im Libanon. Dann fliegen wieder Hamas-Raketen in Richtung Israel, während die israelische Armee im Gazastreifen eine ganze Familie auslöscht. An die schlechten Nachrichten aus dem Irak haben wir uns inzwischen so sehr gewöhnt, dass wir sie gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Dann brechen in Ägypten lokale Brotaufstände auf, weil für 40 Prozent der Bevölkerung, die mit etwas mehr als einem Euro am Tag auskommen muss, die Teuerung der Lebensmittelpreise zur Überlebensfrage wird.

Nun sind Krisen hier nichts Neues. Neu ist allerdings, wie sehr sie heute alle zusammenhängen. Noch in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts hatten wir einen achtjährigen iranisch-irakischen Krieg erlebt, der völlig parallel und getrennt vom arabisch-israelischen Nahostkonflikt ausgetragen worden war. Gerade so als fänden diese beiden Konflikte in zwei verschiedenen Regionen statt. Ein Szenario, das heute undenkbar scheint. Was im Iran geschieht hat unmittelbare Auswirkungen auf Gaza, Beirut und Bagdad. Die Ereignisse im Irak haben eine ganze Generation junger Araber geprägt, von denen nicht wenige den heiligen Krieg als einzigen Ausweg sehen. Jedes Ereignis im Westjordanland oder im Gazastreifen macht ihnen via Liveberichten in den arabischen Satellitenkanälen ihre politische Ohnmacht bewusst. Die Verwicklungen sind komplex und das macht es so schwer den Knoten aufzulösen.

»Der Libanonkrieg sollte uns als Weckruf dienen. «Wenn der arabisch-israelische Konflikt nicht angegangen wird, wird er sich als eine bodenlose Quelle für Repression, Radikalisierung und Blutbäder erweisen, auch jenseits der Region«, warnte ein Bericht des renommierten Politberatungsinstitutes »International Crisis Group

im Herbst 2006, nur wenige Wochen nachdem der 34tägige Waffengang zwischen Israel und der Hisbollah beendet war. »Es ist Zeit für eine internationale Friedensinitiative«, meinten damals die Unterzeichner des Berichtes, darunter Jimmy Carter, Michail Gorbatschow, Richard von Weizsäcker, Joschka Fischer, der frühere amerikanische nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski und der südafrikanische Bischof Desmond Tutu.

Den Autoren zufolge stellte sich die Lage in der Region zunächst als Sackgasse dar. »Unter den Palästinensern herrscht Chaos und Auflösung, unter den Israelis Existenzangst nach dem Libanonkrieg. Prowestliche arabische Regimes sind durch jegliches Fehlen einer US-Friedensrolle vollkommen diskreditiert, der militante Islamismus ist auf dem Vormarsch, und der Iran fühlt sich stärker denn je. All das deutet in Richtung eines eskalierenden Konfliktes«, charakterisierten Berichte die Situation. Aber gerade die Ausichtslosigkeit interpretierten sie auch als Chance. »Israel braucht eine neue Tagesordnung, die Palästinenser einen Ausweg, die arabischen Staaten ein Erfolgserlebnis, Syrien eine Wiederaufnahme der Verhandlungen, die EU eine stärkere Rolle und die USA möchten etwas, wenngleich Minimales, erreichen. Es ist nicht der schlechteste Ausgangspunkt«, beschrieb der Report die damalige Lage.

Seitdem sind die Brennpunkte die gleichen geblieben. Der so dringend benötigte Masterplan für die Befriedung der Region steht immer noch aus. Manches hat sich verschärft. Die Hamas hat den Gazastreifen übernommen. Viele der Akteure sind schwächer denn je, irgendeine Lösung selbst in den eigenen Reihen durchzusetzen. Sowohl der israelische Premier als auch Palästinenserpräsident Mahmud Abbas haben kaum mehr eine Gefolgschaft. Die USA hat sich seit ihrer Friedensshow in Annapolis de facto gänzlich von der Szene verabschiedet.

#### USA: Vom Akteur zum Zuschauer

»Ohne die USA geht gar nichts.« Mit diesem Glaubenssatz amerikanischer Allmacht wurde seit Jahrzehnten die Realität der nahöstlichen Politik und Diplomatie beschrieben. Doch das Koordinatensystem in der Region hat sich verschoben.

Als sich endlich Ende Mai die rivalisierenden politischen Lager im Libanon nach einer 18-monatigen Krise endlich auf einen neuen Präsidenten einigten, waren bei der Vereidigung des ehemaligen

Armeechefs Michel Suleiman alle gekommen: Die Außenminister aus dem Iran, Syrien und Saudi-Arabien waren ebenso angereist, wie der Emir von Katar, der den libanesischen Deal vermittelt hatte. Der Iran und Syrien hatten das von der Hisbollah angeführte Oppositionsbündnis zuvor unterstützt, Saudi-Arabien stand hinter der prowestlichen libanesischen Regierung. Sie alle hatten zuvor im Libanon von außen mitgezündelt. Nun waren sie gekommen, um den Löscharbeiten ihren Segen zu geben. Vielleicht ein erster Hinweis, dass gerade im turbulenten Beirut für die gesamte Region ein neues Kapitel aufgeschlagen werden könnte.

Nur eine Partei war bei diesem Aufbruch in neue Zeiten auffällig abwesend. Die Bush-Regierung hatte keinen Repräsentanten zu den Feiern nach Beirut geschickt. Und dass, obwohl US-Außenministerin Condoleezza Rice vor zwei Jahren den Libanonkrieg als »die Geburtswehen des Neuen Nahen Ostens« gefeiert hatte. Die jetzige US-Abwesenheit war wenig verwunderlich: Das neue libanesische Abkommen ist so etwas wie die offizielle Anerkennung, dass die Politik Washingtons, die Hisbollah zu isolieren, genauso gescheitert ist, wie die Idee der US-Regierung, ohne die Hamas eine Lösung im Nahostkonflikt zu finden, oder die amerikanische Vorstellung, die Region ohne Mitwirkung von Iran und Syrien neu zu ordnen.

So hatte sich der vermeintliche ehrliche amerikanische Makler aufs diplomatische Abstellgleis manövriert. Stattdessen versuchen Staaten der Region jetzt selbst, politische Prozesse anzuschieben, unter dem expliziten Ausschluss der Bush-Regierung. Katar vermittelt erfolgreich unter den Libanesen. Ägypten handelt einen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas aus. Und die Türkei ist Gastgeberin indirekter Gespräche zwischen Syrien und Israel, in denen beide Seiten versuchen, die tückischen Details eines Landfür-Frieden-Geschäftes auszuarbeiten: Israel gibt die besetzten syrischen Golanhöhen zurück und erhält dafür einen Friedensvertrag mit Damaskus.

Der Libanon-Deal steht immer noch auf tönernen Füßen und könnte jederzeit an der immer noch polarisierten Situation scheitern. Auch das Golan-Geschäft ist noch nicht unter Dach und Fach. Der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas ist mehr als wackelig.

Aber wenn nur ein Teil dieser Projekte erfolgreich abgeschlossen wird, dann würde erstmals die Dynamik der ständigen Eskalation ge-

brochen. Und nicht obwohl, sondern weil die in der Region vollkommen diskreditierte US-Regierung aus all dem ausgeschlossen ist.

Bei den Anhörungen des Senats in Washington für den designierten US-Botschafter in Israel, James B. Cunningham, am 1. Mai 2008, hatte dieser erklärt, dass die USA derzeit die Position einnehmen, dass Gespräche mit Syrien nicht nützlich seien. Israel wollte trotzdem mit den Syrern sprechen. Also hat die Türkei die Rolle des Vermittlers übernommen.

In den vergangenen 18 Monaten hatten die USA den bisherigen libanesischen Premier immer wieder eingeredet, dass ein neues Arrangement mit der Hisbollah schlecht sei, obwohl sich die Machtverhältnisse de facto im Sinne der schiitischen Organisation verschoben hatten. Also hat sich der kleine Golfstaat Katar als ehrlicher Makler angeboten, während der ehemalige amerikanische Spieler die Rolle des Zaungastes einnahm. Untätigkeit führt automatisch zur weiteren Eskalation, lautet die Lektion, die die regionalen Vermittler auf den Plan gebracht hat. Sie wollen nicht mehr länger zusehen, wie sich die einzelnen Feuer zu einem nahöstlichen Flächenbrand vereinen. Und sie haben es aufgegeben, darauf zu warten, dass in Washington eine Riege einziehen könnte, die eine realistischere Nahostpolitik macht.

### Europa: Einbinden statt isolieren

Selbst die Europäer scheinen langsam aufzuwachen. Allein die einzigartige Liste der Teilnehmer bei der Gründungskonferenz der Mittelmeerunion Mitte Juli 2008 bedeutete einen diplomatischen Sieg für den französischen Gastgeber Nicolas Sarkozy. 43 Nationen, darunter Araber und Israelis, hatten sich an einen Tisch gesetzt. Die südlichen Mittelmeerländer eint das Gefühl der Dringlichkeit, dass sie nicht warten können bis ihre Region endgültig im Chaos versinkt. Die Europäer eint das Wissen, dass ein solches Chaos nicht theoretischer Natur ist, sondern sich sofort in ein europäisches Sicherheits- und Migrationsproblem übersetzten wird. Der wohl speziellste Gast, der syrische Präsident Baschar Al-Assad verglich die neue Mittelmeerinitiative gar dramatisch mit einem startenden Flugzeug: »Wenn es nicht genug Schub bekommt, dann stürzt es ab und alle Passagiere finden den Tod«.

Aber welchen Aussichten hat die neu geschaffene Mittelmeerunion tatsächlich das Ruder in der von zahlreichen Krisen über-

schatteten Region herumzureißen? Kritiker warfen dem Treffen berechtigterweise vor, nur wenige Inhalte zu transportieren. Es gäbe schließlich keinerlei Übereinstimmung in grundsätzlichen Problemen, wie dem Nahostkonflikt. Aber einen handfesten Erfolg konnte Sarkozy vorweisen: Am Tag vor dem Gipfel versprach ihm der syrische Präsident Assad in Beirut eine syrische Botschaft zu eröffnen und eine libanesische diplomatische Vertretung in Damaskus zuzulassen. Erstmals seit der Unabhängigkeit beider Länder vor 60 Jahren hatte Damaskus damit den Libanon als eigenständiges Land anerkannt. Möglich geworden ist diese Ankündigung erst, nachdem sich die streitenden libanesischen Lager auf eine Einheitsregierung geeinigt hatten. Damit hatten sich die politischen Gewichte in Beirut in Richtung der von Syrien unterstützten Opposition verlagert.

Assad war mit seinem Besuch in Frankreich aus seiner politischen Isolation ausgebrochen. Während die USA Syrien weiterhin auf die Liste jener Länder setzen, die Terror sponsern, setzt Europa darauf, den syrischen Staatschef durch Gespräche wieder einzubinden.

Doch selbst diejenigen, die für diese neue Politik plädieren, verfolgen derzeit noch zwei höchst widersprüchliche Ziele. Die einen wollen Damaskus aus seiner Achse mit Teheran herausbrechen. Ein eher unrealistisches Unterfangen, speist sich die regionale Bedeutung und Stärke Syriens gerade aus dieser politischen Ehe mit Teheran. Andere wollen Syrien dagegen als Vermittler in der iranischen Atomfrage instrumentalisieren. In jedem Fall sind die Zeiten vorbei, als vor allem Frankreich nach dem Mord an dem ehemaligen libanesischen Premier Rafik Hariri 2005 Damaskus ins politische Abseits drängte. Viel wurde über die Verwicklung des syrischen Regimes in diesen Mord geredet, endgültig bewiesen ist sie bis heute nicht. Aber der Millionär Hariri war ein persönlicher Freund des ehemaligen französischen Präsidenten Mitterrand und hatte sogar dessen Wahlkämpfe mitfinanziert.

Es ist der amerikanisch-iranische Kampf um Einfluss in der Region, der seine Schatten auf die neue Mittelmeerunion und auch auf sämtliche regionale Friedensinitiativen wirft: der amerikanisch-iranische Kampf um Einfluss in der Region. Auch wenn die arabische Seite immer wieder von Europa erwartet, hier als Gegengewicht zu fungieren, der größte nicht gelöste Regionalkonflikt blockiert der-



zeit alles und stellt selbst die kleinen Fortschritte immer wieder in Frage. Gewissermaßen befinden sich derzeit alle andern Konflikte in der Region in Wartestellung – harren aus wie der amerikanisch-iranische Streit ausgeht. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf den Irak, den Libanon und den arabisch-israelischen Konflikt.

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass Sarkozy von seinem syrischen Gast Assad forderte, in der Kontroverse des iranischen Atomprogramms bei seinen iranischen Verbündeten zu vermitteln. »Wir werden mit unseren iranischen Freunden diskutieren, um der Angelegenheit auf den Grund zu gehen. Das ist das erste Mal, dass wir gebeten wurden diese Rolle zu spielen«, lautete die hoffnungsvolle öffentliche Antwort des Syriers im französischen Radio. Assad seinerseits hofft auf französische Hilfe bei den bisher in der Türkei seit März indirekt geführten Gesprächen mit Israel, bei denen es um die Rückgabe der israelisch besetzten syrischen Golanhöhen geht. Trotz der Anwesenheit Assads und des israelischen Premiers Ehud Olmert war auch das Treffen in Paris nicht die Initialzündung für direkte israelisch-syrische Gespräche. Die, das hatte Assad bereits im Vorfeld klar gemacht, wird es nur geben, wenn in Washington ein neuer US-Präsident sitzt. Denn erst dann kann im Nahen Osten tatsächlich ein neues Kapitel geschrieben werden.

Dragoslav Dedović

## Bosnien-Herzegowina heute: Freiheit und Ethnopolitik

### Keine Freiheit den Feinden der Freiheit

Gerne möchte ich mit einem Zitat aus der Zeit der Französischen Revolution beginnen:

»Pas de liberté pour les ennemis de la liberté.« – Keine Freiheit den Feinden der Freiheit. Man schreibt diese Worte dem unglücklichen Louis-Antoine-Léon de Saint-Just zu, der zusammen mit Robespierre von seinem aus der Aufklärung entsprungenen und letztlich zum Alptraum mutierten Traum – liberté, égalité, fraternité – umgebracht wurde. Dass derjenige, der das Unheil bekämpfen will, auch an der Vermehrung des Unheils gelegentlich mitwirkt, gehört bekanntlich zur allgemeinen strukturellen Ironie aller Revolutionen. Mich interessiert hier der warnende Gebrauch dieser Worte in der Weimarer Republik, die nicht imstande war, Ihre Feinde zu bekämpfen. Nicht nur die Republik, die fast in jedem einen Feind der Freiheit sieht und dadurch totalitär wird, kann leicht untergehen, sondern auch diejenige Republik, die ihre Tore den Feinden der Freiheit öffnet.

Bosnien-Herzegowina, so wie ich das Land meiner Kindheit kannte, war dem Untergang geweiht, in dem Moment als die damaligen Regierenden Anfang der 1990er die chauvinistischen Parteien legalisierten. Von diesem Zeitpunkt an galt die politische Organisation aufgrund der ethnischen Herkunft. Diese vermeintlichen »Abstammungsgemeinschaften« entstanden mit dem Ziel, die Massen für das kommende Gemetzel zu mobilisieren.

Nach langem Zögern schritt die unter dem Begriff der Internationalen Gemeinschaft versammelte Gruppe der Länder – allen voran die USA – militärisch in das Geschehen ein. Zwar stoppte die Internationale Gemeinschaft 1995 das Gemetzel. Sie war jedoch mit ihrer Rolle als gestalterische Friedensmacht überfordert.

Der Bosnienexperte Manfred Dauster schreibt in seiner im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung 2008 erstellten Analyse mit dem Titel »Mehr als eine Dekade Internationale Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina – Positives oder negatives Beispiel für den Kosovo?«:

*»Deswegen hätte die Internationale Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina zeitnah zur Kriegsbeendigung eine kritische, damit objektive Eröffnungsbilanz erstellen müssen, wo genau zu diesem Zeitpunkt das Land wirtschaftlich, finanz- und sozialpolitisch stand und was es aus eigener Kraft und/oder mit internationaler Hilfe bis wann zu schultern in der Lage war. Eine solche Bilanz nicht erstellt zu haben, war aus meiner Sicht das schwerste Versäumnis der Internationalen Gemeinschaft«.*

Ich stimme dem vorbehaltlos zu. Man wusste nicht so genau, wo man steht, aber man machte sich an ein kriegsgeschundenes Land heran.

Nach Kriegsende verhandelte die Internationale Gemeinschaft deshalb auch mit den für das Unheil verantwortlichen Feinden der Freiheit – auch mit einigen Kriegsverbrechern – statt sie zu verhaften. Das bedeutete den zweiten, leisen Untergang des mir vertrauten multikulturellen Landes.

### Massenmörder als Friedensengel – alles begann mit einem schlechten Omen

Wenn man einen US-Amerikaner fragt, ob er Dayton kennt, bekommt man theoretisch 16 unterschiedliche, aber richtige Antworten, denn in den Vereinigten Staaten gibt es 16 Ortschaften mit gleichem Namen, wie Dayton in Alabama, Dayton in Pennsylvania oder in Tennessee. Für die BürgerInnen Bosnien-Herzegowinas heißt dagegen bereits fast 13 Jahre ihr Schicksalsort Dayton in Ohio – als Geburtsort des im Jahr 1995 geschlossenen Friedensabkommens<sup>1</sup>. Die Absurdität der verfassungspolitischen Lage des Landes ist vordergründig auch an dieser Tatsache abzulesen – die Fundamente der heutigen politischen Ordnung wurden nicht von den BürgerInnen in einem demokratischen Prozess gelegt, sondern von den Herrschern der Nachbarländer und dem damaligen bosnisch-herzegowinischen Präsidenten, Alija Izetbegović, dessen demokratische Legitimität mindestens die Hälfte der BürgerInnen nicht

1 Der Dayton-Vertrag (auch Dayton-Friedensabkommen genannt) beendete 1995 nach dreieinhalb Jahren den Krieg in Bosnien und Herzegowina und Kroatien. Der Vertrag wurde unter Vermittlung der USA mit Beteiligung der Europäischen Union und unter der Leitung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton am 21. November 1995 in Dayton, Ohio, paraphiert und am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet. Die Unterzeichner waren der serbische Präsident Slobodan Milošević, der kroatische Präsident Franjo Tuđman und der bosnisch-herzegowinische Präsident Alija Izetbegović.

akzeptierte. Der Geburtsort des Friedens befand sich nicht in Bosnien oder in Herzegowina sondern in Dayton, Ohio.

Dorthin verschleppte der friedenshungrige amerikanische Präsident Clinton drei kriegsmüde Balkan-Präsidenten – Milošević, Tuđman und Izetbegović. Clinton ist nicht mehr im Amt und seine damaligen Gäste sind tot. Während Tuđman und wahrscheinlich auch Izetbegović durch den eigenen Tod der Haager Justiz entwichen, starb Slobodan Milošević, der mächtigste und brutalste von den dreien, 2006 in der Haager Zelle – unverurteilt für das Unglück von Millionen Menschen. Wenn ich an die drei toten Unterzeichner des Dayton-Abkommens denke, weiß ich, dass keiner von ihnen jemals offiziell als Massenmörder verurteilt werden wird.

### Der Friede als Legalisierung der Kriegsergebnisse

Durch ihre Unterschriften auf dem Daytoner Friedensabkommen verewigten sich also in Ohio 1995 diese drei nationalistischen Führer. In Bosnien-Herzegowina können sie im Jahre 2008 ihren posthumen Sieg feiern. Denn aus fast allen einst ethnisch bunt gemischten Ortschaften sind die Schwächeren – das heißt auf dem Balkan meist die jeweils anders gläubigen Minderheiten – im Laufe des Krieges größtenteils verschwunden: vertrieben, ermordet, geflohen. Der Daytoner Frieden brachte die schleichende Legalisierung der Ergebnisse des »ethnic cleansing«.

Bereits 2006 sagte Srdjan Dizdarević, Vizepräsident des Helsinki-Komitees in Sarajevo der Neuen Züricher Zeitung: »Die ethnische Säuberung hat in Bosnien funktioniert ... wir befinden uns derzeit in der letzten Phase« (NZZ 20. 10. 06, Vollendete ethnische Säuberung in Bosnien? / Kontroverse Einschätzung der Rückkehrer-Problematik).

Die menschliche Würde als Untergattung der nationalen Würde  
Darüber regt sich mittlerweile kaum jemand mehr auf. Wir, die an die Multikulturalität als Chance und an die Unantastbarkeit der menschlichen Würde immer noch glauben, müssen zugestehen – durch die blanke, entsetzliche kriminelle Gewalt schufen die Chauvinisten in Bosnien-Herzegowina 1992–1995 Tatsachen. Die Internationale Gemeinschaft bemühte sich in all diesen Jahren danach eher schlecht als recht um Schadensbegrenzung. Das zerstörte Zwischenmenschliche, das sich in keine statistischen Angaben fassen

lässt, bleibt als unsichtbare hässliche Fratze des Krieges auch im Frieden bestehen. Eine Scheinnormalität wird von den Bürgerinnen und Bürgern als die einzig mögliche Realität mehrheitlich akzeptiert. Sie haben aber keine Alternative. Eine vollendete ethnische Trennung der Volksgruppen stellte 2007 auch die deutsche Regierung fest:

»Es muss festgestellt werden, dass der Krieg und seine Folgen die regionale ethnische Bevölkerungszusammensetzung tief greifend geändert haben. Zwar ist seit 1991 keine erneute Volkszählung durchgeführt worden, so dass offizielle Zahlen nicht vorliegen – Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass die Republika Srpska und die Föderation zu jeweils 90 Prozent von Serben bzw. Bosniaken und Kroaten bewohnt sind.« (Bundestagsdrucksache Nr. 16/4796 vom 21. März 2007)

Was heißt das? Nicht nur die Macht ist ethnisch geteilt. Eine räumliche ethnische Trennung in den Schulen, eine kaum verschleierte Ablehnung des Anderen, kanonisiert in den Schulbüchern, praktiziert in den öffentlichen Diensten und in ethnisch voreingenommenen Medien. Natürlich werden die professionellen Optimisten die Fortschritte seit 1995 aufzählen: Bewegungsfreiheit, juristisch durchgesetzte Rückgabe des geraubten Besitzums, eine lange Liste der verurteilten Kriegsverbrecher. Einer Entscheidung des Verfassungsgerichtes von Bosnien und Herzegowina von 2001 zufolge haben – in Abweichung vom Abkommen von Dayton – in der Föderation neben den Bosniaken und den Kroaten auch die Serben den Status eines *konstitutiven Volkes*, was umgekehrt auch für Bosniaken und Kroaten in der Republika Srpska gilt. Genügt das? Nein, fast alle Fortschritte sind von außen erzwungen und werden bis heute auf allen Ebenen der Macht obstruiert.

Manche BürgerInnen wurden ihrer elementaren Rechten beraubt: Ein Mensch, der aus einer multiethnischen Ehe stammt, muss sich zur Volkszugehörigkeit eines Elternteils bekennen, um bei einer Wahl als Kandidat auftreten zu dürfen. Einfach als Bürger des Landes, Bosnier, Herzegowiner, Marsianer ist er institutionell nicht wählbar. Solche Menschen sind entweder Bosniaken, Serben, Kroaten – oder ein politisches Nichts. Eine politische Nation Bosnien-Herzegowina gibt es nicht. In einer multinationalistischen Gesellschaft werden alle Menschen, die einen Grund haben sich au-

ßerhalb der drei Ethnien zu definieren als die »Restlichen« bezeichnet. BürgerInnen zweiter Klasse, denn sie bleiben außerhalb des durch Angst und Hass gezeichneten Kreises.

### Die gemeinsame blutige Vergangenheit will nicht vergehen

Die in einer kulturellen und politischen Selbstbezogenheit gefangenen Gemeinschaften verharren in einer Mischung aus Ignoranz und Autoviktimisierung. Die Katharsis durch die Wahrheit bleibt ein mühsames Unterfangen für die einheimischen und internationalen, unverbesserlichen Menschenrechtler. Für die Mehrheit der Landesbewohner ist es viel einfacher, auf das Vergessen zu setzen. Der Politelite im Lande kommt das gerade recht.

Die Erinnerungskultur blüht an den Jahrestagen – die Herkunft der Opfer bleibt der Maßstab für die Deutung der Geschehnisse. Es gibt diesbezüglich ein paar Sätze, die in Bosnien-Herzegowina nie ausgesprochen wurden, wahrscheinlich weil sie als Ideen bereits im Krieg eine sich selbst genügende Selbstverständlichkeit besaßen:

»Unser Toter ist immer ein unschuldiges Opfer. Euer Toter ist immer eine propagandistische Unterstellung«. Oder: »Unser Kriegsverbrecher ist eigentlich ein Kriegesheld. Euer Kriegsheld ist eigentlich ein Kriegsverbrecher«.

Diese Unfähigkeit, die Fremdwahrnehmung und die Selbstwahrnehmung kritisch zu hinterfragen und in Einklang zu bringen, ist die hartnäckigste Selbsttäuschung in Bosnien-Herzegowina. Gemessen an dem, was die eigenen »Helden« angerichtet haben, ist der serbische Selbstbetrug am größten, was natürlich nicht bedeutet, dass die anderen im Besitz der Wahrheit sind. Die Energie, mit dem Selbstbetrug, ideologisch inszenierte Ignoranz und Gleichgültigkeit betrieben werden, entspricht in jeder Volksgruppe dem Ausmaß der in ihrem Namen begangenen Verbrechen. Diejenigen, die nicht nationalistisch denken und fühlen, ziehen sich angeekelt ins Private zurück. Diesen Zustand nennt Manfred Dauter »nachhaltige Resignation«. Das ist die geistige und moralische Bilanz Bosnien-Herzegowinas im Jahre 2008.

### Der heutige Zustand

Die im Auftrag der hbs durchgeführte Untersuchung unter dem Titel »Gibt es in Bosnien-Herzegowina pro-europäische Wähler?«, bestätigt diese Diagnose:

Ethnozentristische Politik ist nach wie vor dominant, die starke Präsenz der Internationalen Gesellschaft ist einerseits weiterhin nötig und andererseits wird sie nicht als ein Teil der Lösung, sondern auch als ein Teil des Problems gesehen. Die einheimischen nationalistischen Politeliten vermeiden die volle Verantwortung für ihr Tun und Lassen, immer mit dem Hinweis, dass der Hohe Repräsentant sie an der Verwirklichung ihrer sonst zum Wohle des Volkes ausgerichteten Politik hindere. Eine strukturell geförderte Verantwortungslosigkeit ohnegleichen.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Mehrheit der befragten BürgerInnen die Internationale Gemeinschaft als Hauptschuldigen für die heutige schwierige Situation im Lande bezeichnet. Paradox ist, dass die meisten Befragten meinen, die Internationale Gemeinschaft sei immer noch unersetzlich für die Stabilität im Lande, denn es gebe keine demokratische Kraft, die das Land zusammen halten könne.

Die ambivalente Haltung der BürgerInnen dieses durch die internationalen Garantien zusammengehaltenen Landes gegenüber der Internationalen Gemeinschaft kann man treffend durch die Verse eines Schlagers aus den 1980igern ausdrücken: »Wehe mir mit dir, und noch weher ohne dich« (Teško meni sa tobom, a još teže bez tebe).

### **Bosnien-Herzegowina ist noch nicht souverän**

Bosnien und Herzegowina, bleibt laut des in Dayton ausgehandelten Abkommens als souveräner und ungeteilter Staat in den international anerkannten Grenzen bestehen. Fakt ist: Bosnien-Herzegowina ist seit 1995 eigentlich nicht souverän, denn wenn wir die vielleicht berühmteste Definition der staatlichen Souveränität an Bosnien-Herzegowina anwenden (»Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet«, Carl Schmitt) heißt der Souverän in Sarajevo der Hohe Repräsentant. Er ist eine Art völkerrechtlich legitimerter Vizekönig von Indien in Bosnien-Herzegowina.

Bosnien-Herzegowina bleibt auch nicht ungeteilt, denn der Staat besteht de jure aus zwei und de facto aus drei Teilstaaten. Dazu kommt ein Zwergenstaat (Kondominium Brčko). Diese durch das Dayton-Abkommen legalisierten Teilstaaten stehen im besten Fall in einem machtpolitischen Konkurrenzverhältnis zueinander. Ihre Zusammenarbeit in den Kernbereichen wird durch die Inter-

vention des fremden Souveräns regelmäßig erzwungen. Bosnien-Herzegowina bleibt so auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der nationalistischen Politeliten reduziert und durch eine Außenklammer zusammen gehalten. Es bleiben nur die international anerkannten Grenzen als Souveränitätsgefäß mit wenig Inhalt. Durch die gelegentliche Infusion der vom Hohen Repräsentanten aufgesetzten Gesetze wird dieses Souveränitätsgefäß gefüllt – zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben.

### Im Lande gibt es keinen Konsensus über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Bosnien-Herzegowina befindet sich im realen Zustand eines fragilen Staatenbundes. Die Frage ist: Wie kommt man zu einem Bundesstaat – zu einem stabilen wohl gemerkt. Durch eine neue politische Ordnung? Wie kommen wir aber zu einer für alle BürgerInnen akzeptablen Grundlage? Das ist eine Frage des politischen Konsensus.

Die Lage der Bosniaken in Bosnien-Herzegowina ähnelt der Lage der Serben im ehemaligen Jugoslawien – sie sind die einzigen, die essenziell am Fortbestehen des gemeinsamen Staates interessiert sind. Sie besitzen aber nicht die BHVA (Bosnisch-herzegowinische Volksarmee) wie damals die serbische Führung die Jugoslawische Volksarmee (JNA). Das ist auch gut so, denn jegliche Gewaltanwendung des Staates gegen eigene BürgerInnen würde das Ende des gemeinsamen Staates nicht verhindern, sondern beschleunigen – wie das traurige Beispiel Jugoslawiens zeigt.

Wenn die BürgerInnen Bosnien-Herzegowinas, die sich als Serben bzw. Kroaten definieren, mehrheitlich einen starken Bundesstaat ablehnen – wegen der vermeintlichen Dominanz der bosniakischen relativen Mehrheit im Staatsapparat – dann sind wir alle zusammen in einer Pattsituation, denn wir haben dann die Hälfte der Bevölkerung, die dem gemeinsamen Staat illoyal oder nur bedingt loyal gegenübersteht.

Ideologisch lassen sich diese Ängste permanent zum serbischen und zum Teil auch zum kroatischen Nationalismus formen. Das muss nicht einmal von Belgrad oder Zagreb aus generiert werden.

Dazu kommt die problematische Nachbarschaft. Belgrad hat erst zu entscheiden, ob das Land trotz der Kosovo-Frustration ohne Wenn und Aber auf dem EU-Wege bleibt. Wie auch immer diese



Entscheidung ausfallen wird – die Republika Srpska wird die neue/alte Politik aus Belgrad in die eigene Politik immer einkalkulieren. Die letzten Parlamentswahlen in Kroatien, deren Ausgang direkt von den Stimmen der kroatischstämmigen BürgerInnen Bosnien-Herzegowinas abhing, zeigen, dass das politische Kroatien die doppelte Staatsangehörigkeit aller bosnisch-herzegowinischen Kroaten als Machtinstrument weiterhin zu nutzen gedenkt.

In Bosnien-Herzegowina gibt es auf allen Ebenen dringenden Reformbedarf. Es gibt aber dort keine reformfreundlichen politischen Mehrheiten.

### Was tun mit der Dayton-Verfassung?

- Serben und Kroaten in Bosnien-Herzegowina mehrheitlich für das gemeinsame Staatsprojekt gewinnen, sogar begeistern?

Es wäre schön, ist aber leider unrealistisch. Das Beste was man erreichen kann: die Politeliten in Banja Luka und Mostar davon zu überzeugen, dass sie nur innerhalb Bosnien-Herzegowinas als Erstligisten spielen, sonst sind sie in Belgrad und Zagreb »eine Art Provinztrottel«.

- Eine bundesstaatliche Verfassung per EU-Richtlinie kommissarisch verabschieden?

Das würde eine drastische Beschneidung der Entitätskompetenzen, Subsidiarität und Regionalisierung in der RS, Wegrationalisierung der kantonalen Administration in der Föderation plus Stärkung der individuellen Bürgerrechte gegenüber den Kollektivrechten im Gesamtstaat bedeuten. Eine verführerisch einfache sowie nicht demokratische Lösung: sie könnte z. B. aus der RS mit Unterstützung Belgrads eine Art bosnisches Baskenland machen.

- Eine Ergänzung der Dayton-Verfassung kommissarisch (OHR) verabschieden?

Vielleicht gerade noch realisierbar. Mit einem massiven Widerstand der bosnisch-serbischen Politelite ist zu rechnen. Um den zu neutralisieren muss man ihrer Politelite etwas Schmachhaftes anbieten. Die Verkürzung des EU-Weges? Es ist auch nicht sicher, dass das Ganze funktionieren würde, die EU hat aber kaum mehr Aufnahmekapazitäten für halbreformierte Länder.

- Eine Ergänzung der Dayton-Verfassung durch einen politischen Konsensus?

Vielleicht mittel- bis langfristig machbar. Die Situation aus dem Jahr 2006 (kleine Verfassungsreform) noch einmal mühsam herbeiführen mit dem Restrisiko, dass ein neuer oder alter Populist – wie 2006 Haris Silajđić – das Ganze genüsslich demontiert.

### Zum Schluss

Der gesamte Text ist eine persönlich intonierte, kritische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen bosnisch-herzegowinischen Missstände. Die entscheidende Frage – wer könnten die Subjekte der positiven Veränderungen sein – die EU, OHR, die einheimischen Politiker, die zukünftige Protestbewegungen? – und kann man die Nachhaltigkeit dieser Veränderungen sichern, bleibt unbeantwortet. Wir, die sich diesem Lande verpflichtet fühlen, sind stets auf der Suche nach Verbündeten für ein europäisches Bosnien-Herzegowina.

Zum letzten Mal in diesem Text zitiere ich den klugen französischen Revoluzzer Saint-Just: »Die Regierungskunst hat nur Monster hervorgebracht.« (Original franz.: »*L'art de gouverner n'a produit que des monstres.*«), sagte er vor mehr als 200 Jahren. Wahrscheinlich ist dieser Satz auch nach seiner Selbstbetrachtung entstanden. Die alten Balkan-Monster aus den 1990igern bekamen mittlerweile würdige Nachfolger, die mit Laptops statt Kalaschnikows hantieren. Das ist ja gerade das Monströse, sie sind hübsche saubere Repräsentanten einer auf dem Genozid, Morden, Vertreibungen und Plündereien gigantischen Ausmaßes entstandenen »Normalität«.

Gerald Hainzl

## Krisen und Krisenmanagement im Tschad und seinen Nachbarstaaten

### Einleitung

Die politische Situation im Tschad, im Inneren sowie in seinen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, ist kein isoliert zu betrachtendes Phänomen. Innenpolitische Auseinandersetzungen, Rebellionen gegen das Regime von Präsident Idriss Déby Itno und die starken Schwankungen in den Beziehungen zum Sudan sind abhängig von den Entwicklungen in der Grenzregion Tschad, Sudan, Zentralafrikanische Republik. Diese Konflikte sind Teil eines hochkomplexen Systems von Allianzbildungen, die noch in die Zeit zurückreichen, als die Sultanate Darfur (Sudan) und Waddai (Tschad) das heutige Grenzgebiet dominierten. Fragen der ethnischen Identität, politische, soziale und wirtschaftliche Fragestellungen tragen zur Komplexität der Situation bei und lassen sich auch nicht auf wenige Faktoren und Kategorien reduzieren. Alle diese Komponenten sind auf vielfältige und vielschichtige Weise miteinander verbunden und bilden die Grundlage für das Entstehen und Zerfallen von Rebellen Gruppen, für Migration, Gewalt, Zerstörung und Vertreibung.

Das Bild der Konfliktsituation und der Konfliktfaktoren wäre aber unvollständig, wenn in der Analyse eine Konzentration lediglich auf lokale Faktoren beschränkt bliebe. Nationale, regionale und internationale Beziehungen haben einen nicht unwesentlichen Anteil an der Gesamtsituation. Vor allem Begehrlichkeiten in Bezug auf Rohstoffvorkommen machen die Region auch für Akteure interessant, die dieser Region ansonsten wenig Bedeutung beimessen würden.

### Die innenpolitischen Auseinandersetzungen im Tschad

Die Bevölkerung des Tschads hat seit der Unabhängigkeit des Landes am 13. August 1960 noch keinen friedlichen Machtwechsel erlebt. Auch der jetzige Präsident Idriss Déby Itno gelangte 1990 durch einen bewaffneten Umsturz an die Macht. Die Hoffnung, Déby könnte einen Demokratisierungsprozess einleiten, wurde schon sehr bald enttäuscht und es häuften sich die Versuche, ihn gewaltsam aus sei-

nem Amt zu drängen. Die Auseinandersetzungen um Einfluss und Macht verstärkten sich 2003, als der Tschad in die Gruppe der Erdöl exportierenden Staaten aufstieg. 2005 wurde durch eine Volksabstimmung eine Verfassungsänderung möglich und Déby konnte damit für eine weitere Amtsperiode kandidieren. Mit der Begründung, dass sich der Tschad Wahlen nicht leisten könne, beschloss das von Débys Partei dominierte Parlament Ende Jänner 2006, die eigene Amtsperiode um ein Jahr zu verlängern.<sup>1</sup> Im August 2007 unterzeichneten die Regierungspartei und eine Koalition aus Oppositionsparteien<sup>2</sup> ein Abkommen über eine Veränderung des Wahlsystems und verschoben die Wahlen auf Dezember 2009.<sup>3</sup>

Die Opposition hat kaum Chancen in die tschadische Politik gestaltend einzugreifen. Einerseits ist sie zu zersplittert<sup>4</sup>, andererseits ist der Druck von Seiten der Regierung sehr hoch.<sup>5</sup> Als im Februar 2008 Rebellengruppen in die Hauptstadt N'Djamena marschierten, wurden vier prominente Vertreter der Opposition verhaftet. Ihr Verbleib war lange unklar.<sup>6</sup> Im April dieses Jahres wurden allerdings Mitglieder der Opposition in die Regierung geholt, die das Justiz- und das Verteidigungsministerium übernahmen. Dieser Schritt gilt als eine Konzession an Débys Kritiker, soll aber auch dazu dienen, nach den Rebellenangriffen auf N'Djamena eine möglichst breite Basis zum Machterhalt zu schaffen.<sup>7</sup>

### Rebellengruppen

Da der Weg an die Macht bisher über bewaffnete Rebellionen führte, haben sich in der Vergangenheit eine Vielzahl von Rebellen Gruppen entwickelt, zwischen denen sich die Machtverhältnisse

- 1 CHAD: Parliament votes to prolong its mandate. <http://www.irinnews.org/report.aspx?reportid=57991>, abgerufen am 25. 08. 08.
- 2 Die Koalition nennt sich Coordination des partis politiques pour la défense de la Constitution (CPDC) und vereinigt etwa 20 Oppositionsparteien.
- 3 Chad's government, Opposition Agree to electoral changes, <http://www.voanews.com/english/archive/2007-08/2007-08-13-voa42.cfm?CFID=30196441&CFTOKEN=44363733>, abgerufen am 25. 08. 08.
- 4 Im Tschad gibt es ca. 90 Parteien. Davon sind etwa 15 im Parlament vertreten.
- 5 McGregor (2008: 11) nennt die tschadische Opposition eine verwirrende Anordnung von Akronymen, die sich fast täglich wenden, fusionieren, sich wiedervereinigen.
- 6 Chad opposition leader says fears colleague killed. <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L06888736.htm>, abgerufen am 10. 05. 08.
- 7 Chad's Deby brings opposition members into cabinet, <http://www.reuters.com/article/latestCrisis/idUSL24763389>, abgerufen am 25. 08. 08.

sehr rasch verschieben. Widerstände gegen Präsident Déby formierten sich auch innerhalb der Zaghawa, jener ethnischen Gruppe, der der Präsident selbst angehört. Nach zahlreichen Umsturzversuchen wurde im Oktober 2007 zwischen der Regierung und zwei Rebellengruppen (Union des Forces pour la Démocratie et le Développement – UFDD und Rassemblement des Forces pour le Changement – RFC) ein Friedensabkommen abgeschlossen, das jedoch bereits nach einem Monat gebrochen und nie wirklich umgesetzt wurde.

Die Rebellionen gegen Déby setzten sich auch 2008 fort. Die zurzeit bedeutendsten Rebellengruppen haben sich im Dezember 2007 zur Alliance Nationale (AN) zusammengeschlossen. Allerdings wird die AN weniger durch gemeinsame politische Ziele als vielmehr durch das Bestreben zusammengehalten, Präsident Déby zu stürzen. Sollte eine Machtübernahme erfolgen, wäre eine friedliche Machtteilung oder eine Demokratisierung des Landes aufgrund der heterogenen Struktur der Gruppe unwahrscheinlich. Im Februar drang die neu formierte Alliance Nationale (AN) bis zum Präsidentenpalast vor, konnte jedoch von den Streitkräften zurückgeschlagen werden und musste sich wieder in den Osten des Landes zurückziehen. Dort brachen im Juni erneut Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Rebellen aus, die nicht zuletzt durch die nahende Regenzeit beendet wurden.

Die Union des Forces pour la Démocratie et le Développement (UFDD) gilt als die stärkste Gruppe innerhalb der AN. Sie wird von Mahamat Nouri geführt, der nicht nur tschadischer Botschafter in Saudi Arabien war, sondern bis April 2006 auch der Regierung von Präsident Déby als Verteidigungsminister angehörte. Da Nouri aus dem Norden des Landes kommt, wird er als enger Vertrauter von Débys Vorgänger Hissène Habré gesehen.<sup>8</sup> Die UFDD wurde von Nouri 2006 aus mehreren Rebellenbewegungen geformt. Allerdings spaltete sich bereits 2007 wegen interner Streitigkeiten um Macht und Kompetenzen die UFDD-Fundamentale ab.<sup>9</sup>

8 Hissène Habré wurde im Tschad zum Tod verurteilt und lebt im Senegal im Exil. Derzeit wird mit unterschiedlichsten Argumenten diskutiert, ob Habré im Senegal noch einmal ein Prozess gemacht werden soll. Vgl. dazu: Senegal doubts over Habre trial, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7567646.stm>, abgerufen am 18. 08. 2008.

9 Tschad: Kämpfe an allen Fronten. <http://www.faz.net/s/RubDDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EC6153E36DA414203A43AC67E672C1306~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, abgerufen am 13. 12. 07.

Eine weitere Gruppe, die der AN angehört, ist das Rassemblement des Forces pour le Changement (RFC). Ein Machtkampf mit dem Präsidenten ließ die Brüder Timane und Tom Erdimi die RFC gründen. Beide waren langjährige Weggeführten von Déby und waren in führenden Funktionen, als Leiter des Präsidialbüros bzw. als Direktor der staatlichen Erdölfirma Teil des politischen Establishments.<sup>10</sup>

Eine weitere Rebellengruppe ist die Front Uni pour le Changement (FUC). Sie wurde ebenfalls aus mehreren kleineren Rebellengruppen gebildet, die ebenfalls das Ziel eint, Präsident Déby zu stürzen. Im April 2006 konnte die FUC bis nach N'Djamena marschieren und die Hauptstadt militärisch bedrohen. Ihr Kommandant, Mahamat Nour,<sup>11</sup> wurde nach Abschluss eines Abkommens im Dezember 2006 von Déby zum Verteidigungsminister ernannt und hatte das Amt für ein Jahr inne. Er wurde vom Präsidenten Ende 2007 abgesetzt, als eine hohe Anzahl seiner Mitstreiter die Entwaffnung verweigerte. Die verbliebenen FUC-Kämpfer haben sich teilweise der UFDD sowie der RFC angeschlossen.<sup>12</sup>

### Ursachen und Hintergründe der Konflikte

Bereits in den späten 1960er Jahren wurde im Tschad Erdöl gefunden. Allerdings sprachen politische Instabilität, die geographische Lage als Binnenland sowie das Fehlen einer geeigneten Infrastruktur lange Zeit gegen eine Förderung. Eine Vereinbarung, die im Jahr 2000 zwischen dem Tschad, der Weltbank und einem Konsortium von Ölfirmen geschlossen worden war, ermöglichte den Aufbau einer geeigneten Infrastruktur und ab 2003 den Export von Öl. Gemäß der Vereinbarung sollten 70 % der Einnahmen für den Aufbau von Infrastruktur und zur Armutsbekämpfung verwendet werden. Aufgrund der Herausforderung durch verschiedene Rebellengruppen kaufte das Regime jedoch sehr bald Waffen; Infrastruktur und Armutsbekämpfung blieben dabei auf der Strecke und die Weltbank war unter dem Druck steigender Ölpreise gezwungen, dem Tschad eine höhere Quote für Projekte zuzugestehen, die der Tschad nach eigenem Gutdünken festlegen kann (McGregor 2008:

10 Siehe FN 9.

11 Mahamat Nour ist nicht zu verwechseln mit dem Führer der UFDD, Mahamat Nouri.

12 Siehe FN 9.

10). Im Tschad weckten die Einnahmen aus der Erdölproduktion ein vermehrtes Interesse daran, Machtpositionen im Land zu besetzen. Besonders Angehörige des Volkes von Präsident Déby, der Zaghawa, die in den Streitkräften und in politischen Funktionen dominierende Positionen innehaben und versuchen, an die Macht zu kommen, haben sich durch seine dritte Amtszeit herausgefordert gesehen und dominieren nunmehr auch einige der Rebellengruppen.<sup>13</sup>

Obwohl Erdöl und Fragen der Umverteilung der Erlöse sicher nicht unwesentlich zum Konflikt beitragen, spielen weitere Faktoren eine ebenso bedeutende Rolle: Land- und Wasserknappheit, die Missachtung von Grenzen durch Gewaltakteure bzw. die Unterstützung durch ein Nachbarland sowie die Zirkulation von Klein- und Leichtwaffen. Daneben finden durch eine Vielzahl von Akteuren auf verschiedenen Ebenen flexible Allianzbildungen statt, die keineswegs ein neues Phänomen darstellen. Dieser rasche Wechsel von Bildung und Auflösung von Allianzen hat eine lange Tradition und reicht bis in vorkoloniale Zeit zurück. Die Sultanate Darfur und Waddaï standen nach dem Zerfall eines größeren Reiches einander gegenüber und versuchten, kleinere Sultanate unter ihre Einflussosphäre zu bringen, die zu ihrem Schutz Tribut zahlen mussten. Die Gefolgschaft für Darfur oder Waddaï war allerdings nie sehr stabil. War eine Seite geschwächt, versuchte die andere, ihren Einflussbereich zu erweitern. Aber auch innere Konflikte in den kleineren Sultanaten konnten dazu führen, dass die Seite gewechselt wurde. Trotz aller Umstürze und Machtkämpfe achteten die Konfliktparteien darauf, Konflikte auch wieder zu schlichten, um das Gesamtgefüge aufrecht zu erhalten. Für eine Schlichtung gab es mehrere Möglichkeiten, die von der Bezahlung eines so genannten Blutgeldes über Eheschließungen bis zu wirtschaftlichen Arrangements reichten. Während diese traditionellen Konfliktlösungsmechanismen mit den gewaltsamen Entwicklungen der letzten Jahre überfordert waren, lässt ein genauerer Blick auf die Situation im Grenzgebiet eindeutig Parallelen zur Gegenwart erkennen. Rebellenführer auf beiden Seiten der tschadisch-sudanesischen Grenze

13 Die Zaghawa sind keine homogene Gruppe, sondern lassen entlang mehrere Identitäten, je nach Interessenlage, die Konstruktion verschiedener Gruppen zu.

versuchen sich dem mächtigsten Partner anzuschließen und wechseln häufig die Allianzen.<sup>14</sup>

Die Knappheit an Wasser und Land führte und führt zu starken Migrationsbewegungen einzelner Bevölkerungsgruppen, die auf ihrer Suche oft mit der ansässigen Bevölkerung in Konflikt geraten. Die Dürren der 1980er Jahre führten innerhalb des Tschads zu massiven Bevölkerungsverschiebungen in den Osten des Landes, aber auch bis nach Darfur. In den sudanesischen Rebellengruppen finden sich deshalb auch viele tschadische Bürger wieder. Da die gleichen ethnischen Gruppen auf beiden Seiten der Grenze leben, ist es kaum ein Problem, eine gemeinsame Identität zu finden. Die Austauschbarkeit der Gewaltakteure und die Zirkulation von Waffen über die Grenzen hinweg beruht nicht zuletzt auf diesen engen Beziehungen, wobei die Waffen den Wegen der politischen Unterstützung folgen.

Die regionalen staatlichen Beziehungen werden dadurch ebenfalls beeinflusst. Tschadische Gruppen haben sich auch früher schon in Darfur mit und ohne Zustimmung und Unterstützung der Regierung organisiert. Der Darfur-Konflikt ist daher kein bloßes sudanesisches Problem. Die grenzübergreifenden Konfliktsysteme tragen zur Verschärfung des Konfliktes im Tschad bei. Da sich die internationale Gemeinschaft und ihr Krisenmanagement mehr auf Darfur konzentriert, wurde relativ spät begonnen, an einer nationalen Konflikttransformation im Tschad mitzuarbeiten. Die Probleme in Darfur haben aufgrund der transnationalen Konfliktdynamiken zwar einen gewissen Einfluss auf die Entwicklungen im Tschad, sind aber mehr als verschärfender Faktor denn als Konfliktursache einzustufen.

### Internationales Krisenmanagement

Das internationale Krisenmanagement in der Region ist in einem transnationalen Rahmen zu sehen. Vorerst lag das Augenmerk auf Darfur. Die African Union Mission in Sudan (AMIS) war als Beobachtermission gedacht und startete im Juli 2004. 80 Militärbeobachter und 300 Soldaten sollten einen äußerst fragilen Waffenstillstand überwachen. Im September 2004 wurde die Mission auf über 3.300 Soldaten aufgestockt und die UN-Sicherheitsratsresolution 1564 (2004)<sup>15</sup> forderte die Mitgliedstaaten auf, die Afrikanische Uni-

14 Einen detaillierten historischen Überblick gibt Andrea Behrends (2007).

15 [http://www.undemocracy.com/S-RES-1564\(2004\).pdf](http://www.undemocracy.com/S-RES-1564(2004).pdf), abgerufen am 27. 08. 08.



on (AU) in ihren Bestrebungen zu unterstützen, wobei für die afrikanischen Staaten logistische und finanzielle Unterstützung im Vordergrund stand. Im April 2005 wurde die Mission auf 7.700 Soldaten erhöht (AMIS II). Die Europäische Union (EU) beschloss, die AU zu unterstützen<sup>16</sup> und involvierte sich damit mehr oder weniger aktiv in das Krisenmanagement. AMIS hatte ein relativ schwaches Mandat und kam daher rasch in die Kritik, zu wenig gegen die Gewalt in der Region zu unternehmen bzw. unternehmen zu können. Darüber hinaus gab es sehr früh Forderungen, die Mission zu erweitern.<sup>17</sup>

Am 31. Juli 2007 autorisierte der UNO-Sicherheitsrat (Resolution 1769 (2007))<sup>18</sup> eine gemischte Mission<sup>19</sup> der Afrikanischen Union (AU) und der UNO: die United Nations – African Union Mission in Darfur (UNAMID).<sup>20</sup> Diese Konstruktion ermöglichte, dass die militärische Komponente weitgehend von afrikanischen Staaten getragen wurde, während vorwiegend asiatische Kontingente logistische und technische Aufgaben übernahmen. Darüber hinaus wurde die finanzielle Last im Rahmen des Systems der UNO auf die internationale Gemeinschaft übertragen. UNAMID ist wesentlich robuster und umfassender als ihre Vorgängermission und soll neben anderen Aufgaben die humanitäre Versorgung gewährleisten, Zivilisten schützen, an der Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen mitwirken, aber auch politisch die Konflikttransformation begleiten und die Sicherheitslage an der Grenze zum Tschad und zur Zentralafrikanischen Republik überwachen.

Da erkannt wurde, dass transnationale Konfliktstrukturen einen wesentlichen Einfluss auf das Konfliktmanagement in Darfur haben und die Konfliktsysteme miteinander verwoben sind, autorisierte der UN-Sicherheitsrat am 25. September 2007 mit der Resolution 1778 (2007) eine Mission der Europäischen Union (EU)

16 COUNCIL JOINT ACTION 2005/557/CFSP of 18 July 2005, [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2005/l\\_188/l\\_18820050720en00460051.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2005/l_188/l_18820050720en00460051.pdf), abgefragt am 27. 08. 08.

17 Expand African Union Mission in Darfur. <http://hrw.org/english/docs/2005/05/09/darfur10581.htm>, abgerufen am 27. 08. 08.

18 [http://www.un.org/depts/german/sr/sr\\_07/sr1769.pdf](http://www.un.org/depts/german/sr/sr_07/sr1769.pdf), abgerufen am 27. 08. 08.

19 Eine gemischte Mission (»hybrid mission«) setzt sich aus Elementen von wenigstens zwei Organisationen zusammen. Im deutschsprachigen Raum wird sich möglicherweise ebenfalls der Begriff Hybridmission durchsetzen.

20 Die Homepage der Mission ist unter <http://unamid.unmissions.org/Default.aspx#> zu finden.

im Osten des Tschad sowie im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik. Die EU wurde ermächtigt, für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab Erreichen der ersten Einsatzfähigkeit, Truppen zu entsenden, um eine sichere Umgebung für die zivilen Komponente der UNO und die Zivilbevölkerung herzustellen. Am 28. Jänner 2008 beschloss der Rat der EU den Beginn von EUFOR Tchad/RCA und die Entsendung von 3.700 Soldaten<sup>21</sup>. Gleichzeitig mit EUFOR Tchad/RCA wurde vom Sicherheitsrat der UNO mit der Resolution 1778 (2007) MINURCAT (Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad) beschlossen. MINURCAT ist eine zivile UN-Mission und zählt Polizeiausbildung sowie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu ihren Aufgabengebieten.

An EUFOR Tchad/RCA beteiligen sich über 20 europäische Staaten<sup>22</sup>, wobei Frankreich (fast 1.700 Soldaten) den größten Anteil stellt. Dahinter folgen Irland (über 400), Polen (ca. 300), Österreich und Schweden (jeweils ca. 170). Die Dauer der Mission wurde ab Erreichen einer ersten Operationsbereitschaft mit einem Jahr festgelegt. Damit wird EUFOR Tchad/RCA bis 15. März 2009 in der Region stationiert sein. Falls bis zu diesem Zeitpunkt eine gewisse Stabilität nicht erreicht sein sollte, könnte entweder das Mandat verlängert werden oder eine andere Organisation (UNO, AU) die Aufgaben übernehmen.

## Bibliographie

Behrends, Andrea: The Darfur Conflict and the Chad/Sudan Border- Regional Context and Local Re-configurations. In: *Sociologus*, 57. Jahrgang, Heft 1, 2007.

Behrends, Andrea und Jan-Patrick Heiß: Crisis in Chad. Bridging the Anthropological Gap. In: *Sociologus*, 57. Jahrgang, Heft 1, 2007, S. 1–9.

Pawlitzky, Christine und Babett Jánssky: Sources of violence, conflict mediation and reconciliation: a socio-anthropological study on Dar Sila. July 2008. <http://ochaonline.un.org/OchaLinkClick.aspx?link=ocha&docId=1092346>, abgerufen am 22. 08. 08.

McGregor, Andrew: Oil Industry at the Heart of the Zaghawa Power Struggle in Chad. In: *TerrorismMonitor*, Volume VI, Issue 5, March, 2008, S. 99–131.

21 Detaillierte und aktuelle Informationen zu EUFOR Tchad/RCA siehe [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1366&lang=DE](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1366&lang=DE), abgerufen am 27. 08. 08.

22 Der genaue Anteil an Truppenstellern kann unter [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Force\\_Stenght\\_by\\_Nations\\_in\\_AOO.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Force_Stenght_by_Nations_in_AOO.pdf) abgerufen werden, abgerufen am 27. 08. 08.

Belachew Gebrewold

## Europäische Friedenspolitik in Afrika

### Einführung

Vor allem seit dem 11. September 2001 ist die internationale sicherheitspolitische Zusammenarbeit dringender als je zuvor geworden. Diese fokussiert sich auf die transkontinentalen und globalen Auswirkungen der Entwicklungen in den schwachen, zerfallenden und zerfallenen Staaten. Afrika gilt als am meisten betroffen – von Konflikten und Instabilitäten. Um Afrika politisch und ökonomisch zu stabilisieren, versucht die »Internationale Gemeinschaft« die »regionalen Abmachungen« (zum Beispiel die Afrikanische Union) oder die sub-regionalen Sicherheitsmechanismen wie die SADC (Southern African Development Community), ECOWAS (Economic Community of the West African States), IGAD (Intergovernmental Authority on Development) zu unterstützen.

In der transkontinentalen und globalen Intensivierung der sicherheitspolitischen Kooperationen wird Sicherheit als Schutz der eigenen Werte und Interessen durch »harte« oder »sanfte« Macht (Nye 2004) verstanden. Weiters wird sie als Aneignung und Beibehaltung der Werte gesehen, ohne die Angst haben zu müssen, dass man angegriffen werden könnte. Sicherheit kann so verstanden werden, dass sie die Fähigkeit der Gesellschaften und Staaten unterstützt, ihre unabhängige Identität, den Emanzipationsprozess und die funktionale Integrität zu entwickeln (Baylis 2001: 255). Die möglichen Gefährdungen für eine so konzipierte Sicherheit verlangen regionale und globale sicherheitspolitische Kooperationen.

Die zunehmende illegale Migration aus Afrika nach Europa spielt in der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Europa und Afrika eine immer bedeutendere Rolle. Viele afrikanische Staaten, die als schwach, kategorisiert sind (vgl. *The Failed States Index 2007*), werden als Gefahr nicht nur für die jeweiligen Staaten oder für die Region, sondern auch als Gefahr für die globale Sicherheit betrachtet, indem sie zur Quelle der illegalen Migration werden. Es wird immer mehr diskutiert, dass Staatszerfall, illegale Migration und Terrorismus vernetzt sind. Durch einen politischen und ökonomisch-in-

stitutionellen Wiederaufbau wird versucht, die jeweiligen Staaten, Regionen und die Welt zu sichern (Vgl. The »21 Solutions to Save the World«, in Foreign Policy 2007).

Das folgende Kapitel analysiert einige Gedanken des Autors über Staat und Staatenbau im Rahmen der internationalen Sicherheit. Es ist vor allem problematisch, dass die EU Afrika als Quelle der Bedrohung sieht und es stellt sich die Frage, welche Strategien dagegen entwickelt werden können. In diesem Beitrag gehe ich davon aus, dass die EU-Afrikapolitik keinen substantiellen Beitrag zum Frieden in Afrika leisten kann, weil oftmals die Motivation für militärische, diplomatische oder finanzielle Interventionen der EU in Afrika nicht klar ist. Nachhaltiger Friede braucht genuine Motivation, und genuine Motivation braucht wiederum strukturelle Veränderung und Umdenken. Die Hauptfrage des Kapitels ist: *Welche strukturellen Defizite weist die Europäische Afrikapolitik auf?*

### Staatenbauen als internationale Sicherheitspolitik

In seinem Buch »European Security Strategy« definiert Biscop (2005) »Sicherheit« als »Zustand des Beschützt-Seins von Gefahren, oder den Gefahren nicht ausgesetzt sein«. Sicherheit ist demnach das Gefühl des Wohlbefindens, Freiheit oder Abwesenheit von Gefahren und Ängsten. Diese Sicherheit gibt Vertrauen, oder sie besteht aus diesem Vertrauen in die Zukunft. Aber diese Sicherheit braucht Strategie. Strategie ist »policy objective«, und besteht aus militärischen und zivilen Instrumentarien (Biscop 2005: 1).

Da Sicherheit ein globales öffentliches Gut ist, kann sie nur dann gelingen, wenn alle Individuen, Regionen und Staaten der Welt kooperieren. Biscop erklärt Sicherheit als Entwicklung, die Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Selbsterhaltung, Umwelt, Gesundheit, Bildung, Arbeit, Meinungsfreiheit, Chancengleichheit und Abwesenheit von Konflikten beinhaltet. Daher geht es in der Sicherheitspolitik um die Bekämpfung der Armut und von Krankheiten (wie AIDS, Malaria), dem Wettlauf um knappe Ressourcen, Migration, Energiesicherheit und um globale Erwärmung (Biscop 2005: 6–16). Die politischen, ökonomischen, kulturellen, ökologischen und militärischen Dimensionen der Sicherheit werden weiters untermauert durch den so genannten »effektiven Multilateralismus«, der aus der regionalen und globalen Kooperation und Partnerschaft besteht (EU Council 2003).

Ein ganzheitlicher Zugang und Multilateralismus sind die Voraussetzung für die Stabilität des internationalen Systems. Diese Stabilität sieht die Integration von verschiedenen Bereichen der Außenpolitik vor: humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, internationale Umweltpolitik, internationale Zusammenarbeit der Polizei und Justiz. Für die EU ist die multilaterale Diplomatie und Förderung der europäischen Werte, die politisch-militärischen Bereiche (wie die ESVP) und die Immigrationspolitik auf globaler Ebene und in Afrika im Speziellen ein wichtiger Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik. Es wird zunehmend argumentiert, dass aktive Konfliktprävention anstatt kurative und reaktive Politik nach Konflikten anzustreben sei (Biscop 2005: 24–25).

Multilateralismus besteht aus der Vernetzung von Staaten, Vereinbarungen und Organisationen. Er ist eine Multi-Ebenen ›Governance‹, um den Zugang der Menschen zum Frieden, zur Sicherheit und zur Entwicklung zu verbessern. Im Fall der schwachen, zerfallenden oder zerfallenen Staaten ist seine Aufgabe der Wiederaufbau dieser Nationen. Es ist eine multilaterale Aufgabe für die EU eine sichere Nachbarschaft durch die konkrete Politik, wie die Europäische Nachbarschaftspolitik und den Barcelona Prozess auf der Basis der ökonomischen, kulturellen und sicherheitspolitischen Kooperation zu schaffen. Konfliktprävention und Konfliktmanagement in der europäischen Nachbarschaft und Migrationkontrolle sind zum Kernstück der multilateralen Politik geworden (Biscop 2005: 28–40).

Die Europäische Sicherheitsstrategie und die verschiedene europäische bi- und multilaterale Politik in Bezug auf Afrika müssen wieder im allgemein-globalen Kontext gesehen werden. Es gibt zwei Hauptkategorien der sicherheitspolitischen Forschungen im Bezug auf Friedensschaffung in schwachen, zerfallenden und zerfallenen Staaten.

Die eine Seite in diesem Zusammenhang geht davon aus, dass Staatenbauen durch externe Interventionen eine unverzichtbare Aufgabe der internationalen Akteure ist, um mehr Frieden in der Welt zu ermöglichen und dadurch Terrorgefahren, Drogenhandel und Menschen schmuggel vorzubeugen. Dieses Projekt des Staatenbauens kann und muss militärische Intervention durch globale Mächte einschließen (Krasner and Pascual 2005; Carothers 2003, Crocker 2003, Fukuyama 2004; Rotberg 2003, 2004, 2005, etc.).

Eine zweite Denkschule der Analyse der internationalen Sicherheit geht davon aus, dass externe militärische Interventionen im Namen der internationalen Sicherheit und des Staatenbaus als kontraproduktiv und künstlich gelten. Daher plädieren diese Analysten dafür, dass die internationalen Akteure sich aus militärischen Interventionen zurückziehen und nur beim Implementierungsprozess der demokratischen Prinzipien helfen sollten, ohne Zwang auszuüben. Davon ausgehend kritisieren Clapham (2001), Hobesbawm (2004) und Etzioni (2004b) die internationale sicherheitspolitische Kooperation als gefährliches System.

## Denkrichtungen

### der internationalen sicherheitspolitischen Intervention

Ich möchte die Rechtfertigungen der internationalen sicherheitspolitischen (militärischen) Interventionen nach verschiedenen Kategorien unterteilen und diskutieren.

Die erste Kategorie würde ich als ›*paternalistische Rechtfertigung*‹ bezeichnen. Kagan argumentiert, dass im Gegensatz zu den militärisch schwachen Staaten, die militärisch starken Staaten ihre militärische Macht als nützliches Instrument begreifen, um die internationalen Beziehungen zu gestalten (Kagan 2003: 34). Czempiel (2003) argumentiert, dass Europa durch Armutsbekämpfung, Unterstützung für die ökonomische Entwicklung und Konsolidierung der zerfallenden Staaten der Entwicklungsländer zur Bekämpfung des Terrorismus beitragen könne (Czempiel 2003: 190).

Eine *messianische* Denkrichtung gehört zur zweiten Kategorie. Für die messianischen Denker garantieren die Unipolarität, Bipolarität oder Multipolarität den Weltfrieden. Für Ferguson ist Unipolarität die einzige Garantie für den Weltfrieden. Ohne Unipolarität gibt es nur Apolarität und archaische und dunkle Epochen mit religiösem Fanatismus, Plünderung in den vergessenen Ecken der Welt, ökonomische Stagnation und Regression der Zivilisation (Ferguson 2004: 34). Eine weitere messianische Denkrichtung plädiert für eine bipolare ›balance of power‹ (Habermas 2004). Habermas geht davon aus, dass Europa sich den USA gegenüber behaupten soll, um die Macht der USA auszubalancieren und dadurch auch zum Weltfrieden positiv beizutragen. Europa soll sein Selbstbild korrigieren, wenn es als globale *zivilisierende* Gestaltungsmacht anerkannt werden will (Habermas 2004: 23). Rotberg argumentiert, dass starke

Staaten höchste Sicherheit gegen politische und kriminelle Gewalttaten bieten, politische Freiheit sichern, eine günstige Atmosphäre für die Zunahme der ökonomischen Möglichkeiten schaffen und zu einem Ort des Friedens und der Sicherheit werden (Rotberg 2002: 132). Fukuyama (2004) argumentiert, dass die *Berufung* der westlichen demokratischen Staaten den schwachen Staaten eine interne organisatorische Struktur bringt, mit einer Kultur, die starke Führer und Regierungsinstitutionen ermöglicht. Dadurch können kapitalistische Freimarktwerte implementiert und den meisten aus den schwachen und zerfallenden Staaten stammenden globalen verheerenden Probleme vorgebeugt werden (Fukuyama 2004).

Die dritte Denkrichtung würde ich als *co-optionistische* bezeichnen. Demnach ist die internationale sicherheitspolitische Kooperation eine Vereinnahmung des ›Anderen‹. Aus dieser Perspektive schlägt Joseph Nye ›Empowerment‹ in der Weltpolitik auf der Basis der ›Soft Powers‹ vor. Der erste Schritt in dieser ›Empowerment-Politik‹ ist die Präferenzen der Anderen zu kennen (Nye 2004: 2). Diese Politik ist grundsätzlich das Gegenteil der US Unipolarität. Nye argumentiert, dass in den transnationalen Angelegenheiten, wie Terrorismus und internationale Kriminalität die USA nicht alleine handeln könne. So wie das Einverständnis und die Mitarbeit der EU, Japan, China, etc im Bereich des globalen Handels, der Finanzmärkte notwendig sind, sei es falsch, wenn sich die USA nur auf die militärischen Mittel verlasse und den Faktor ›Soft Powers‹ vergessen würde. Die Strategie der Soft Powers ist die Anderen dazu zu veranlassen, das zu wollen, was man selbst will. Das heißt, sie zu vereinnahmen, ohne sie dabei zu zwingen. Dies beruht auf der Fähigkeit, die Präferenzen der anderen zu manipulieren und modifizieren (Nye 2004: 5).

Die vierte Denkrichtung würde ich als Kategorie der *Profitabilität* bezeichnen. Schwache Staaten oder Regionen werden zum Objekt der Begierde gemacht. Wagner (2004) argumentiert, dass die immer mehr zunehmende Ölentdeckung im westlichen Teil Afrikas zum Strategiewechsel in Afrika führt. Da die vielen Nahoststaaten immer mehr anti-westlich und anti-amerikanisch werden, können die USA ihre Ölintressen in Afrika eher sichern. Um aber jegliche regionale Instabilität zu verhindern, muss Afrika durch die USA gesichert werden (Johnson 2004: 705). Weiters wurde Afrika als reif für den Terror bezeichnet (Johnson 2004). Die USA können ihre Interessen nicht sichern, wenn sie möglichen Terrorgefahren

nicht vorbeugen und ihre Beziehungen zu korrupten Öl produzierenden Staaten, wie Nigeria, Gabun, Sao Tome Prinzipe, Äquatorial Guinea nicht pflegen.

Die *moralistische* Denkrichtung ist die fünfte, die davon ausgeht, dass Afrika weder strategische noch geopolitische Bedeutung für den Westen hätte. In Bezug auf die internationale sicherheitspolitische Kooperation und humanitären Aktionen argumentiert Kupchan (2003), dass alle humanitären Aktionen und Hilfsgüter der USA und der anderen westlichen Staaten nicht aus der Perspektive der Sicherheitspolitik gesehen werden können. Er meint, wenn der Westen in Afrika handelt, handelt er nur aus ethischen Gründen. Auch wenn viele afrikanische Staaten sich durch AIDS, Dürre, Umweltzerstörung, Kriminalität, etc. in der Krise befinden, habe der industrialisierte Westen unbegrenzte Möglichkeiten sich von diesen afrikanischen Krisen abzuschotten und zu schützen (Kupchan 2003: 71). Da nach Kupchan die militärischen Kapazitäten Afrikas sehr geringe sind, haben sie keine ökonomische oder strategische Bedeutung. Es gibt keine unmittelbaren Grenzen zwischen dem Westen und Afrika; daher kann es sich der Westen leisten, Afrika und die Entwicklungen in Afrika zu ignorieren, ohne irgendetwas befürchten zu müssen. Durch verstärkte Grenzkontrollen, restriktive Migrationpolitik und Küstenüberwachung, kann sich der Westen vor allen afrikanischen Gefahren schützen (Kupchan 2003: 72).

### Reflexionen zu den verschiedenen Richtungen der internationalen sicherheitspolitischen Intervention

Die gefährliche Stagnation der Demokratisierung und des Staatenbaus durch externe Mächte wurde durch verschiedene Analysten, wie Clapham, Hobsbawm und Etzioni als kontraproduktiv kritisiert. Hobsbawm argumentiert, dass die Verbreitung der Demokratie durch externe Mächte und der Versuch die Welt nach dem Vorbild der »freien Gesellschaft« (eine Kombination von Gesetzlichkeit, liberaler Freiheit und regelmäßige Wahlen mit allgemeiner Wahlberechtigung) eine Illusion sind, da diese externen Staaten versuchen, etwas zu materialisieren, was sie selbst nicht erfüllen (Hobsbawm 2004: 40–41). Diese externen Akteure versuchen durchzusetzen, was sie selbst im eigenen Land nicht erfüllen, sondern sie verfolgen vielmehr ihre eigenen Interessen, anstatt genau die Demokratisierung zu beabsichtigen, sofern sie irgendwo



»demokratisierend« auftritt. Wie das 20. Jahrhundert zeigte, können Staaten nicht einfach die Welt *umgestalten* oder die historische Transformationen *abkürzen*. Sie können auch keinen sozialen Wandel durch den Export der Institutionen in andere Teile der Welt bewirken (Hobsbawm 2004: 41–42).

Ähnlich argumentiert Etzioni, dass westliche Lebensweisen nicht unmodifiziert für andere Kulturen und Gesellschaften geeignet sind (Etzioni 2004a: 1). Eifrige Projekte des Staatenbaus (Homogenisierung der verschiedenen ethnischen Gruppen, Demokratisierung und ökonomische Rekonstruktion) können kontraproduktiv sein. In diesem Zusammenhang unterscheidet Etzioni zwischen geplantem und natürlichem sozialen Wandel (*deliberate and natural social change*). Der natürliche Sozialwandel geschieht durch natürliche Reintegration und Desintegration der Gemeinschaften, Staaten, etc., während der geplante Sozialwandel (*purposive social change, social engineering*) im Versuch die soziale Umwelt zu verändern, mit Hindernissen konfrontiert ist (Etzioni 2004a: 4). Der Versuch des geplanten Wandels durch öffentliche Beamten führt letztendlich zur Militarisierung der Politik (Etzioni 2004a: 4). Nye glaubt, dass der politische Akteur die Fähigkeit und die Ressourcen besitzt, das Ergebnis des geplanten Sozialwandels zu beeinflussen (Nye 2004: 3). Die internationalen Akteure geben ihre Illusion nicht auf, dass der geplante Sozialwandel möglich wäre. Einmal beurteilen sie Desintegration von Staaten als friedenspolitisch hilfreich, und ein anderes Mal schätzen sie die Desintegration der Staatsterritorien als Gefahr für die internationale Sicherheit ein (Clapham 2001).

Clapham argumentiert, dass die NATO einen existierenden Staat Jugoslawien mit Gewalt desintegriert hat. In den meisten afrikanischen Fällen wird aber davon ausgegangen, dass Friede, Sicherheit und Stabilität in Afrika nur durch die Aufrechterhaltung der Grenzen gesichert werden könne (Rotberg 2004).

### Die Europäische Sicherheitspolitik

Die Sicherung Afrikas, um Europa sicher zu machen, ist eines der Elemente der Europäischen Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 und der Europäischen Strategie für Afrika von 2005. Was sind die Gefahren für die EU im internationalen System im Allgemeinen und für Afrika im Speziellen?

Am 12. Dezember 2003 kreierte die EU einen Plan der Europäischen Strategie, um eine bessere Welt zu schaffen und Europa zu sichern. Hunger, Krankheiten, wie AIDS und Malaria, Armut, Konflikte, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Staatszerfall, organisierte Kriminalität, etc. haben nationale, regionale, interkontinentale und globale Auswirkungen. Die EU Strategie ist, für diese Gefahren globale Lösungen durch Kooperation im Kampf gegen Terror, Proliferation der Massenvernichtungswaffen, Konfliktprävention, Konfliktresolution, Konfliktmanagement zu suchen und zerfallende und zerfallene Staaten wieder aufzubauen. Aufgrund der EU Sicherheitsstrategie, wenn die EU und die USA zusammenarbeiten, kann eine erhebliche stabilisierende Macht ausgeübt werden. Die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnern würde zu einem effektiven multilateralen, sicheren, vereinten und fairen Weltsystem führen.

**Afrikanische Migration als Gefahr für die europäische Sicherheit**  
 Seit dem 11. September 2001, dem 11. März 2004 (Madrid) und dem 7. Juli 2005 (London) ist Migration immer in Zusammenhang mit der internationalen Sicherheit gebracht worden. Es ist immer die Rede von »securitisation of migration« (Faist 2006: 609, 612, 613). Junge Leute aus Nord- und Ostafrika mit islamitischen Hintergrund waren in zehn koordinierten terroristischen Attacken von Madrid am 11. März 2004 involviert, in dem 191 Menschen getötet wurden. Ebenso wurden bei vier koordinierten »Selbstmordattentaten« am 7. Juli 2005 52 Menschen getötet und mehr als 770 verwundet. Solche terroristische Attentate veranlassen die EU immer mehr Migration als Gefahr für die europäische und nationale Sicherheit zu sehen. Seit einigen Jahren nimmt die afrikanische Migration nach Europa stetig zu (Hatton and Williamson 2005: 247). Im Jahre 2005 waren 22.939 illegale Immigranten aus Afrika auf der italienischen Insel Lampedusa registriert; und zwischen Januar und August 2006 kamen 14.567 neu hinzu. 2005 kamen 11.781 afrikanische illegale Immigranten auf die kanarischen Inseln, zwischen Januar und Juli 2006 wurden 17.058 Neuankömmlinge registriert. Nach den Angaben der spanischen Behörden kamen bis Ende des Jahres 2006 mehr als 31.000 Immigranten auf den kanarischen Inseln, während etwa 6.000 im Mittelmeer und im Atlantik ums Leben kamen oder als vermisst galten. Auf Malta waren im

Jahre 2005 1.822 illegale Immigranten, und zwischen Januar und August 2006 wurden 1.502 Menschen aufgegriffen. Nachdem hunderte von afrikanischen illegalen Immigranten im September 2005 über den Zaun von Ceuta und Melilla zwischen Marokko und Spanien kletterten, erhöhte Spanien den Zaun von 3 m auf 6 m.

Im Mai 2003 gründeten die fünf »Kernstaaten« Europas (GB, Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland) eine neue Allianz. Diese G-5 verkündeten zusammenzuarbeiten, um gemeinsam illegale Migration und Terrorismus zu bekämpfen. Der damalige französische Innenminister Nicholas Sarkozy schlug die Errichtung einer Sicherheitszone im westlichen Mittelmeer vor. Weiters wurde das so genannte »3 plus 3« Projekt, das aus Spanien, Frankreich und Italien auf der einen Seite und Marokko, Algerien und Tunesien auf der anderen Seite besteht, vorgeschlagen (Dietrich 2005). Aufgrund der Südgrenzenpolitik und der strikten Migrationspolitik wird die EU immer mehr als »Festung Europa« kritisiert. Die EU arbeitet zunehmend mit den afrikanischen Staaten im Kontext der Migration und Sicherheit zusammen.

### EU-Migrationspolitik als Sicherheitspolitik

Die EU formulierte verschiedene Strategien zum Thema Sicherheitspolitik in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003, in den Haager Programmen von 2004 und in der Europäischen Afrika-Strategie von 2005. Die europäische Afrika-Strategie enthält viele Elemente der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 und des Haager Programms von 2004. Die europäische Antwort auf den Migrationsdruck fußt auf drei Punkten: gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik; Kooperation mit den Drittstaaten und verstärkte Grenzkontrolle. Auf der Basis des Tampere Programms von 1999 (Richtlinien für 1999–2004) plante die EU die Harmonisierung der Migrationspolitik und die Schaffung eines Mindeststandards für Schutz, Aufnahme, Abwicklung und Anerkennung des Asylstatus. Das Haager Programm von 2004 verkündete eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik für 2005–2010. Gemeinsame Migrations- und Asylpolitik heißt auch, verstärkte Kooperation und Effektivitätssteigerung der Grenzkontrollen mit dem Ziel des Rückgangs der Immigration (Koslowski 2006: 573). Am 30. November 2006 verabschiedete der Rat Pläne um illegale Immigration zu bekämpfen, Flüchtlinge zu schützen, die Kontrollen zu verstärken und Außengrenzen zu überwachen.

Spanien im Speziellen und die EU im Allgemeinen haben verschiedene Maßnahmen entwickelt. Spanien hat sich mit Radarsystemen, Nachtsichtkameras, Tränengaseinrichtungen und verschiedenen Sensoren ausgerüstet (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4319828.stm>). Europa überwacht das Mittelmeer und den Atlantik mit Booten, Flugzeugen, Hubschraubern vor den Küsten von Mauretanien, Senegal und Cape Verde, koordiniert von FRONTEX (European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union), um die Route Richtung kanarische Inseln zu kontrollieren.

FRONTEX wurde durch die Regelungen des Rates (EC) 2007/2004 vom 26. Oktober 2004 gegründet, um unter anderem die europäischen Südgrenzen zu kontrollieren, die operationale Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zu koordinieren und ein gemeinsames Risikobemessungsmodell zu entwickeln (Council Regulation (EC) No 2007/2004 von 26 Oktober 2004, Kapitel II, Art. 2). Die europäische Agentur »FRONTEX« dementiert, dass sie eine Festung zwischen Europa und Afrika bildet. Die EU und FRONTEX betrachten die Südgrenzenpolitik als präventive Maßnahmen, um illegale Boote zu lokalisieren und sie gleich zurückzuschicken, wenn sie sich noch in den afrikanischen Gewässern befinden (Laitinen 2007). Außerdem rüsten viele europäische Staaten, wie Deutschland, Italien, GB und einige nordafrikanische Staaten, wie Tunesien, Ägypten, Algerien, Marokko und Libyen auf, um ihre Küsten verstärkt zu überwachen und die afrikanischen illegalen Immigranten an der Einwanderung nach Europa zu hindern.

Die Erklärungen der euro-afrikanischen Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung, die im Juli 2006 in Rabat und im November 2006 in Tripolis stattfand, enthalten verschiedene sowohl kurzfristige als auch langfristige Maßnahmen. Ein wichtiger Aspekt der Erklärungen ist eine verstärkte Zusammenarbeit und Partnerschaft mit den Herkunftsländern der Immigranten, des Transits und der Destination. Nach dieser Erklärung sind Armut und Konflikte die Hauptursachen der afrikanischen Migration nach Europa. Migrationspolitik wird zur Entwicklungspolitik und zur Politik der Konfliktprävention, Konfliktmanagement und zum institutionellen Aufbau nach Konfliktende. Gutes Regieren, nachhaltige Umweltpolitik, Integration Afrikas in den Welthandel, Friede und kohärente internationale Politik der Entwicklungszusammenarbeit

sind einige der Schlüsselfaktoren der euro-afrikanischen Kooperation. Diese Strategien zielen auf die systemischen Krisen in Afrika ab: Unterentwicklung, vor allem in den ländlichen Gegenden, politische Konflikte, HIV/AIDS, Malaria, Überbevölkerung und hohes Bevölkerungswachstum. Die euro-afrikanische Vision ist daher, die Millenniumsentwicklungsziele der UN bis 2015 zu erreichen<sup>1</sup> und die euro-afrikanischen Beziehungen nach dem Prinzip »Gleichheit-Partnerschaft-Eigenverantwortung« zu gestalten. Frieden und Sicherheit (Konfliktprävention, Entwicklung, Peacekeeping, Peacebuilding, Sicherheitssektorreform, Entwaffnung, Demobilisierung, Reintegration) sind die Schlüsselstrategien der euro-afrikanischen Kooperation.

### Europäische Entwicklungskooperationen für Afrika

Die EU hat verschiedene Kooperationspartnerschaften mit Drittstaaten abgeschlossen: Mit den nordafrikanischen Staaten im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik und mit afrikanischen Staaten der Subsahara im Rahmen des Cotonou Abkommens. Afrika hat im Jahre 2001 die Afrikanische Union (AU) und NEPAD (New Partnership for Africa's Development) gegründet. Verschiedene subregionale Sicherheitsmechanismen wurden mit sicherheitspolitischen und entwicklungspolitischen Zielen gegründet: Intergovernmental Authority on Development (IGAD) gegründet 1986 (1996); Southern African Development Community (SADC) gegründet 1992; Economic Community of Central African States (ECCAS), gegründet 1983; Economic Community of West African States (ECOWAS), gegründet 1975 (1992); Arab Maghreb Union (AMU), gegründet 1989; Common Market of Eastern and Southern Africa (COMESA), gegründet 1994 und East African Community (EAC), gegründet 1977. Obwohl die meisten dieser Institutionen sehr schwach sind, versuchen sie militärisch und ökonomisch regional und interregional zu kooperieren. Die EU ist die größte Geldgeberin in Afrika, und die EU Strategie für Afrika versucht, die Hilfe für Afrika effektiver zu machen und die Auslandshilfen zu koordinieren.

1 Bis 2015: Extreme Armut und Hunger halbieren; Schulbildung für alle Kinder; Gleichstellung der Geschlechter; Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken; Sterblichkeitsrate von Müttern um drei Viertel senken; Ausbreitung von HIV/AIDS stoppen; ökologische Nachhaltigkeit und globale Entwicklungspartnerschaft sichern.

Der Erfolg der Millenniumsentwicklungsziele (MEZ) hängt von einer günstigen ökonomischen Situation in Afrika ab. Um diese MEZ zu erreichen, muss die afrikanische Wirtschaft mindestens um 8 % pro Jahr wachsen; zur Zeit wächst die gesamtafrikanische Wirtschaft etwa um 5 %. Weiters wird dieser Erfolg vom Süd-Süd, Nord-Süd und multilateralem Handel und von der Beschleunigung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der afrikanischen Landwirtschaft abhängig sein. Für diese Entwicklung sind regionale, kontinentale und interkontinentale Vernetzungen und Kooperationen notwendig. Auf der regionalen Ebene wird von der EU erwartet, die subregionalen und regionalen Institutionen und deren Integration und Entwicklungsprogramme zu unterstützen. Der Handel wird als Schlüssel der afrikanischen Entwicklung betrachtet. Die EU verspricht daher eine Milliarde Euro pro Jahr bis 2010, damit der Handelssektor vorangetrieben werden kann. Außerdem ist auch vorgesehen, eine asymmetrische and flexible Implementierung eines ökonomischen Partnerschaftsabkommens mit afrikanischen regionalen Sicherheitsmechanismen und Gruppierungen bis Ende 2008 abzuschließen. Weiters ist eine Öffnung des europäischen Marktes für Afrika wichtig, um die MEZ zu erreichen und Afrika in den globalen Handel zu integrieren<sup>2</sup>. Die EU ist bereits Afrikas größter Handelspartner, und dieser Handel beträgt schon 45 % des afrikanischen Außenhandels. Im Jahre 2000 zum Beispiel waren es 144 Mrd. Euro. Das ist mehr als das fünffache des binnenafrikanischen Handels (29 Mrd. Euro pro Jahr)<sup>3</sup>.

Die EU hat versprochen, bis 2015 0,7 % ihres BIP als Entwicklungshilfe den Armen der Welt zur Verfügung zu stellen. Die EU hat auch versprochen, mindestens 50 % dieser Geldern ausschließlich für Afrika zur Verfügung zu stellen. Diese erhöhten Gelder sind für folgende Maßnahmen vorgesehen: makroökonomische Stabilität zu unterstützen, die Förderung der armenorientierten Entwicklung und die Schaffung integrierter Regionalmärkte voranzutreiben (Süd-Süd Handel), um den Handel als Instrumentarium für die Armutsreduktion zu implementieren. Auf der interkontinentalen Ebene bedeutet dies einen gesteigerten Marktzugang, also Nord-Süd Handel. Es wird gehofft, dass bis 2010 die Euro-Mediterrane

2 [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/er/87673.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/87673.pdf).

3 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Africa.pdf>.

Freihandelszone durch Implementierung des existierenden Assoziationsabkommens realisiert wird, während für die ärmsten Sub-Sahara Staaten zoll- und quotenfreier Marktzugang ermöglicht wird. Förderung der Entwicklung der Privatsektoren, Verstärkung der Landwirtschaft und Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, und eine Verbesserung des nachhaltigen Territorialmanagements werden als entscheidende Maßnahmen für die Implementierung der MEZ-Programme angestrebt.

Um die afrikanische Infrastruktur zu unterstützen wurde eine Zuteilung von 5,6 Milliarden Euro für Afrika aus dem Europäischen Entwicklungsfond (2008–2013) verabschiedet. Unterstützung für die NEPAD (New Partnership for Africa's Development) und African Peer Review Mechanism (APRM) gilt als Schlüssel für die Implementierung guten Regierens. Dieser Prozess verlangt nach partizipativer Demokratie, Verantwortlichkeit, nach einem verlässlichen und starken Parlament und starker Zivilgesellschaft. Ohne die finanzielle Unterstützung von außen scheinen diese Demokratisierungsprozesse nicht zu gelingen. Die EU schlug den internationalen Finanzinstitutionen die Vereinbarung vor, die Schulden der schwer verschuldeten armen Länder Afrikas zu erlassen. Eine weitere Maßnahme für die afrikanischen Krisenregionen ist die Verstärkung des ECHO (EC humanitarian aid department), um die UN humanitäre Institutionen zu unterstützen, die in Afrika in Krisen- und Konfliktgebieten tätig sind.

### Die Europäische sicherheitspolitische Strategie für Afrika

Der politische und sicherheitspolitische Aspekt stellt den Hauptschwerpunkt der europäischen Afrikapolitik dar und wird daher hier separat behandelt. Nach der europäischen sicherheitsstrategischen Auffassung würde der so genannte »effektive Multilateralismus« für Afrika einen nachhaltigen Frieden bringen. Dies ist auch im Interesse der EU. Effektiver Multilateralismus beabsichtigt nicht nur Konfliktprävention oder -resolution durch globale Akteure oder Institutionen, sondern unterstützt auch schon bestehende oder zukünftige regionale Sichermechanismen. Die Afrikanische Union strebt die Förderung der sicherheitspolitischen Selbständigkeit im Rahmen der Union an, wie es in der Gründungsakte der Afrikanischen Union, Artikel 4k, steht. Weiters, unterstreicht die Afrikanische Union das Recht der Union militärisch in einem Mitglieds-

staat zu intervenieren; Voraussetzung dafür ist die Beauftragung durch die Afrikanische Vollversammlung: dies gilt für schwerwiegende Fälle, wie Kriegsverbrechen, Genozid oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Art. 4h). Ein weiteres wichtiges Ziel der afrikanischen Union ist die Koordinierung und Harmonisierung der Politikbereiche zwischen den gegenwärtigen und zukünftigen regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, um Schritt für Schritt das Gesamtziel der afrikanischen Union zu verwirklichen, nämlich die umfassende kontinentale Integration (Art. 3. i). Das Gründungsprotokoll des afrikanischen Friedens- und Sicherheitsrates ist bestrebt die kontinentalen Kräfte zu koordinieren und zu harmonisieren, um den globalen Terrorismus zu verhindern bzw. zu bekämpfen. Am Horn von Afrika spielte und spielt die IGAD immer noch eine wichtige Rolle im Friedensprozess im Südsudan und in Somalia; im westlichen Afrika spielte seit den 90er Jahren die ECOWAS eine wichtige Rolle im Friedensprozess in Sierra Leone und Liberia. Im südlichen Teil ist ebenfalls die SADC eine beachtliche sicherheitspolitische Institution. Das hat auch für die SADC-Interventionen in Lesotho und Kongo/Zaire gezeigt.

Bezüglich der sicherheitspolitischen Kooperationen zwischen Europa und Afrika bekräftigt *The Cairo Declaration of the Africa-Europe Summit under the Aegis of the OAU and the EU (Cairo: 3–4 April, 2000)*: »we reaffirm our commitment to settle disputes by peaceful means, and to renounce recourse to the threat or use of force in any manner inconsistent with the UN Charter, or against the national territory of another State, including the acquisition of territory by force. We stress the importance of facilitating the return to non-violent, stable and self-sustaining situations. We believe that effective policies of peace-building and conflict prevention necessitate the establishment of an international culture of prevention.«

Die afrikanischen sicherheitspolitischen und ökonomischen Krisen werden nicht mehr als rein afrikanische Probleme gesehen. Die interkontinentale Dimension der Konflikte und Instabilitäten spielen immer wichtigere Rollen in den euro-afrikanischen Beziehungen. Aus diesem Grund intervenierte die EU im Jahre 2003 in der Demokratischen Republik Kongo mit dem Codenamen *Operation Artemis* unter dem UN-Mandat UNSCR 1484 (2003). Der Einsatz, genehmigt durch den Beschluss des Rates (Council Joint Action 2003/423/CFSP) im Rahmen der EU hatte den Auftrag die Stadt



Bunia und die umgebende Region im östlichen Teil Kongos zu stabilisieren. Die gemeinsame Aktion war am 5. Juni 2003 beschlossen worden, und der Einsatz dauerte vom 12. Juni bis 1. September 2003 unter der Führung von Frankreich.

Solche Einsätze wurden im Jahre 2004 durch die »externe Dimension« des Haager Programms weiter für interkontinentale Sicherheit als relevant eingeschätzt. Auf der einen Seite ist die Stabilität Afrikas aus global-ethischen Gründen wichtig für Europa, auf der anderen Seite beabsichtigen solche militärischen Interventionen, die zukünftige konfliktverursachende Migration von Afrika nach Europa zu verhindern. Außerdem kann man nicht ausschließen, dass sich die EU durch ihre militärischen Aktionen außerhalb des Rahmens der NATO als eigenständige militärische Macht profilieren möchte. Das Haager Programm mit der »externen Dimension« scheint indirekt diese Position zu unterstützen.

Auf jeden Fall wird die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union auf der einen Seite und der Afrikanischen Union, der afrikanischen Staaten und den afrikanischen Sicherheitsmechanismen auf der anderen Seite im Bereich der »Friedenssicherung« und Sicherheitspolitik immer stärker. Diese interkontinentale Zusammenarbeit hat wieder eine globale Dimension angenommen, wie die verschiedenen G8 Erklärungen und die Millenniumsentwicklungsziele der UN immer wieder betonen: Frieden, Sicherheit und Entwicklung in Afrika im globalen Sicherheitskontext werden thematisiert. Ein Kern der Millenniumsentwicklungsziele ist die ökonomische Entwicklung Afrikas durch die Integration Afrikas in die globale Wirtschaft und in den Welthandel. Um dies zu realisieren betont die Strategie für Afrika der Europäischen Union, dass der Charakter der interkontinentalen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Afrika *Gleichheit, Partnerschaft und Eigenverantwortung* aufweisen muss.

Wie oben dargestellt, hängt die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele von politischen und institutionell-ökonomischen Faktoren ab.

- Die politischen Ziele sind Frieden und Sicherheit: Maßnahmen gegen die Ausbeutung der Ressourcen, die Konflikte schüren, Friedenserhaltung nach den Konfliktsituationen, Verbindung von Wiederaufbau und Entwicklung; Sicherheitssektorreform (SSR), Entwaffnung, Demobilisierung, Reintegration (DDR); Be-

kämpfung des illegalen Waffenhandels; Unterstützung von afrikanischen den Frieden unterstützenden Operationen; Zusammenarbeit in Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen und des globalen Terrorismus.

- Die institutionell-ökonomischen Faktoren sind: gutes und effektives Regieren; Maßnahmen gegen die Legitimitätskrise der Regierung, verursacht durch schwache Staatsführung und Ineffizienz (Rotberg 2003; 2004; 2005). Die Maßnahmen dagegen sind Staatsreform, Aufbau effektiver und glaubwürdiger zentraler Institutionen; Polizei- und Justizsystem; öffentliches Finanzmanagement; nationales Parlament; Entwicklung und Förderung lokaler Kapazitäten; Verstärkung der Menschenrechtspolitik und Demokratie; Förderung der Geschlechtergleichheit; Bekämpfung der Korruption und organisierten Kriminalität; Transparenz in Finanz-, Steuer- und Justizbereichen, und gegenseitiges Monitoring im Rahmen des African Peer Review Mechanism (APRM).

Die Europäische Strategie für Afrika versucht die beiden politischen und ökonomisch-institutionellen Bereiche zu integrieren. Der 10. Europäische Entwicklungsfonds beträgt 22,7 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2008 bis 2013. 90 % davon wird dem »Subsahara Afrika« und dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument in den Partnerstaaten in Nordafrika zugute kommen. Die EU stellte 242 Millionen Euro bereits nach dem Beginn der AU Mission im Sudan und für die CEMAC (Communaute Economique et Monetaire de l'Afrique Centrale) Operation in der Zentralafrikanischen Republik zur Verfügung. Die umstrittenen Wahlen von 2005 in der Zentralafrikanischen Republik endeten mit dem Tod von zahlreichen Zivilisten und der Plünderung und Vertreibung von 185.000 Personen, bei 4,1 Millionen Gesamtbevölkerung. Mit etwa 400 Friedenstruppen hat die regionale Institution CEMAC versucht das Land zu stabilisieren, 3,5 Millionen Euro wurden von Africa Peace Facility Fonds von der EU zur Verfügung gestellt, um diese Mission der CEMAC zu unterstützen.<sup>4</sup>

Die Europäische Strategie für Afrika und die Europäische Sicherheitsstrategie haben viele Gemeinsamkeiten. In beiden Strategien spielen Frieden, Sicherheit, gutes Regieren und institutioneller und

4 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Africa.pdf>.

ökonomischer Wiederaufbau die zentralen Rollen. Es wird erwartet, dass die EU zwischen 2008 und 2010 300 Millionen Euro ausgeben wird, um die afrikanischen Kapazitäten in Konfliktprävention, Konfliktmanagement, Demobilisierung und Reintegration, Unterstützung für Antiterroristische Einrichtungen, wie in Algiers (African Centre for Study and Research on Terrorism – CAERT) und in die Bekämpfung der Verbreitung der kleinen und leichten Feuerwaffen zu unterstützen. Von den afrikanischen Staaten wird erwartet, dass sie sich dem europäischen Terrorismusbekämpfungsprojekt anschließen, während die Europäer der Afrikanischen Union, den einzelnen Staaten und den afrikanischen regionalen Sicherheitsmechanismen technische Unterstützung und Informationen zur Verfügung stellen. Durch so genanntes *Capacity Building* wird die zukünftige afrikanische ständige Eingreiftruppe verstärkt. Die bereits bestehenden Tätigkeiten der Staaten in diesem Bereich werden durch Training, Planung, logistische und technische Unterstützung in den zivilen und militärischen Sektoren und durch den Wiederaufbau der schwachen, zerfallenden und zerfallenen Staaten reformiert. Die europäischen Staaten legen ihre Vorstellung im »EU Code of Conduct« über Waffenexport, Bekämpfung des illegalen Waffenhandels, Grenzkontrolle und internationales Waffenhandelsabkommen dar. Weiters wird die EU in Afrika eigene Krisenmanagementmissionen durch Stationierung der europäischen Eingreiftruppe durchführen.

Basierend auf dem Cotonou Abkommen von 2000 (Artikel 5, 13, 96) werden die Förderung der Menschenrechtspolitik, Rechtsstaatlichkeit und gutes Regieren die drei Säulen der europäischen Afrikapolitik sein. Die EU hat von ihrem 10. EEF (Europäischer Entwicklungsfonds) 2,7 Milliarden Euro als Anreiz für die Staaten bereitgestellt, die ihre Politik demokratisieren, Menschenrechte respektieren und Rechtsstaatlichkeit umsetzen.

### Kann die EU ein Friedensfaktor in Afrika sein?

*Die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien und ihr Einfluss auf die europäische Afrikapolitik*

Die »spezielle Beziehung« zwischen Frankreich und dem frankophonen Afrika hat eine entscheidende Auswirkung auf die EU Politik Afrikas. Die Rolle Frankreichs vor dem Genozid in Ruanda hat die Situation im Großseengebiet bis heute mitbestimmt. Frank-

reich war nicht unbedingt an Frieden und Stabilität in der Region interessiert, sondern sein Ziel war seinen Einflussbereich zu wahren. Da das französische politische System dem Präsidenten große Macht in der Außenpolitik zuerkennt, hatten die Präsidenten Frankreichs das frankophone Afrika zum privaten Jagdrevier gemacht. Die Allianzen zwischen ihnen und verschiedenen afrikanischen Regierungs- und Staatshäuptern haben den französischen Einfluss erleichtert (Kroslak 2004: 62). Wie Kroslak aufzeigt, sind drei wichtige Aspekte in der französischen Afrikapolitik wichtig: die sentimental Verbindungen zwischen Frankreich und Afrika; die Verbreitung der französischen Kultur in Übersee und der Wunsch den französischen Einflussbereich in der internationalen Politik auszuweiten. Vor diesem Hintergrund wurden nicht-demokratische Staaten finanziell und diplomatisch immer unterstützt, wenn ihre innerstaatliche Stabilität zu wackeln drohte (Kroslak 2004: 66–68). Die Idee des »grandeur de la France« war wichtiger als Menschenrechte oder gutes Regieren. Das Ausmaß der französischen Interessen; die Anzahl der Franzosen; und der Charakter der Beziehungen zwischen den französischen und afrikanischen Politikern bestimmten die französische militärische und nicht-militärische Intervention in Afrika (Martin 1995: 14).

Gemäß Artikel 130u des EU-Vertrages ist die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der am meisten Benachteiligten ein Schlüsselziel der europäischen Außenbeziehungen. Seit dem Ende des Kalten Krieges knüpft die EU ihre Entwicklungshilfe an Konditionalitäten, wie Demokratisierung, Transparenz, Verantwortlichkeit, Legitimität, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und gutes Regieren (Hurt 2004: 156–170). Aber der Wettlauf zwischen Frankreich und Großbritannien widerspricht dem Artikel 130u des EU-Vertrages. Obwohl Mugabe von der EU Reiseverbot in die EU bekam, ignorierte Frankreich diese Sanktion und lud ihn zum euro-afrikanischen Gipfeltreffen in Paris von 2003 ein, während die EU und vor allem Großbritannien dagegen protestierten. Während die EU die Wahlkampagne und Vorbereitung von Togo für die Wahlen von 2003 kritisierte und sich weigerte Wahlbeobachter nach Togo zu schicken, agierte Paris als Beobachter der Wahlen.

Der Kongo ist das Symbol des französischen Versagens in Afrika. Frankreich versagte vor allem, weil Laurent Kabila nach seiner Machtübernahme von den USA, Großbritannien und den anglo-

phonen afrikanischen Staaten unterstützt wurde. Frankreich unterstützte Mobutu bis zu seinem Niedergang. Der anglophone Einfluss schmerzte Frankreich, weil dies ausgerechnet im Herzen des französischen Einflussbereiches geschah (Krosiak 2004: 67). Großbritannien versucht an Einfluss zu gewinnen, wo Frankreich scheitert (zum Beispiel in DR Kongo); während Frankreich versucht sich zu etablieren, wo Großbritannien scheitert (zum Beispiel in Zimbabwe). So wie Frankreich verfolgt Großbritannien dieselbe Strategie. Seit dem 11. September 2001 und den Terrorattacken von London vom 7. Juli 2005 verfolgt London die Strategie der Schadensbegrenzung. Im Kontext der globalen Sicherheit ist Afrika nach Tony Blair »a scar on the conscience of the world« (Williams 2004: 42).

Als das anglo-französische Gipfeltreffen im Dezember 1998 in St. Malo / Frankreich stattfand, dachte man, dass der Wettlauf zwischen den beiden Kolonialmächten vorbei wäre und die beiden ihre Afrikapolitik im Rahmen der EU-Außenpolitik koordinieren würden. Das trat leider nicht ein. Es war interessant, dass während des Franco-Afrikanischen Gipfeltreffens in November 1994 Großbritanniens John Major den Vorschlag von Mitterrand unterstützte, wonach 1.000–1.500 afrikanische Truppen für peacekeeping Zwecke durch Frankreich und andere europäische Staaten der EU trainiert, ausgerüstet und finanziert werden sollten. Aber gleichzeitig verkaufte Majors Regierung Waffen an verschiedene afrikanische Staaten, die offensichtlich Menschenrechte und demokratische Prinzipien missachteten (Williams 2004: 47).

Es wird allgemein angenommen, dass durch die Intervention Großbritanniens in Sierra Leone seit 2000 die Sicherheitslage und die Arbeit der UNO in diesem Land verbessert wurde. Aber auf der anderen Seite erteilte die britische Regierung mindestens 970 verschiedene Exportlizenzen für Kleinwaffen, die für Eritrea, Kenia und Zimbabwe vorgesehen waren. Gleichzeitig brachte die britische Sandline International 30 Tonnen Waffen und Munitionen nach Sierra Leone, ungeachtet des UN-Embargos.

Großbritannien verfolgt eine widersprüchliche, egoistische und selektive Afrikapolitik. Während es Zimbabwe für mangelnde Demokratie kritisiert, ignorierte es in andere Fällen, wie in Sambia, in Madagaskar die fehlende Menschenrechtspolitik von Arap Moi und von Kenia bis 2002. Weiters war die britische Afrikapolitik widersprüchlich, indem sich Großbritannien auf der einen Seite für

den Frieden im Kongo einzusetzen scheint, aber auf der anderen Seite seine Verbündeten wie Yoweri Museveni von Uganda und Paul Kagame von Ruanda für ihre Rolle in der Konfliktdynamik im Kongo nicht kritisiert (Williams 2004: 48–50). Großbritannien verlor seine Glaubwürdigkeit dadurch, dass es im Jahre 2003 Waffen in Wert von 200 Millionen Euro verkaufte. Obwohl Ghana und Uganda nicht besonders demokratisch sind, sind sie aufgrund ihrer Freundschaft zu Großbritannien und aufgrund der Umsetzung der Voraussetzungen der Strukturanpassung der Weltbank besonders bevorzugte Nutznießer der Finanzhilfe. Großbritannien unterstützt Nigeria aufgrund des nigerianischen Öls trotz der Korruption und schlechten Regierens (Williams 2004: 57).

Die zukünftige Rolle Deutschlands in der EU wird nicht nur die EU, sondern auch die Politik in Afrika mitbestimmen. EUFOR RD Kongo wurde 2006 durch Deutschland geleitet. Während sich diese Mission noch in Vorbereitung befand, hatte ich ein Gespräch mit einem deutschen General. Ich fragte ihn »was die [ursprünglich] geplante EU Mission von 700 Soldaten tun kann, wenn nicht einmal mehr als 17.000 UN Friedenstruppen in Kongo das Land befrieden können«? Er antwortete »wir sind Europäer, und nicht wie die Soldaten aus Burkina Faso oder Uruguay!« Ich fragte ihn weiter, warum dieses Mal die EU Mission durch Deutschland geleitet wird und er antwortete »Deutschland war in der Europäischen Außenpolitik immer durch Frankreich und Großbritannien dominiert. Jetzt will Deutschland auch »global player« werden. Zwei interessante Schlussfolgerungen aus dem Gespräch waren, dass erstens die UNO zynisch betrachtet, eine Organisation sei, die im Grunde nie ernst genommen wird. Das hat die US-Außenpolitik (zum Beispiel die verschiedenen Äußerungen von John Bolton bevor er zum US-Botschafter bei der UNO wurde) immer wieder gezeigt. Zweitens die militärischen und ökonomischen (Entwicklungshilfe) Interventionen in Afrika sind primär gedacht, die materiellen und immateriellen Interessen der mächtigen Staaten zu sichern und nicht unbedingt einen genuine Frieden in Afrika zu ermöglichen.

Basierend auf der UN Resolution 1778 vom 25. September 2007 übernahm die EU in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad an der Grenze zum Sudan die Verantwortung mit den Beschluss des Rates vom 15. Oktober 2007 etwa 450.000 Flüchtlinge in der Grenzregion zu schützen. Der Start des Einsatzes wurde nicht

nur durch die Kämpfe zwischen den Rebellen und der Regierung des Tschad oder durch logistische Schwierigkeiten seitens der teilnehmenden EU-Staaten erschwert, sondern auch dadurch, dass die Rebellen im Tschad, Frankreich als Agenten der Tschad-Regierung ablehnten und die ganze EU-Truppe anzugreifen drohten. Frankreich hat nicht nur diese EU Mission geleitet, sondern steht auch der korrupten und undemokratischen Regierung des Tschads bei, ungeachtet der Prinzipien der »Kairo EU-Afrika Gipfelerklärung von 2000«, dem »Cotonou Abkommen von 2000« und der »Afrika Strategie der EU von 2005« sowie der »Lissabon Strategie von 2007«.

### Schlussbemerkung

In den obigen Ausführungen wurde gezeigt, wie viele ökonomische und sicherheitspolitische Projekte zwischen Europa und Afrika durchgeführt werden. Es ist beachtlich, dass in diesen Projekten die Zusammenarbeit immer mehr intensiviert wird. Das deutet darauf hin, dass die globale Verantwortung für Entwicklungen in Afrika immer mehr anerkannt werden. Die UNO, EU und die einzelnen europäischen Staaten untermauern, dass eine Erhöhung der Entwicklungshilfe, sicherheitspolitische Kooperationen, die Integration Afrikas in die globale Ökonomie und in den globalen Handel, sicherheits-militärischer Aufbau und auch militärische Interventionen in Afrika durch die EU oder andere Institutionen für die globale Sicherheit und die Sicherheit und Entwicklung Afrikas notwendig seien. Die Immigrationsproblematik hat diese interkontinentale Zusammenarbeit und Intervention noch notwendiger gemacht.

Auf dem Papier wird von Gleichheit, Partnerschaft und Eigenverantwortung in der euro-afrikanischen Beziehung gesprochen. In meinen Augen wird der Erfolg des Friedens und der Entwicklung in Afrika hauptsächlich davon abhängen, wie *verantwortlich* sowohl die Europäer als auch die Afrikaner sich verhalten. Ich finde es äußerst unverantwortlich von vielen europäischen Staaten, dass sie immer noch konträre und inkohärente Interessen verfolgen. Die Mitgliedsstaaten, wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland versuchen ihre Vormachtstellung in der EU und in der Afrikapolitik zu sichern. Der interkontinentale Erfolg hängt daher nicht nur von der Verantwortlichkeit der afrikanischen Staaten, sondern auch von der Verantwortlichkeit und Transparenz der Intentionen der EU sowie ihrer Mitgliedsstaaten ab. Die EU will

sich als ›global player‹ profilieren. Außerdem plädieren verschiedene Politiker in der EU, wie Tony Blair, Gordon Brown und jetzt Nicholas Sarkozy für eine »neue« Afrikapolitik. Aber ob dies tatsächlich umgesetzt wird, wird die Zukunft zeigen. Die Innovation der Afrikapolitik der EU hängt davon ab, wie die Nationalpolitik in Zukunft aussieht, denn die Außenpolitik hängt entscheidend von der Innenpolitik ab.

Eine Koordinierung der europäischen Afrikapolitik ist eine wichtige Voraussetzung für den Frieden in Afrika und für die Glaubwürdigkeit der EU und seiner Mitgliedsstaaten. Die EU braucht eine umfassende Strategie für Afrika: Reduktion destabilisierender Egoismen in bilateralen Beziehungen; Stopp aller offizieller und inoffizieller Waffenlieferungen; Stopp des strukturellen Abhängigmachens Afrikas von verschiedenen Hilfen von außen und bedingungslose Anerkennung und Implementierung von Menschen- und Grundrechten. Diese Politik muss nicht aus dem Prinzip der Nächstenliebe, sondern aus eigenen Interessen umgesetzt werden. Die Basis dafür ist eine genuine bilaterale und multilaterale Motivation, wenn in Afrika interveniert wird, obwohl ich immer noch sehr skeptisch bin, ob Intervention überhaupt sinnvoll sein kann.

## Quellen

- Baylis, John (et al., eds.) (2001): *The globalization of world politics. An introduction to international relations*, Oxford: Oxford University Press.
- Biscop, Sven (2005a) *The European security strategy*, Aldershot, Ashgate.
- Carothers, Thomas (2003) Promoting Democracy and Fighting Terror. *Foreign Affairs*, 82, 1, Jan/Feb2003, pp. 84–98.
- Clapham, Christopher (2001): *Rethinking African States African Security Review* Vol. 10 No 3, 2001.
- Creveld, Martin van (2000) *The rise and decline of the state*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Crocker, Chester A. (2003) Engaging Failing States. *Foreign Affairs*, 82, 5, Sep/Oct2003, pp. 32–45.
- Czempiel, Ernst-Otto (2003): *Weltpolitik im Umbruch. Die Pay Amerikana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, München: Beck.
- Dietrich, H. (2005) ›Das Mittelmeer als neuer Raum der Abschreckung‹ in <http://www ffm-berlin.de/mittelmeer.html>, accessed 13 March 2007.
- Elias, Norbert (1998): *Violence and civilization: The state monopoly of physical violence and its infringement*, in: John Keane (ed.), *civil society and the state. The new European perspective*, University of Westminster Press.



- Etzioni, Amitai (2004a): *From Empire to Community: A New Approach to International Relations*, New York: Palgrave Macmillan.
- Etzioni, Amitai (2004b): *The common good*, Cambridge: Polity, 2004.
- EU Council (2003): *European Security Strategy A secure Europe in a better world*, Brussels, 12. December 2003.
- Faist, T (2006) ›Extension du domaine de la lutte: international migration and security before and after 11 September 2001‹ in Messina, A. / Lahav, Gallya (eds) (2006), ›The migration reader: politics and policies‹ (Boulder, Colo.: Lynne Rinner), pp. 609–615.
- Ferguson, Niall (2004): *A world without power*, in: *Foreign Policy*, July/August 2004, pp. 32–39.
- Flint, Julie & Waal, Alex De (2005) *Darfur: A Short History of a Long War*, Cape Town, Zed Books.
- Fukuyama, Francis (2004): *State-Building: Governance and World Order in the 21st Century*, Cornell University Press.
- Habermas, Jürgen (2004): *Der gesplittene Westen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hatton, T. J & Williamson, J. G. (2005) ›Global migration and the world economy: two centuries of policy and performance‹ (Cambridge: MIT).
- Hobsbawm, Eric J. (1991): *Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Hobsbawm, Eric J. (1991): *Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Hobsbawm, Eric J. (2004): *Spreading Democracy*, in: *Foreign Policy* September/October 2004, pp. 40–41.
- Hurt, Stephen R. (2004) *The European Union's relations with Africa after the Cold War: Aspects of continuity and change*. In Taylor, I. & Williams, P. (Eds.) *Africa in international politics: external involvement in the continent*. (London: Routledge). pp. 155–173.
- Johnson, Dominic (2004): *Afrika rückt ins internationale Blickfeld*, in: »Das Parlament«, 1. 3. 2004.
- Kagan, Robert (2003): *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin: Siedler.
- Krasner, Stephen D. & Pascual, Carlos (2005) *Addressing State Failure*. *Foreign Affairs*, 84, 4, Jul/Aug2005, pp. 153–163.
- Kroslak, Daniela (2004) *France's policy towards Africa: continuity or change?* In Taylor, I. & Williams, P. (Eds.) *Africa in international politics: external involvement on the continent*. (London: Routledge). pp. 61–82.
- Koslowski, R. (2006) ›The mobility money can buy: human smuggling and border control in the European Union‹ in Messina, A. / Lahav, Gallya (eds) (2006), ›The migration reader: politics and policies‹ (Boulder, Colo.: Lynne Rinner), pp. 571–587.
- Kupchan, Charles A. (2003): *The end of the American era. US foreign policy and the geopolitics of the 21st century*, New York: Vintage Books.
- Leitinen, Illka (2007): *Frontex and African illegal migration to Europe*, in Belachew Gebrewold (ed.) *Africa and Fortress Europe: Threats and Opportunities*, (Aldershot: Ashgate), S. 125–138.

- Lyman, Princeton N. and Morrison, J. Stephen (2004): The terrorist threat in Africa, in: *Foreign Affairs*, January/February 2004, Vol. 8, No. 1, pp. 75–86.
- Martin, Guy (1995) Continuity and change in Franco-African relations. *Journal of Modern African Studies*, 33, 1, Cambridge, Cambridge University Press, pp. 1–20.
- Mearsheimer, John J. (2001): *The tragedy of great power politics*, New York: Norton.
- Nye, Joseph S. (2004): *Soft Power: the means to success in world politics*, New York: PublicAffairs.
- Popitz, Heinrich (1992): *Phänomene der Macht*, Tübingen.
- Rae, Heather (2002): *State identities and the homogenisation of peoples*, Cambridge University Press.
- Rortberg, Robert I. (2002): Failed states in a world of terror, in: *Foreign Affairs*, July/August 2002, V. 81, No. 4, pp. 127–140.
- Rotberg, Robert I. (2004): *Strengthening African Leadership*, in: *Foreign Affairs* July/August 2004, pp. 14–18.
- Scott, John (2001): *Power*, Oxford: Polity.
- Tar, Usman (2005): Counter-insurgents or ethnic vanguards? Civil militia and state violence in the Darfur region, Western Sudan, in David Francis (2005) *Civil Militia: Africa's intractable security menace?* (Aldershot: Ashgate), S. 131–160.
- The Failed States Index 2007, In *Foreign Policy*, July/August 2007, 54–63.
- 21 Solutions to Save the World, In *Foreign Policy*, May/June 2007, 36–52.
- Tilly, Charles (1985): War making and state making as organized crime, in: Peter B. Evans et al. (ed.), *Bringing the state back in*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Tilly, Charles (2003): *The politics of collective Cambridge*: Cambridge University Press.
- Vines, Alex (2005) Combating light weapons proliferation in West Africa. *International Affairs*, 81, 2, January, Oxford, Blackwell, pp. 341–360.
- Williams, Paul (2004) Britain and Africa after the Cold War: beyond damage limitation? In Taylor, I. & Williams, P. (Eds.) *Africa in international politics: external involvement on the continent*. (London: Routledge). pp. 41–60.
- Wagner, Jürgen (2004): Afrika im Fadenkreuz. Vom vergessenen Kontinent zum Objekt der Begierde, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bonn Juli 2004.
- Waldmann, Peter (2002): *Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika*, Opladen: Leske+Budrich.
- Weber, Max (1992): *Soziologie – universalgeschichtlich Analysen – Politik*, Johannes Winckelmann (Hrsg.), Stuttgart: Kröner.
- Wright, Robert (2004): War on evil, in: *Foreign Policy*, September/October 2004, pp. 34–35.

Margot Pires

## Burma: Über Aufstände und Massaker seit 1988

Das heutige Burma<sup>1</sup> ist eine Erfindung der Briten. Sie kolonialiserten diese Region seit dem 18. Jahrhundert. Die ca. 135 verschiedenen Ethnien wurden mit Gewalt zu dem nationalen Gebilde zusammengeführt (*divide et impera*), wie wir es heute kennen. 1948 erlangte Burma die Unabhängigkeit. Kurz davor wurden sieben Minister ermordet, darunter General Aung San, Gründer der burmanischen Armee und des entkolonialisierten Burma. 1962 putschte sich General Ne Win an die Macht und verfolgte den »Burmesischen Weg zum Sozialismus« (eine Mischung aus Buddhismus und Kommunismus sowie Hokuspokus). Aus dem reichsten Land Asiens wurde eines der ärmsten der Welt. Es waren vor allem Studenten, die immer wieder versuchten, Widerstand zu leisten. Nach einer massiven Geldentwertung im Jahr 1987 haben große Teile der Bevölkerung alles verloren. Millionen Studenten, Mönche und Zivilisten gingen auf die Straßen und demonstrierten unbewaffnet gegen die Unterdrückung. Aber Ne Win befahl zu schießen: »Shoot to kill even on unarmed civilians«. Am 8. August 1988 wurden mindestens 3.000 Menschen in den Straßen von Rangun massakriert (Oppositionelle und Menschenrechtsorganisationen schätzen bis zu 10.000 Tote). Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Tochter von General Aung San in Burma, die begann, sich in die Politik aktiv einzumischen, um für die Freiheit einzutreten, die ihr Vater den Burmesen schon versprochen hatte. Aung San Suu Kyi hielt mehrere Reden über Frieden und Freiheit und wurde zum »Gesicht der Demokratie«. Hunderttausende flüchteten ins benachbarte Thailand. Dies ist bis heute das bedeutendste politische Ereignis in der jüngeren Geschichte Burmas. 1989 änderten die Generäle viele Ortsnamen und kündigten freie Wahlen an. Gleichzeitig wurden Oppositionelle verhaftet oder unter Hausarrest gestellt. 1990 gewann die Partei »Nationale Liga für

1 Im vorliegenden Text wird die Bezeichnung »Burma« verwendet. Dies soll als politische Abgrenzung zur heute offiziell verwendeten Bezeichnung »Myanmar« verstanden werden, eine Umbenennung, welche die burmesischen Generäle 1989 – ohne Zustimmung der Bevölkerung – vollzogen haben und von der Opposition nicht anerkannt wird.

Demokratie« unter der Führung von Aung San Suu Kyi mit über 80 % der Stimmen die Wahlen. Die Generäle haben die Macht jedoch bis heute nicht abgetreten. Seither sind in Burma die Büros der Oppositionsparteien geschlossen und Aung San Suu Kyi steht bis heute unter Hausarrest, so wie viele andere damalige Studenten seither inhaftiert sind. 1991 erging der Friedensnobelpreis an Aung San Suu Kyi. In Burma sowie im Exil setzt sich die »88er Generation« – jene Intellektuelle, die dem Massaker entkommen sind – bewaffnet oder gewaltlos für eine Demokratisierung Burmas ein.

General Than Shwe ist seit 1992 an der Macht. Er zählt heute zu den brutalsten Diktatoren der Welt und wird für Menschenrechtsverletzungen aller Art verantwortlich gemacht. Gegen einen Großteil der verschiedenen Ethnien geht Than Shwe mit einer Ethnozid-Politik<sup>2</sup> vor. Ihm wird vorgeworfen, für die Zerstörung von 3.200 Dörfern, Zwangsarbeit, Zwangsumsiedlungen, Massenvergewaltigungen, Folter, Kindersoldaten (70.000), Legung von Landminen, schlechte Bildungs- und Gesundheitspolitik<sup>3</sup>, Misswirtschaft sowie 2–3 Millionen Binnenflüchtlinge und 2 Millionen Flüchtlinge in Thailand verantwortlich zu sein. Burma ist das korrupteste Land der Welt<sup>4</sup>. Ca. 2.000 Menschen sind politische Gefangene und brutaler Folter in den Gefängnissen und Arbeitslagern ausgesetzt. Nach Preissteigerungen gingen im September 2007 Zehntausende Mönche auf die Straßen und forderten politische und wirtschaftliche Reformen. Auch auf sie wurde geschossen. Offiziell gab es 13 Tote, jedoch sind bis heute zahlreiche Klöster leer und Hunderte werden vermisst. Seit 1988 hat sich für die meisten Menschen in Burma das Leben politisch als auch ökonomisch wesentlich verschlechtert.

## Wirtschaft

Die USA, Kanada, Australien und die EU haben Sanktionen gegen Burma verhängt. Dennoch gelangen die gewinnträchtigsten Produkte der Generäle auf die internationalen Märkte: Opium, Erdöl,

2 Die Bevölkerung besteht aus ca. 60 % Burmanen und 40 % verschiedenster Ethnien.

3 Burma ist seit 1987 ein »Least Developed Country«. Im Durchschnitt erhält jede/r Burmes/in 2,50 USD/Jahr internationale Entwicklungshilfe. Ca. 50 % des BNP verwendet die Militärjunta für Militärausgaben und 1,4 % für Gesundheit und Bildung.

4 Laut Transparency International, 2008.

Erdgas, Rubine, Edelhölzer, Edelmetalle garantieren gewinnträchtige und nachhaltige Einnahmequellen für die Generäle.

Seit 1997 ist Burma Mitglied der ASEAN. Die Politik der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheit dieser Staatengemeinschaft bildet für die Generäle eine wichtige Basis für ihr ungehindertes Agieren im eigenen Land, während gleichzeitig das Parkett für internationale/südostasiatische Begegnungen geglättet ist. Kritik und Zurufe der anderen ASEAN-Mitgliedstaaten an Burma verhallten bisher in der Tiefe des burmesischen Dschungels<sup>5</sup>.

### Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen fordern Burma seit vielen Jahren zu einem Dialog auf: Militär, Opposition und Ethnien sollen eine nachhaltige Kommunikation über den Demokratisierungsprozess beginnen. Seit 1990 reisten zahlreiche UN-Delegationen und Sondergesandte nach Burma. Sie schrieben Berichte und stellten Forderungen. Die Generäle sind keine Diplomaten und Versprechungen werden nicht in Taten umgesetzt. Der UN-Sicherheitsrat mit seinen fünf Vetomächten hat dennoch keine verbindlichen Resolutionen verabschiedet. Die Niederschlagung der Demonstrationen vom September 2007 hat er »bedauert«, nicht »verurteilt«. Nach dem Sturm »Nargis« (zerstörerischster Sturm in der Geschichte Burmas) reiste zum ersten Mal seit über 40 Jahren im Mai 2008 wieder ein UN-Generalsekretär nach Burma, um Vermittlungen hinsichtlich der internationalen humanitären Hilfe zu koordinieren. »We must do our utmost for the people of Burma.«<sup>6</sup> Die Militärs hatten wochenlang keine Visa an Mitarbeiter von Hilfsorganisationen erteilt.

### China

China ist heute der wichtigste Partner auf diplomatischer und ökonomischer Ebene und schützt und stützt die burmesischen Generäle. China liefert neben Indien und Russland Waffen nach Burma. Im Gegenzug plündert China die Rohstoffe in Burma und er-

5 2005 verlegten die Generäle die Hauptstadt des Landes 400 km ins Landesinnere nach Pyinmana Naypyidaw.

6 Ban-Ki moon, UN-Generalsekretär, bereiste das Katastrophengebiet im Mai 2008 und appellierte an die Internationale Staatengemeinschaft, Politik und humanitäre Hilfe zu trennen. Im Sturm starben ca. 140.000 Menschen und 7,35 Millionen sind von den zerstörerischen Auswirkungen betroffen.

obert den Markt (ca. 50 Millionen Einwohner). 20 Jahre nach dem großen Massaker von 1988 eröffnet Peking die Olympischen Spiele. Berechtigterweise drängt sich die Frage auf, ob vor den Spielen in China nicht die Friedensarbeit an Tibet, Sudan, Somalia und Burma uvm. unter Beteiligung aller Nationen. inkl. China und aller, die bereits in Freiheit leben, hätte beginnen sollen?

### Zukunft?

Die Vereinten Nationen sind nicht vereint. Millionen Burmesen fühlen sich von der Welt alleine gelassen. Viele wünschen sich heute eine militärische Intervention, denn sie haben die Hoffnung verloren, sich selbst befreien zu können. Aber derzeit will niemand Krieg mit Burma. Welche gewaltlosen Alternativen gibt es zur Befreiung Burmas? »Lasst uns das Beste hoffen, aber bereiten wir uns auf das Schlimmste vor.«<sup>7</sup>

Die im Text erwähnten Bezeichnungen für verschiedene Personengruppen beziehen sich auf Frauen und Männer.

### Erklärungen

Burmesen: Bevölkerung von Burma (ca. 135 verschiedene Ethnien wie Burmanen, Karen, Shari, Mon, Kachin, Lusi, Karenni, Arakan ...)  
Burmanen: ethnische Burmanen (ca. 60 % der Gesamtbevölkerung)

### Literatur

Pires, Margot. 2006. Humanitäre Hilfe in Burma. Ein Widerspruch? Diplomarbeit. Universität Wien.  
Burma Campaign UK. 2008. Insuring Repression. Exposing how the insurance industry supports Burma's dictators.  
Post-Nargis Joint Assessment. 2008. Tripartite Core Group. Burma.  
UN Chief urges Burma to focus on saving lives, 22. Mai 2008.  
[www.guardian.co.uk/world/2008/may/22/cyclonenargis.burma](http://www.guardian.co.uk/world/2008/may/22/cyclonenargis.burma).  
UNO »bedauert« Niederschlagung von Burma-Protesten, 11. Oktober 2007.  
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/336337/index.do>  
[www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org)  
[www.uscampaignforburma.org](http://www.uscampaignforburma.org)  
[www.burmacampaign.uk.org](http://www.burmacampaign.uk.org)

7 Dies sagte bereits Aung San, als er nach London reiste für die Verhandlungen mit den Briten. Aung San Suu Kyi wiederholte zuletzt seine Worte in einem Appell an die Bevölkerung im März 2008 als die Generäle Verhandlungen mit ihr ankündigten.

Christoph Amthor

## Der Schuss auf die Mönche

### Wie Kameras unser Verhältnis zu Burma bestimmen

Hatte die visuelle Entsprechung zum Begriff Burma<sup>1</sup> in unserem Kulturraum bislang vor allem in exotisch schönen Fotos der Reiseprospekte bestanden, so hat sich dieses Land spätestens seit der »Safranrevolution« und dem Zyklon »Nargis« vom touristischen zum überwiegend journalistischen Produkt gewandelt. So interessant das Phänomen Burma aus medienwissenschaftlicher Sicht ist, so bestürzend sind aber auch die Implikationen, wenn wir an die Schicksale einiger Millionen Burmesen denken. Aufschlussreich dürfte zudem sein, was diese Mechanismen für globales gesellschaftliches Engagement im Allgemeinen bedeuten.

Burma gehört dabei entgegen einiger Klischees durchaus nicht zu den Ländern, das moderne Kulturtechniken erst zu lernen bräuchte. Das Zeitungswesen etwa kann dort eine weit zurückreichende Tradition vorweisen, die sich auch außerhalb der britischen Kolonien in vielfachen Formen manifestierte. Dies ist nicht verwunderlich angesichts der hohen Alphabetisierung, die das Land einer ursprünglich in klösterliche Lebensweise eingebetteten Schulausbildung verdankt.

Als vielleicht interessantester Indikator einer frühen burmesischen Presselandschaft ist ein Gesetz zu nennen, das am 15. August 1873 von König Mindon erlassen wurde und das in 17 Artikeln etwas garantierte, was wir heute als Pressefreiheit bezeichnen würden<sup>2</sup>. Diese scheinbare Liberalität soll jedoch nicht über die schon damals praktisch sehr viel beschränkteren Möglichkeiten hinwegtäuschen. Als erstes indigenes südostasiatisches Gesetz für Pressefreiheit in dem noch nicht kolonialisierten Landesteil steht es im

1 Im Deutschen sind ebenso die Bezeichnungen »Birma« oder »Myanmar« anzutreffen.

2 »If I do wrong, write about me. If the queens do wrong, write about them. If my sons and my daughters do wrong, write about them. If the judges and mayors do wrong, write about them. No one shall take action against the journals for writing the truth. They shall go in and out of the palace freely.« (www.irrawaddy.org)

krassen Gegensatz zur heutigen Situation, wenn Burma zu denjenigen Ländern zählt, die weltweit die härteste und umfassendste Medienzensur ausüben. Festgehalten hat das etwa die Organisation *Reporter ohne Grenzen*, die Burma auf dem Platz 164 von insgesamt 169 ansiedelt<sup>3</sup>. Der Jahresbericht von 2008 erwähnt zudem den ermordeten japanischen Reporter Kenji Nagai und etwa 15 verhaftete burmesische Journalisten, wobei die Gesamtzahl mit den Schriftstellern wesentlich höher liegt<sup>4</sup>.

Repressionen gegen Medien haben in Burma eine jahrzehntelange Geschichte. Seit der staatlichen Unabhängigkeit Burmas erfolgt der erste noch heute gültige Einschnitt nach dem Militärcoup im Jahr 1962 mit dem *Printers and Publishers Registration Law*. Diesem Gesetz zufolge müssen Verleger Belegexemplare von Büchern, Magazinen und Zeitschriften an die Zensurbehörde<sup>5</sup> abliefern. Ein mögliches Verbot greift dabei zumeist in den Produktionsablauf zwischen Druck und Verkauf ein und fördert damit die Selbstzensur, da Verleger andernfalls das Risiko eingehen, auf einer bereits gedruckten Ausgabe sitzen zu bleiben.

Ähnlich restriktiv ist heute der Zugang zum Internet: Nach Forschungen der OpenNet Initiative<sup>6</sup> haben lediglich 0,1 bis 0,6 Prozent der burmesischen Bevölkerung Zugang zum Internet. Sowohl die Nutzung über Modem als auch in Internet-Cafés unterliegt vor allem finanziellen Hürden. Wie in anderen Aspekten des burmesischen Alltags gilt auch hier, dass Touristen sehr viel günstigere Bedingungen vorfinden als Einheimische. Die Forschungen der OpenNet Initiative belegen zudem eine umfassende Zensur des Internets, wenn auch nicht so systematisch wie etwa in China. Etwa 84 Prozent der Webseiten mit regimekritischem Inhalt und 85 Prozent der kostenlosen Webmail-Angebote sind blockiert, wobei sich die Kriterien je nach politischer Tagesstimmung verschieben können. Das 1996 erlassene *Computer Development Law* verlangt eine Lizenz für alle netzwerkfähigen Computer und Faxgeräte. Verstöße werden mit Geldstrafen und Gefängnis bis zu 15 Jahren bestraft. Unter Strafe gestellt ist ferner die ungenehmigte Erstellung von Webseiten.

3 Reporters sans frontiers, »Press Freedom Index 2006«

4 [www.aappb.org](http://www.aappb.org)

5 Press Scrutiny Board (PSD)

6 [opennet.net](http://opennet.net)



Wie im Fall des Internets ist auch Satellitentechnik in Burma verfügbar, die Verbreitung jedoch an technische und finanzielle Voraussetzungen gebunden und somit fast nur in den großen Städten anzutreffen. Da die Netzspannung allgemein mehrmals pro Tag von 220 auf bis zu 80 Volt abfällt, benötigt jedes elektronische Gerät eigene Schutzvorrichtungen, um nicht innerhalb kurzer Zeit zerstört zu werden. Nach den Protesten letzten Jahres, als tagesaktuelle Informationen schließlich nur noch über Satellit und Kurzwellensender ins Land gelangen konnten, reagierte das Regime umgehend mit Restriktionen: Die Lizenzgebühr für Satellitenempfänger wurde im Januar um das 166-fache von 5 auf 780 US Dollar angehoben<sup>7</sup>.

Nach dem *Television and Video Act* von 1996 sowie dem *Motion Picture Law* erfordert auch der Besitz von Fernsehgeräten und Videorekordern eine Lizenz. Die Videozensurbehörde ist für eine Kontrolle sämtlichen Filmmaterials verantwortlich, das Burma erreicht oder verlässt. Erfahrungsgemäß wird dieses Gesetz bei Touristen jedoch eher liberal gehandhabt, ganz zum Nutzen des sich größtenteils in der Hand der regierenden Cliquen befindlichen Tourismusgewerbes.

### Zwischen Pressefreiheit und Medieninteresse

Bereits während der Proteste im Jahr 1988 kam es zu einer Vielzahl neuer Aktivitäten, die sich gegen Beschränkungen der Pressefreiheit richteten. Zwischen August und September entstanden hunderte neuer Zeitungen, Journale und Pamphlete, deren Ausführung die gesamte Bandbreite zwischen professionellem Medium und Fotokopie bis hin zu per Hand abgeschriebenen Ausgaben abdeckte. Selbst regierungstreue Blätter begannen kritisch über die Veränderungen zu berichten<sup>8</sup>. Die Pressefreiheit fand erneut ein Ende, als das Kriegsrecht ausgerufen wurde und Militär und Geheimdienst alle kritischen Meinungsäußerungen gewaltsam unterdrückten.

Auffällig ist, dass heute kaum visuelle Dokumente dieser wichtigen Ereignisse existieren. Druckwerke sind erhalten geblieben, viele politische Karikaturen, vor allem aber schriftliche Zeugnisse und mündliche Überlieferungen. Erst von dem anschließenden Wahlkampf vor den bis heute letzten freien Wahlen in Burma existie-

7 [http://www.irrawaddy.org/article.php?art\\_id=9782](http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=9782)

8 Tin Maung Maung Than: The Media in Myanmar. In: Media Fortunes, Changing Times: ASEAN States in Transition. Singapore 2000

ren wieder Aufnahmen, so vor allem von Aung San Suu Kyi. Aber auch hier bricht die Verfügbarkeit von Dokumenten ein, wenn es zu dem Massaker in Depayin kommt, einem gescheiterten Attentatsversuch an der Oppositionsführerin im Jahr 2003.

Von der Wirtschaftskrise, die bereits 1988 die Proteste ausgelöst hatte, waren ganz sicher auch die technischen Möglichkeiten regierungskritischer Dokumentaristen betroffen. Von verdeckten Videoaufnahmen konnte damals vor dem Zeitalter einer Miniaturisierung der Aufnahmetechnik noch keine Rede sein. Schmalfilm-Formate waren ungeeignet, um eine Kamera längere Zeit einfach mitlaufen zu lassen.

Die Proteste und ihre Niederschlagung von 2007 traten daher medial völlig anders in Erscheinung als ihre Vorläufer vor 19 Jahren. Davon zeugt nicht zuletzt die im Westen eilends geprägte Bezeichnung der »Safranrevolution«, die auf die Roben der Mönche Bezug nimmt und somit ganz direkt die visuelle Dimension zum bezeichnenden Element macht. Hierbei wurde, wohl auch in einer beinahe wortmagischen Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang, die Verbindung zum europäischen Begriff gewordenen Protesten hergestellt – in ihrer Gewaltlosigkeit als »samten« bezeichnet oder mit Farben wie Orange oder Blau charakterisiert.

Medienpräsenz enthüllt jedoch in den sie begleitenden Leerstellen ebenso das Versagen der Medien wie auch die Schwäche derjenigen, die den Anforderungen einer Medientauglichkeit nicht genügen können. Hatten sich die Kameras der Journalisten erst auf die Farbe der Roben »eingeschossen«, waren einige Konsequenzen unausweichlich, von denen hier nur die drei wichtigsten genannt werden sollen. Erstens: Es wurde fälschlich angenommen, dass Mönche in Burma erstmals im September 2007 ihre Stimme öffentlich für politische Belange erhoben hätten. Zweitens: Ebenso falsch ist der durch den Großteil der Berichte vermittelte Eindruck, dass diese Proteste erst mit dem Auftreten der Mönche begonnen hätten. Vielmehr wurden sie durch bekannte Aktivisten initiiert, die damals praktisch kein Medieninteresse gefunden hatten und gerade im exklusiven Blick auf safranfarbene Roben medial nicht existieren konnten. Und drittens: Die auf Umzüge betender Mönche und Nonnen konditionierten Kameraobjektive mussten der ihrer Arbeit zugrunde liegenden Logik zufolge davon ausgehen, dass wieder Ruhe und Frieden eingekehrt waren, als keine Mönche mehr zu sehen

waren. Doch was war wirklich passiert? Das Militärregime hatte sich nach einer kurzen Phase der Verwirrung auf eine seiner Stärken gegenüber dem Ausland zurück besonnen: auf seine Informationshoheit in Burma. Diese durch die Beseitigung kritischer Berichtersteller wiederherzustellen war der erste Schritt zur Imagekorrektur, der zweite eine Verschiebung gewaltsamer Aktivitäten aus den Tag- in die Nachtzeiten und aus dem Zentrum Ranguns hinaus in die Klöster, Vororte und Provinzen. Das Konzept ging endgültig auf, als die Mönche gewaltsam ihrer Roben beraubt wurden und die Revolution somit neben ihrer religiösen Symbolik auch ihre medienrelevante Farbe einbüßte. Die internationale Gemeinschaft »honorier-te« dieses Verbergen der Gewalt mit Nichteinmischung. Gleichzeitig begann das Regime das bereits bekannte »Theater vom guten Willen« vorzuspielen, zu deren Elementen ergebnisarme Treffen mit UNO-Gesandten und Schritte auf einem unheilvoll an Kafkas »Schloss« gemahnenden Weg zu einer vorgeblichen Demokratisierung gehören. Auch das ist eine Seite der Vermedialisierung internationalen Engagements, wenn die Nachfrage nach konkurrenzfähigen Schlagzeilen und griffigen Informationen zu einem Werkzeug in der Hand von Regimen wird. Bereits im Mai konnte der Zyklon diesen Befund bestätigen, als westliche Medien oft im gänzlichen Widerspruch zur journalistischen Intuition die grotesk heruntergespielten Opferzahlen aus burmesischen Regimequellen übernahmen, obwohl sich unabhängigere Schätzungen durchweg als zutreffender erwiesen als die offiziellen »harten Fakten«.

### Ist Medieninteresse maßgebend für globale Verantwortung?

Die burmesische Bevölkerung hat letztendlich im Umgang mit der internationalen Medienöffentlichkeit zweimal aus Schaden klug werden müssen: Einmal im Jahr 1988, als die Isolation des Landes, ein weltweit unterentwickeltes Bewusstsein für die Globalität nicht-staatlichen Handelns und vor allem mangelnde technische Voraussetzungen dazu geführt hatten, dass die Macht internationaler Medien nicht systematisch genutzt wurde. Dann, zum anderen, als 19 Jahre später gerade dieser Mangel behoben wurde und etablierte burmesische Exilmedien in der Lage waren, mit Hilfe eines intelligenten Netzes semiprofessioneller Berichtersteller das Informationsmonopol des Regimes zu durchbrechen. Dem Erfolg, dass authentische und beweiskräftige Bilder an die Weltöffentlichkeit gelangten und

tagelang die Schlagzeilen begleiteten, folgte sogleich die ernüchternde Einsicht, dass die Unterstützer des Regimes, wie etwa China und Russland zu mächtig sind und demokratische Staaten, die sich eigentlich zu Menschenrechten bekennen, keinen hinreichenden politischen Willen aufbringen. Für Burma engagierte Organisationen konnten dabei eine Entwicklung öffentlichen Interesses beobachten, die ganz offensichtlich der Intensität der Berichterstattung folgte und nur in Ansätzen einen »Memory-Effekt« zurückließ.

AktivistInnen für globale Menschen- und Bürgerrechte müssen gerade nach der Erfahrung der zwei jüngsten Mediengroßereignisse in und um Burma und ebenso mit Blick auf die jüngst niedergeschlagenen Proteste in Tibet und einem in diesem Fall, dank der Olympischen Spiele, nicht ganz so schnell abflauenden öffentlichen Interesses eine ganz elementare Abhängigkeit ihrer Arbeit von den Prioritäten der Medien voraussetzen, wenn eine Mobilisierung öffentlicher und staatlicher Unterstützung angestrebt wird. Die Form und Intensität der medialen Darbietung und die Verzahnung mit den Mechanismen der Medienproduktion bestimmen noch weit vor einer Dringlichkeit des Anliegens den Erfolg dieser Bemühungen. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die »Halbwertszeit« von Medieninteresse kaum sinnvolles Helfen ermöglicht, wenn man an die weitaus größeren zeitlichen Dimensionen denkt, die bei strategischen Planungen, Mittelbeschaffung und Personalentscheidungen vorherrschen. Ganz eklatant war dies als Defizit sichtbar, als Medienvertreter im September letzten Jahres europaweit nach Burma-ExpertInnen suchten und nur diejenigen fanden, die sich praktisch ohne gesellschaftliche Unterstützung ihre Kompetenz selbst erarbeitet hatten, nun die Aufmerksamkeitswelle bewältigen mussten und dann nach wenigen Wochen wieder mit leeren Händen dastanden.

Im zweiten Schritt ist folglich zu überlegen, ob nicht ein größerer Anteil der Bemühungen in eine günstige Veränderung der Medienlandschaft investiert werden sollte. Dies kann bei der journalistischen Ausbildung ansetzen, bei gesetzlichen Voraussetzungen, bei der Förderung einer allgemeinen kritischen Medienkompetenz, bis hin zur Etablierung eigener Instrumente und Einrichtungen. Ein mögliches Ergebnis etwa könnte wie die bereits erwähnten burmesischen Exilmedien aussehen, die in der gesamten Produktionskette autonom agieren können und denen nur eine breitere und längerfristig interessierte LeserInnen- bzw. HörerInnenschaft fehlt.

Veronica Futterknecht

## Ein Land der vielen Geister Gelebte Religiosität und traditionelle Heilkünste im gegenwärtigen Burma

Burma zählt zu einem der Kernländer der Theravada-Schule des Buddhismus, der »Schule der Ältesten« (Pali), die sich auf die allerersten Lehrreden und älteste noch existierende Schultradition des Buddhismus berufen. Etwa 89 % der burmesischen Bevölkerung bekennen sich zum Buddhismus. Meditation, buddhistische Praxis und Geistestraining genießen landesweit großen Zuspruch und Verbreitung. Speziell das 19. und 20. Jahrhundert sind geprägt von einer Revitalisierungsbewegung der *Vipassana*- oder Achtsamkeitsmeditation gemäß des *Sattipathana Suttas*. Verehrte und renommierte Meditationslehrer wie Sayagyi U Ba Khin und S. N. Goenka<sup>1</sup>, die maßgeblich für die Propagierung und weltweiten Verbreitung dieser Techniken verantwortlich sind, sind Burmesen. Zeichen buddhistischer Religiosität sind allgegenwärtig Tempel, Klöster und Reliquienschreine vielerorts zu finden und mit einer Anzahl von knapp einer halben Million zählt die buddhistische Sangha der Mönche und Nonnen etwa so viele Mitglieder wie die burmanische Armee.<sup>2</sup> Darüber hinaus verfügen die Mönche über ein sehr gutes Netzwerk und ein traditionellerweise hohes Ansehen innerhalb der Bevölkerung. Durch die allmorgendlichen Almosengänge gewinnen sie einen tiefen Einblick in die reale Lebenssituation der Menschen und erleben so die aktuelle Armut, Hoffungslosigkeit und Verzweiflung oftmals hautnah mit. Seit der Zeit der britischen kolonialen Besatzung setzen sich die Mönche Burmas aktiv für Gerechtigkeit und Unabhängigkeit ein und können seit dem als einer der Hauptinitiatoren für Demonstrationen und Widerstandsbewegungen im Land betrachtet werden. Spätestens seit den Niederschlagungen der Proteste im August 1988 und im September 2007 wird den Mönchen eine relevante und bedeutungs-

1 Für weitere Informationen siehe die Homepage der internationalen Vipassana Sangha: [www.dhamma.org](http://www.dhamma.org)

2 [http://www.irrawaddy.org/article.php?art\\_id=8908](http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=8908)

volle Rolle im religiösen Widerstand Burmas zugeschrieben.<sup>3</sup> Der Buddhismus ist jedoch nicht das einzige religiöse Glaubenssystem, das den Menschen Burmas Ausdrucks- und Handlungsmöglichkeiten, die sie auf Ebenen der politischen Mitsprache und Partizipation vermissen, eröffnet.

Um das gegenwärtig praktizierte religiöse Pantheon verstehen zu wollen, müssen prä-buddhistische, animistische Glaubensvorstellungen und Kulte in die Analyse miteinbezogen werden. Im spezifischen Fall findet sich in Burma der Glaube an Geister, burmesisch: *Nats*, unter dessen Einfluß- und Wirkungsbereich sich die Menschen finden und denen Ehrerbietung, Wertschätzung und Dank entgegengebracht werden muss, wenn die kosmisch-spirituelle Balance erhalten werden soll. Im speziellen der Kult der »37 Lords«, dem offiziell von König Anawratha im Jahr 1059 anerkannten Pantheon der Geister, wird im ganzen Land Bedeutung beigemessen. Anawrathas erklärte Absicht war, das Land zu vereinen und den Theravada-Buddhismus landesweit zu etablieren. Jedoch musste er einsehen, dass ein solches Unterfangen sich weit schwieriger darstellte als er vermutete, nachdem die Menschen nicht so einfach von ihrem alten Glauben ablassen wollten. Demnach wurden 37 *Nats* offiziell zugelassen, zu Beschützern und Verehrern der buddhistischen Lehre umfunktioniert und Anawratha stilisierte sich selbst zum großen Verfechter und Unterstützer des Buddhismus hoch.<sup>4</sup>

Seit dieser Zeit gelten die Könige Burmas aufs Engste mit der buddhistischen Religion und der Gemeinschaft, der Sangha, verbunden. Sie demonstrierten die Rechtmäßigkeit ihrer Macht indem sie Pagoden und Klöster errichten ließen und die Orden mit großzügigen Spenden bedachten.<sup>5</sup>

Die *Nats* werden als einflussreiche, gottähnliche Wesen verehrt und zumeist auf berühmte Personen der burmesischen Geschichte zurückgeführt. Ihre Legenden erzählen von tragischen Lebensläufen, die meist mit einem gewaltsamen, unglücklichen Tod zur Nat-

3 Die amerikanische Anthropologin Ingrid Jordt erarbeitet in ihrem 2007 erschienen Buch »Burma's Mass Lay Meditation Movement« die tragende Rolle von Mönchen und buddhistischen Laien im politischen Widerstand.

4 Siehe die anthropologischen Arbeiten von Melford E. Spiro und Bénédicte Brac de la Perrière zum Thema Animismus und Geisterkult in Burma.

5 Asien Monitor 1/2007 des Instituts für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität.

Werdung führten. Daraus lassen sich für die einzelnen Geistwesen unterschiedliche religiöse »Zuständigkeiten«, Verehrungsformen und regionale Feiertage ableiten.

Der Kult, der mit den *Nats* verbunden ist, hat viele Gesichter und unterliegt regional vielfältigen Ausformungen. Zentral ist ein Festival, ein Ritual, das sich *Nat Pwe* nennt und das übergeordnete Ziel hat, die Geister zu besänftigen, milde zu stimmen und ihr Wohlwollen zu erreichen.<sup>6</sup>

Mit seinem ausschweifenden, fröhlich-berauschten, dionysischen Charakter wird der *Nat*-Kult gerne als Gegenpol des strengen Theravada-Buddhismus betrachtet. Darüber hinaus eröffnet er Handlungs- und Ausdrucksräume die im alltäglichen Leben fehlen. Trance und Rausch finden im *Nat*-Kult eine Legitimation, übliche soziale Grenzen werden transzendiert und aufgelöst. Die Feste die in Verbindung mit den *Nat*-Geistern zu finden sind, bieten so einen Zufluchtsort, an dem es möglich und erlaubt ist im Rausch des Rituals alltägliche Grenzen zu überschreiten und einen Raum des freien Ausdrucks zu betreten.

Ein dritter, noch relativ unerforschter Aspekt und Ausdruck der religiösen Vielfalt Burmas, sind die Kulte die sich, vermehrt vor allem während der letzten 40 Jahre, rund um die *weikzas* gebildet haben.<sup>7</sup> Das Wort *weikza* leitet sich vom Pali Wort *vijja* ab, was soviel bedeutet wie Weisheit oder Wissen und bezieht sich auf ein menschliches Wesen, das sich auf einer fortgeschrittenen Stufe der geistigen Verwirklichung befindet. Ein *weikza* ist oftmals ein Meister in alchemistischen Verwandlungskünsten und anderen magischen, übernatürlichen Praktiken, die einzig und allein dazu dienen, sein Leben über die normale menschliche Lebensdauer hinaus zu verlängern und ewige Jugend zu erlangen.<sup>8</sup> Übergeordnete Motivation dafür stellt die Sehnsucht und der Wunsch dar dem zukünftigen Buddha *Maitreya* (burmesisch *Metteya*) in Person zu begegnen, die Lehren von ihm direkt zu empfangen, Ehrerbietung entgegen bringen zu können und im Beisein des lebendigen Buddha Erleuchtung

6 Beatrix Hauser: Tanzen, Trinken, Transvestiten: Überlegungen zur Gestaltung und Intentionalität von Ritualen am Beispiel der *Nat*-Verehrung in Myanmar (Burma). In: Köpping, Rao: Im Rausch des Rituals, 2000.

7 Guillaume Rozenberg: »What is a *weikza*?« Draft 2005.

8 Der amerikanische Anthropologe E. Michael Mendelson bezeichnet den *weikza* – Kult auch als schamanischen oder messianischen Buddhismus.

zu erlangen. *Weikzas* sind also in der Lage anderen Wesen beim Erreichen des Nirvana zu helfen, sie schützen und propagieren die buddhistischen Lehren und verkörpern in gewisser Weise das, was man im Mahayana-Buddhismus als *Bodhisattva* bezeichnen würde: ein Wesen, das darauf verzichtet den leidvollen, samsarischen Daseinskreislauf der Wiedergeburten zu verlassen um anderen Menschen liebevoll und geduldig bei ihrem spirituellen Weg beizustehen. Mit seinem ausgeprägten messianischen Charakter zielt der Kult der *weikzas* nicht darauf ab in diesem gegenwärtigen Leben Erlösung und Nirvana zu erlangen, sondern verschiebt die Befreiung in eine ungewisse, sehnsuchts erfüllte Zukunft, in der man den Erlöser und Befreier in Form des Buddha erwartet und erhofft.

So lässt sich vermuten, dass, gerade während der vergangenen 40 Jahre in denen dieser Kult speziell innerhalb der nicht-monastischen Bevölkerung großen Zulauf erfahren hat, die Hoffnung und die Aussicht auf Befreiung durch einen von außen kommenden Erlöser dazu dient die gegenwärtige verhängnisvolle und oftmals aussichtslos scheinende Situation der Menschen erträglicher zu machen. Die Befreiung wird in eine ferne Zukunft projiziert und wird nicht aus eigener Kraft, sondern durch das Erscheinen eines liebevollen, mitfühlenden Buddhas realisiert.

Aus psychologischer Perspektive bieten Religion und religiöse Praktiken für die Menschen Burmas die Möglichkeit einen Handlungs- und Ausdrucksraum zu eröffnen, der im alltäglichen Leben, das in weiten Teilen reglementiert, überwacht und eingeschränkt ist, nicht vorhanden ist. Religiöse Vorstellungen und Glaubensperspektiven ermöglichen die Auffassungsweise der Menschen über ihre eigene Situation von einer spezifischen Perspektive zu beleuchten und eröffnen Einblicke in den Umgang mit einer scheinbar ausweglos erscheinenden Situation.

Laut der australischen Anthropologin Monique Skidmore stellen Meditation, buddhistisches Geistestraining oder das Praktizieren okkult, magischer Praktiken, eine Form des Eskapismus dar, der es ermöglicht Ebenen im eigenen Geist zu erschließen, eine innere Zufluchtstätte zu finden, die die äußere Realität nicht zur Verfügung stellen kann.<sup>9</sup> Die amerikanische Anthropologin Ingrid Jor-

9 Monique Skidmore: »I resist in my mind only«, Interview mit ABC-Radio, Oktober 2007.



dt weist darauf hin, dass der Einfluß der »Neuen Laien«, die zu Millionen in die zahlreichen Meditationszentren strömen, nicht unterschätzt werden darf. Die Laien-Meditationsbewegung scheint eine eindrucksvolle Herausforderung für das Streben des Regimes nach karmischer Vorherrschaft darzustellen.<sup>10</sup>

Mein Anliegen ist es, anhand dieser Erörterungen, die Verbindung und Interaktion zwischen der gegenwärtigen politischen Lage und der gelebten religiösen Vorstellungen und Praxis etwas zu verdeutlichen. Es muss erwähnt werden, dass nicht nur das Pantheon der religiösen und spirituellen Ausdrucksformen im Burma der Gegenwart in seiner komplexen Vielfalt tiefe Einblicke in die Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsweisen der Menschen liefert. Auch die verschiedenen Aspekte der Philosophie und Praxis der traditionellen Medizin – von Hexerei bis Alchemie – sind in ihrer Reichhaltigkeit und Fülle Teil der gelebten Praxis und stellen einen wichtigen Aspekt im alltäglichen Leben der Menschen dar. Aus religionswissenschaftlicher und kulturanthropologischer Perspektive erlaubt diese gelebte Vielfalt, ihre verschiedenen Ausdrucksformen und Praktiken, profunde Einsichten und Erkenntnisse in das Potential und die scheinbar grenzenlosen Möglichkeiten des menschlichen Geistes. Es darf demnach nicht der Fehler gemacht werden, Formen religiösen Ausdrucks einseitig aus einer psychologischen und sozialen Perspektive zu beleuchten.

Im Falle Burmas und der religiösen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte kann durch die landesweit ausgeübten Formen der Meditation und des buddhistischen Geistestrainings eine Bewegung in Richtung innerlicher, innwendiger Resistenz und Widerstandskraft beobachtet werden, ein Erkennen des Potentials, das im menschlichen Geist verborgen liegt, so wie schon der Buddha vor mehr als 2500 Jahren treffsicher erkannte. In der Zukunft wird diese Einsicht und diese Hinwendung zu spirituellen, geistigen Dimensionen möglicherweise großes Potential zur Veränderung eröffnen.

Um mit den Worten des Buddhas zu schließen:

*»Mind is the universal ordering principle. Happiness, freedom and peace depend upon the mind.«<sup>11</sup>*

10 Ingrid Jordt: »Burma's Mass Lay Meditation Movement«, 2007.

11 Sogyal Rinpoche: »The Tibetan Book of Living and Dying«

## Literatur

- Bischoff, Roger. 1995. *Buddhism in Myanmar: A short history*. The Wheel Publication. Sri Lanka.
- Brac de la Perrière, Benedicte. 2005a. »The Taungbyon Festival: Locality and Nation Confronting in the Cult of the 37 Lords«. In: *Burma at the Turn of Twenty First Century*. Ed. Monique Skidmore, University of Hawaii Press.
- Hauser, Beatrix. 2000. *Tanzen, Trinken, Transvestiten: Überlegungen zur Gestaltung und Intentionalität von Ritualen am Beispiel der Nat-Verehrung in Myanmar (Burma)*.
- In: Köpping, Klaus Peter. Rao, Ursula. *Im Rausch des Rituals: Gestaltung und Transformation der Wirklichkeit in körperlicher Performanz*. Lit Verlag.
- Jordt, Ingrid. 2007. *Burma's Mass Lay Meditation Movement*. Ohio University Press.
- Mendelson, Michael E. 1961. *A Messianic Buddhist Association in Upper Burma*. Bulletin SOAS vol.XXIV, part 3. School of Oriental and African Studies. London.
- Nash, Manning. 1965. *The Golden Road to Modernity: Village Life in Contemporary Burma*. The University of Chicago Press.
- Rinpoche, Sogyal, 2004. *Das tibetische Buch vom Leben und vom Sterben*. Frankfurt. Fischer Verlag.
- Skidmore, Monique. 2007. Interview mit ABD-Radio, Australien: <http://www.abc.net.au/rn/allinthemind/stories/2007/2050769.htm>.
- Spiro, Melford Elliot. 1978. *Burmese Supernaturalism*. Institute for the Study of Human Issues, Philadelphia.
- U Maung Htin Aung. 1959. *Folk Elements in Burmese Buddhism*. Department of Religious Affairs, Kaba Aye Pagoda Road, Rangoon, Burma.

Sigi Stupnig

## Der Krieg in Tschetschenien: Eine Konfliktanalyse und Friedensperspektiven

### Einleitung

Die wiederholten Versuche Russlands, das Volk der TschetschenInnen auszurotten, haben den Überlebens- und Freiheitswillen der stolzen Nochtschi<sup>1</sup> im Laufe der letzten 200 Jahre weiter gestärkt. Am Ende des jahrzehntelangen Nordkaukasischen Widerstandskrieges im 19. Jahrhundert waren nur noch 89.000 TschetschenInnen am Leben. Bis auf den heutigen Tag ist die Geburtenrate bei den TschetschenInnen besonders hoch geblieben, aus Angst, sie könnten eines Tages doch ausgerottet werden. Der rote Terror in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts und die Deportation im Februar 1944 sowie die Jahre in der Verbannung dürften insgesamt eine halbe Million Todesopfer unter den TschetschenInnen gefordert haben. Im ersten Tschetschenienkrieg (1994–96) und im zweiten Tschetschenienkrieg (1999–?) dürften wieder 200.000 TschetschenInnen getötet worden sein. Längst sind die TschetschenInnen auch ein Volk der Diaspora geworden, mit großen Gemeinden in mehreren Ländern der Welt.<sup>2</sup>

### »Isolationismus« – Die Rolle Europas im Tschetschenienkrieg

Jeder soll vor seiner eigenen Haustüre kehren, heißt ein triviales Sprichwort. Nach diesem Motto verhält sich auch die Europäische Union im Tschetschenien-Konflikt. Tatenlosigkeit wurde zur obersten Regel erhoben, die TschetschenInnen ihrem Schicksal, der russischen Armee und dem FSB überlassen (vgl. Glucksmann 2005, S. 185 ff.). Putin konnte »seinen« Tschetschenienkrieg dem Westen als Anti-Terrormaßnahme verkaufen und davon ablenken, dass der Konflikt lokale Wurzeln hat. Der ehemalige Generalsekretär des Außenamtes, Albert Rohan, wies zurecht Recht daraufhin, dass im Nordkaukasus ein »Sammelsurium« an bewaffneten Gruppierungen

1 Nochtschi (tschetschenisch) = Tschetschenen

2 Die zahlenmäßig stärkste tschetschenische Diaspora befindet sich in der Türkei.

gen unterwegs ist, welche sich nicht nur gegen die russische Armee stellen, sondern auch untereinander verfeindet sind (3. September 2004, ORF ZiB). Schweigen und Untätigkeit kommt freilich auch einem unausgesprochenen Einverständnis mit dem Vorgehen der russischen Armee gegen die tschetschenische Zivilbevölkerung gleich. Diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird letztlich auch die Europäische Union zu verantworten haben. Staatsoberhäupter aus aller Welt sind bei den Paraden der russischen Truppen applaudierend anwesend, jener Armee, die seit bald 14 Jahren das tschetschenische Volk massakriert (vgl. Glucksmann 2007, S. 143 f.).

### Der zentrale Begriff der Freiheit für die TschetschenInnen

Ein tschetschenischer Mann erläutert anhand einer Zeichnung, die er angefertigt hat und auf der die tschetschenische Flagge und noch eine kleinere Fahne zu sehen sind, den Freiheitsbegriff seines Volkes:

»Bei allen Gedanken komme ich zu Tschetschenien und den Krieg. Alle tschetschenischen Schwierigkeiten sind verbunden mit Freiheit. Viele wissen gar nicht, woher die Probleme eigentlich kommen.

Die zweite Flagge auf der Zeichnung ist schwarz. Ich habe mich an einen Witz aus der Schule erinnert. Wir sollten dort etwas malen. Ein kleiner Bub hatte etwas in schwarz gemalen und gesagt: Das ist ein schwarzer Afrikaner im Dunkeln. Es gibt bei uns einen Spruch von der Dunkelheit der Geschichte. Er ist negativ und bedeutet, dass immer gekämpft wurde. Jetzt geht der Weg wieder in die Dunkelheit, es gibt keinen Ausweg. Wir wollten Freiheit und haben viel Schlimmeres bekommen als vorher.« (Stupnig 2008, S. 86)

### Krieg als Grundelement Russlands imperialer Identität

Zur Rechtfertigung seiner Existenz musste Moskau immer einen Punkt finden, auf den es seinen Blutstrom lenken konnte. Die Angst Russlands, Tschetschenien und in der Folge den ganzen Kaukasus zu verlieren, führte zu einer Vertreibungspolitik, welche die TschetschenInnen auch zu einem Volk der Diaspora gemacht hat. Einflussreiche TschetschenInnen leben in Moskau und der Türkei (vgl. Koroljow, Der Standard, 4./5. September 2004).

### Tschetschenisierung

Achmad Kadyrow hatte noch im ersten Tschetschenienkrieg (1994–96) zum Heiligen Krieg gegen Russland aufgerufen. In der Zwischenkriegszeit war ihm wohl klar geworden, dass eine völlige Unabhängigkeit nur Wunschdenken war und vor allem waren an der Seite des Kremls Geld und Macht zu erlangen. Als Kadyrow beschloss, die Einnahmen, die mit dem tschetschenischen Erdöl zu erzielen waren, nicht mehr mit dem Kreml zu teilen, war das wohl sein Todesurteil. Am 9. Mai 2004 wird er Opfer eines Attentates, hinter dem die Handschrift des russischen Geheimdienstes FSB zu erkennen war. Ramsan Kadyrow tritt die Nachfolge seines Vaters an und darf von nun an in Tschetschenien tun, was ihm beliebt. Er unterhält eine mehrere tausend Mann starke Miliz, unter denen sich auch zahlreiche frühere Rebellen befinden, und terrorisiert damit die Zivilbevölkerung<sup>3</sup>. Kadyrow jun. ist mittlerweile durchaus in der Lage den Kreml zu erpressen. Wenn man ihn nicht gewähren lässt, dann kann er damit drohen mit seiner Armee in die Berge zu gehen um gegen die Russen zu kämpfen. Natürlich hat sich Russland nicht gänzlich aus dem Nordkaukasus zurückgezogen. Hinter den Kulissen überwacht der Inlandsgeheimdienst FSB die Geschehnisse, um bei Bedarf wieder lenkend einzugreifen (vgl. Scholl 2007, S. 12 ff.).

### Religion

Bei den kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen Tschetschenien und Russland war der Einfluss der Religion unterschiedlich hoch. Waren islamistische Kräfte während des ersten Tschetschenienkrieges (1994–96) so gut wie nicht vorhanden, spielen sie im zweiten Tschetschenienkrieg (seit 1999) eine übergeordnete Rolle. Da der islamische Fundamentalismus den muslimischen Völkern im Nordkaukasus seit jeher fremd ist, konnte ein überwiegender Teil der TschetschenInnen, die sich den traditionellen sufitischen religiösen Praktiken verbunden fühlen, mit den Wahhabiten wenig anfangen. Die Islamisierung des Konfliktes war von Moskau vor allem während der Zwischenkriegszeit (1996–99) gefördert worden.

3 Der damalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder begrüßte den in Begleitung von Wladimir Putin angereisten Ramzan Kadyrow am 10. April 2005 in Hannover. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen hatten zu diesem Zeitpunkt längst schwerwiegende Vorwürfe gegen Kadyrow jun. erhoben.

Die islamistische Opposition wurde, um Präsident Maschadow zu schwächen, vom Kreml unterstützt. Zu Beginn des zweiten Feldzuges wurden tschetschenische Feldkommandeure, die in Opposition zu Maschadow standen, von den russischen Streitkräften verschont. Das ungemein brutale Vorgehen der russischen Streitkräfte erhöhte den Zulauf zu den Fundamentalisten. Viele junge Tschetschenen schlossen sich aus Perspektivlosigkeit den wahhabitischen Bewegungen an. Dass es unter den Wahhabiten im Nordkaukasus aber auch gewaltfreie Gruppierungen gibt, findet nur selten Erwähnung. Die andauernde Krise in der Region wird den Wahhabiten jedenfalls weiteren Nachwuchs beschern (vgl. Cremer 2007, S. 17 ff.).

Der andauernde Krieg, die stabile Gesetzlosigkeit, haben längst die tschetschenischen Traditionen, die dem Volk in den letzten Jahrhunderten das Überleben in Unterdrückung gesichert haben, ins Wanken gebracht. Nicht nur Häuser und Dörfer wurden zerstört auch die Werte wurden ausradiert. Schuld daran sind islamistische Radikale, die auf viele junge Tschetschenen großen Einfluss haben. Auf das Wort der Ältesten, das früher Gesetz war, wird heute vielfach nicht mehr gehört (vgl. Muradow 2003, S. 202 f.).

### Radikalisierung des Widerstandes

Der gemäßigte Präsident des tschetschenischen Widerstandes, Aslan Maschadow, war vielen jungen Tschetschenen im Laufe des zweiten Tschetschenienkrieges viel zu tolerant, sie wandten sich dem radikalen Feldkommandeur Schamil Bassajew zu. Die zahlreichen entführten, gefolterten und ermordeten Angehörigen machten es den Fundamentalisten leicht, Nachwuchs für ihre Zwecke zu gewinnen (vgl. Poltikowskaja 2003, S. 307). Maschadow war gleichzeitig der Führer der westlich orientierten tschetschenischen Rebellen. Diese appellierten immer wieder an den Europarat und an die internationalen Menschenrechtsorganisationen. Dass Maschadow bis zu seiner Ermordung maßgeblichen Einfluss in der Separatistenbewegung hatte, zeigte sich beispielsweise darin, dass der Untergrundpräsident wenige Wochen vor seinem Tod einen einseitigen Waffenstillstand ausrief, an den sich alle Kampfeinheiten des tschetschenischen Widerstandes hielten. Die von vielen befürchtete Rolle eines Märtyrers hat Maschadow dennoch im Bewusstsein der TschetschenInnen eher nicht eingenommen. Im Laufe des

zweiten Tschetschenienkrieges haben sich bei den Widerstandskämpfern die »Orientalisten« durchgesetzt, die sich für eine islamische Umerziehung ihres Volkes aussprechen. Bekanntester Vertreter der »Orientalisten« war Schamil Bassajew (vgl. Schrepfer-Proskurjakov 2004, S. 2 ff.).

Bassajew, der im Sommer 2006 bei einem Unfall getötet wurde, war bei den Rebellen sehr populär und hat sich zu zahlreichen Terroranschlägen bekannt. Dennoch dürfte seine islamistische Attitüde reine Taktik gewesen sein. Seine Radikalisierung begann im ersten Tschetschenienkrieg, als Bassajew seine ganze Familie verlor. Unterstützung von den Wahhabiten hat der Feldkommandeur jedenfalls spätestens seit Ende des ersten Tschetschenienkrieges erhalten. Viele Sicherheitsexperten meinen aber, Bassajew sei ein Nationalist und kein »echter« Wahhabit gewesen (vgl. Der Standard, 4./5. September 2007).

### Verhandlungen

Aslan Maschadow, eine bedeutende Identifikationsfigur der TschetschenInnen, wurde im März 2005 vom russischen Geheimdienst liquidiert. Anna Politkovskaja sprach damals sogar vom »Ende einer Epoche«. Bis zuletzt hatte er die russische Führung aufgefordert, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Maschadow galt nicht nur im Westen als besonnener und stets zu Kompromissen bereiter Politiker. In vielen Bereichen ist es dem einzigen in freien Wahlen gewählten tschetschenischen Präsidenten jedoch nicht gelungen sich durchzusetzen. Dass Russland Maschadow späterhin als Terrorist abgestempelt hat, konnte einer friedlichen Lösung des Konfliktes nur im Wege stehen (vgl. Der Standard, 24. Juni 2004). Seine Nachfolge, die zweite Generation des Widerstandes, hat zweifelsfrei den islamistischen Extremismus in den Nordkaukasus gebracht. Mit diesen ins Gespräch zu kommen dürfte sich ungleich schwieriger gestalten. Verhandlungen sollten aber beispielsweise auch mit der tschetschenischen Diaspora in Moskau geführt werden. Die völlige Unabhängigkeit der tschetschenischen Republik Itschkeria steht derzeit wohl nicht zur Disposition (und wäre auch nicht im Sinne eines gewichtigen Teiles der Diaspora in Moskau), wohl aber kann über eine weitgehende Autonomie gesprochen werden. Eine Situation, die mit dem Kadyrow-Clan mehr oder weniger bereits eingetreten ist, aber ein Groß-

teil der TschetschenInnen lehnt die Kadyrowzi und ihre brutalen Methoden nach wie vor ab.

Dabei gäbe es durchaus Persönlichkeiten, die für einen größeren Teil der tschetschenischen Bevölkerung als Präsidenten akzeptabel wären. Aslambek Aslachanow oder der Geschäftsmann Malik Saidullajew sind bekannte »Moskauer« Tschetschenen, die schon im Jahr 2003 bei den Präsidentschaftswahlen gegen Achmad Kadyrow antreten wollten, damals wurde ihre Kandidatur jedoch verhindert (Voswinkel 2005, S. 101). Saidullajew ist populär und wäre möglicherweise in der Lage einen nicht unbeträchtlichen Teil der Tschetschenen und Tschetscheninnen zu vereinen. Zugute kommt ihm auch, dass er dem zahlenmäßig größten Tejp Tschetscheniens, dem Benoi-Tejjp, angehört, der von etwa 100.000 TschetschenInnen gebildet wird. Die in Europa lebenden Führer der tschetschenischen Unabhängigkeitsbewegung, allen voran Achmed Sakajew, mussten vor den Kreml Truppen fliehen und kämen wohl nur bei einer völligen Unabhängigkeit der tschetschenischen Republik als Staatschef in Frage. Natürlich bleibt eine möglichst unkontrollierbare Spirale der Gewalt für viele der am Konflikt Beteiligten die vorerst beste Lösung. Die Radikalisierung des Widerstandes nach Maschadows Ermordung spielt ohnehin jenen Kräften in die Hände, die von der massiven Abzweigung der russischen Entwicklungsgelder und der Ölindustrie am meisten profitieren. In erster Linie sind das die moskautreuen Tschetschenen und das russische Militär selbst (vgl. Der Standard 23. Juni 2004).

### Kein nationaler Befreiungskampf

Im Oktober 2007 ernannte sich der bisherige Untergrundpräsident Tschetscheniens, Dokku Umarow, zum »Emir des Nordkaukasus.« Umarow ist seit Abdul-Chalim Saidulajews Tod im Juni 2006 Anführer der tschetschenischen Rebellen. Der frühere Feldkommandeur des tschetschenischen Widerstandes sieht seine Kämpfer als Teilnehmer eines weltweiten »Heiligen Krieges« gegen die Ungläubigen. Dass der Befreiungskampf von Russland nicht mehr im Mittelpunkt der tschetschenischen Rebellen steht, ist auf den Einfluss von islamistischen Gruppierungen zurückzuführen. Auf großen Widerstand stieß Umarow mit seiner neuen Strategie jedenfalls beim nationalistischen Flügel der tschetschenischen Widerstandsbewegung. Achmed Sakajew, der in London lebt und als Außenminis-



ter der tschetschenischen Republik Itschkeria tätig ist, distanzierte sich von den Kämpfern im Nordkaukasus, da die Gefahr bestehe, dass man sie als Teil des internationalen Terrorismus diffamieren könnte (vgl. Ludwig 2008 und kavkazcenter 2007, [http://www.kavkazcenter.com/eng/content/2007/12/11/9167\\_print.html](http://www.kavkazcenter.com/eng/content/2007/12/11/9167_print.html)).

Die Vereinigung aller nordkaukasischen Völker im Kampf gegen die Ungläubigen stellt letztlich auch eine bedeutende Gemeinsamkeit mit den Kolonialkriegen des 18. und 19. Jahrhunderts dar. Der tschetschenische Nationalheld Scheich Mansur sah sein Lebensziel darin, alle Völker des Nordkaukasus im Kampf gegen das Zarenreich zu vereinen, sein Nachfolger Imam Schamil (ein Awarer) verfolgte das gleiche Ziel. Für beide endete der Kampf gegen die Russen mit Gefangennahme und Verbannung. Mansur wurde 1791 festgenommen und Schamil ergab sich 1859 (vgl. Politkovskaja 2003, S. 315 ff.).

Die Anhänger des Nordkaukasischen Emirates berufen sich auf die islamisch fundierte Widerstandstradition des 19. Jahrhunderts und sollten nicht mit den fundamentalistischen Einflüssen von außen, dem Wahhabismus, verwechselt werden. Russland benützte die islamistische Gefahr bekanntlich dafür, um in Tschetschenien einen »Krieg gegen den internationalen Terrorismus« auszurufen, der zu ausufernder Gewalt gegenüber der tschetschenischen Zivilbevölkerung führte (vgl. Halbach 2005, S. 104).

### Kann der Krieg ein Ende finden?

»Ich glaube nicht, dass irgendein Ende in Sicht ist, und ich kann hier nicht die Optimistin spielen. Es werden keinerlei Schritte unternommen vonseiten der offiziellen Macht, irgendetwas zur Beendigung dieses Konflikts beizutragen. Es gibt keinerlei Signale für einen Dialog, weder von der einen noch von der anderen Seite.« (Der Standard, 9. Oktober 2006)

Diese Worte stammen von der im Oktober 2006 getöteten Journalistin Anna Politkovskaja, die dem Kreml regelmäßig Lösungsvorschläge zur Beendigung des Krieges hatte zukommen lassen. Später hatte sie resigniert, sie galt im Westen als die Tschetschenien Expertin schlechthin und ihre analytischen Vorhersagen zur Lage im Nordkaukasus haben sich so gut wie immer erfüllt. Für Politkovskaja war klar, dass die TschetschenInnen auf lange Sicht keinen Präsidenten von Russlands Gnaden akzeptieren würden, sondern einen

Rat, in dem die wichtigsten tschetschenischen Vertreter sitzen, vorziehen. Dem Charakter der TschetschenInnen kommt es ohnehin entgegen, wenn kollektiv und nicht autoritär regiert wird.

Der frühere Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschetschenischen Republik Itschkeria, Ilyas Akhmadow, hatte 2003 im Auftrag seines Präsidenten Aslan Maschadow der russischen Führung einen umfassenden Friedensplan vorgelegt. Die darin enthaltenen Vorschläge hätten es Russland ermöglicht ohne Gesichtsverlust aus Tschetschenien abzuziehen. Gefordert wurde nur eine bedingte Unabhängigkeit. Frieden und Demokratie sollten mit Hilfe einer internationalen Verwaltung in einer mehrjährigen Übergangszeit erreicht werden. Maschadow war bereit auf alle politischen Ämter zu verzichten!

Die TschetschenInnen haben lange vor der Unabhängigkeitserklärung in Amerika (1776) in einer voll dezentralisierten Demokratie gelebt, ihre Kultur basiert auf »tief verwurzelten Werten von persönlicher und genereller Freiheit«. Russische Sicherheitsinteressen wären nach diesem Vorschlag berücksichtigt, da eine vollständige Unabhängigkeit Tschetscheniens erst nach mehreren Jahren der Übergangszeit und einer gelungenen Demokratisierung des Landes in Frage käme. International gesehen, könnte ein Demokratisierungsprozess in Tschetschenien auch eine Rückkehr zu demokratischen Reformen in Russland bewirken (vgl. Akhmadov 2003, d-k-g.de). Der Einfluss Russlands auf diese bedingte Unabhängigkeit wäre schon dadurch gegeben gewesen, da sich die TschetschenInnen eine UN-Resolution gewünscht hätten (Russland ist ständiges Mitglied des Sicherheitsrates). Anleihen zur bedingten tschetschenischen Unabhängigkeit sind bei der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats im Fall Kosowo zu nehmen, auch hier wurde nach Jahren der internationalen Einflussnahme nunmehr die Unabhängigkeit des Staates Kosowo anerkannt. Mittel und Engagement, die der Demokratisierungsprozess in Tschetschenien benötigt, sind jedenfalls von der Europäischen Union zur Verfügung zu stellen. Sicher kein hoher Preis für Sicherheit und Stabilität im Nordkaukasus (vgl. Akhmadov, d-k-g.de). Der tschetschenische Vorschlag sieht ebenso wie das Latautonomy Projekt (siehe unten) die Einbeziehung von wichtigen Vertretern der Zivilgesellschaft vor, um die Vorschläge zu erörtern. Neben russischen und tschetschenischen Persönlichkeiten sollten hier auch Tschetschenienexperten, wie etwa der

französische Bürgerrechtler André Glucksmann zu Wort kommen. Der Friedensplan von Ilyas Akhmadow wurde von zahlreichen Prominenten und Bürgern durch Unterschriften unterstützt.

### Latautonomy Projekt

Der Sozialanthropologe Alexej Klutschewsky (2005) betont die Notwendigkeit einer innertschetschenischen Konsolidierung um den Konflikt im Nordkaukasus zu beenden. Die Spannungen innerhalb der Separatistenbewegung erschweren diese Voraussetzung jedenfalls, da Dokku Umarov und seine Anhänger nunmehr nicht die Unabhängigkeit Tschetscheniens, sondern ein Nordkaukasisches Emirat als Ziel ihres Kampfes ansehen. Klutschewskys erster Lösungsvorschlag, *die separatistische Lösung*, käme in erster Linie für die Anhänger des früheren Präsidenten Maschadow in Frage, sieht diese doch eine volle nationale Souveränität und Unabhängigkeit für die tschetschenische Republik Itschkeria vor.

*Tschetschenien als besonderes Subjekt* der Russischen Föderation besteht bereits und hat den TschetschenInnen einen Angstfrieden bzw. eine Stabilität des Schreckens gebracht. Für diese Lösung stehen die Anhänger des Ramzan Kadyrow.

Die *Politisch-administrative Trennung Tschetscheniens* in zwei Regionen sieht die Teilung der Bevölkerung der Berge und der Ebene vor. Darunter würde die Gebirgsbevölkerung vermutlich noch mehr leiden, als sie es ohnehin tut, was wiederum Konfliktpotential in sich birgt.

Ein von Fundamentalisten geführter Staat, die *wahhabitische Lösung*, scheint ebenfalls nicht im Sinne der tschetschenischen Bevölkerung zu sein, da die Ablehnung der »Bärtigen« ungebrochen hoch ist. Der abschließende Vorschlag einer multikulturellen Autonomie beinhaltet eine funktionierende Wiederaufbauhilfe mit einer Stärkung der Wirtschaft. In Grosny schreitet der Aufbau der zerstörten Stadt weiter voran, es entstehen Vorzeigeprachtbauten, dennoch gibt es eine extrem hohe Arbeitslosigkeit bzw. bleiben die Gehälter für die Bauarbeit in vielen Fällen aus (vgl. Klutschewsky 2005, S. 347 ff.).

### Ausblick

Zbigniew Brzezinski, der frühere Nationale Sicherheitsberater der USA, rechnet damit, dass die Russische Föderation in den nächsten Jahren zerfallen wird. Russland wird sein großes Kolonialreich

früher oder später verlieren, der Nordkaukasus wird möglicherweise schon in der Ära nach Putin verloren gehen. Pläne der früheren tschetschenischen Untergrundregierung, eine Konföderation mit Georgien zu bilden, könnten dann wieder in Betracht gezogen werden, wenn die ehemaligen politischen Mitglieder der Unabhängigkeitsbewegung aus ihren Asylländern nach Tschetschenien zurückkehren dürfen. Georgien strebt längerfristig eine Mitgliedschaft in der Nato und auch in der EU an, somit könnte Europa seine Schuld an Tschetschenien zurückzahlen (vgl. Rau 2005, S. 5 ff.).

Möglicherweise wird sich ja Putins Nachfolger Medwedew von seinem »Gönner« emanzipieren und sich an einer Lösung des Nordkaukasus Konflikts interessiert zeigen. Tschetschenien hat Putin tiefe Wunden zugefügt, wann immer er zu diesem Thema gefragt wurde, verlor der frühere russische Präsident die Beherrschung.

In Tschetschenien gibt es keine flächenmäßige Zerstörung mehr, Kriegshandlungen finden in den Bergen statt bzw. haben eher auf die Nachbarrepubliken Dagestan und Inguschetien übergegriffen. Die »Stabilisierung« unter Ramzan Kadyrow ist dennoch oberflächlich und fragil, weil ohne jegliche Demokratisierung zustande gekommen. Das historisch gewachsene Misstrauen zwischen RussInnen und TschetschenInnen wurde durch die extrem grausam geführten Kriege in den letzten Jahren zusätzlich genährt. Russland wird nicht nur das kollektive Trauma der TschetschenInnen, die Deportation von 1944, als Verbrechen gegen die Menschheit anerkennen müssen, sondern auch die Massaker an der tschetschenischen Zivilbevölkerung in der jüngsten Vergangenheit einzustehen haben. Die TschetschenInnen werden sich eingehend mit den Traumata ihrer Vergangenheit (vgl. Szyszkowitz 2008) befassen müssen und eine neu entstehende Schicht von Intellektuellen wird die Aufgabe haben, die TschetschenInnen über eigene Fehler und Versäumnisse aufzuklären. Eine Wahrheitskommission wird über die tausenden Fälle von verschwundenen TschetschenInnen und damit der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit beitragen müssen. Die Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen wird naturgemäß auf großen Widerstand stoßen, spielen doch viele der Kriegsverbrecher, wie etwa der frühere russische General Schamanov, einflussreiche Rollen in politischen Positionen.

Viele Tschetschenen und Tschetscheninnen fürchten den Ausbruch eines erneuten Krieges. Ramzan Kadyrow hatte im ersten

Tschetschenienkrieg gegen die Russen gekämpft und wird vom Kreml nur mit Mühe und sehr viel Geld bei Laune gehalten, er könnte sich den Kämpfern in den Bergen anschließen und damit einen weiteren katastrophalen Feldzug der Russen herausfordern. Das tschetschenische Volk aber ist kriegsmüde und akzeptiert wohl auch deshalb den viel geschmähten Präsidenten. Derzeit treiben die Machtstrukturen in Tschetschenien wieder viele der jungen Männer in die Arme der Rebellen, es kommt immer wieder zu brutalen Übergriffen gegen Jugendliche, die gezwungen werden sollen Angaben über Kämpfer zu machen. In Tschetschenien kommt es nach wie vor zu außergerichtlichen Hinrichtungen von Zivilisten, denen vorgeworfen wird mit den Kämpfern Kontakt zu haben (vgl. Gannuschkina 2007).

Sinn des Krieges war es wohl die Strukturen der tschetschenischen Zivilgesellschaft zu zerstören, um dem stolzen Volk sein Aufbegehren und seinen ewigen Willen nach Freiheit endgültig zu nehmen. Was kein Zar, nicht einmal der Völkermörder Stalin geschafft hat, nämlich die TschetschenInnen zu unterdrücken oder besser gleich auszurotten, woran auch Jelzin und Putin erbärmlich gescheitert sind, dazu wird auch in Zukunft kein russischer Herrscher in der Lage sein. Am Ende wird nicht nur die Unabhängigkeit Tschetscheniens, sondern des gesamten Nordkaukasus stehen. »Lebe in Freiheit und Frieden« ist der Abschiedsgruß der TschetschenInnen.

#### Literatur

- Akhmadov, Ilyas: Die russisch-tschetschenische Tragödie: Der Weg zum Frieden und zur Demokratie. Bedingte Unabhängigkeit unter einer internationalen Verwaltung. Schriftstück vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Tschetschenischen Republik Itschkeria, 2003 (zum Download auf der Website der Deutsch-Kaukasischen Gesellschaft: [www.d-k-g.de](http://www.d-k-g.de)).
- Cremer, Marit: Fremdbestimmtes Leben. Eine biographische Studie über Frauen in Tschetschenien. Bielefeld: Transcript Verlag 2007.
- Gannuschkina, Svetlana (Hg.): Zur Lage der Bewohner Tschetscheniens in der Russischen Föderation, 2007 (Download unter: [www.refugee.memo.ru](http://www.refugee.memo.ru))
- Glucksmann, André: Hass – Die Rückkehr einer elementaren Gewalt. München: Carl Hanser Verlag 2005.
- Glucksmann, André: Wut eines Kindes, Zorn eines Lebens. Erinnerungen. München: Carl Hanser Verlag 2007.
- Halbach, Uwe: Der weiche Bauch. Russlands schwächste Stelle: Der Nordkaukasus. In: Ullrich, Volker; Berie, Eva (Hg.): Russland und der Kaukasus. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2005, S. 103–106.

- Klutschewsky, Alexej: Vorschläge für eine andere Welt. Tschetschenien im Krieg um das autonome Subjekt. In: Gabriel, Leo-Latautonomy (Hg.): Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie. Wien: Mandelbaum Verlag 2005, S. 294–368.
- Muradow, Musa: Die Wunden der Seele. Wie der Krieg die tschetschenische Gesellschaft spaltet. . In: Hassel, Florian (Hg.): Der Krieg im Schatten – Russland und Tschetschenien. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, S. 190–204.
- Politkovskaja, Anna: Tschetschenien – Die Wahrheit über den Krieg. Köln: DuMont Literatur und Kunst Verlag 2003.
- Rau, Johannes: Russland – Georgien – Tschetschenien. Der Konflikt um das Pankisi-Tal. Berlin: Verlag Dr. Köster 2005.
- Scholl, Susanne: Töchter des Krieges. Überleben in Tschetschenien. Wien: Molden Verlag 2007.
- Stupnig, Siegfried: Psychosoziale und psychotherapeutische Arbeit mit tschetschenischen Kriegsflüchtlingen in Kärnten und theoretische Ausführungen zu den Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien. Universität Klagenfurt, Diplomarbeit 2008.
- Szyszkowitz, Tessa (2008): Trauma und Terror. Zum palästinensischen und tschetschenischen Nationalismus. Wien: Böhlau Verlag 2008.
- Voswinkel, Johannes: Lunapark in der Kaserne. In: Ullrich, Volker; Berie, Eva (Hg.): Russland und der Kaukasus. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2005, S. 100–103.

#### Zeitungen

- Kirchengast, Josef: »Viele Kriegsgewinnler«, Der Standard 23. Juni 2004.
- Koroljow, Anatolij: »Tschetschenien und Tolstoi«, Der Standard 4./5. September 2004.
- Ludwig, Michael: »Tschetschenische Friedhofsruhe«, Frankfurter Allgemeine, 16. Jänner 2008.
- Rochowanski, Almut: »Ein Rebell auf Stimmenfang?« 24. Juni 2004.
- Schrepfer-Proskurjakov, Alexander: Russlands Krieg in Tschetschenien, Asyl Aktuell 3/2004.
- Steiner, Eduard: »Spur des russischen Bin Laden«, Der Standard 4./5. September 2004.

#### Internet

- Amir of the Caucasus Emirate abolishes the Cabinet of Ministers, the Parliament of the former C.R.I. [http://www.kavkazcenter.com/eng/content/2007/12/11/9167\\_print.html](http://www.kavkazcenter.com/eng/content/2007/12/11/9167_print.html) Zugriff: 14. 12. 2007

---

Susanne Scholl

## Töchter des Krieges – Überleben in Tschetschenien

In meinem Moskauer Kleiderkasten hängt einiges, was nicht mir gehört. Wenn meine Freundin Eva auf Besuch kommt, geht sie zu allererst zu diesem Kasten – und entledigt sich ihres Rockes und des Kopftuches. In Moskau trägt sie Jeans und eine knappe Lederjacke. Und offenes Haar. Und raucht auch die eine oder andere Zigarette. In meiner Wohnung, jedem fremden indiskreten Blick entzogen.

Meine Freundin Eva hat einen Ex-Ehemann, der sich nach islamischem Recht von ihr scheiden ließ und sie trotzdem vor kurzem so verprügelt hat, dass sie ins Spital musste.

Erst da haben Evas Brüder eingegriffen, sie aus dem Haus geholt, das eigentlich mit ihrem eigenen und dem Geld ihrer Brüder finanziert wurde und den Ex-Ehemann angezeigt. Nach dem wird jetzt gefahndet, aber es ist ziemlich unwahrscheinlich, dass er gefasst oder gar verurteilt wird. Und Eva sagt, ihre Brüder müssten die Angelegenheit mit ihrem Ex-Ehemann regeln, die seien schließlich Männer.

Eine andere tschetschenische Freundin lebt alleine in Moskau – mit ihren drei Kindern, die sie auch alleine durchbringt, weil ihr ehemaliger Mann und der Vater der drei Kinder nicht arbeitet und daher auch nicht zu ihrem Unterhalt beitragen kann.

Eine Bekannte musste ihr Kind bei den Eltern ihres verstorbenen Ehemanns zurücklassen. »Das erste Kind einer Frau gehört immer der Mutter des Vaters« – sagen meine tschetschenischen Freundinnen und das bedeutet oft, dass das Kind die Mutter erst wieder sieht, wenn es erwachsen ist. Denn wenn eine Tschetschenin wieder heiratet, egal ob sie verwitwet ist oder geschieden, nimmt ihr die Familie des ersten Ehemannes oft ihre Kinder weg.

Was nicht bedeutet, dass dies zum Wohl der Kinder geschieht. Meistens ist das Gegenteil der Fall.

Meine Freundin Eva hat etwas, was die Tschetscheninnen für Glück halten. Sie hat zwei Söhne.

Ihr prügelnder Ex-Mann hat vor allem den Älteren oft bei sich behalten, wenn Eva wieder einmal vor ihm geflüchtet ist. Und an dem Kind ausgelassen, was er der geflüchteten Mutter nicht antun

konnte. Er – und auch seine erste Frau und deren schon wesentlich ältere Kinder. Der Kleine hat große Angst vor dem Vater und dessen erster Familie, die sich immer wieder wie selbstverständlich auch in Evas Leben einmischte und einmischt.

Mädchen ergeht es in diesen Fällen meist noch viel schlechter. Sie werden lieblos und sehr früh an den erst besten verheiratet, ohne dass man sie je nach ihren Wünschen fragt.

Und dann ist da noch der berühmte Brauch des Brautraubes.

»Natürlich gibt es den Brautraub mit Zustimmung«, sagt meine Freundin Eva und lacht. Wenn sich die jungen Leute einig sind und dann trotzdem die Familie vor vollendete Tatsachen stellen – vielleicht, weil die Ältesten etwas gegen die Verbindung haben könnten und man das umgehen kann, wenn man sich rauben lässt.

Oft aber will die Frau den Mann nicht, der sie raubt. Was ihr wenig nützt. Denn kaum ist der Raub vollzogen, werden die erwähnten Ältesten hinzugezogen – und der Wille der Frau muss dem Ansehen der Familien weichen.

Die Kriege haben daran nichts geändert. Im Gegenteil.

Im Krieg klammert man sich an die wenigen Gewissheiten, die man hat. Und das ist oft eben nur das, was meine Freundin Eva »das Gesetz der Berge« nennt. Erst die russischen Bomben haben viele Familien in die Arme der sogenannten Wahabiten getrieben – die man auch vereinfacht als religiöse Fanatiker bezeichnen kann. Erst die russischen Bomben haben für sie das Terrain in Tschetschenien bereitet, in dem bis dahin ein ziemlich liberaler Islam gepflegt wurde.

A propos Bomben.

Während ich an meinem Schreibtisch sitze und das hier schreibe, fallen wieder russische Bomben. Und auch georgische.

Im Kaukasus ist ein neuer Krieg ausgebrochen – als ob die Region nicht schon krisengeschüttelt genug wäre.

In den vergangenen Monaten haben alle Seiten die Spannung immer weiter angeheizt. Moskau, Tiflis, Zchinvali, Suchumi und natürlich auch Washington. Alle wollten sie diesen Krieg, jeder aus anderen Motiven – und keines dieser Motive hatte etwas mit den Menschen in der Region zu tun.

Moskau wollte der Welt dringend klar machen, dass man ihm »seinen Hinterhof« nicht einfach so weg nehmen kann. Viel zu lange schon hatten sich – nach Moskauer Gefühl – »die Amerika-



ner« in Georgien breit gemacht. Viel zu oft und viel zu laut sprach der georgische Präsident Michail Saakaschwili vom NATO-Betritt seines Landes in naher Zukunft.

Georgien in der NATO? Ein direkter Nachbar im Pulverfass Kaukasus als NATO-Vorposten? In Moskau schüttelte es bei diesem Gedanken nicht nur die Militärs, sondern auch sämtliche nationalistisch-chauvinistisch agierende Politiker – und das sind heute zu Tage leider nur all zu viele.

Tiflis wiederum hatte ganz andere Probleme. Die vollmundigen Versprechen von Präsident Michail Saakaschwili, er werde Georgien in die Demokratie führen – und nebenbei die beiden abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien zurück holen – hatten am Ende seiner ersten Amtszeit viel an Glanz verloren. Seine Wiederwahl fand nicht nur unter Massenprotesten statt, sondern auch unter dem wohl nicht ganz unfundierten Vorwurf der Manipulation. Intern umstritten suchte der Präsident einen Ausweg. Ein Militärschlag um Südossetien zurück zu erobern schien da gerade recht zu kommen – zumal der gewandt englisch parlierende Saakaschwili offenbar der festen Überzeugung war, sein Freund George Bush – dem er sogar eine Straße in Tiflis gewidmet hatte – werde ihm im rechten Augenblick schon zur Seite stehen.

In Zchinvali wiederum glaubte man, die schon am Ende der Sowjetunion versuchte endgültige Loslösung von Georgien durchsetzen zu können – in der Annahme, Moskau werde dies bedingungslos gut heißen.

Allerdings darf das bezweifelt werden. Ob Moskau ein Interesse daran haben kann, sich die krisengeschüttelte kleine Region südlich des Kaukasus wirklich einzuverleiben – und damit erstens ein Großossetien im Nord- und Südkaukasus zu schaffen und zweitens alle – vor allem auch wirtschaftlichen – Probleme ebenfalls gleich mit zu erben, lässt sich irgendwie nicht wirklich vorstellen. Moskaus Idee ist wohl eine andere: ein Stützpunkt auf georgischem Territorium mit Unterstützung eines moskau-treuen Regimes in Zchinvali, das aber völkerrechtlich weiter seinen zu Zeiten auch so bequemen unklaren Status tunlichst behalten sollte.

Abchasien hat sich ja de facto längst endgültig losgesagt von Georgien und den Krieg in Südossetien genutzt, um auch den letzten georgischen Stützpunkt von seinem Territorium zu tilgen. In Suchumi stellt man sich nur noch die Frage, wie lange es noch

dauert, bis man sich endlich ganz offiziell für unabhängig erklären kann – natürlich immer unter dem Schutzmantel Moskaus.

Und dann sind da natürlich noch die USA.

Die finden Michail Saakaschwili ein Geschenk des Himmels – nicht nur, weil der Mann fließend Englisch spricht, sondern weil er ihnen den Zugang zu einem geopolitisch für Amerika außerordentlich wichtigen Gebiet öffnet. Dass er gerne Oppositionelle von der Polizei niederknüppeln lässt und es auch mit der Meinungsfreiheit nicht so wahnsinnig genau nimmt, kann die Administration Bush offenbar nicht weiter erschüttern. Hauptsache, man hat einen so hundertprozent loyalen Verbündeten direkt vor der Haustüre Moskaus – und in einem Gebiet, wo Öl fließt und ein Teil des sogenannten »Kriegs gegen den internationalen Terrorismus« stattfindet.

Soweit all jene, die sich von blutigen Auseinandersetzungen etwas versprechen.

Die in diesem Krieg sterben sind andere.

Im September 2002 herrschte so etwas wie Frieden in Zchinvali – auch wenn man überall Einschusslöcher sah und den Eindruck nicht los wurde, man sei in eine Stadt mitten im Krieg gekommen. Das Militär war unübersehbar, die Armut ebenso.

Auf dem Markt sprach ich mit den Frauen, die dort mit allem möglichen handelten: mit Baumwollsocken und bunten Bonbons, mit Seife oder großen Wolltüchern. Die eine war früher Lehrerin gewesen, die andere Ingenieurin.

Die Lehrerin genierte sich ein bisschen dafür, dass sie jetzt hier auf dem Markt Socken und Unterwäsche verkaufen musste. Aber, sagte sie, aber was soll man schon machen? Die Fabriken haben geschlossen, die Behörden zahlten so schlechte Gehälter, dass man zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben habe und irgendwie müsse man eben weitermachen. Im Übrigen sei sie froh, dass jetzt wenigstens nicht geschossen würde. Wenn nur kein Krieg mehr kommt, sagte sie, denn den haben wir schon gehabt, so etwas brauchen wir nicht noch einmal.

Wie in den muslimischen nordkaukasischen Republiken Tschetschenien und Inguschetien waren es auch hier in Südossetien die Frauen, die auf dem Markt standen, mit schweren Bündeln durch die Stadt marschierten, oder vollgepackte Leiterwägen hinter sich her zogen. Die Männer standen an den Straßenecken und rauch-

ten. Wären ihre Namen nicht sehr viel russischer, man hätte sie alle durchaus für Tschetschenen oder Inguschen halten können.

Die Ingenieurin beklagte sich nicht über ihre etwas erniedrigende Arbeit auf dem Markt und auch nicht über die vielen Militärs, die das Stadtbild prägten. Die seien ja zu ihrem Schutz da, sagte sie und zeigte lächelnd einen Goldzahn – so, wie ihn auch ihre georgische Nachbarin gerne getragen hatte.

Überhaupt, sagten die anderen Frauen, die sich inzwischen zu uns gesellt hatten, überhaupt hat es hier nie Probleme zwischen den verschiedenen Volksgruppen gegeben. Ein buntes Gemisch habe doch immer hier gelebt, Georgier, Osseten, Armenier und Russen. Na ja – Georgier oder Armenier haben wir schon damals keine mehr angetroffen in Zchinvali. So wie aus Abchasien hatte man sie am Ende der blutigen Kämpfe um eine Unabhängigkeit, die keinen Sinn macht, vertrieben.

Aus Abchasien an die 300.000. Jahrelang kampierten viele von ihnen im Zentrum von Tiflis in einem Hochhaushotel, das zum Symbol der angeschlagenen staatlichen Befindlichkeit Georgiens wurde. Gelöst hat man ihr Problem bis heute nicht – aber das Hotel abgerissen.

Die Ingenieurin auf dem Markt in Zchinvali jedenfalls sagte damals – als der georgische Präsident noch nicht Michail Saakaschwili hieß, der russische aber Wladimir Putin, es seien »die dort oben« die die Stimmung ständig anheizten. Die einfachen Leute auf beiden Seiten würden schon mit einander auskommen, wenn man sie nur ließe.

Für Tschetschenien hat das gleiche gegolten. Aber wenn man heute in Moskau spazieren geht und aussieht, als könnte man eventuell aus dem Kaukasus stammen, kann man seines Lebens nicht sicher sein. »Die da oben« haben es nämlich geschafft, die Stimmung in jeder Beziehung anzuheizen. Monate, bevor es zum wirklichen Krieg kam, wurden in Moskau – als Reaktion auf die wirklich ziemlich provokativ wirkende Verhaftung vier russischer Soldaten durch georgische Sicherheitskräfte, die den vier vorwarfen, Spione zu sein – als Reaktion darauf also, wurden in Moskau alle georgischen Restaurants geschlossen. Nur kurzfristig, weil die Moskauer traditionell lieber in ein georgisches, als in ein russisches Restaurant gehen. Davor hatte man schon unter dem Vorwand, es gäbe hygienische Mängel die Einfuhr georgischen Weins und

vor allem des georgischen Mineralwassers Borshomi verboten. Eine mittlere Katastrophe. Wer in Moskau überhaupt Wein trank, trank georgischen und Borshomi gilt den meisten Russen überhaupt als Allheilmittel.

Aber man tat noch mehr. An einem bestimmten Punkt begann man, Georgier des Landes zu verweisen. Nun ist die georgische Diaspora in Moskau eine der größten überhaupt und nicht jeder Georgier, der hier lebt, tut dies unbedingt auch mit den nötigen Papieren. Was die Moskauer Behörden aber taten war beispiellos: sie gingen nämlich in die Schulen und verlangten von den Direktoren, diese sollten die Listen ihrer Schüler – fein geordnet nach Nationalitäten – herausgeben.

Die Sache wurde ruchbar, weil sich ein paar mutige Schuldirektoren schlichtweg weigerten, diesem Ansuchen Folge zu leisten. Danach hörte man nichts mehr von derlei Aktionen. Trotzdem das Misstrauen hat man erfolgreich geschürt. Gegen die eigene Bevölkerung in Tschetschenien und dem restlichen Nordkaukasus genau so, wie gegen Georgien.

Und die Leidtragenden sind in allen Fällen immer die Gleichen: die Frauen, die Kinder, die Alten. Die, für die die Kriegsspiele der Mächtigen, der Männer, nur eines sind: eine Bedrohung ihrer gesamten Existenz.

Kai Ehlers

## Wie es zum Krieg im Kaukasus kommen konnte, wer von ihm profitiert und wie die Perspektive aussieht

Interview mit Harald Neuber

*»Saakaschwili hatte die Rückendeckung der USA«*

Telepolis sprach mit Kai Ehlers, Publizist, Transformationsforscher und Autor zahlreicher Bücher über den postsowjetischen Raum, der in dem Konflikt eine neue Phase der Auseinandersetzung um die Neuordnung der Welt sieht.

*Harald Neuber:* Herr Ehlers, der Fünf-Tage-Krieg zwischen Georgien und Russland ist vorerst beendet, nun sind die Diplomaten am Zug: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ist ebenso in die Region gereist, wie der französische Präsident Nicolas Sarkozy und die US-amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice. In der europäischen Presse wird die Krise um Südossetien gemeinhin als Wiederauflage des Kalten Krieges gesehen. Sind Sie mit dieser Interpretation einverstanden?

*Kai Ehlers:* Nein, ich bin damit überhaupt nicht einverstanden. Meiner Meinung nach geht es hier nicht um eine Wiederauflage einer bekannten Situation. Was wir im Kaukasus derzeit erleben, ist eine neue Phase der Auseinandersetzung um die Neuordnung der Welt. Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung, der Konfrontation der beiden Supermächte, stehen sich zwei Konzeptionen gegenüber. Die USA meint, als einzig verbleibende Weltmacht eine bestimmte internationale Ordnung herstellen und aufrechterhalten zu können. Strategisch formuliert wurde das vom US-Geostrategen Zbigniew Brzezinski ... der seit wenigen Wochen zum Beraterstab des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama gehört ...

... und der sich über dem Amtsinhaber George W. Bush mehrfach beschwert hat, weil dieser seine Außenpolitik schlecht umsetze. Auf der anderen Seite existiert eine Konzeption, die in China entstanden ist und sich in Russland von Michail Gorbatschow über Boris Jelzin bis hin zu Wladimir Putin und Dmitri Medwedew

erhalten hat. Es ist die Konzeption einer multipolar organisierten und kooperativen Weltordnung unter Führung der Vereinten Nationen oder einer vergleichbaren internationalen Organisation.

*Harald Neuber:* Was sich derzeit im Kaukasus abspielt, ist also mehr als ein Konflikt zwischen der Hegemonialmacht Russland und dem kleinen Georgien?

*Kai Ehlers:* Eine solche Interpretation ist schlichtweg Unsinn. Im Gegenteil: Wir wurden im Kaukasus nach dem 8. August 2008 Zeugen eines Stellvertreterkrieges. Dieser unmittelbare Krieg ist nun zwar zu Ende, der dahinter stehende Konflikt ist aber nach wie vor ungelöst. Es ist ein Stellvertreterkrieg, der für die beiden Großmächte USA und Russland geführt wird, aber auch für die Europäische Union und andere Mächte, die auf diese Region schielen, aber an dem Geschehen nur mittelbar beteiligt sind: China, die Türkei, Iran. Saakaschwili hat sich nicht verschätzt, sondern er ist aus dem Ru-der gelaufen.

*Harald Neuber:* Welche Rollen spielen – gerade vor dem Hintergrund der Balkankriege in den 1990er Jahren – Nationalgefühle und ethnische Komponenten?

*Kai Ehlers:* Es ist ganz klar, dass der Kaukasus ein ethnischer Durchgangsraum ist, ein »Flickenteppich«, wie es immer so schön heißt. Brzezinski spricht vom »eurasischen Balkan«. Dabei kann man nicht von der Hand weisen, dass aus dieser ethnischen Struktur Probleme entstanden sind. Aber diese Probleme sind nicht die Ursache für die jetzigen heftigen Konflikte. Die ethnischen Unterschiede werden vielmehr als Vorwand genommen.

*Harald Neuber:* Georgiens Präsident Michail Saakaschwili hat wohl bewusst von einem »Völkermord« gesprochen, nachdem die russischen Truppen in das Kriegsgebiet eingerückt sind. Offenbar hat er auf den Beistand des Westens, vor allem der USA, gehofft. Hat er sich verschätzt?

*Kai Ehlers:* Nein, das war im Grunde keine Fehleinschätzung von Saakaschwili, denn er hat ja die notwendige Rückendeckung der USA gehabt. Und ich kann mir kaum vorstellen, dass er bis zuletzt ohne das Wissen der im Land befindlichen US-amerikanischen Militärberater gehandelt hat. Ganz abgesehen noch davon, dass der Einmarsch der Russen nicht Ursache des Krieges war, sondern Folge des Überfalls georgischer Truppen auf die Enklave Ossetien.

*Harald Neuber:* Wie viele sind das denn?

*Kai Ehlers:* Es gibt verschiedene Schätzungen, die von bis zu 1000 Mann ausgehen. Genau kann man das nicht sagen, weil es in Tiflis und Washington bestritten wird. Nach einer der offiziellen Angaben sind es lediglich 24 solcher Berater – aber das ist lächerlich. Die USA finanzieren seit langem den Aufbau des georgischen Militärapparates.

Saakaschwili hat sich also nicht verschätzt, sondern – und das ist ein wichtiger Unterschied – er ist aus dem Ruder gelaufen. Mit ihm ist im Endeffekt das Gleiche passiert wie zuvor mit Osama Bin Laden oder Saddam Hussein. Diese beiden sind Washington auch aus dem Ruder gelaufen. Das ist ein Ausdruck der US-amerikanischen Interventionspolitik: Es wird jemand aufgebaut und als Oppositionsfigur international hoffähig gemacht. In diesem Fall war das Ziel, ein Instrument zu schaffen, um Russlands Einfluss einzugrenzen. Saakaschwili hat sich selbstständig, weil er glaubte, unabdingbar geworden zu sein. Die USA und die EU haben energiepolitisch in Bezug auf den Transitzkorridor in Georgien dieselben Interessen

*Harald Neber:* Auf der diplomatischen Ebene verfolgen die USA aber weiterhin eine weitaus aggressivere Linie gegen Russland als die EU. Haben Washington und Brüssel unterschiedliche Interessen?

*Kai Ehlers:* Die USA und die EU haben teilweise gleiche Interessen, vor allem in Bezug auf den Transitzkorridor in Georgien. Es geht dabei um den Versuch, Russland von seinen Ressourcen und seinem südlichen Einzugsraum zu trennen. Von Europa aus wird dafür südlich von Russland ein Transportkorridor aufgebaut, und in dieses Projekt werden Milliardenmittel gesteckt. Dabei ist vor allem die Pipeline hervorzuheben, die von der aserbaidischen Hauptstadt Baku über Georgien bis in die türkische Hafenstadt Ceyhan verläuft – die so genannte BTC-Pipeline.

In der Sache stimmen Europa und die USA also überein. Differenzen gibt es in der Frage des Vorgehens. Die US-Amerikaner bevorzugen die militärische, die Europäer die ökonomische Variante, um ihren Einfluss geltend zu machen. Abgesehen davon stehen Washington und Brüssel auch in direkter Konkurrenz, was man sehr deutlich in der Trennung zwischen einem »alten« und einem »neuen« Europa beobachten kann. Gerade im Hinblick auf den NATO-Beitritt Georgiens wird hier von den USA aus ein Spaltkeil in die EU getrieben.

*Harald Neuber:* Aber hat die Einbindung der osteuropäischen Staaten in EU-Strukturen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik nicht auch dazu beigetragen, dass Russland *sich in zunehmender Isolation fühlt*?

*Kai Ehlers:* Sicher, denn hier stehen sich zwei Integrationsräume gegenüber. Das ist auf der einen Seite der russische und auf der anderen Seite der europäische Integrationsraum. Dazwischen gibt es einen Grenzbereich, der vom Balkan bis zum Baltikum verläuft. Dazu gehören auch die Ukraine und der Kaukasus. Einerseits wird zwischen der EU und Russland eine so genannte strategische Partnerschaft formuliert, andererseits steht man sich in diesen Regionen in direkter, bissiger und harter Konkurrenz.

*Harald Neuber:* In den vergangenen Tagen war viel von der erwähnten BTC-Pipeline die Rede. *Die Energiepolitik ist also auch hier eine treibende Kraft?*

*Kai Ehlers:* Sie ist ein ganz wesentlicher Punkt. Geopolitisch betrachtet würde man hier von einer strategischen Ellipse sprechen. Diese Ellipse reicht vom arabischen Raum und Iran über das kaspische Meer bis nach Norden in den russischen Raum hinein. Der südliche Raum – Arabien und Iran – ist besetzt, weil die Kontrolle über die dortigen Energieressourcen von den nationalen Regimes nicht abgegeben wird. Aber der nördliche Raum scheint zur Disposition zu stehen, deswegen sind darauf alle Augen gerichtet. Bedeutend ist das allein schon, weil im gesamten Gebiet der strategischen Ellipse etwa 80 Prozent der weltweiten Energieressourcen liegen.

*Harald Neuber:* Aber wer profitiert von der BTC-Pipeline? Errichtet wurde sie ja noch unter US-Präsident William Clinton, betrieben wird sie jedoch von British Petroleum ...

*Kai Ehlers:* Diese Frage lässt sich im Grunde nur auf der Basis strategischer Überlegungen beantworten. Die USA haben in der Region eine Reihe von Pipelines bauen lassen, die ökonomisch überhaupt keinen Sinn haben. Sie scheinen nur dem Zweck zu dienen, Russland zu behindern. Das ist auch der Sinn der BTC-Pipeline, die eigentlich auch nicht rentabel ist. Sinnvoller wäre es, das Erdöl aus dem kaspischen Raum über die vorhandenen russischen Leitungen gen Westen zu transportieren. Und viele machen ja genau das. Auch die Aserbaidschaner verkaufen keineswegs nur über die BTC-Pipeline ihr Erdöl. Die ökonomische Vernunft wird hier also offensichtlich durch politische Motive überlagert. Dabei ist dann offen-



bar der strategische »Gewinn« – also die Behinderung der Russen – größer als der ökonomische Profit.

*Harald Neber:* Nach dem kurzen und heftigen Krieg sind nach Schätzungen internationaler Organisationen bis zu 100.000 Menschen vertrieben worden, vor allem aus Südossetien. Wie kann der humanitären Lage begegnet werden?

*Kai Ehlers:* Das ist sehr schwer. Zunächst muss man feststellen, dass 2000 Menschen durch den georgischen Überfall auf Ossetien ermordet wurden und weitere im Zuge der darauf folgenden Auseinandersetzungen zu Tode kamen. Sie sind tot, und das ist nicht mehr zu ändern. Viele andere haben ihre Häuser und ihre Habe verloren. Man kann sie nun in Zelten unterbringen und versorgen. Dabei ist jeder einzelne gefordert, die einschlägigen Hilfsorganisationen, wie das Internationale Rote Kreuz zu unterstützen.

Eine andere Sache ist, dass die Menschen in der Region die Leidtragen einer Machtpolitik sind, die sie nicht wollen. An diesem Punkt müssen wir uns im Westen fragen, inwieweit wir Anteil an dieser Misere haben. Wir müssen uns fragen, welchen Anteil unser westlicher Lebensstil an der Entstehung dieses Krieges gehabt hat. Es geht hier also nicht nur um Hilfszahlungen, es geht eben auch um mittel- und langfristige Veränderungen bei uns.

*Harald Neuber:* Herr Ehlers, Sie kennen Russland und die kaukasischen Staaten aus vielen Reisen. Wie, denken Sie, reagieren die Menschen im Krisengebiet auf den Konflikt? Gibt es eine von Nationalismus geschürte Kriegsbegeisterung, wie etwa zu Beginn der Balkankriege?

*Kai Ehlers:* Nein, die gibt es auf keinen Fall. Ich habe vor wenigen Tagen einen Brief von einem russischen Freund bekommen, der völlig entsetzt über die Berichterstattung der westlichen Presse war. In Zukunft wird in Russland der westlichen Presse und westlichen Politikern mit großem Argwohn begegnet werden. Heute erst hatte ich russische Gäste zu Besuch, die das alles von sich gewiesen haben und nicht darüber reden wollten. Im Konfliktgebiet selber sind die Menschen einfach nur entsetzt. Es ist nicht ihre Politik, aber sie sind die Opfer dieser Politik und des Krieges.



WIE FRIEDEN GELINGEN KANN –  
BEST PRACTICE BEISPIELE  
REGIONAL UND INTERNATIONAL

Michael Gleich

## Frieden als Thema – Lösungen als Perspektive Die multimedialen Projekte »Peace Counts und Culture Counts«

*Ein Baum, der umstürzt, macht mehr Lärm,  
als ein ganzer Wald, der wächst.*

Tibetanisches Sprichwort

Von allen Friedensmachern waren die beiden Mörder besonders ungewöhnlich und berührend. Joe Doherty hatte als junger Mann für die Irish Republican Army gekämpft, einen britischen Offizier erschossen und dafür 22 Jahre im Gefängnis gesessen. Peter McGuire stand lange als Karriere-Terrorist auf der loyalistischen Seite, mit noch mehr auf dem Kerbholz. Als Angehörige zweier Religionsgruppen, die in Nordirland um die Macht rangen, fochten sie in einem Bürgerkrieg, bei dem alle nur verloren. Irgendwann kippte etwas in ihnen. Was Joe bei seiner Entlassung aus dem Knast sah, depressive ihn: Frustrierte Jugendliche, ohne Chance auf Lehrstelle und Job, die aus purer Langeweile Kleinkriege in den armen Vierteln Belfasts anzettelten. Peters biografischer Bruch war spektakulärer. Er stieg aus, als er einen in Ungnade gefallenen Paramilitär der eigenen Gruppe erschießen sollte. Damals im Wald konnte er nicht abdrücken und fragte sich verzweifelt: »Was hat dieser Krieg aus mir gemacht?«

Unabhängig von einander fassten Joe und Peter einen Entschluss. Sie wollten weiterkämpfen, aber friedlich. Es war für beide ein langer Weg, raus aus dem Dunstkreis ihrer ehemaligen Kombattanten. Stets standen sie in Gefahr, als Verräter denunziert zu werden. Heute betreuen beide als Sozialarbeiter Jugendliche und überzeugen sie davon, den paramilitärischen Gruppen fernzubleiben. Sie arbeiten hart für eine politische Lösung des Konflikts. An den beiden beeindruckt nicht etwa die vermeintliche Vom-Saulus-zum-Paulus-Geschichte, sondern wie unbeirrt sie ihrer Vision folgen, dass Katholiken und Protestanten gleichberechtigt zusammenleben können. Und welchen starken Willen sie aufbringen, um mit Mitte vierzig noch einmal ganz von vorn zu beginnen. Wo sich Vision und Wille paaren, wird vieles möglich. Sogar der Frieden.

Im Mainstream der Medien bekommen solche Erfolgsgeschichten normalerweise keinen Raum. Journalisten scharen sich – ge-

treu dem tibetischen Sprichwort – lieber um fallende Bäume als um wachsende Wälder. Das liegt unter anderem an den ökonomischen Rahmenbedingungen: Kommerzielle Medien müssen hohe Quoten und Auflagen erzielen, um sich zu finanzieren – offensichtlich sind Krieg und Gewalt (neben Sex und Liebe) immer noch die stärksten Zugpferde. So bekommen Zuschauer und Leser den Eindruck, verzerrt durch die explosiv wachsende Zahl von Medienberichten, die Gewalt nehme auf dem Planeten Erde ständig zu. Die Folge sind Entmutigung und, gerade bei Jugendlichen, eine wenig optimistische Zukunftssicht. »Bad news is good news« lautet ein zynischer Satz der Branche. Heißt das aber umgekehrt: Good news are no news?

Dagegen sprechen die Erfolge des eines Projekts wie Peace Counts. Betrieben von einem Netzwerk engagierter Journalisten, Fotografen, Pädagogen, Designern und Konfliktforschern, bietet es eine Alternative zum gängigen medialen Kriegsgeschrei. Friedensberichterstattung – diese Idee ist genauso einfach wie ambitioniert. Dabei geht es nicht um ein neues Konzept von Journalismus (wie es etwa der Konfliktforscher Johann Galtung vorschlug), sondern um die übliche sorgfältige, achtsame Berichterstattung, die jede gute Reportage auszeichnet, deren Thema jedoch der Frieden und seine Prozesse sind.

Im Mittelpunkt der Peace Counts Geschichten stehen nicht etwa bekannte Politiker und Diplomaten. Vielmehr geht es um »heimliche Helden«: Ärztinnen, Gewerkschafter, Entwicklungshelferinnen, SportlerInnen, Menschenrechtlerinnen, Priester, Hausfrauen. Oder eben Ex-Terroristen wie Joe Doherty und Peter McGuire. Diese Mitglieder der so genannten Zivilgesellschaft haben eins gemeinsam: Sie alle engagieren sich auf intelligente, kreative, nachhaltige und vor allem: erfolgreiche Weise in Friedensprozessen.

Seit fünf Jahren ist Peace Counts aktiv. In dieser Zeit haben die Reporterteams 30 (Post)Konfliktregionen besucht und dabei über 120.000 Kilometer zurückgelegt. Sie waren in Afghanistan, auf dem Balkan, mehrfach in Israel und Palästina, und unter anderem in Ruanda, Uganda, Sri Lanka, Kolumbien, Philippinen, Indien und Brasilien.

Der Erfolg eines Medienprojekts bemisst sich zunächst einmal nach der Größe des Publikums. Peace Counts hat, um möglichst viele Menschen zu erreichen, von Anfang an auf breite Multimedialität gesetzt: Zeitungen und Zeitschriften, Internet, Live Veranstaltungen mit FriedensstifterInnen, CD-Roms, Hörfunk und Aus-

stellungen. Offensichtlich gibt es nicht nur einen Markt für apokalyptische Berichte und Alarmismus, offensichtlich möchten die Menschen auch wissen: Das Problem haben wir verstanden – aber wer arbeitet an Lösungen? Wie sehen Wege in den Frieden aus? Wie kann er gesichert werden? Rund 35 Millionen LeserInnen haben die Print-Veröffentlichungen von Peace Counts erreicht. Die Reportagen erschienen vor allem in Qualitätsmedien: Brand eins, Frankfurter Rundschau, NZZ, Süddeutsche Zeitung, stern und Focus.

Mit dem WDR, größte Rundfunkanstalt in Europa, wurden drei Staffeln von 30-Minuten-Features produziert: Insgesamt gingen 18 Folgen unter dem Titel »Frieden zählt« über den Äther. Auf Peace Counts Foren konnten (bisher zwölfmal) Menschen direkt mit den Friedensstifterinnen diskutieren; sie kamen dafür eigens aus Sri Lanka, Südafrika, Kolumbien, etc. nach Deutschland. Die Veranstaltungen zeigten: Der Funke springt über. Menschen lassen sich von Mut, Charisma und Tatkraft dieser Friedensmacher anstecken: Sie fühlen sich ermutigt, sich auch selbst zu engagieren.

Jeder Konflikt ist anders. Und gleichzeitig haben alle Konflikte ähnliche Strukturen. Immer geht es darum, die Konfliktursachen sorgfältig zu analysieren und daraufhin die Lösungsstrategien auszurichten. Friedensmacher sind soziale Erfinder, und Peace Counts sammelt ihre Erfindungen in aller Welt, dokumentiert sie und verbreitet sie medial. Den Mitgliedern des Netzwerks geht es darum, denjenigen einen medialen Raum, sprich: Sendezeit und Druckseiten zu bieten, die Lösungen für globale Probleme anbieten. Dazu brauchen die JournalistInnen und Fotografen starke Partner, etwa

- Institut für Friedenspädagogik in Tübingen, das Broschüren und multimediale CD-ROMs für Schulen mit den Best Practices als Inhalt produziert
- Deutsche UNESCO Kommission, die das als offiziellen Beitrag zur »Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens« anerkannt hat
- Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, die bei Recherchen, Foren und Ausstellungen hilft.
- Agentur Zeitenspiegel, ein Zusammenschluss engagierter AutorInnen und Fotografen in Stuttgart.

Auf der Website von Peace Counts firmieren die Dokumentationen erfolgreicher Friedensarbeit unter der Rubrik »Best Practice«. Das ist

nicht streng wissenschaftlich gemeint. Um aber sicher zu gehen, dass nur wirklich seriöse, nachhaltige und wirksame Projekte publiziert werden, wird das Projekt von Friedens- und KonfliktforscherInnen beraten, die Hinweise auf besonders gelungene Initiativen geben. Genauso wichtiges Auswahlkriterium ist aber auch »die Story«.

Als Peace Counts anfang, war das Echo in den Redaktionen verhalten bis ablehnend. »Krieg ist spannend – Frieden ist doch langweilig!« lautete der Tenor immer wieder. Um mit den »lauten« Geschichten konkurrieren zu können, war es wichtig, besonders interessante ProtagonistInnen in einem spannenden Umfeld zu porträtieren. Padre Giovanni Presiga telefoniert wieder einmal mit einem Mörder. Mit ruhiger Stimme versucht er, dem Guerilla-Kommandanten, der Hunderte von Menschen auf dem Gewissen hat, ein Leben abzurufen: »Lassen Sie den jungen Kerl laufen! Der hat kein Geld und seine Familie schon gar nicht.« Das Opfer stammt aus der Gemeinde des Padre in der Nähe der kolumbianischen Stadt Medellín. Entführungen sind für linksgerichtete Guerilleros ebenso wie für rechte Paramilitärs neben dem Kokainhandel die wichtigste Einnahmequelle. Meist fordern sie von den Familien viel zu hohe Lösegelder. Der Padre kennt die Handynummern der Commandantes. Er verhandelt mit ihnen, feilscht, bittet, droht – manchmal auch mit dem Strafgericht Gottes. Meist schafft er es, die Entführten frei zu bekommen. Auf seine Initiative hin haben sich einige Dörfer inzwischen zu »Zonen des Friedens« erklärt: Betreten mit Waffen verboten!

Die Friedensprojekte, die der kolumbianische Geistliche betreut, sind nicht immer so spektakulär. Er kümmert sich in den »Zonas de Paz« um neue Anbaumethoden für die Campesinos, die Vermarktung von Bio-Produkten, die Einführung von Solar-Öfen. Es geht um langfristige Entwicklung, das was man heute nachhaltig nennt. »Nur wenn die Gemeinden wirtschaftlich stärker werden«, sagt Giovanni Presiga, »haben sie dem Sog der bewaffneten Gruppen etwas entgegen zu setzen.«

So verschieden die Länder und Landschaften, so unterschiedlich die Kulturen: Es ergab sich aus Sicht der Journalisten dennoch im Laufe der Jahre eine Art Typologie des erfolgreichen FriedensmacherInnen. Leicht generalisiert kann man sagen: FriedensstifterInnen ...

- HABEN VISIONEN. Sie richten ihre Arbeit nach Vorstellungen aus, wie Menschen unterschiedlicher Kultur, ethnischer Identi-

tät und Religion zusammenleben können. Sie entwickeln Konzepte für Machtteilung, Interessenausgleich und interkulturelle Kommunikation. Sie formulieren gemeinsame Werte für eine friedlichere Kultur.

- **ÄHNELN UNTERNEHMERN**, im besten Sinn. Sie besitzen einen starken Willen, um vor den sich auftürmenden Problemen nicht zu resignieren. Sie müssen gute Manager sein, über Verhandlungsgeschick verfügen, Geduld und Ausdauer besitzen.
- **ANALYSIEREN DIE HAUPTURSACHEN** des Konflikts. Daraus leiten sie Lösungsstrategien und geeignete Methoden ab. Sie kennen die ökonomischen, politischen und historischen Beweggründe der Akteure. Sie wissen um Handlungen und Symbole, die andere als provokativ oder bedrohlich empfinden, und vermeiden sie.
- **SIND GUTE NETZWERKER**, arbeiten mit den unterschiedlichsten Akteuren zusammen, frühere Kombattanten, Friedensbewegte, Entwicklungshelfer, Unternehmer, Nichtregierungsorganisationen genauso wie Regierungsmitglieder, lokale Behörden ebenso wie multinationale Organisationen.
- **WISSEN, DASS FRIEDEN KEIN ZUSTAND IST**, sondern ein Prozess, oft ein langwieriger und mühsamer. Ein Abkommen ist meist erst der Anfang. Es gilt, Störungen und Rückschläge auszuhalten. Als Erfolg gilt jede Form von Deeskalation, jeder Schritt zur Versöhnung, jedes vermiedene Leiden.
- **SIND KREATIV UND UNKONVENTIONELL**. Sie verlassen ausgetretene Pfade, die einen Konflikt nur verstetigen, und brechen erstarrte Fronten auf. Sie formulieren positive Ziele, schaffen Win-Win-Situationen und bewegen Konflikte so auf eine andere Ebene, auf der sich neue, überraschende Lösungsmöglichkeiten auftun.
- **ENGAGIEREN SICH FÜR WIEDERAUFBAU UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG**. Denn oft bricht die Gewalt wieder aus, wenn eine oder mehrere Seiten enttäuscht feststellen, dass sich die Versprechungen einer Friedensdividende nicht erfüllen.
- **VERFÜGEN ÜBER EMPATHIE**, sie können sich in die Denk- und Handlungsweisen, Zwänge und Interessen anderer Menschen einfühlen. Sie reagieren aufmerksam auf die Bedürfnisse ihres Gegenübers, setzen sich offen mit Fremdem und Bedrohlichem



auseinander. Oft ersetzt Krieg Gespräche – Friedensstifter reden deshalb mit allen Parteien.

- BRINGEN ALS DRITTE PARTEI NEUE PERSPEKTIVEN EIN, können Kontrahenten mäßigen und auf gemeinsame Interessen hinweisen. Ihre Glaubwürdigkeit verdanken sie ihrer Neutralität und größtmöglicher Transparenz bezüglich der eigenen Motive und Fähigkeiten.
- KENNEN SICH SELBST. Deshalb schätzen sie ihre Möglichkeiten realistisch ein, haben ihre Emotionen im Griff, sind zu Selbstkritik fähig. Sie streben nach innerem Frieden. Aufgrund einer gefestigten eigenen Identität und ihrer Lebenserfahrung können sie sich konstruktiv mit anderen auseinander setzen.

Kurz gesagt, sind die besten von ihnen eine charismatische Mischung aus Mahatma Gandhi und Bill Gates. Sie verfügen über die seltene Fähigkeit, groß zu denken und gleichzeitig pragmatisch zu handeln und Prozesse zu managen. Diese Friedensbewegten neuen Profils haben verstanden, dass Sicherheit und Stabilität auch etwas mit Geld zu tun haben. Mit Jobs, wirtschaftlichem Wachstum, Entwicklung. Frieden kann man kaufen. Zum Beispiel im Norden Malis, wo sich bis Mitte der Neunzigerjahre Clans, Rebellen und Regierungsarmee in einen verwirrenden, blutigen Krieg verstrickten. Nachdem ein Abkommen die Kämpfe beendete, begann, wie so oft, die eigentliche Arbeit. Als besonders wirkungsvoll stellt sich das Konzept deutscher Entwicklungshelfer heraus: Sie bewilligen Geld nur dann, wenn die einstigen Gegner gemeinsam einen Antrag schreiben. Clans, die sich einst bis aufs Blut bekämpften, arbeiten heute Hand in Hand zusammen, um Wasserpumpen zu installieren und Schulen zu bauen. Money for peace – der Deal gilt seit 13 Jahren.

Die publizistische Herausforderung eines Projekts wie Peace Counts lautet: Wie vermittelt man das komplexe Thema Frieden, bei dem es um langwierige, mühsame Prozesse voller Rückschläge geht, auf faszinierende Weise? Einige Erkenntnisse lassen sich aus den Erfahrungen von fünf Jahren destillieren:

- Fotos sind wichtig. No pix, no story. Das gilt natürlich nur für Printmedien. Die Zusammenarbeit mit drei Fotoreportern, die in Europa zu den besten ihrer Zunft gehören, hat sich ausgezahlt: Ohne ihre eindringlichen Fotos wäre eine 15-seitige Bild-

strecke in einem Millionen-Magazin wie dem »stern« nicht denkbar gewesen.

- Attraktion statt Appelle: Mit moralischen Aufrufen begeistert man keine LeserInnen. Aber mit gut fotografierten und brillant geschriebenen Geschichten.
- Interessante Menschen im Mittelpunkt: Die Wahl der ProtagonistInnen ist entscheidend. Schilderungen abstrakter Zusammenhänge oder anonymer Organisationen in Krisengebieten verschreckt, charismatische Figuren dagegen wecken Neugier. Menschen wollen Menschen kennen lernen – wenn die etwas erlebt und zu sagen haben.

Mit diesen Lernerfahrungen wurde Anfang 2007 ein weiteres Medienprojekt gestartet: Culture Counts. Wieder geht es um ein Thema, das global wichtig und brisant ist, um kulturelle Vielfalt. Und wieder begeistern sich JournalistInnen dafür meist nur dann, wenn sie über einen vermeintlichen »Kampf der Kulturen« schreiben können: Wenn es gewalttätige Auseinandersetzungen an einer Schule mit hohem Ausländeranteil gibt; wenn in Pariser Vorstädten, in den viele arabischstämmige MigrantInnen leben, die Barrikaden brennen; wenn im Streit um Mohammed-Karikaturen Brandbomben fliegen.

Im Zuge der Globalisierung »schrumpft« die Erde. Entfernungen werden kleiner, durch Mobilität, Medien, wirtschaftliche Vernetzung und das Internet. Kulturen rücken enger zusammen. Sie tun das, was sie schon immer getan haben: Sie vermischen sich, aber in einer Dynamik, die historisch neu ist. Weitgehend unbeachtet von den Medien sind die ungeheuren Chancen, die in kultureller Vielfalt liegen. Menschen erfahren sich selbst im Spiegel eines anderen Menschen, der nicht ist wie sie. Das geht allen so, deshalb kann man sagen: Jeder ist anders! Das kreative Potenzial von kultureller Vielfalt (dazu zählen auch die Mischung nach Alter, Religion, sexueller Identität, Gender, Lebensstile, ...) ist das Kernthema von Culture Counts. Reportagen schildern, etwa am Beispiel der Stadt Stuttgart, einer von vier Metropolen als Schwerpunkten der Berichterstattung, unter welchen Bedingungen Integration gelingt. Wie etwa in einem Krankenhaus Patienten und Personal davon profitieren, wenn Krankenschwestern nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Polen, Türkei, Korea und Indien kommen. Unterschiedliche Mentalitäten und Umgangsstile ergänzen und inspirieren sich gegenseitig.

Auch Culture Counts setzt auf attraktive Formate. Denn das Thema selbst ist manchmal sperrig. Also beschlossen die Initiatoren, Peter Felixberger und Michael Gleich, zum Auftakt eine spektakuläre Aktion, etwas, das vorher noch kein Journalist gewagt hat. In Berlin, mitten im Hauptbahnhof, wollten sie innerhalb von 24 Stunden 24 prominente Persönlichkeiten fürs Fernsehen interviewen. Ohne Pausen, ohne Schlaf. Das Experiment gelang. Die Kernfrage an alle lautete »Was ist fremd?« Sie wurde von unter anderem von einem Regisseur und Oscar-Preisträger, einem Philosophen, Schauspielern, einem Management-Guru und einer bekannten türkischen Menschenrechtlerin beantwortet. Das Echo war ermutigend: Berichte über den Interviewmarathon liefen im Fernsehen, live im Internet, im Hörfunk und als zehnteilige Serie in der Frankfurter Rundschau.

Was wollen die beiden Projekte Peace und Culture Counts erreichen? Sie wollen eine alternative Stimme in der Medienlandschaft anbieten. Einen Journalismus, der sich auf Lösungen fokussiert, eine Sichtweise, die das Konstruktive dem Katastrophischen vorzieht. Um einen solchen Bewusstseinswandel zu erreichen und zu verstetigen, sollen die Erkenntnisse der multimedialen Projekte zukünftig in die Journalistenausbildung einfließen. Sowohl in unseren Breitengraden als auch (und dort vielleicht noch wichtiger) in Entwicklungsländern und Konfliktregionen. Bei Seminaren für JournalistInnen in Sri Lanka wurde deutlich, wie wichtig die Medien sind, wenn sich eine Gesellschaft in einer politisch sehr labilen Situation befindet. Durch ihre Berichterstattung können Journalisten zur Eskalation beitragen – aber auch zur Deeskalation. Der Kontakt mit dem Ansatz von Peace Counts bescherte den TeilnehmerInnen einige Aha-Erlebnisse. Waren sie bisher gewohnt, lediglich an Ereignissen orientiert zu berichten, etwa über militärische Operationen, verstanden sie plötzlich, dass sie eine Alternative haben. Ein Singhalese sagte am Ende eines Workshops: »Ab jetzt werde ich auch über Menschen berichten, die an Lösungen arbeiten.« Das sind erste Schritte, um den Horizont zu öffnen. Konflikte verengen das Sichtfeld. Deshalb sind erweiterte Perspektiven in Konfliktregionen besonders wichtig.

Barbara Preitler

## Friedensarbeit, Krisenintervention und langfristige Entwicklungszusammenarbeit

Reflexionen über die dreijährige Ausbildung  
»Trauma Counselling« im Osten Sri Lankas

### Abschluss eines dreijährigen gemeinsamen Weges

Der Ostermontag 2008 war ein strahlend schöner Tag in Ampara. Schon früh am Morgen begannen die Vorbereitungen für das Fest der StudentInnen vom Center for Psychosocial Care (CPC). Zum Abschluss des Universitätslehrgangs »Trauma Counselling« wurde der Festsaal des kleinen Hotels hergerichtet und alles für den Empfang der Angehörigen der AbsolventInnen vorbereitet.

Die kleine Feier war alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Noch in der Vorwoche wollten die StudentInnen die Feier absagen, da einige der tamilischen und moslemischen Angehörigen aus Sicherheitsgründen Probleme hatten, in die Bezirksstadt zu kommen. Im Gespräch mit der Gruppe war es aber möglich, für diese Fälle gute Kompromisse zu finden: persönliche Einladungen des Direktors von CPC, unterstützt von mir als Vertreterin der Universität Klagenfurt, wurden ausgesprochen, die Behörden der Stadt über unsere Feier verständigt und auch eingeladen.

Die Diskussion über die Abschlussfeier spiegelte einen sehr wichtigen Aspekt der Gruppendynamik dieses Teams wieder. Mit großer Achtsamkeit wurde sicher gestellt, dass niemand in der Gruppe benachteiligt ist, dass die Bedürfnisse der jeweils Schwachen wichtig genommen werden und man dafür bereit ist, auch auf eigene Vorteile zu verzichten.

Das Fest selbst war ein wichtiger Meilenstein für die psychosoziale Versorgung im Osten Sri Lankas: 16 junge Menschen haben drei Jahre lang für die Überlebenden der Tsunamikatastrophe und des Bürgerkrieges psychosoziale Arbeit geleistet und berufsbegleitend die Ausbildung zum Trauma Counsellor absolviert – eine beachtliche Leistung besonders angesichts der erneuten Kriegssituation in der Region. Zugleich ist das Team von CPC das erste psychoso-

ziale Projekt im Distrikt Ampara, in dem ausgebildete Counsellors tätig sind.

Der Bedarf an psychologischem Counselling, wie die psychosoziale Beratung hier genannt wird, ist enorm und durch die Arbeit des Teams von CPC in den letzten Jahren wurde ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von psychologischen Interventionen geschaffen.

### Traumatisierung durch Tsunami und Bürgerkrieg

Der Tsunami am 26. Dezember 2004 hat die Ostküste Sri Lankas vollkommen unerwartet getroffen. Allein im Bezirk Ampara starben an diesem Tag mehr als 10.000 Menschen, 100.000e wurden verletzt, ganze Küstendörfer und -städte waren vollkommen zerstört. Die Überlebenden mussten mit den schrecklichen Bildern dieser Katastrophe weiterleben, die Trauer war überwältigend.

Auf eine Naturkatastrophe war hier niemand gefasst, obwohl die Menschen bereits viel Erfahrung mit traumatischen Katastrophen haben. Zwanzig Jahre Bürgerkrieg haben bei allen Menschen in Sri Lanka Spuren hinterlassen.

Der Bezirk Ampara war auch vom Krieg in besonderer Weise betroffen. Hier leben Menschen der drei großen ethnischen Gruppen Sri Lankas: die Bezirkshauptstadt Ampara und viele Dörfer werden hauptsächlich von Angehörigen der Mehrheit der SinghalesInnen bewohnt, tamilische Städte und Dörfer gibt es vor allem an der südlichen Küste des Bezirks während die Moslems, die in Sri Lanka als eigene ethnische Gruppe gelten, in Städten und Dörfern entlang der Nordküste Amparas zu Hause sind.

Der Tsunami hat Menschen aller drei ethnischer Gruppen getroffen. Die Hilfe der ersten Stunden und Tage war überwältigend – und wurde ohne nach ethnischer Herkunft zu fragen gegeben. Das Misstrauen, das durch 20 Jahre Bürgerkrieg aufgebaut worden ist, schien angesichts der menschlichen Not nicht mehr relevant zu sein. Wichtig war es einfach zu helfen und Hilfe zu bekommen.

Leider hat diese Form der Menschlichkeit schon bald wieder den alten Vorurteilen Platz machen müssen. Es entstanden sogar Streitigkeiten über die Verteilung der Hilfsgüter an die verschiedenen ethnischen Gruppen; Hilfsmaßnahmen wurden zur politischen Propaganda missbraucht.

### Beginn der Zusammenarbeit zwischen der Universität Klagenfurt und CPC

Mitte Februar 2005, nur sieben Wochen nach der Flutwelle, wurde vom srilankischen Psychologen M. Ranawake ein Workshop über die Arbeit mit traumatisierten Menschen in Ampara organisiert. Dieses Seminar sollte der Startschuss für eine neue Organisation, die sich speziell um die psychologischen und psychosozialen Probleme der Menschen annimmt, werden. Bereits Monate vor dem Tsunami hat M. Ranawake mit unserer Abteilung Kontakt aufgenommen und um fachliche Unterstützung beim Aufbau psychologischer Hilfe für den Osten Sri Lankas gebeten. Er wollte – nach langjähriger Erfahrung in der Arbeit mit Gewaltopfern – eine eigene Organisation in dieser Region aufbauen. Zu diesem Zeitpunkt wussten wir natürlich noch nicht, dass durch den Tsunami noch größerer Bedarf für psychologische Versorgung entstehen wird. Wir ahnten auch nicht, dass es aufgrund der Naturkatastrophe finanzielle Mittel für Projekte, wie das von uns geplante, geben wird.

Besonders an diesem ersten Treffen war die Auswahl der TeilnehmerInnen. Es waren junge Männer und Frauen, die durch ihren außergewöhnlichen Einsatz in den ersten Wochen nach der Katastrophe aufgefallen waren – und aus allen drei ethnischen Gruppen kamen. Für manche war es daher ein Schock festzustellen, dass auch Menschen aus den jeweils anderen beiden Ethnien anwesend waren. Dieses anfängliche Zögern hatte sich aber bis zum Ende des Workshops gelegt, der Dialog war gelungen.

Zum Abschluss dieses ersten Workshops wurde die Gründung einer neuen Organisation bekannt gegeben und Aufgaben an die zukünftigen MitarbeiterInnen verteilt. Das Center for Psychosocial Care (CPC) war gegründet.

### Multiethnisches Team – ein Zeichen für den Frieden

Am Ende dieses ersten Workshops wurden Aufgaben verteilt. Die TeilnehmerInnen sollten in den Flüchtlingslagern ihrer jeweiligen ethnischen Gruppe die Situation analysieren und so eine Bedarfserhebung für psychosoziale Versorgung erstellen.

Zu diesem Zeitpunkt gab es nur mehr wenige singhalesische Camps, da die meisten singhalesischen Opfer bereits in ihre Häuser zurückkehren konnten oder bei Verwandten oder Bekannten Unterkunft gefunden hatten. Daher entschieden sich die singhalesischen

Teammitglieder kurzerhand die neuen tamilischen KollegInnen bei ihrer Aufgabe in den Flüchtlingslagern der Tamilen zu unterstützen.

Die Bedarfserhebung dieser ersten Wochen ergab, dass in vielen moslemischen und tamilischen Flüchtlingscamps die soziale und ökonomische Versorgung noch verbessert werden muss. Bei Menschen aller drei Gruppen wurden viele Menschen, die psychologische Unterstützung brauchen, identifiziert. Es war daher auch besonders wichtig, mit anderen NGOs zu kooperieren, um den Menschen, die alles verloren hatten, auf den verschiedenen Ebenen helfen zu können. Dies war sowohl in der ersten Phase, aber auch später, eine große Herausforderung an das Team. Es erschien immer wieder viel leichter, finanziell zu helfen als mit der Trauer und den Folgen der Traumatisierung konfrontiert zu werden.

Die Fallgeschichten, die wir während dieser drei Jahre versucht haben, gemeinsam zu bearbeiten, waren meist von extremer Traumatisierung gekennzeichnet. Meist waren es Menschen, die durch den Tsunami und durch den Krieg mehrere nahe Familienangehörige verloren hatten. Die Menschen waren Zeugen von massiven Menschenrechtsverletzungen geworden oder waren selbst Misshandlungen und Folter ausgesetzt. Die Opfer des Krieges wurden zugleich Opfer der Flutkatastrophe. Beides konnte nur gemeinsam gesehen und verstanden werden.

Die MitarbeiterInnen von CPC nahmen sich mit sehr großem Engagement diesen Problemen an. Sie arbeiteten in Kleinteamen zusammen und waren dabei meist ethnisch gemischt. Die KlientInnen konnten so die Erfahrung machen, dass sie von Counsellors aller drei ethnischen Gruppen gehört werden und sie von allen Hilfe erwarten können. Vielfach dürfte dies ein wichtiger – vielleicht sogar erster – Kontakt über die ethnischen Grenzen hinweg gewesen sein. Manchmal kam es sogar vor, dass sich Hilfesuchende ganz bewusst an eine oder einen der Counsellors wanden, der oder die nicht der eigenen ethnischen Gruppe angehörten.

### Externer Universitätslehrgang »Trauma Counselling«

Mit PsychologInnen in Sri Lanka haben wir bereits seit einigen Jahren über sinnvolle psychosoziale Arbeit für die Menschen, die durch den Krieg besonders betroffen sind, gesprochen. Dabei hat sich immer wieder gezeigt, dass vor allem langfristige Ausbildungsprogramme nötig sind.

Psychologie etabliert sich erst langsam als akademisches Fach an den Universitäten des Inselstaats. Psychotherapeutische Behandlungen sind meist nur als Kurzinterventionen bekannt, die mechanistisch zu erlernen sind und nach der (meist in einem westlichen Kulturkreis erprobten) vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

Die Problemanalyse nach der Tsunamikatastrophe zeigte, dass aus der Katastrophenhilfe heraus langfristige Programme entwickelt werden müssen, wenn eine nachhaltige Betreuung der schwer traumatisierten Bevölkerung sichergestellt werden soll.

Mit der Finanzierung durch die Diakonie Österreich, Nachbar in Not und der Austrian Development Agency konnten wir ein solches langfristiges Programm planen. Gleichzeitig musste aber auch die Erstversorgung der unmittelbar Betroffenen sichergestellt werden.

Daher stand am Anfang bereits ein sehr spezielles Seminar über die direkte Versorgung von schwer traumatisierten und trauernden Menschen, gekoppelt mit Suizidprävention.

In den darauf folgenden Monaten konnte die konkretere Planung und Konzepterstellung in Angriff genommen werden. Die Unterstützung der Universität Klagenfurt war von Anfang an wichtig. Und so wurde als einer der nächsten Schritte das dreijährige Programm in eine eineinhalbjährige Vorbereitungsphase und einen dreisemestrigen Universitätskurs gegliedert.

Die Möglichkeit als externe StudentInnen einer europäischen Universität zu studieren, hat unsere jungen Counsellors in Sri Lanka motiviert und sicher auch geholfen, trotz der schwierigen politischen und sozialen Situation durchzuhalten.

Erstaunlich waren dabei auch der enorme Lernerfolg und das Selbstverständnis als psychologische Counsellors. In den ersten Monaten stand die unmittelbare praktische Arbeit im Mittelpunkt; theoretische Konzepte dahinter schienen nicht so wichtig zu sein. Es galt ja auch, den Menschen in den Flüchtlingslagern ganz konkret beizustehen – das Hauptaugenmerk unserer Workshops lag in der Fallarbeit. Alle Verallgemeinerungen und Theorien wurden anhand von direkten Beispielen aus der täglichen Arbeit unserer Teammitglieder besprochen.

Dabei hatten wir, die TrainerInnen aus Europa oft das Gefühl, nur sehr wenig Theorie vermittelt zu haben, während die StudentInnen rückmeldeten, dass sie sehr viel Neues gelernt hätten.



Dies änderte sich, als das offizielle Studium, der Universitätslehrgang vorbereitet und durchgeführt wurde. Das Interesse an theoretischen Inhalten und Basiswissen wurde immer größer, der Wunsch, auch weiterführende Literatur zwischen den Lehrveranstaltungen zu erarbeiten, wuchs und es wurde mit großem Eifer studiert.

Die Seminararbeiten und Referate, die erarbeitet werden mussten, stellten eine besondere Herausforderung dar, die von den StudentInnen verschieden bewältigt wurde. Es gab neue Illustrationen von Diagnosen, um westliche Zugänge für die Menschen in Sri Lanka verständlich zu machen. Andere StudentInnen siedelten sich zwischen sehr theoriebezogenen Referaten und stark auf praktische Beispiele bezogene Arbeiten an.

### Politische Rahmenbedingungen

Von Februar 2002 bis Januar 2008 war in Sri Lanka offiziell ein zwischen der Regierung und der LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) ausgehandelter Waffenstillstand in Kraft.

Bereits vor dem Tsunami war die anfängliche Begeisterung und Erleichterung über das Ende der 20jährigen Kriegshandlungen weitgehend verflogen und so genannte »Waffenstillstandsverletzungen« nahmen enorm zu. Durch den Tsunami kam diese zunehmende Spirale der Gewalt aber kurzfristig zum Stillstand. Leider dauerte diese Atempause der Gewalt nur sechs Wochen. Sukzessive spitzte sich die Gewalt von da an weiter zu.

Für unser Ausbildungsprogramm hieß dies, dass das Team in einer Situation der zunehmenden Gewalt arbeiten und lernen musste. Das Ausbildungsprogramm für CPC hat in einer Situation des angespannten Waffenstillstands begonnen und wurde zwei Monate nach dem offiziellen Ende des Waffenstillstands beendet.

Unsere StudentInnen waren so immer wieder mit gefährlichen und durchaus auch traumatischen Situationen konfrontiert. Einer der Studenten musste hilflos mit ansehen wie neben ihm ein Mann erschossen wurde; der Vater eines anderen Studenten wurde entführt. Zur Erleichterung der Familie stellte sich nach einigen bangen Stunden heraus, dass das Familienoberhaupt in den Händen von Kriminellen war und damit die Freiheit erkaufte werden konnte. Eine Teilnehmerin musste einmal überstürzt von einem unserer Workshops nach Hause reisen. Familienangehörige waren

in einem Verkehrsunfall mit glimpflichem Ausgang verwickelt gewesen. Da aber die Unfallgegner einer anderen ethnischen Gruppe angehörten, eskalierte die Situation. Die Verletzungen aufgrund der »Diskussion« nach dem Unfall waren weit schwerer als die Unfallfolgen. Da unsere Studentin als Autorität in der Familie und im Dorf anerkannt ist, war ihre Anwesenheit und Mediation sofort erforderlich, um ein weiteres Aufschaukeln der Emotionen zu verhindern.

Überschattet und erschwert wurde die Arbeit und das Studium aber auch durch Drohungen: immer wieder konnten die Teammitglieder nicht zwischen der Bezirksstadt und ihren Heimatdörfern reisen, da die Situation zu gefährlich war. Angst vor Zwangsrekrutierungen, Bombenangriffen und den so genannten »Hartals« (spontane Protestbewegungen, bei denen es oft sehr gewalttätig zugehen kann) behinderten die Bewegungsfreiheit.

In der Reflexion berichteten die AbsolventInnen, dass es für sie besonders schwer war, wenn sie wochenlang nicht zu den von ihnen betreuten Menschen in den Flüchtlingslagern gelangen konnten.

Wie massiv diese Anspannung war, erlebte ich selbst im Sommer 2006 als ich nach dem Trainingsprogramm mit einigen Counsellors einen Besuch bei einer entfernt verwandten Familie einer unserer singhalesischen Studentin machte. Die Atmosphäre war sehr entspannt, bis uns kurz der Atem stockte. Der Sohn des Hauses, der Soldat der STF (Special Task Force) war, kam nach Hause. Er trug seine Uniform und war auch voll bewaffnet. Nach der ersten Schrecksekunde, dass hier ein Soldat auftauchte, entspannen sich alle wieder und ein technisch interessierter Student wollte mehr über das Gewehr wissen. Wir anderen überdeckten unser Unbehagen mit Witzen und lautem Gelächter. Als bei der Vorführung der Waffe das Geräusch des Entsicherns zu hören war, ließ sich die Angst aber nicht mehr überspielen. Zwei der Studenten zuckten erschreckt zusammen.

Zwei Wochen nach diesem Vorfall starben in dieser Region bei einem Überfall 11 tamilische Rebellen. Ob der junge Soldat mit seinem Gewehr an diesem Gefecht teilnahm, weiß ich nicht.

## Kooperation zwischen Klagenfurt und Ampara – Leben zwischen den Welten

Als ich an einem Mittwochmorgen im Frühling 2007 in meinem Büro an der Universität meine E-Mails öffnete, fand ich eine Nachricht von CPC, in der mir eingangs von der aktuellen Arbeit berichtet wurde. Nach zwei Absätzen änderte sich der Ton der Nachricht: Einer der Counsellors hatte gerade einen Anruf bekommen, dass eine Schule bombardiert worden sei und daher wurde das E-Mail überhastet beendet und abgeschickt – in das so andere ferne Österreich. In meinem Klagenfurter Büro konnte ich mir nur vage ausmalen, was die Counsellors in dieser Schule erwarten würde, wie sehr sie sich dort auch selbst in Gefahr begeben würden. Mir blieb vorerst nur, mich wieder meinem normalen Universitätsalltag zu widmen.

Der Spagat zwischen diesen zwei sehr verschiedenen Welten fiel manchmal sehr schwer; dieses Beispiel ist nur eine Situation von vielen in den letzten Jahren. Und trotzdem war diese Verbindung von Österreich hin in eine so andere kulturelle, soziale und politische Lebenswelt eine enorme Bereicherung und ein spannender Lernprozess.

Immer wieder wurden unsere Konzepte von den srilankischen StudentInnen in ihrem Kontext überprüft und hinterfragt. Konzepte wurden angenommen und für die eigene Situation verändert und modifiziert, was wiederum auch für uns, die so genannten ExpertInnen aus Europa, zu einer Veränderung der Perspektive, zu Lernprozessen führte.

Das vermittelte psychologische Wissen half in der KlientInnenarbeit, musste aber auch mit dem Wissen um die politischen und sozialen Gegebenheiten in Verbindung gebracht werden.

Wir lernten so zum Beispiel die Notwendigkeit, ganze Großfamiliensysteme in die Lösungsstrategien mit einzubeziehen oder erfuhren viele Beispiele, wie in der buddhistischen, hinduistischen und moslemischen Kultur mit Trauer umgegangen werden kann.

Eine Grundidee unseres Projekts wäre auch eine stärkere Verbindung zwischen den externen StudentInnen in Sri Lanka und unseren »regulären« Studierenden von der Universität Klagenfurt gewesen. Wir wollten einen Praktikumsplatz in Ampara schaffen und so die Möglichkeit zum Kennen lernen und Austausch fördern. Leider war dies aufgrund der sich ständig verschlechternden

politischen Lage bis hin zum Krieg nicht möglich. Nur ein einziges Praktikum kam im Sommersemester 2006 zustande. Danach mussten wir diesen Teilaspekt unserer Kooperation aus Sicherheitsgründen vorläufig beenden.

### Ausblick

Im März 2008 war die dreijährige Ausbildung zu Ende. Viele Aufgaben warteten auf die jungen Counsellors. Über 2000 Menschen hatten in den letzten drei Jahren Kontakt mit dem Team und viele wollen auch weiter betreut werden. Viele der Opfer des Tsunamis brauchen nach wie vor psychologische Betreuung und Begleitung in ihrer Trauer.

Aber da sind auch viele Menschen, die in den Jahren danach schwer traumatisiert worden sind und dringend Hilfe brauchen. Mehr und mehr Opfer von Menschenrechtsverletzungen wenden sich an das Team von CPC.

Durch die Erfahrungen der letzten dreieinhalb Jahre wissen nun viele Menschen in der Region um den Nutzen von Counselling und sehen daher auch einen Sinn darin, selbst diese Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Im Gegensatz zu den meisten großen Organisationen, die unter anderem auch psychosoziale Hilfe angeboten hatten, aber bereits einige Monate nach dem Tsunami die Region wieder verlassen haben, hat sich CPC langfristig etabliert. Bis heute ist es die einzige Organisation, die in Ampara professionelle psychologische Hilfe durch ausgebildete Trauma Counsellors anbietet. Die Vernetzung mit dem Bezirkskrankenhaus und zur psychiatrischen Abteilung im Nachbarbezirk Batticaloa ist für eine gute Betreuung sehr wichtig. Die MitarbeiterInnen von CPC werden durch diese lange Kooperation inzwischen auch von den ÄrztInnen als notwendiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung in der Region anerkannt.

Unser Konzept hätte eine weitere dreijährige Projektphase vorgesehen. In dieser zweiten Ausbaustufe wollten wir eine zweite Gruppe in Trauma Counselling ausbilden und zugleich Weiterbildung für die AbsolventInnen des ersten Kurses anbieten.

Leider ist es uns bis Mitte 2008 nicht gelungen für dieses Programm eine Finanzierung zu bekommen. Entweder ist Sri Lanka nicht Schwerpunktregion oder psychosoziale Programme werden nicht finanziert, wurde uns von allen potentiellen Geldgebern aus-

gerichtet. Die Notwendigkeit eines solchen Programms wurde aber von niemand in Frage gestellt.

Derzeit ist der Erhalt und die weitere Arbeit des Center for Psychosocial Care für ein weiteres Jahr abgesichert; die weitere Zukunft finanziell ungewiss. Wir hoffen aber, dass es möglich sein wird, sowohl internationale Geldgeber wie auch Verantwortliche für das srilankische Gesundheitswesen davon zu überzeugen, dass die Finanzierung dieses multiethnischen Teams ein wichtiger Beitrag für die psychische Gesundheit und (damit) für das friedliche Miteinander in der krisengeschüttelten Region sein kann.

#### Literatur

- Preitler, B. (2006). Trauma Counselling Programm nach Krieg und Tsunami in Ampara (Sri Lanka). In Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik (Hrsg.). Jahrbuch Friedenskultur 2006. Klagenfurt: Drava. S. 69–75.
- Preitler B. (2006). Diagnostik und Psychotherapie: in einer Bürgerkriegsregion und mit Flüchtlingen in Österreich. In Ottomeyer, K. u. Renner, W. Interkulturelle Trauma-Diagnostik. Probleme, Befunde und Richtlinien für die Begutachtung von Asylsuchenden. Klagenfurt: Drava. S. 111–126.

Therese Wintersteiner

## War is over if you want it Cambodia's Long Way Towards a Positive Peace

Sixteen years after the signing of the peace agreement in Cambodia, the country still has to bear the consequences of more than two decades of war and genocide, during which about a quarter of the population perished. Poverty remains very high. Cambodia's human development index is estimated to be 0.556, with only Bangladesh and Laos in Asia having lower estimates.<sup>1</sup> The per capita GDP was higher in 1969 than that of Thailand – in 1991 it was only one-sixth. Even though economic performances increased over the past years, Cambodia remains a very poor country with 35 percent of the population living below the national poverty line.<sup>2</sup> Moreover, the inclination towards violence is alarming.

Especially domestic violence is a major problem in the country. Even though there have been several attempts to create a culture of peace, Cambodia has still a long way ahead. A crucial aspect in this respect are the Khmer Rouge Tribunals which started with the official hearings in August 2007. Accountability for gross violations of human rights, which traumatised a whole country, is of great importance for moving towards a positive peace.

### 1. A Historical Overview of the Conflict

When Cambodia became independent from the colonial rule of France in 1954, nobody could imagine the wave of violence which should alight on Cambodia in the second half of the 20<sup>th</sup> century, with the horrors of the Khmer Rouge regime at its peak.

Prince Sihanouk, who had just regained full powers was under great domestic and external pressure. Growing opposition came from the middle class and leftists, including Paris educated leaders such as

1 Human Development Report 2003, [http://hdr.undp.org/reports/global/2003/indicator/cty\\_f\\_KHM.html](http://hdr.undp.org/reports/global/2003/indicator/cty_f_KHM.html), 12/06/2007.

2 World Bank Report, Cambodia: Halving Poverty by 2015? Poverty Assessment 2006, Report No. 35213-KH. February 7, 2006, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2006/02/22/000012009\\_20060222102151/Rendered/PDF/352130REV0pdf.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2006/02/22/000012009_20060222102151/Rendered/PDF/352130REV0pdf.pdf), 12/06/2007.

Son Sen, Ieng Sary, and Saloth Sar (later known as Pol Pot), who led an insurgency under the clandestine Communist Party of Kampuchea. Additionally, aggressions from neighbouring countries – especially Vietnam and Thailand – which had been suppressed during the colonial era, inflamed again traditional rivalry in the region.

Further the rising communist movements in Southeast Asia – then Indochina – made Cambodia vulnerable to confrontations of the two ideological camps of the Cold War. To antagonise the growing popularity and strength of the Cambodian Communists, the Khmer Rouge<sup>3</sup>, Sihanouk gave away some of his powers in favour of the anti-communist Lon Nol and his cousin Prince Sisowath Sirik Matak. Despite warnings from experts, the USA supported the Lon Nol-Sirik Matak-led coup, which overthrew the old regime and abolished Cambodia's monarchy in March 1970. The weakness of the newly established Lon Nol regime and the widespread solidarity for Sihanouk<sup>4</sup> and the intervention by the USA<sup>5</sup> stimulated a civil war in Cambodia, »which had so far been an oasis of peace in the midst of the holocaust in neighbouring Laos and Vietnam.«<sup>6</sup> On 17 April 1975 the Khmer Rouge won control over Phnom Penh, founded Democratic Kampuchea and »Cambodia began its descent into the abyss from which it has not yet emerged.«<sup>7</sup>

Pol Pot aimed to destroy the old hierarchies of the political system<sup>8</sup> which had developed since the first millennium and to reconstruct Cambodia's society from the scratch, »as the world's most

3 Both, the Viet Minh as well as the Khmer Rouge arose from the Indochinese Communist Party. Over the years, however, they diverged more and more.

4 The Prince allied with the Khmer Rouge, assuming to be able to return to the country as head of state. Pol Pot and his supporters misused Sihanouk's popularity for their own means.

5 The USA were fighting (assumed) VietCong on Cambodian territory at the expense of the local population.

6 SarDesai, D.R. *Southeast Asia: Past and Present*, 4<sup>th</sup> edition, Silkworm Books, 1997, p. 323.

7 Kamm, Henry, *Cambodia: Report from a Stricken Land*, New York, Arcade Publishing, 1998, p. 30.

8 It was made up of individual performances tangled with traditional and cultural norms effecting the system. Society was highly hierarchical and absolutist which created weak state institutions. Social roles depended largely on birth. The prime form of organisation was the patron-client grouping, which were expected to lead, teach, educate, and provide for their clients. Thus, politics was largely a competition not between ideologies, but among patron- >

egalitarian, and therefore revolutionary social order.«<sup>9</sup> He gave order to empty all towns and cities, as he regarded them to be part of the old order. People were resettled in agricultural communes. By separating them from their roots and family patterns, the Khmer Rouge sought to be able to move irreversibly and permanently towards a new egalitarian agricultural society. To do so terror, violence, and purges were systematically employed. Anyone, who was from the old elite, who could be a potential threat to the regime, including intellectuals, students, doctors, professionals or monks, or who did not live up to their ideal of the new revolutionary Khmer, i.e. people who »did not work hard enough«, who came from different ethnic groups, or showed empathy when their family members were taken away to be killed, was executed at the so-called ›killing fields‹ or derogation camps. Usually, the children and spouses of the convicted were killed as well.

It is unclear the exact number of people who fell victim to the Pol Pot regime is unknown. Different sources estimate between one and two million deaths – out of a population of roughly 7.3 millions.<sup>10</sup> In other words, more than 20 % of the population was directly or indirectly<sup>11</sup> killed by the Khmer Rouge.

On 25 December 1978 Vietnam stated an offensive, which led to the overthrow of the Khmer Rouge regime and thus ended the atrocious genocide against the people of Cambodia. The People's Republic of Kampuchea (PRK) – a socialist oriented and Vietnam backed government – was established. However, the fight over the power in the country continued for more than ten further years in the form of a civil war.

- > client groupings. Power was not shared but accumulated and protected; it was personalised and served the purpose of the leaders rather than the public. Inequality was sanctioned by the Buddhist concept of karma and merit. Corruption, favouritism and nepotism were justified as God-given rewards for the elite. Legal and economic justice was dispensed depending upon group membership and one's place within that group. See Kim, Sedara, *From Peace Keeping to Peace-Building: Cambodia Post-Conflict Democratisation*, [www.psa.ac.uk/2007/pps/Kim1.pdf](http://www.psa.ac.uk/2007/pps/Kim1.pdf), 07/05/2007.

9 Jackson, Karl D. *Khmer Rouge in Context*, in Jackson (ed.) *Cambodia 1975–1978: Rendezvous with Death*, Princeton University Press 1989, p. 7.

10 *Ibid.*, p. 3.

11 Even among those who were not persecuted many people died because of diseases and starvation, which were caused by the misguiding and draconian policies of the Khmer Rouge.



While the Soviet Union supported the PRK, the Chinese backed Khmer Rouge which kept fighting to come back to power. At the same time two non-communist resistant groups emerged; the United Front for an Independent, Neutral, Peaceful, and Cooperative Cambodia (FUNCINPEC)<sup>12</sup> and the Khmer People's National Liberation Force (KPNLF)<sup>13</sup>. Both of them were supported by Thailand and the West, in particular by the USA and Great Britain.

The international support for the four parties to the conflict prevented any side from gaining upper hand. Only when intern problems of the Soviet Union during the Gorbachev era reduced the support for PRK, negotiations started which led to the peace agreement of 1991, and the official end the civil war. However, fighting throughout the country only ended in 1998, after the death of Pol Pot and the surrender of the last major group of the Khmer Rouge. Nevertheless, with the signing of the Paris Peace Agreement the road towards peace was finally open to Cambodia.

## 2. The Peacebuilding Process in Cambodia

The peace agreement enclosed a detailed plan how to transform Cambodia into a peaceful, liberal democracy. It included disarmament and demobilisation, the return of refugees, and the release of political prisoners. Furthermore, a Supreme National Council was established, which consisted of representatives of all four parties to the conflict. It served as the sovereign authority until multiparty elections could be held.<sup>14</sup>

In reality, however, the initial peace plan met major problems and could not always be followed through. Despite becoming a legitimised political force in the beginning of the peace process<sup>15</sup> the Khmer Rouge soon withdrew from its commitments, which affected the peace process all together.

12 FUNCINPEC was organized in opposition of the PRK – it was a republican, conservative, anti-Communist, and nationalist organization that consisted of several anti-Khmer Rouge politicians under the leadership of Prince Sihanouk.

13 The KPNLF was founded and led by Son Sann, who had been prime minister in the late 1960s.

14 Paris, Roland, *At Wars End: Building Peace After Civil Conflicts*, Cambridge, Cambridge University Press, 2004, p. 81.

15 Including all actors in the peace process is very important, however, this is seldom possible without trade-offs. Especially in cases of gross crimes against humanity the balance between peace and justice is a highly sensitive issue.

## 2.1 Official Peacebuilding

In March 1992, the UN launched their earliest and most expensive post-Cold War peace missions – the United Nations Advanced Mission in Cambodia (UNAMIC), which continued operating until September 1993. It was one of the first times the UN was involved not just in »peacekeeping« and »peacemaking,« but also in »peacebuilding«.<sup>16</sup>

The main issues of the mission were the maintenance, preservation and defence of sovereignty, independence, territorial integrity, inviolability, and national unity of the country. Furthermore, UNAMIC aimed to restore and maintain peace, promote national reconciliation and ensure the exercising of the right to self-determination of the Cambodian people through free and fair elections.<sup>17</sup> These were very ambitious goals, especially considering the short time-frame of 18 months.<sup>18</sup> Nevertheless, UNTAC was decisive in terms of building the foundations of a civil society in Cambodia, and restoring a sense of legitimacy for the state.

## Strengthening the Political Capacity

UNTAC was based on the assumption that peace, security and economic prosperity would come along with democratisation. Thus, the emphasis of the mission was put on the establishment of free and fair elections and the supervision of the conduct of Cambodia's existing governmental administration, in order to be able to »ensure a neutral political environment conducive to free and fair general elections.«<sup>19</sup> However, the hierarchical structure of Cambodia's political system and the lack of a tradition of power-sharing complicated these tasks. Additionally, the experience of the Khmer Rouge regime further complicated the situation as it »had thought

16 Wake, Jim, *Lessons Learned from Peacebuilding Practices in Asia Pacific*, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.

17 Kim, Sedara, *From Peace Keeping to Peace-Building: Cambodia Post-Conflict Democratisation*, [www.psa.ac.uk/2007/pps/Kim1.pdf](http://www.psa.ac.uk/2007/pps/Kim1.pdf), 07/05/2007.

18 The Australian Foreign Minister, Gareth Evans, who was one of the main initiators of the peace plan in Cambodia described the mandate of UNTAC as »overly ambitious and in some respects clearly not achievable.« Evans, Gareth, quoted in Miall, Ramsbotham, Woodhouse, *Contemporary Conflict Resolution*, Cambridge, Polity Press, 2003, p. 193.

19 Doyle, quoted in Paris, Roland, *At Wars End: Building Peace After Civil Conflicts*, Cambridge, Cambridge University Press, 2004, p. 82.

Cambodians that losing power meant a loss of everything, including life.«<sup>20</sup>

With the beginning of the election campaign in early 1993 a wave of politically motivated violence erupted.<sup>21</sup> Yet, the Khmer Rouge did not follow through their threats of launching a large-scale military offence.

Almost 90 percent of the registered voters participated in the elections in which more than 20 political parties had contested. FUNCINPEC emerged as the winning party, CPP<sup>22</sup> became second. The election were generally regarded as free and fair and thus considered as a great success. Nevertheless, political confrontations remained. In particular Hun Sen, the head of CPP, found it difficult to accept the loss of power. In order not to threaten the still fragile peace FUNCINPEC agreed to grant the CPP with some real political concessions. The UN retreated from Cambodia.

Prior to the next elections scheduled for 1998, the aggressive rivalry between the two strongest parties inflamed again – a clear indicator, that Cambodia was still ill-prepared to settle political conflicts peacefully.<sup>23</sup> Moreover, the fact that the Khmer Rouge boycotted the peace process mirrored failures in the peace and democratisation process. Roland Paris stresses that »election-related violence could have easily escalated into renewed civil war.«<sup>24</sup>

### Economic and Social (Re)construction

In terms of the economic policy, the United Nations tried not to impose a development strategy on Cambodia.<sup>25</sup> However, international financial institutions promoted a liberal market oriented economic reform to the country. Depending on their structural adjustment loans Cambodia committed to such reforms.

Between 2000 and 2004, a Technical Assistance Program (TCAP) was launched which aimed at strengthening institutional and hu-

20 Ngram, Soth Plai, Cambodia: Peacebuilding amid Unresolved Issues, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.

21 Paris, Roland, *At Wars End: Building Peace After Civil Conflicts*, Cambridge, Cambridge University Press, 2004, p. 85.

22 Cambodian People's Party; Political arm of KPNLF.

23 Doyle, quoted in Paris, Roland, *At Wars End: Building Peace After Civil Conflicts*, Cambridge, Cambridge University Press, 2004, p. 87.

24 Ibid.

25 Ibid.

man resource capacities of six key departments and agencies in the government. This was a very important step, as strengthening public financial management is crucial for education, health and other line ministries, at the national as well as the provincial levels.<sup>26</sup>

Today, major improvements are needed for land reforms. Unclear jurisdiction regarding the roles and responsibilities of cadastral committees and local courts over land disputes causes many problems.<sup>27</sup> Moreover, corruption remains high and successful strategies to target the issues have not yet been employed. However, after a lot of pressure from the NGO sector the current government committed itself to the implementation of key state reforms that would also deal with the problem of corruption.

### Military and Security

The military component of UNTAC was blocked at times due to delay of equipment and personnel. Furthermore, the Khmer Rouge became more and more sceptical regarding the peace process and thus quit their agreement to participate in the disarming process, stopped cooperation with UNTAC and refused to participate in elections.<sup>28</sup> As a result, also the other parties to the conflict were reluctant to give up their arms. In the end UNTAC gave up its demobilisation process all together. Soldiers, who had already been canonised, were allowed to return to their armies. Fighting continued in parts of the country; land mines inflicted a devastating post-war price. Only in August 1998, after Pol Pot had died the Khmer Rouge surrendered and disarmament and demobilisation were put again on the agenda for the peacebuilding process in Cambodia.

### Social Reconstruction

Despite official recognition of the genocide by the Khmer Rouge, a tribunal only took up shape in 2006. In the early 1990s ASAN<sup>29</sup> was reluctant to push for tribunals due to continuing fear of Vietnam's influence on the region. »Without the support of ASAN the West

26 Cambodian Rehabilitation and Development Board, [http://www.cdc-crdp.gov.kh/cdc/practices\\_executive.htm](http://www.cdc-crdp.gov.kh/cdc/practices_executive.htm), 01/06/2007.

27 Ngram, Soth Plai, Cambodia: Peacebuilding amid Unresolved issues, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.

28 Kim, Sedara, From Peace Keeping to Peace-Building: Cambodia Post-Conflict Democratisation, [www.psa.ac.uk/2007/pps/Kim1.pdf](http://www.psa.ac.uk/2007/pps/Kim1.pdf), 07/05/2007.

29 Association of Southeast Asian Nations

did not react in terms of attempting any form of prosecution«. <sup>30</sup> Additionally, several governmental officials of post-war Cambodia had Khmer Rouge backgrounds and thus were afraid of any investigation which could disclose their past.

With the hearing of Kan Ken Iew<sup>31</sup> – also known as Duch – on 20 November 2007, the formal hearings of the tribunal started. Ten surviving leaders of the Khmer Rouge will be on trial, including »Brother Number Two« Nuon Chea, the former head of state Khieu Samphan; and ex-Foreign Minister Ieng Sary.

Critics point out, that a major problem of the tribunal is that charges have only been brought against a few, who were chiefly responsible for the crimes of the Khmer Rouge. However, as judge Claudia Fenz stressed, considering the age of the accused Khmer Rouge members and the witnesses, (most of them are in their 70s and 80s) it is necessary to make sure that the trials do not take too long. »If we were to litigate for 20 years, everyone would be dead.« <sup>32</sup>

The deferment of the Khmer Rouge trials has been hampering the reconciliation process. Despite the problems the tribunal faces, there are great hopes that its symbol of justice will bring Cambodia an important step further towards a positive peace.

### Creating a Culture of Peace

From the official side, peace education has so far been only directly addressed in Cambodia by UNESCO through the Culture of Peace program and by UNICEF's Living Values. However, several governments have supported direct peace work, including Japan, Germany, the Netherlands, the European Union and Canada. <sup>33</sup> More recently, disarmament programs aim to connect their work with peace education. Attempts to create a culture of peace come mainly from the civil society and NGOs.

30 Korey, William, *Genocide and Accountability: Response of the NGO Community, in NGOs and the Universal Declaration of Human Rights*, Macmillan, 1998, p. 313–4.

31 Head of the notorious Tuol Sleng interrogation centre.

32 DerStandard, Interview with Claudia Fenz Österreichische UN-Richterin: »Prozesieren wir 20 Jahre, sind alle tot«, derStandard, November 12, 2006.

33 Ngram, Soth Plai, Cambodia: Peacebuilding amid Unresolved issues, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.

## 2.2 Multi-Track Peacebuilding

After the elections of 1993, nongovernmental actors started to become more active than official track-one peacebuilding approaches as they were able to get hold of more resources and funding for grassroots and middle-level programs, as they were »aiming to rebuild social structures using sustainable strategies.«<sup>34</sup>

During the 1990s, most (local) NGOs were active in the field of emergency relief and community development or financially supported local organisations. Only very few had peace and conflict resolution programs on their agenda. By 2001, over thirty NGOs were active in the peace and conflict resolution sector, despite complications for funding.<sup>35</sup> I would like to draw special attention to one particular local program, which aims at peace and reconciliation in Cambodia, the annual *Dhammayietra* – literally a *pilgrimage of truth*. It is the »best known, inspiring, and successful of these efforts at non-violent organising«<sup>36</sup>.

Dhammayietra walks were initiated by Samdech Reah Maha Ghosananda, one of Cambodia's most respected monks, who is often referred to as the »Cambodian Gandhi«. The Dhammayietra walks are based on the »specific application of Buddhist teachings on the lineage between spiritual awareness and non-violent conflict resolution.«<sup>37</sup> The key value is compassion, which is, according to Buddhism, the means and end to personal and social liberation. »Compassion is considered to be the one virtue that enables peacemakers to persist in non-violent action when confronted with violence and frustration.«<sup>38</sup>

The first Dhammayietra took place in 1992, when thousands of Cambodians spontaneously joined pilgrims who walked from

34 Ngram, Soth Plai, Cambodia: Peacebuilding amid Unresolved Issues, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.

35 After 1997 donors changed their support programs by going through governmental ministries rather than supporting NGOs, in order to strengthen the state operational structures.

36 European Centre for Conflict Prevention, *Pilgrimages of Truth in Cambodia; Taking the First Step to Peace*, in *People Building Peace: 35 Inspiring Stories from Around the World*, European Centre for Conflict Prevention, 1999, p. 219.

37 Ibid.

38 Johnston, Douglas, *Step by Step on the Way to Peace: The Dhammayietra Peace Walk in Cambodia*, in Tongeren, Paul van; Brenk, Malin; Hellema, Marte; and Verhoeven, Juliette (eds.), *People Building Peace II: Successful Stories of Civil Society*, London, Lynne Rienner, 2005, p. 235.

a Thai refugee camp on the Cambodian border to Phnom Penh. Thus, many refugees returned home and families who had not seen each other since the 1970s were reunited. Ever since Dhammayietra is an important component for establishing a culture of peace in Cambodia. As the Canadian anthropologist, Monique Skidmore points out, a »new cultural ritual of remembering« is emerging, which, »through the creation of new collective memories [...] will allow some Cambodians to emerge from the culture of violence created by the last twenty years of war.«

### 3. Conclusion: Lessons Learned

In some aspects the violent conflicts which overshadowed Cambodia in the 20<sup>th</sup> century differ from typical contemporary conflicts as identity was not based on the lines of ethnicity, but on ideology. Thus, certain issues might be quite different in the post-settlement phase and require different approaches.<sup>39</sup> Nevertheless, the failures and successes of the peacebuilding process in Cambodia offer crucial lessons to learn from.

#### International Interest

An informal group called »Friends of the Secretary General« was formed, consisting of the five permanent members of the Security Council plus Australia, Indonesia, and Japan among others. These countries worked to ensure that the peace agreement would be implemented. All the friends had an interest in the success of the peace agreement, however, their relations with the parties in the conflict were quite different. Thus they managed to put pressure on them.

#### Generally accepted »Good-Guy«

Prince (and later King) Norodom Sihanouk played an important role, especially in the early stages of the peacebuilding process. The widespread respect he has enjoyed in Cambodia was a major aspect

39 According to Roy Licklider such conflicts are easier to manage as ideologies can change through re-education. See Licklider, Roy, *Obstacles to Peace Settlements*, in Chester A. Crocker, Hampson, Fen Osler, and Aall Pamela (ed.) *Turbulent Peace: The Challenges of Managing International Conflict*, Washington DC, United States Institute of Peace Press, 2001, p. 698.

in the process of unifying the country and getting support from the population for the peace agreement.<sup>40</sup>

### Building Trust by Means of Media Specifically Adapted to the Country

The success of the elections in 1993 can be explained by the UN experience in this field, as well as the mainly young and idealistic volunteers, »who believed that democracy was a goal worth risking their lives for«. <sup>41</sup> The establishment of the UN radio station was an important tool in this respect. Due to the low literacy rate, and the small number of areas that could be reached by television transmission, the radio became the main source of information. The UN was able to convey to the Cambodian population that they did have a choice in the elections and that their votes would be secret. Moreover, UNTAC radio did not keep silent about political intimidation and violence coming primarily from the Khmer Rouge, which showed that the UN were not »as blind as it appeared despite its inability to disarm the factions or stop political intimidation and human right abuses.«<sup>42</sup>

### Unified Military Command Structure

At the UNTAC mission, only 50 US soldiers participated in unarmed observer teams of mixed nationalities, which eased cooperation and kept them from being attacked specifically, as anti-Americanism was widespread, especially amongst the communist parties in the conflict. Also, the single command structure eliminated many communication problems.<sup>43</sup>

40 Wake, Jim, *Lessons Learned from Peacebuilding Practices in Asia Pacific*, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.

41 Ledgerwood, Judy L., *UN Peacekeeping Missions: The Lessons from Cambodia, Asia Pacific Issues, Analysis from the East-West Center*, No. 11, March 1994, <http://www.eastwestcenter.org/stored/pdfs/api011.pdf>, 31/05/2007.

42 *Ibid.*

43 In Somalia, in contrast, where the UN had launched a mission that started only one year after the Cambodian one, the different national military cultures involved turned out to be a major problem in the mission, especially due to the dominance of American troops. Discords as to whether to use the US approach based on force or on dialogue and mediation, as was promoted by Australia among others, led to a solo attempt by the US troops. Moreover, command and control was difficult, as some contingents refused to work with or for others. See Duffey, Tamara, *Cultural Issues in Contem porary* >



### Repatriation for Refugees

The UN mission was also very successful in terms of repatriation for refugees, who had fled to Thailand. Money, tools and supplies, in some cases even land were given to those who returned.<sup>44</sup>

### Disarmament and Demobilisation are fundamental issues for security

The probably biggest failure of UNTAC was that it never managed to disarm, which exacerbated conflicts of the post-settlement phase, protracted community development and improvements for human security, human rights and public health. Additionally, Cambodia has proved the importance of management and control of weapon stockpiles in weapons collection programs to make sure, that collected weapons are not removed again. At the same time, efforts to control illegal weapon trafficking are necessary, especially in countries like Cambodia, where conflicts have lasted for several decades, as they tend to have a long history of weapon smuggling.<sup>45</sup>

### Addressing the Root Causes of Conflict

The UN failed to address the root causes of the violent conflicts that Cambodia experienced for more than 20 years. The assumption that free and fair elections alone would trigger of a democratisation process in the long run, as well as bringing about security and economic prosperity led to a total ignorance of the tradition structure of politics.<sup>46</sup> As a result, the successes of the 1993 elections were abated and political violence and intimidation continued.

### Avoidance of Inequalities between Peacekeepers

The military personnel of UNTAC was paid by their home countries, which led to unequal wages for soldiers of the same rank. Further, as the contribution of Japanese troops had caused a lot of protests

> Peacekeeping, in Woodhouse and Ramsbotham (eds.), *Peacekeeping and Conflict Resolution*, London or Portland, Frank Cass, 2000, p. 154.

44 Ledgerwood, Judy L., *UN Peacekeeping Missions: The Lessons from Cambodia, Asia Pacific Issues, Analysis from the East-West Center*, No. 11, March 1994, <http://www.eastwestcenter.org/stored/pdfs/api011.pdf>, 31/05/2007.

45 Wake, Jim, *Lessons Learned from Peacebuilding Practices in Asia Pacific*, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.

46 Roberts, David, quoted in Paris, Roland, *At Wars End: Building Peace After Civil Conflicts*, Cambridge, Cambridge University Press, 2004, p. 88.

in Japan, Japanese military personnel was stationed only in relative safe areas and enjoyed extra security and more luxurious accommodation than any of the other troops. This led to resentment amongst the other troops and affected the moral.<sup>47</sup>

### Insure Well-Prepared and Professional Personal

The civilian police was one of the most expensive components of the UN mission, yet it was also among the biggest failures. Several countries sent under-trained personnel who did not have the language requirements or could not drive. Some of the older officers did not respect orders given by younger ones. The lack of specific instructions and training led to confusion as to what the duties of the officers were and eventually affected their discipline.

Further, inadequate behaviour of UNTAMIC personnel intensified the conflict. Some of the military and police personnel got drunk, committed crimes and caused civilian deaths due to the irresponsible driving of UN vehicles. Prostitution and rape also led to a drastic spread of sexually transmitted diseases, in particular HIV.

Since 1991, a lot of progress has been made in the peacebuilding process in Cambodia. Nevertheless, many problems still remain. Contemporary conflicts might be more pragmatic than ideological, development-related than political and concerned about material resources instead of ideas.<sup>48</sup> Poverty lead to labour disputes, resource-based conflicts. Furthermore, discrimination, racism, border disputes<sup>49</sup> and political related violence and intimidation are still present.<sup>50</sup>

It is now crucially important to work on failures that have been made in the peacebuilding process in the past and to foster strategies to address current and future conflicts by non-violent means. Creating a positive peace is indeed not an easy task, it requires a lot of hard work and commitment, time and patience – it is possible, if we want it.

47 Ibid.

48 Ngram, Soth Plai, Cambodia: Peacebuilding amid Unresolved Issues, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.

49 For example, the current dispute with Thailand over the Preah Vihwar Temple.

50 A positive sign in this respect is that the most recent elections of 27 July 2008 are regarded as the most peaceful once since 1993. Nevertheless, the electoral commission admits crudities that might be indicators of vote rigging.

## Bibliography

- Der Standard, Interview with Claudia Fenz Österreichische UN-Richterin: »Prozessieren wir 20 Jahre, sind alle tot«, *derStandard*, 12/11/2006.
- Die Presse, Kambodscha: Regierungspartei siegt bei Parlamentswahl, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/401661/index.do>, 28/07/2008.
- Duffey, Tamara, Cultural Issues in Contemporary Peacekeeping, in Woodhouse and Ramsbotham (eds.), *Peacekeeping and Conflict Resolution*, London or Portland, Frank Cass, 2000.
- European Centre for Conflict Prevention, Pilgrimages of Truth in Cambodia; Taking the First Step to Peace, in *People Building Peace: 35 Inspiring Stories from Around the World*, European Centre for Conflict Prevention, 1999.
- Human Development Report 2003, [http://hdr.undp.org/reports/global/2003/indicator/cty\\_f\\_KHM.html](http://hdr.undp.org/reports/global/2003/indicator/cty_f_KHM.html), 12/06/2007.
- Johnston, Douglas, Step by Step on the Way to Peace: The Dhammayietra Peace Walk in Cambodia, in Tongeren, Paul van; Brenk, Malin; Hellema, Marte; and Verhoeven, Juliette (eds.), *People Building Peace II: Successful Stories of Civil Society*, London, Lynne Rienner, 2005.
- Kamm, Henry, *Cambodia: Report from a Stricken Land*, New York, Arcade Publishing, 1998.
- Kim, Sedara, From Peace Keeping to Peace-Building: Cambodia Post-Conflict Democratisation, [www.psa.ac.uk/2007/pps/Kim1.pdf](http://www.psa.ac.uk/2007/pps/Kim1.pdf), 07/05/2007.
- Korey, William, Genocide and Accountability: Response of the NGO Community, in NGOs and the Universal Declaration of Human Rights, Macmillan, 1998.
- Jackson, Karl D. (ed.) *Cambodia 1975–1978: Rendezvous with Death*, Princeton University Press 1989
- Ledgerwood, Judy L., UN Peacekeeping Missions: The Lessons from Cambodia, Asia Pacific Issues, Analysis from the East-West Center, No. 11, March 1994, <http://www.eastwestcenter.org/stored/pdfs/api011.pdf>, 31/05/2007.
- Licklider, Roy, Obstacles to Peace Settlements, in Chester A. Crocker, Hampson, Fen Osler, and Aall Pamela (ed.) *Turbulent Peace: The Challenges of Managing International Conflict*, Washington DC, United States Institute of Peace Press, 2001.
- Miall, Ramsbotham, Woodhouse, *Contemporary Conflict Resolution*, Cambridge, Polity Press, 2003.
- Ngram, Soth Plai, *Cambodia: Peacebuilding amid Unresolved Issues*, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.
- Paris, Roland, *At Wars End: Building Peace After Civil Conflicts*, Cambridge, Cambridge University Press, 2004.
- SarDesai, D.R. *Southeast Asia: Past and Present*, 4th edition, Silkworm Books, 1997.
- Scheffer, David J., Justice for Cambodia, <http://www.yale.edu/cgp/Scheffer2002.doc>, 15/08/2008.
- Wake, Jim, Lessons Learned from Peacebuilding Practices in Asia Pacific, <http://www.conflict-prevention.net/index.html>, 07/05/2007.
- Cambodian Rehabilitation and Development Board, [http://www.cdc-crdp.gov.kh/cdc/practices\\_executive.htm](http://www.cdc-crdp.gov.kh/cdc/practices_executive.htm), 01/06/2007.
- World Bank Report, *Cambodia: Halving Poverty by 2015? Poverty Assessment 2006*, Report No. 35213-KH. February 7, 2006, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2006/02/22/000012009\\_20060222102151/Rendered/PDF/352130REV0pdf.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2006/02/22/000012009_20060222102151/Rendered/PDF/352130REV0pdf.pdf), 12/06/2007.

Maria Lind

## Hilfestellung bei der Integration traumatisierter Flüchtlinge in Kärnten

Ein Psychotherapieprojekt von Aspis, Forschungs- und Beratungszentrum für Opfer von Gewalt

### 1. Projektbeschreibung

Der gemeinnützige Verein ASPIS besteht seit 8. 10. 1998 mit dem Sitz an der Universität Klagenfurt. Aspis ist ein Forschungs- und Beratungszentrum für Opfer von Gewalt.

Seit 2001 ist der Schwerpunkt unserer Arbeit die psychotherapeutische Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen, welche Traumata durch Vertreibung, Folter, Krieg und Vergewaltigung erlitten haben und unter den Symptomen einer Posttraumatischen Belastungsstörung (ICD 10, F 43.1) leiden.

Unsere Zielsetzung ist die Gewährung und Vertiefung der psychotherapeutischen und psychologischen Betreuung zur Förderung der Integration traumatisierter Flüchtlinge in Kärnten durch in die Liste des Bundesministeriums eingetragene PsychotherapeutInnen.

Bei Aspis arbeiten 12 PsychotherapeutInnen. Sie alle haben traumaspezifische Aus- bzw. Fortbildungen gemacht (EMDR, Debriefing, Psychodynamisch Imaginative Traumatherapie) und sie bilden sich ständig weiter. Sie nehmen außerdem regelmäßig an den monatlich stattfindenden Intervisionen (Fallbesprechungen) teil.

Um sprachliche Barrieren möglichst gering zu halten, werden besonders geschulte ÜbersetzerInnen beigezogen, die Teil des therapeutischen Settings werden. Sieben Dolmetscherinnen (vier Dolmetscherinnen für russisch, eine für bosnisch, eine für persisch/farsi, eine für arabisch) fungieren als Sprachrohr zwischen unseren KlientInnen und den TherapeutInnen.

Teamsupervision, Fallsupervision, Intervisionen und Arbeitsbesprechungen gehören zum Konzept von ASPIS, ebenso regelmäßige DolmetscherInnensupervision.

Die psychotherapeutische Ambulanz ist zweimal im Monat Anlaufstelle für Flüchtlinge in akuter psychischer Not. Hier erfolgt ei-

ne Art Notversorgung für Menschen, die wir aus finanziellen Gründen nicht sofort in unser Projekt aufnehmen können. Diese Ambulanz hat sich bisher sehr bewährt, auch wenn sie aus therapeutischer Sicht nur eine »Erstversorgung« darstellt.

Wegen des Ausmaßes der Traumatisierung vieler unserer KlientInnen sind neben der Traumatherapie auch psychotherapeutische Begleitmaßnahmen (psychosoziale Arbeit) notwendig.

Aspis ist eine vom Ministerium anerkannte Praktikumsseinrichtung für AbsolventInnen des Psychologiestudiums, weiters für Personen, die sich in Ausbildung zum/r PsychotherapeutIn befinden (Psychotherapeutisches Propädeutikum und Fachspezifikum).

Aspis ist außerdem eine geschätzte Fortbildungseinrichtung in Kärnten: wir organisieren seit Jahren Seminare und Workshops im Bereich Psychotraumatologie (Debriefing, EMDR, Bildschirmtechnik, PITT) die von renommierten PsychotherapeutInnen und/oder PsychiatrerInnen geleitet werden.

Um die aktive Beteiligung unserer KlientInnen am Projekt zu gewährleisten, veranstalten wir zahlreiche Treffen und Events. Außerdem fördern wir, dass unsere KlientInnen sich gegenseitig unterstützen und helfen (Babysitting, Begleitung zum Arzt usw., Freunde finden), was u. a. unter den TeilnehmerInnen der Gruppentherapien sehr gut gelungen ist.

Mit den vorgeschlagenen Aktivitäten und Methoden soll die Eigenständigkeit der Zielgruppe gefördert werden. Der Ort unserer Aktivitäten ist in erster Linie die Universität Klagenfurt. Unsere KlientInnen kommen aus ganz Kärnten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu uns und Aspis bezahlt die Reisetickets.

Das Projekt wird vom Europäischen Flüchtlingsfonds und vom BMI kofinanziert. Zusätzliche Subventionen kommen vom Amt der Kärntner Landesregierung (Abteilung für Soziales und Abteilung für Gesundheit) sowie vom Magistrat Klagenfurt (Referat für Soziales und Referat für Gesundheit). Mitgliedsbeiträge und Spenden ergänzen die Einnahmen.

## 2. Ziele des Projektes

- Jenen Menschen, die im ASPIS-Projekt aufgenommen sind, eine längerfristige psychotherapeutische Begleitung zu gewährleisten und weitere schwer traumatisierte KlientInnen in unser Behandlungskonzept aufzunehmen

- Wichtige und notwendige ressourcenstärkende psychotherapeutische Begleitmaßnahmen durchzuführen
- MitarbeiterInnen im Bereich Psychotraumatologie weiterzubilden
- Öffentlichkeitsarbeit zu leisten mit dem Ziel, Verständnis für traumatisierte Flüchtlinge bei der Bevölkerung zu wecken und Abneigung, Misstrauen und Pauschalverurteilungen gegenüber ausländischen Menschen abzubauen.

### 3. Zahlen

Im Zeitraum vom 1. 1.–31. 12. 2007 haben wir insgesamt 198 Menschen (AsylwerberInnen und Konventionsflüchtlinge) betreut: 98 Männer und 100 Frauen, davon 33 Minderjährige und 165 Erwachsene. Die KlientInnen waren zwischen 8 und 65 Jahren alt. Sie kamen aus folgenden Ländern: Afghanistan (14), Algerien (1), Armenien (10), Bosnien (18), Dagestan (2), Georgien (7), Ghana (1), Inguschetien (8), Iran (6), Irak (1), Kabardino Balkarien (2), Kosovo (7), Mazedonien (1), Moldawien (1), Mongolei (6), Peru (1), Pakistan (1), Russland (1), Tadschikistan (3), Tschetschenien (103), Weißrussland (4).

Haupttraumagründe sind: Folter, Zeugenschaft von Folter, Flucht ohne unmittelbare Gewalterfahrung, Flucht infolge organisierter Gewalt, familiäre Gewalt, Sehen und Stolpern über Leichen, Vergewaltigung.

82 Menschen hatten Einzelpsychotherapie

20 Menschen hatten Einzelpsychotherapie und Psychosoziale Betreuung

27 Menschen hatten Gruppenpsychotherapie und Psychosoziale Betreuung

45 Menschen hatten Psychosoziale Betreuung

24 Menschen hatten ein Erstgespräch in unserer Ambulanz

Leistungsstatistik in Stunden:

Therapie: 1568

Psychosoziale Betreuung: 2321

Wartezeit auf Psychotherapie: ca. 6 Monate.

Zusätzlich haben wir 38 österreichische KlientInnen psychotherapeutisch behandelt: sie sind Opfer der Verfolgung durch das NS Regime (child survivors).

Arbeit in Stunden mit den österreichischen KlientInnen: 654

#### 4. Allgemeines zu Trauma

Traumatische Ereignisse setzen bisher bewährte Anpassungsstrategien und Ressourcen eines Menschen außer Kraft. Da weder Flucht noch Kampf möglich sind, verliert der Mensch die Kontrolle, woraus intensive Angst-, Ohnmachts- und Hilflosigkeitsgefühle entstehen. Das Urvertrauen in die Welt und in die Menschheit und bis dahin gültige Wertvorstellungen werden zutiefst erschüttert.

Flucht bedeutet immer, massive Verluste zu erleben: die Heimat, Freunde, Verwandte, alles, was das Leben bisher ausgemacht hat, sind verloren. Hier in Österreich sind die Flüchtlinge zwar sicher vor Bombenangriffen, nicht aber vor den oft retraumatisierenden Bedingungen der Asylsituation: Sie dürfen nicht arbeiten, wohnen auf beengtem Raum in oft von den Städten weit entfernt gelegenen Flüchtlingsquartieren, wo die einzige Tagesstruktur die Mahlzeiten darstellen und wenig Rücksicht auf die kulturbedingten Bedürfnisse der Flüchtlinge genommen wird; sie warten oft jahrelang auf den Abschluss ihres Asylverfahrens; sie stoßen nicht selten auf Ablehnung und Misstrauen bei der einheimischen Bevölkerung.

Unsere KlientInnen mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTSD, DSM-IV) leiden u. a. an Intrusionen (Alpträume, Flashbacks), Konstriktionen (Vermeidung von bestimmten Orten, Tätigkeiten, sozialer Rückzug, Depression) und Hyperarousal (Übererregtheit, Nervosität, Schlafstörungen). Zusätzlich leiden sie in besonders schweren Fällen an dissoziativen Zuständen und sehr häufig an psychosomatischen Beschwerden.

Ein Hauptsymptom – v. a. unserer gefolterten Patienten – ist das extreme Misstrauen allen und jedem gegenüber.

Heilungschancen von Traumapatienten nach »men made de-saster« hängen sehr stark davon ab, ob Menschen nach dem erlittenen Trauma einen Menschen haben, der ihnen zuhört und das Schreckliche und Unfassbare glaubt.

Den Menschen aus nicht westlichen Kulturen ist Psychotherapie fremd. Wir haben in dieser Hinsicht in den letzten Jahren bei unseren KlientInnen viel Aufklärungsarbeit geleistet, Misstrauen und Skepsis abgebaut.

Mehr als die Hälfte unserer KlientInnen kommen aus Tschetschenien. Das Ausmaß der Traumatisierung dieser Menschen ist groß. Neben familiären Verlusten, die sie erlitten haben, wurden

viele gefoltert, nicht wenige Frauen wurden vergewaltigt. Dazu kommt, dass bei einigen der betroffenen KlientInnen Angehörige vermisst werden, über deren Verbleib sie nichts wissen. Alle tschet-schenischen KlientInnen haben zusätzlich mehrere Jahre Kriegser-fahrung hinter sich.

#### 5. Dolmetschunterstützte Interkulturelle Psychotherapeutische Arbeit im Einzel- und im Gruppensetting

Die meisten unserer KlientInnen werden im einzeltherapeutischen dolmetschunterstützten Setting behandelt.

Hauptzuweiser an unsere Institution sind die: Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie am LKH Klagenfurt, die Abteilung für Kinder- und Jugendneuropsychiatrie am LKH Klagenfurt, niedergelassene ÄrztInnen und FachärztInnen und das Amt der Kärntner Landesregierung (Flüchtlingsreferat.)

Der erste Kontakt mit den Menschen erfolgt in unserer psychotherapeutischen Ambulanz, in der wir u. a. eine Erstversorgung / Krisenintervention der Flüchtlinge vornehmen.

Die AmbulanzmitarbeiterInnen entscheiden nach dieser ersten Kontaktaufnahme, ob ein Klient traumatisiert ist oder nicht. Einige Menschen wurden und werden abgewiesen, da sie Hilfe bei der Wohnungssuche oder einen Deutschkurs haben wollen, aber keine Traumasymptome aufweisen.

Die traumatisierten KlientInnen werden in der Ambulanz zunächst »notversorgt«, d.h. sie werden mit Stabilisierungstechniken beruhigt und in die Ambulanz der Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie am LKH Klagenfurt überwiesen, damit sie dort Medikamente bekommen. Sie werden bei uns auf eine Warteliste gesetzt, wobei die Wartezeit zur Zeit ca. 6 Monate beträgt.

Bei Therapiebeginn suchen wir dann aus unserem spezialisierten TherapeutInnenteam individuell passend eine/n PsychotherapeutIn und eine/n DolmetscherIn aus. Gleichzeitig überlegen wir, welche weiteren ressourcenstärkenden Maßnahmen diese/r KlientIn braucht (Deutsch, Familienbetreuung, körperliche Aktivitäten) und organisieren diese.

Die Therapien laufen unterschiedlich lange: meistens dauern die Therapien ein bis drei Jahre. Bei sehr wenigen KlientInnen reicht eine kürzere therapeutische Intervention von nur 5–10 Therapiesitzungen aus.



Seit 2004 werden auch Traumatherapiegruppen für tschetschenische Frauen durchgeführt. Viele von den Frauen sind alleinerziehende Mütter, haben ihre Männer im Krieg verloren oder diese sind »verschwunden«.

Eine Durchsicht der Literatur ergibt, dass sich gruppentherapeutische Interventionen bei Opfern von Gewalt bewährt haben, ja sie zeigt, dass gerade für Traumaopfer die Gruppenerfahrung besonders wertvoll ist, weil sie in besonderem Maß unter Isolation, Verheimlichung und emotionaler Verarmung leiden. Durch den wertschätzenden Umgang miteinander in der Gruppe kann wieder Selbstwert gewonnen werden. Die Gruppenerfahrung hilft, dem Erlebten einen Sinn zu geben und schrittweise wieder Vertrauen zu anderen Menschen zu gewinnen.

Natürlich gibt es Kontraindikationen für Gruppenpsychotherapie mit Traumatisierten. Am wichtigsten ist es, die Wünsche der Betroffenen zu beachten, die manchmal ein diskretes und intimes Setting verlangen. Und ohne gruppentherapeutische Ausbildung der LeiterInnen ist die Gefahr des wechselseitigen »Antriggerns« unter mehreren TraumapatientInnen in der Gruppe und die Gefahr des Kontrollverlusts vorhanden. Die LeiterInnen müssen Stabilisierungstechniken phasenspezifisch und flexibel einsetzen können. Und sie müssen wissen, wie sie im Falle einer geplanten oder sich spontan einstellenden Traumaerzählung um einen individuellen Protagonisten herum diesen gegenüber zwangsläufig auftauchenden Abwehrprozessen und Rivalitätsimpulsen bei anderen Gruppenmitgliedern schützen können und wie ein gelingendes »Sharing« und Aufgehobensein des Protagonisten in der Gruppe vorbereitet wird.

Die Evaluation der psychotherapeutischen Arbeit zeigt, dass wir sehr erfolgreich arbeiten (siehe Jahresbericht 2007, [www.aspis.at](http://www.aspis.at)). Die Menschen kommen schwerstbelastet zu uns. Durch die Psychotherapie kann eine insgesamt hohe signifikante Symptomverminderung erreicht werden. Auch die Evaluation der Psychotherapeutischen Begleitmaßnahmen zeigt, dass es zu deutlichen Verbesserungen, u. a. in den Bereichen Haushalt, Sprache und Schule kommt.

Trotz dieser Verbesserungen zeigen unsere KlientInnen auch nach längerdauernder Psychotherapie und Betreuung noch klinische Symptome. Aus diesem Grund müssen psychotherapeutische Betreuung und notwendige Begleitmaßnahmen über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren gewährleistet sein.

## 6. Psychotherapeutische Begleitmaßnahmen

Psychotherapeutische Begleitmaßnahmen sind in der Arbeit mit traumatisierten Menschen unbedingt notwendig, da Psychotherapie alleine oft nicht ausreicht, schwerst belastete Menschen zu stabilisieren. So sind psychosoziale Aktivitäten aus dem Aspis Konzept nicht wegzudenken.

Die Unsicherheit des Aufenthaltes und nicht abgeschlossene Asylverfahren verstärken bei den Menschen das Gefühl der Unsicherheit und der Heimatlosigkeit. Dazu kommen Alltagsschwierigkeiten, wie nicht arbeiten dürfen, schlechte Unterkünfte, Unwissenheit über die Rechte und Gesetze in Österreich. Die Menschen brauchen dringend ressourcenstärkende psychosoziale Betreuung, um sich in dieser Situation einigermaßen zurechtzufinden.

Die psychosoziale Arbeit wird von PraktikantInnen (PsychologiestudentInnen im 2. Studienabschnitt) und ehrenamtlichen HelferInnen begleitend zur Psychotherapie oder als Vor- bzw. Nachbetreuung geleistet.

- Deutsch Einzelunterricht bzw. Deutschunterricht in Kleingruppen für Menschen, die in Psychotherapie sind. Scham- und Schuldgefühle, Konzentrationsstörungen, Flashbacks und Übererregung machen normales Lernen in Großgruppen unmöglich. Jeder Klient soll in seinem eigenen Tempo und entsprechend seiner psychischen Verfassung Deutsch lernen können. Es wirkt tief bei den Menschen, dass sie durch den Deutschunterricht individuellen Respekt und Anerkennung bekommen. So wird zerissenes Vertrauen wieder hergestellt und Voraussetzungen für die Integration werden geschaffen.
- Körperaktivitäten (Fußballprojekt) als wichtige ressourcenstärkende Maßnahmen.

Familienbetreuung in denen zwei oder mehrere Menschen traumatisiert sind, als Vorbereitung für die Psychotherapie oder begleitend zur Therapie: Gespräche mit dem Ziel Werte und Normen unserer Kultur zu vermitteln, Hilfe bei Behördenwegen und Arztbesuchen.

## 7. Erfahrungen mit den eingesetzten Methoden

Unser Projektziel ist die Qualitätssicherung und Verbesserung der psychotherapeutischen und psychosozialen Arbeit durch folgende Methoden und Maßnahmen, welche unserer Erfahrung nach zielführend und hilfreich sind:

- Regelmäßige Fallsupervision und Intervision unserer PsychotherapeutInnen
- Regelmäßige Teamsupervision
- Evaluation mit Hilfe geeigneter Tests
- 1 x Monat Teambesprechung
- Supervision der PraktikantInnen
- Arbeitsbesprechungen mit den PraktikantInnen finden vierzehntägig statt
- Supervision der DolmetscherInnen 2 x jährlich
- Wissenschaftliche Begleitforschung durch Aspis bzw. Betreuung von Diplomarbeiten zum Thema Psychotraumatologie (Univ.-Prof. Dr. Klaus Ottomeyer, Univ.-Doz. Dr. Walter Renner)
- Vernetzung mit psychotraumatologischen Instituten: Psycho-traumaklinik Göttingen, EMDR Institut Wien; Institut für Psychotrauma Visp; Institut für Internationale Konfliktforschung Zürich (Weilenmann); University of the North Sovenga, Institute of Psychology
- Vernetzung mit den Mitgliedern von NIPE (Netzwerk Interkultureller Psychotherapie für Extremtraumatisierte)
- Kontakte mit dem UNHCR
- Vernetzung mit dem Zentrum für Psychiatrie und Psychotherapie am LKH Klagenfurt, der Abteilung für Psychiatrie und Neurologie am LKH Villach, der Abteilung für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters und Heilpädagogik am LKH Klagenfurt
- Kontakte mit dem Flüchtlingsreferat des Landes Kärnten über die FlüchtlingsberaterInnen
- Integration der Praxis in die internationale Fachdiskussion zu Psychotrauma und Menschenrechten durch Kongressteilnahme und Öffentlichkeitsarbeit
- Wissenschaftliche Diskussion über Stand der Forschung zum Thema Psychotraumatologie und Flüchtlinge mit anderen anerkannten internationalen psychotraumatologischen Instituten.

#### 8. Verallgemeinbarer Nutzen der Aspis Arbeit für die

Entwicklung der österreichischen Asyl- und Integrationspolitik  
Die Arbeit von Aspis zeigt, dass und auf welche Weise die Psychotherapie mit traumatisierten Flüchtlingen wirksam sein kann. Dies ist mit Hilfe von wissenschaftlich anerkannter und publizierter qualitativer sowie quantitativer Forschung geschehen.

Walter Renner konnte u. a. in dem international bekannten »Journal of Immigrant and Minority Health« die Wirksamkeitsstudie »The Effectiveness of Psychotherapy with Refugees and Asylum Seekers: Preliminary Results from an Austrian Study« publizieren. Diese Studie basiert auf den Daten von Aspis.

Eine weitere Studie über die spezielle Wirksamkeit der Psychodramagruppen für tschetschenische Frauen, die von der Autorin Maria Lind geleitet wurde, ist von dem einschlägigen deutschsprachigen Fachjournal »Zeitschrift für Psychotraumatologie, Psychotherapiewissenschaft, psychologische Medizin« publiziert worden.

Aspis war auch über einige MitarbeiterInnen an dem Buch »Interkulturelle Traumadiagnostik. Probleme, Befunde und Richtlinien für die Begutachtung von Asylsuchenden«, hg. von Klaus Ottomeyer und Walter Renner, beteiligt, welches zu Beginn des Jahres 2007 im Klagenfurter Drava Verlag erschien. Der FWF hatte ein zugrunde liegendes, im Jahre 2006 abgeschlossenes und von W. Renner und K. Ottomeyer geleitetes Forschungsprojekt unterstützt. Es gelang, basierend auf den Erfahrungen von Aspis und verwandter Österreichischer Einrichtungen (NIPE) Mängel in der gegenwärtigen Gutachtenpraxis aufzuzeigen und Standards für eine bessere Praxis in die Diskussion zu bringen.

MitarbeiterInnen von Aspis wurden auf mehrere internationale Kongresse eingeladen, um über die Praxis und Forschung in Österreich zu berichten. Hieraus sind weitere Publikationen entstanden. In einem Sammelband »Tabus und Grenzen der Ethik«, hg. von M. Fischer und R. Kacianka, (Peter Lang Verlag, 2007), erschien ein Beitrag von Klaus Ottomeyer »Traumatisierte Flüchtlinge unter uns: Tabuisierung und Abwehr des Gewissens«. Die Liste der Publikationen und Konferenzteilnahmen ist unvollständig. Aspis ist aufgrund der guten Kooperation mit der Universität Klagenfurt in der glücklichen Lage, über die Probleme der PatientInnen und die praktische diagnostische und therapeutische Arbeit seiner MitarbeiterInnen wissenschaftlich berichten zu können. Die publizierten Ergebnisse und Anregungen kommen sicherlich zahlreichen KollegInnen in den anderen Bundesländern, VertreterInnen von österreichischen Behörden und wohl auch den KlientInnen zugute.

# STUDENT REPORTS – REISEN FÜR DEN FRIEDEN

Eva Steinbacher

## Jah, Rastafari heißt Amen

### Eine Reise nach Äthiopien

Ich reise gerne. Andere Länder zu sehen und die Verschiedenheiten und Similaritäten zwischen den verschiedenen Kulturen zu erleben war für mich schon immer etwas ganz Besonderes gewesen, eine außerordentliche Bereicherung der besonderen Art. Normalerweise fanden solche Eindrücke durch Urlaubsaufenthalte statt.

Im Sommer 2007 wurden diese kurzzeitigen Auslandsaufenthalte zu Erholungszwecken ersetzt durch eine neue Erfahrung: Ich wollte ein Auslandspraktikum (für mein Studium der Angewandten Kulturwissenschaften anrechenbar) absolvieren, in ein Land »weiter weg«, etwas Unübliches und vielleicht ein wenig Exotisches sollte es sein. Was genau, darüber hatte ich keine besonderen Vorstellungen und Erwartungen. Ich wollte einfach einmal sehen, welche Möglichkeiten sich mir bieten würden, denn mit meiner Bewerbung für einen Praktikumsplatz war ich bereits ein wenig spät dran.

Relativ rasch kam eine Zusage aus Äthiopien, dass ich ein zweimonatiges Praktikum in der Programmabteilung (bestens passend zu meinem Studienfach) absolvieren könne. Die verbleibende Zeit bis zum Praktikumantritt war knapp. Ich musste noch einige Impfungen erledigen und wollte mir, so gut es mir möglich war, noch Informationen über dieses Land beschaffen. Ich muss zugeben, dass ich zu diesem Zeitpunkt kaum etwas über Äthiopien wusste. Nicht mehr auf jeden Fall als die Meldungen und Assoziationen, die wir normalerweise mit diesem ostafrikanischen Land verbinden, die da zumeist sind: Armut (gut, das stimmt, Äthiopien stellt eines der fünf ärmsten Länder weltweit dar), Dürre und verdorrte Erde, Wasser- Versorgungsprobleme, Hitze, Stammeskriege, ... wie es zumeist durch Kurzmeldungen in den Medien überliefert wird.

In anderen Worten: ich hatte praktisch keinerlei Bezug zu Äthiopien und noch zu anderen ostafrikanischen Staaten, weder durch Reisen, noch durch mein Studium. Aus diesem Grund nahm ich mit dem Institutsvorstand des Goethe Institutes Kontakt auf, um

zu erfragen, was er mir an Literatur für eine Vorbereitung anraten könne. Dieser jedoch nahm meine Anfrage recht gelassen, er habe keine speziellen Empfehlungen bezüglich meiner Vorbereitung.

Am Tag meiner Abreise hatte ich noch immer ein ungutes Gefühl, mich zu wenig auf die bevorstehenden zwei Monate eingestellt zu haben. Ich würde mich einfach darauf einlassen, was auf mich zukommen würde.

Als ich nach einer zirka 11-stündigen Reise in Addis Abeba landete, war es bereits dunkel, sodass mir ein erster Eindruck zu diesem Zeitpunkt noch verwehrt blieb. Ich hatte auch noch keine rechte Vorstellung, was mich erwarten würde, abgesehen von ein paar Bildern, die ich im Internet betrachtet hatte.

Ich muss an dieser Stelle anmerken, dass ich mein Praktikum in der Hauptstadt Addis Abeba absolvierte und lediglich ein paar Tage auf Reise im Süden, nahe der Stadt Awasa, verbrachte, wodurch ich nicht repräsentativ für das gesamte Land mit seinen ausgesprochen unterschiedlichen Verhältnissen sprechen kann.

Dennoch: die Impressionen, die mich am folgenden Tag bestürmten, waren auf jeden Fall farbenfroher, als ich sie mir in meiner geheimen Vorstellung zusammengereimt hatte, auch wenn ich mich – und das war auch richtig so – generell von speziellen Erwartungen und Vorstellungen ferngehalten hatte. Am liebsten wäre ich einfach nur für ein paar Stunden irgendwo am Straßenrand stehen geblieben, um das Geschehen rund um mich zu beobachten.

Ich kam pünktlich mit der Regenzeit an und von der »afrikanischen Hitze« war für mich in der gesamten Zeit des Aufenthalts wahrlich nichts zu bemerken! Überdies befindet sich Addis Abeba auf ca. 2500 m Seehöhe (stellt damit eine der höchsten Hauptstädte der Welt dar) und entgeht dadurch rund um das Jahr der Hitze. An Regen fehlte es ebenso wenig wie an Vegetation. Und von Hitze (oder auch nur Wärme) kann ich persönlich – bis auf ein paar gnädige Regenspausen – nicht berichten. Bei einem Spaziergang durch die Stadt ist man mit einem permanenten Brandgeruch konfrontiert, man sieht Rauchschwaden hinter den Hütten aufsteigen, die mit denjenigen eifrig konkurrieren, die aus den Fahrzeugen (vor allem Bussen) dringen.

Nach der ersten Woche hatte ich mich ganz gut eingelebt und das »Hey, Farenji, money, money!«, dazu eine ausgestreckte Hand und ein Grinsen im Gesicht der Kinder, die neben mir herliefen,

wurde zum Alltagsgeschehen. Nicht viel anders bei vielen Erwachsenen. Tourismus ist nicht sehr stark ausgeprägt, die Hauptstadt lohnt sich nur für einen Besuch weniger Tage, dafür ist das Land umso sehenswerter und Äthiopienreisende begeben sich rasch in die verschiedenen Provinzen, um die Naturschönheiten zu bewundern, anstatt in der Dunstglocke der Hauptstadt zu verweilen. Dafür haben sich umso mehr Hilfsorganisationen hier niedergelassen, und die meisten Weißen, die man in der Stadt antrifft, arbeiten in einer solchen. Die Angaben zur Einwohnerzahl Addis Abebas variieren – von 2 bis 5 Millionen. Genau zu wissen scheint es niemand, interessiert auch nur mäßig, weil eine Zählung durch die ständige Zuwanderung, die die Zahlen permanent verändert, ineffektiv wäre. Volkszählung, so sagte man mir zumindest, werde deswegen ohnehin nicht mehr durchgeführt. In den »Hüttenvierteln« drängen sich Lehmhütten an Wellblechhütten, zur Zierde werden Verkehrsschilder und Straßenzeichen aufgestellt, die man mal irgendwo gefunden und mitgenommen hat. Ab und an wundert man sich über die Satellitenschüsseln, die auf den Dächern angebracht sind. Aufs Fernsehen will man auch hier nicht verzichten, der stolze Besitzer eines solchen Gerätes wird abendlich zum Sammelpunkt der Nachbarschaft, um gemeinsam die Sendungen zu verfolgen. Ausgestrahlt vom einzigen staatlichen äthiopischen Sender, der sich das Gebäude mit dem Informationsministerium teilt. Ein Faktum, dass für Kritik sorgt, wenn es um die Diskussion der Medien- und Pressefreiheit in diesem Land geht, das sich als demokratisch ausweisen will.

Die Bächlein entlang der Straße werden multifunktionell genutzt: als Kanal in der Regenzeit, als öffentliche Toilette, zum Wäschewaschen, zum Spielen für die Kinder, ...

Der Institutsleiter überlegt, das Institut für einen Tag geschlossen zu halten und mich unter Hausarrest zu stellen. Eine Urteilsverkündung für eine Gruppe Oppositioneller stehe an, die unter Umständen wegen Hochverrats zum Tode verurteilt werden können, wodurch Demonstrationen möglich seien, die durch das Militär gewaltsam niedergeschlagen werden, so erklärt er mir. Dazu kommt es nicht. Zur großen Verwunderung – und Freude – werden sämtliche Oppositionelle freigelassen, was zwei Tage ausgelassenes Feiern unter der Bevölkerung hervorruft. Dahinter steht jedoch nicht die freiwillige Entscheidung der offiziell demokratischen Regierung,



sondern der Druck aus dem Ausland – vor allem Europas und speziell Deutschlands – mit der Aussicht, die Entwicklungshilfe könnte dürrtiger ausfallen. Derartiges kann sich das Land, das abhängig von diesen Hilfsleistungen ist, jedoch nicht leisten. Deutschland genießt in Äthiopien im Übrigen einen hervorragenden Ruf, was sogar dazu führt, dass man plötzlich auf der Straße von Einheimischen mit ein paar Brocken Deutsch angesprochen wird und völlig perplex dasteht<sup>1</sup>. Entwicklungshilfe in Form der »Hilfe zur Selbsthilfe« wäre schön, die Lebensphilosophie der Majorität – denn für die meisten geht es ums Überleben für die nächsten Tage und auf lange Zeit wird nicht geplant – steht dazu allerdings im Gegensatz zur angestrebten Nachhaltigkeit der Projekte.

Ich war froh, als noch ein Praktikant aus Deutschland ans Institut kam, und auch, dass ich zwei Medizinstudentinnen aus Innsbruck kennen lernte, die im Mutter-Theresa-Orden ihr Praktikum versahen. Nun waren wir mehrere »Farenji«, denen die Aufmerksamkeit galt und konnten unsere Erfahrungen und Eindrücke austauschen. Plötzlich wurde es mir erst richtig bewusst, wie viele Leute auf der Straße leben, einfach mit einer Plastikplane um den Körper gewickelt am Gehsteig schlafen. Hunderte Geier kreisen über der Stadt und warten gierig auf die neuen Mülllieferungen, die an der Deponie im Osten abgeladen werden. Doch auch die Medizinerinnen konnten mir nicht genau sagen, woher die vielen verkrüppelten Bettler, vor allem auch bettelnden Kinder kamen, deren Gliedmaßen zumeist abnorme Stellungen aufwiesen, sofern sie nicht ganz fehlten, was vor allem die Beine das Knie abwärts betrafen, aber auch die Füße, die zum Teil nur mehr irgendwie vom Bein abstanden. Es gab, auch viele Blinde oder MenschenIndividuen mit verkrüppeltem Rückgrad.

Der mehrtägige Ausflug, den ich zusammen mit meinem KollegInnen in den Süden unternahm, riss uns ins andere Extrem: Ewige Weite, eine atemberaubende Landschaft, plötzlich wird ein Klischee erfüllt: eine grüne Fläche, soweit das Auge reicht, durchbrochen von diesen Bäumen mit flacher Baumkrone, die so typisch mit

1 Die deutsch-äthiopischen Beziehungen sind weit stärker ausgebaut als die der meisten Staaten; Auch konnte ich feststellen, dass deutsche Staatsbürger/innen oft ein wesentlich umfangreicheres Wissen über Äthiopien aufweisen als die österreichischen. Nicht zuletzt wegen einer Anzahl äthiopischer Flüchtlinge nach den Konflikten zwischen Eritrea und Äthiopien.

Afrika assoziiert werden, ein paar Gebirgszüge am Horizont, runde Lehmhütten mit Strohdach, Kinder, die das Vieh hüten, Männer, die nachmittags unter dem Dorfbaum Sitzung halten.

Auf Wunsch meines Kollegen bleiben wir erstmals in Shasemene, einer Stadt mit zirka der gleichen Einwohnerzahl wie Klagenfurt: Eine geteerte Straße, der Rest Erdpiste. Kaum Autos, stattdessen Einspanner, für Gütertransport Eselwagen. Außerdem ist dieses Gebiet von König Haile Selassie (Ras Tafari) den Rastafari zur Besiedelung gegeben worden. Durch Zufall landen wir auch gleich auf einem von ihnen geführten »Compound«, werden freundlich aufgenommen und erfahren einiges über ihre Lebensphilosophie. Die Rastafari lesen ihre Bibel, das »Amen« wird durch ein »Jah, Rastafari!« ersetzt und alles ist von gegenseitiger Liebe und der Liebe zu Gott erfüllt. Mein Kollege ist begeistert, sie rauchen, ich bin dagegen ein wenig nervös, dies ist mir doch zu fremd, stattdessen versuche ich meine Anspannung durch intensive Tagebucheinträge abzubauen.

Abschließend möchte ich meine Erfahrungen mit der Religion und dem weitverbreiteten Aberglauben darstellen: Im Land herrscht ein relativ ausgewogenes Verhältnis von Orthodoxen und Muslimen. Religionskonflikte stellen kein Problem dar – Äthiopien wird in diesem Zusammenhang oft als »Vorzeigemodell friedlichen Zusammenlebens« bezeichnet. Viel brisanter ist die Zugehörigkeit zu ethnischen Gruppen, die zu Diskriminierung führen können. Ach ja: im Übrigen werden auch Chinesen, die sie zur Arbeit einfliegen lassen, als »minderwertiger« gesehen, so gilt auch das Essen von Reis als »Chinesenessen« und wird von manchen Äthiopiern verweigert. Doch zurück zur Religion: Das religiöse Verhalten der in der Regel zutiefst gläubigen Orthodoxen erinnert uns eher an die Gepflogenheiten muslimischer Religiosität. Verneigungen, auf den Boden werfen, die Gottesdienste werden teilweise mit Lautsprechern von den Kirchtürmen übertragen – im Übrigen wird sehr darauf geachtet, dass die Orthodoxen über die lauterer Lautsprecher verfügen, denn das Land sieht sich als orthodox und beruft sich auf seine häufige Erwähnung in der Bibel (Altes Testament). Weit verbreitet ist nach wie vor Schamanentum und Aberglaube. Zahlreiche Fälle (bzw. die Auswirkungen davon) berichteten mir die Medizinstudentinnen. Zum Beispiel ging es um ein Mädchen, das mit Kinderlähmung und in kritischem Zustand gebracht wurde.

Des weiteren fanden sie Einschnitte an den Oberschenkeln – hervorgerufen durch den Versuch einer Dämonenaustreibung durch einen Dorfpriester. Auch wir wurden beim Abendessen in einem Restaurant angesprochen und um Hilfe gebeten, weil wir ja »Farenjis« waren – die oft als die ersehnten Wunscherfüller gesehen werden. Sein »Evil Eye« füge den Menschen in seiner Umgebung gegen seinen Willen Schaden zu, wir sollen ihn davon befreien. Im Übrigen würde er uns um eine Unterstützung bitten – er möchte heute Nacht über die Grenze nach Kenia. Bei einem späteren Treffen hatte er seine Kräfte noch weiterentwickelt: Er teilte uns mit, dass er nun auch schon über das Fernsehen den anderen Zuschauern Böses antun würde.

Elias, ein äthiopischer Freund – in England und Amerika zur Schule gegangen – war zwar im Besitz der Sprachfertigkeit, mit dem äthiopischen Leben und Kultur war aber auch er nur halb vertraut. Immerhin konnte er uns über die verkrüppelten Bettelkinder aufklären: Kinder aus kinderreichen, armen Familien, in denen die Eltern eines der jüngeren opfern und Verstümmelungen herbeiführen, damit sie im Bettelgewerbe bei den Passanten mehr Mitleid erregen, dadurch quasi die »wertvollsten« Bettelkinder darstellen und für die Familie mehr Geld verdienen. Durch ihre völlige Abhängigkeit sind sie ihrerseits ganz auf die Familie angewiesen. Sie werden in aller Früh auf ihre Bettelplätze getragen und am Abend wieder abgeholt. Denn in der Nacht sind diese armen Gestalten, die sich oft kaum allein fortbewegen können, plötzlich verschwunden.

Mit gemischten Gefühlen verließ ich Äthiopien. Das Praktikum war toll, der Aufenthalt unheimlich interessant und fordernd. Unvergesslich war es auf jeden Fall!

Veronika Weindl

## Was will man denn in Palästina?

### Eine Friedensreise nach Palästina

Ich sitze hier in Ramallah, in der größten Stadt und dem kulturellen Zentrum der Besetzten Palästinensischen Autonomiegebiete, in meiner schönen und ruhigen Wohnung im Stadtteil Balua, direkt neben dem Haus des palästinensischen Präsidenten Abu Mazen. Vor wenigen Wochen bin ich zum dritten Mal hierher gekommen, in das Heilige Land, in dem es leider immer sehr unheilig zugeht. Die Geschichte zeigt es – Konflikt nach Konflikt, Besatzung nach Besatzung. Alle fragen sich, wann es wohl endlich Frieden geben wird, alle wünschen sich nichts sehnlicher und doch scheint er weit weit weg, der ersehnte Frieden.

Sie werden sich jetzt fragen, was ich denn überhaupt hier mache? Was verschlägt jemanden in ein Krisengebiet und das auch noch zum dritten Mal, wo es doch soviel »schönere«, friedlichere Orte auf der Welt gibt Erden gibt? Das erste Mal war wohl Zufall, Schicksal. Ich studiere Angewandte Kulturwissenschaften an der Universität Klagenfurt, interessiere mich sehr für Friedens- und Konfliktforschung und den arabischen Raum. Aus diesem Grund habe ich mich vor einem Jahr am Goethe-Institut in Ramallah für ein Praktikum beworben – und ich wurde genommen. Im Rahmen einer Lehrveranstaltung und im Hinblick auf meine bevorstehende Bachelor-Arbeit, die sich mit den palästinensischen Christen/innen beschäftigen wird, habe ich schon vorher begonnen, viel über die Geschichte von Israel und Palästina und den Konflikt zu lesen. Bücher über das Leben und den Konflikt hier zu lesen ist gut – als Vorbereitung, doch Verständnis und Einblick in die andere Kultur, in das Leben in einem Krisengebiet bekommt man erst, wenn man hier ist. Und auch dann fragt man sich, ob man den Konflikt jemals verstehen wird.

Wie ich mich mit dem arabischen Virus angesteckt habe ...

Das zweite Mal war ein kurzer Urlaubsaufenthalt in den Weihnachtsferien, nachdem ich mich im Sommer, wie die meisten anderen Internationals, die einmal hierher gekommen sind, mit dem

arabischen bzw. palästinensischen Virus infiziert hatte. Doch dieser Virus ist gutartig und sein Erkennungsmerkmal ist die stete Sehnsucht und der andauernde Wunsch, wieder zurückzukommen und zwar sobald wie möglich. Vielleicht hat er noch ein zweites Erkennungsmerkmal und zwar den veränderten Blick auf unsere westlich-europäische Konsumgesellschaft. Sobald man in einen anderen Kulturraum gereist ist und dort auch eine Weile gelebt hat, vorausgesetzt man hat sich nicht in einem der luxuriösen und von der einheimischen Bevölkerung isolierten Hotels verbunkert, ist auch der Blick auf die eigene Gesellschaft ein anderer. Man wird kritischer, man hat eine Vergleichsbasis. Es ist wie im Wissenschaftsbereich der Komparatistik: man nimmt zwei literarische Werke von zwei Autoren aus verschiedenen Ländern oder Kulturkreisen mit unterschiedlichen Sprachen und vergleicht diese miteinander. Das heißt man analysiert die Werke und arbeitet die Vorzüge und Nachteile des einen und des anderen heraus. Mehr oder weniger dasselbe ist es, wenn man in verschiedenen Ländern gelebt hat. Erst dann ist es möglich, die Vor- und Nachteile der eigenen und der fremden Gesellschaft zu sehen und zu analysieren, wobei eine weltoffene Haltung des Reisenden selbstverständlich eine Voraussetzung ist.

Gut, genug darüber philosophiert, warum Weltoffenheit, Interkulturalität und Reisen wichtig sind. Was mache ich denn nun schon wieder hier, werden Sie sich fragen. Von dem arabischen Virus, mit dem ich mich hier angesteckt habe, habe ich bereits berichtet. Doch ich habe vergessen zu erwähnen, dass es keine Heilung von diesem Virus gibt. Erkundigen Sie sich, fragen Sie Freunde, Verwandte, Bekannte, die ebenfalls in den arabischen Raum gereist sind und sie werden Ihnen bestätigen, dass er Sie ihr Leben lang nicht mehr verlassen wird. Zurück in Österreich habe ich lange mit mir und meinem Virus gekämpft, ich wollte ihn besiegen. Was willst du denn schon wieder da? Geh doch mal woanders hin! Du bist doch noch jung, du kannst dir noch die ganze Welt ansehen. Aber der Virus hat gesiegt und darum bin ich jetzt wieder da, mache einen Arabisch-Sprachkurs am Center for Jerusalem Studies in Jerusalem und versuche meine Bachelor-Arbeit zu schreiben.

**Flughafen Tel Aviv – Bin ich ein Sicherheitsrisiko?**

Ich erinnere mich zurück an meine erste Ankunft in Ramallah. Ausgestattet mit einer Bestätigung vom Goethe-Institut in Ramallah,

aufgeregt und sagen wir noch sehr naiv, erkläre ich den Sicherheitsbeamten am Flughafen in Tel Aviv, dass ich vorhabe ein Praktikum am Centre Culturel Franco-Allemand in Ramallah zu absolvieren. Ramallah – Das Signalwort! Stopp! Stehen geblieben! Nichts da! Das ist der Beginn einer zweistündigen Befragung, in der es im Wesentlichen nur darum geht, warum ich nach Ramallah will, was ich da mache, warum ich in die besetzten Gebiete reise und nicht nach Israel. In meinem Kopf habe ich einen Repeat-Knopf aktiviert, der monoton immer wieder die selben Sätze wiederholt. Nach einiger Zeit scheine ich den Test bestanden zu haben, doch nun darf ich erneut in die Gepäckkontrolle – mein Koffer wird nochmals untersucht, schließlich reise ich ja in die besetzten Gebiete und das heißt, ich bin ein potientiellles Sicherheitsrisiko.

### Kaffee, Kaffee! – Die ersten Eindrücke von der palästinensisch-arabischen Kultur

Um vier Uhr morgens schließlich meine Ankunft in Jerusalem. Erschöpft von der Reise, den vielen neuen Eindrücken und dem Sicherheitscheck habe ich keinen weiteren Wunsch mehr als mich in meinem Hostel in der Altstadt, genauer gesagt in der Via Dolorosa, schlafen zu legen. Am darauf folgenden Tag werden viele weitere faszinierende Eindrücke folgen. Schon vier Stunden später stehe ich wieder auf, um mich ein wenig in der Altstadt von Jerusalem umzusehen – mein erster Tag in der heiligsten Stadt dreier Weltreligionen, dem Islam, dem Judentum und dem Christentum. Es ist ein komisches Gefühl und doch wunderbar und bereits an diesem ersten Tag erfahre ich die berühmte arabische Gastfreundlichkeit. Ich gehe in ein Geschäft in der Via Dolorosa und werde vom Ladenbesitzer auf einen Kahwe (arab. für Kaffee) eingeladen. Typisch europäisch denke ich mir, dass er das nur macht, um mir etwas zu verkaufen (und zugegebenermaßen ist dieser Gedanke in der Altstadt von Jerusalem aufgrund der Massen an Touristen nicht ganz verkehrt, wie ich inzwischen weiß), aber ich irre mich. In der darauf folgenden Zeit, die ich in Ramallah verbringen werde, werde ich diese Erfahrung des öfteren machen. Zwar schleicht sich auch hier das kapitalistische Denken langsam in das Bewusstsein der Menschen, durch die Medien, das Fernsehen, internationale Global Players, wie Coca Cola, etc., die den Menschen bei uns und hier vermitteln, dass man dies und das haben muss. Aber die Menschen sind doch noch um

ein vieles gastfreundlicher. So gebührt es die traditionelle arabische Gastfreundlichkeit einen Besucher stets auf ein Getränk bzw. etwas zu essen einzuladen und man ist kaum in der Lage dieses Angebot auszuschlagen. Noch heute habe ich ein komisches Gefühl, so als ob ich mich revanchieren müsste, wenn ich eingeladen werde.

### Der Traum vom Frieden ...

Es gibt so viele Erinnerungen an meinen ersten Aufenthalt hier, von denen ich berichten könnte, jedoch will ich versuchen einen kleinen Einblick in das tägliche Leben in einem so gespaltenen und konfliktgeladenen Land wie diesem zu geben. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem sehr alten palästinensischen Mann, mit dem ich erst vor ein paar Tagen gesprochen habe. Er wohnt mit seiner Familie in einem Haus in Al-Bireh, offiziell eine eigene Stadt, aber eigentlich gibt es keine wirkliche Stadtgrenze zwischen Al-Bireh und Ramallah. Ich war bei ihnen zu Besuch, weil ich auf Wohnungssuche war und so kamen wir ins Gespräch und wie üblich kamen wir auf die Besatzung durch Israel zu sprechen. Er erzählte mir von der letzten Intifada, der Al-Aqsa-Intifada, wie israelische Soldaten nach Ramallah einrückten und es eine geraume Zeit lang besetzt hielten, wie immer wieder Ausgangssperren über die Bevölkerung verhängt wurden. Er sprach von den Panzern, den Schüssen, den Hausdurchsuchungen. Sagen wir, er ist schätzungsweise 80 oder 90 Jahre alt. Geboren wurde er zu Zeiten der britischen Kolonialherrschaft, dann erlebte er die jordanische Herrschaft und schließlich die israelische Besatzung. Keinen einzigen Augenblick seines bisherigen Lebens erlebte er Frieden in seiner Heimat, immer gab es Gewalt, Krieg, Besatzung oder Fremdherrschaft. Können wir uns das heute in Europa noch vorstellen?

Auf der anderen Seite die schreckliche Erfahrung der Shoah, des Antisemitismus in ganz Europa. All diese schrecklichen Erfahrungen hinterlassen Spuren in den Menschen, prägen sich ein in ihr Innerstes und schüren Angst, Hass und Misstrauen. Den Wunsch, den die meisten Menschen auf beiden Seiten gemein haben, ist der nach Frieden. Die Frage ist, wie kommen wir zu Frieden in diesem Land? Die Lösung mag sich einfach anhören und wird im Fernsehen meist einfach präsentiert: eine Zweistaatenlösung mit einem unabhängigen Palästinenserstaat und einem unabhängigen israelischen Staat getrennt voneinander. Doch der Weg dorthin ist steinig.

### ... und der reale Alptraum

Das erste Problem ist das der jüdischen Siedlungen in der Westbank. Für eine Lösung des Konfliktes ist eine Aufgabe der Siedlungen innerhalb der besetzten Palästinensischen Gebiete für die Palästinenser unverzichtbar, jedoch werden diese weiter ausgebaut. Zwar gibt es Unterschiede zwischen den ökonomisch und den religiös motivierten Siedlern, d.h. erstere ziehen in die Siedlungen innerhalb der Palästinensischen Autonomiegebiete aufgrund von finanziellen Anreizen, die ihnen vom Staat geboten werden und zweitere aufgrund religiöser Motive und Beweggründe. Doch sind für die Palästinenser beide Arten von Siedlungen kaum akzeptabel, da sie ein Hindernis für die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates darstellen. So ist beispielsweise das Leben der Palästinenser in der Stadt Hebron durch die Präsenz einer religiösen Siedlung im Stadtkern stark eingeschränkt. Letzten Sommer habe ich an einer Stadtführung mit der israelischen Organisation »Breaking the Silence« teilgenommen. »Breaking the Silence« ist eine Organisation von Ex-Soldaten, die das israelische Militärwesen kritisieren und von ihrem Leben als Soldaten in den Besetzten Gebieten berichten. Das Problem mit Hebron ist, dass es die Höhle der Patriarchen bzw. das Erzvätergrab beherbergt, welches sowohl für das Judentum als auch für den Islam heilig ist. Aufgrund dessen haben sich dort religiöse Siedler niedergelassen, die sich darauf berufen, dass ihnen dieses Stück Land in der Thora versprochen wurde, was zu enormen Einschränkungen und Bedrohungen im alltäglichen Leben der Palästinenser führte, da die Siedler unter dem Schutz der Armee stehen. In dem Teil der Stadt, in dem sich die Siedler befinden, ist es Palästinensern verboten auf der Straße zu gehen, wurden ihre Geschäfte geschlossen, die Türen wurden versiegelt, so dass es nicht mehr möglich ist, das Haus durch den Vordereingang zu verlassen. Dadurch müssen sowohl Männer als auch Kinder, junge und alte Frauen die Häuser durch Hintertüren verlassen und gelangen erst nach zahlreichen Strapazen auf Straßen, die sie auch benutzen dürfen. Man kann es kaum glauben, aber leider habe ich es mit eigenen Augen gesehen. Auch die Aggressivität der religiösen Siedler in Hebron durfte ich miterleben, so werden auf die Gruppen von »Breaking the Silence« immer wieder Steine geworfen, sie werden aufs Übelste beschimpft und als Verräter deklariert. Wie soll man in der Lage sein in so einer Atmosphäre friedvoll miteinan-



der zu leben? Die Siedlungen sind ein Streitpunkt, den man klären muss, um zu einem vernünftigen Frieden zwischen den beiden Völkern zu kommen. Aber eines ist klar, durch den weiteren Siedlungsausbau wird nur das Missvertrauen der Palästinenser geschürt.

### **Mauern trennen ...**

Ein weiterer Punkt ist die Mauer, die sich in der doppelten Höhe der früheren Berliner Mauer, um das palästinensische Gebiet erstreckt. Israels Rechtfertigung für die Mauer sind Sicherheitsgründe, jedoch ist in Frage zu stellen, ob eine Mauer, die zwei Völker voneinander trennt, Familien auseinander reißt, Dörfer umzingelt, wertvolles Ackerland zerstört und folglich die Mauer in den Köpfen der beiden Völker nur noch höher werden lässt, wirklich zu mehr Sicherheit beitragen kann. Wie soll man sich kennen und verstehen lernen, wie soll man zu Dialog und Verständigung auf breiter Ebene kommen, wenn eine Mauer von acht Metern dies verhindert. Ich kenne Leute hier, die noch niemals außerhalb der Westbank waren, weil sie nicht dürfen. Sie sind hier geboren und sind noch nie in Israel, in Jordanien, Syrien, geschweige denn Europa oder Amerika gewesen. Warum? Weil sie den falschen Pass haben, den palästinensischen. Sie kennen Israel und die Israelis nur als Soldaten, nur als der Staat, der sie besetzt, der ihnen ihre Freiheit nimmt. Aber sie haben noch nie einen Israeli wirklich kennen gelernt, mit ihm geredet, als Freund, vielleicht irgendwann als Nachbarn. Und auf der israelischen Seite gibt es Menschen, die sich noch nie wirklich mit einem Palästinenser unterhalten haben (abgesehen von den palästinensischen Israelis, die die israelische Staatsbürgerschaft besitzen und sich von den Palästinensern in der Westbank und Gaza unterscheiden). Sie kennen sich nur über das Fernsehen, die Medien, die schrecklichen Ereignisse, von denen Tag für Tag berichtet wird und die sie erleben. Auf der einen Seite die furchtbaren Selbstmordattentate, auf der anderen Seite die schrecklichen Erlebnisse der Besatzung. Und mit »sich kennen« meine ich nicht das »Sich-Kennen« als Besatzer und Besetzter, sondern das »Sich-Kennen« als normale Menschen, die dieselben Bedürfnisse, Wünsche, Sorgen haben, gleichgültig welcher Religion sie angehören oder in welchem Staat sie geboren wurden. Wie soll eine Mauer, die die Menschen auf beiden Seiten davon abhält sich als ebenbürtige Menschen zu sehen, zu mehr Sicherheit beitragen?

### ... und Brücken vereinen

Ich könnte jetzt noch über viele weitere Probleme und Hindernisse berichten, wie den Hausbesetzungen in Ostjerusalem, dem palästinensischen Teil der heiligen Stadt, den Übergriffen an den Checkpoints, der furchterlichen Situation im Gazastreifen, aber auch den Selbstmordattentaten und vielem mehr, jedoch würde mein Artikel dann wohl kein Ende finden. Deshalb will ich nun wieder mehr auf meine Erlebnisse und meinen Eindruck von dem Konflikt hier eingehen. Vor kurzem habe ich ein Buch namens »Jefra heißt Palästina« von Margret Greiner gelesen, welches mich sehr beeindruckt hat und das meine Ansicht, das Frieden nur durch Austausch, Verständigung und Wissen voneinander und der jeweiligen Geschichte möglich ist, bestärkt hat. Jefra ist ein junges palästinensisches Mädchen, das in Ostjerusalem aufwächst und deren junges Leben, wie das aller anderen Menschen hier, von Tod, Schmerz, Verlust, Erniedrigungen und Einschränkungen geprägt ist. Dennoch lässt sie sich nicht von der Welle des Hasses mitreißen, sondern versucht hinter die Mauer zu blicken. Sie nimmt an einem Peace-Camp in den USA teil, lernt junge israelische Mädchen mit einer ähnlichen Einstellung wie der ihren kennen und gründet zusammen mit Shifra, einer Israelin, eine Friedenszeitschrift namens »Bridges«. Brücken, ja genau, Brücken sind notwendig hier in diesem konfliktreichen Land, keine Mauern. Auch wenn es einfacher ist Hass zu predigen und Mauern zu errichten, so denke ich doch, dass nur der Weg der Verständigung und des Dialoges zu Frieden führen wird. Und es gibt sie auch im wahren Leben, die Jefras und Shifras, hier in Israel und Palästina, auch wenn sie nicht in der Mehrheit sind und, wie überall, gegen die breite Masse, die sich von Vorurteilen und Hass leiten lässt, ankämpfen müssen. Letzte Woche erst war ich in der Nähe von Bethlehem bei einer Organisation namens »Tent of Nations«. Das ist eine Organisation, die von einer christlich-palästinensischen Familie gegründet wurde, um gegen die Enteignung ihres Landes anzukämpfen. Sie besitzen einen Hügel in den Bergen zwischen Bethlehem und Hebron, um den vier Siedlungen gebaut wurden. Nun soll auch ihr Hügel enteignet werden, doch sie wehren sich seit Jahren auf friedliche Weise gegen dieses Unrecht. Auch sie haben sich, statt sich von der Welle des Hasses und der Gewalt davontragen zu lassen, dem friedlichen Protest und dem Dialog verschrieben. Seit Jahren arbeiten immer wieder Dutzende von in-

ternationalen Volontären bei ihnen, die bei der Ernte helfen oder es werden Workshops veranstaltet. Auf der israelischen Seite gibt es das Friedensdorf »Neve Shalom« bzw. auf arabisch »Wahat al-Salam«, in dem israelische und palästinensische Menschen zusammen leben, arbeiten, zur Schule gehen und spielen.

### Der einfachste Weg ist nicht immer der beste

Niemand ist immun gegen Hass-Gefühle und die drohende Polarisierung, besonders in einem Konfliktgebiet wie dem diesen, auch ich nicht. Ist es nicht auch verständlich, dass man keine Lust hat, die andere Seite kennen zu lernen, dass man in Gefahr ist, sich von der Welle des Hasses davontragen zu lassen, wenn man tagtäglich an einem Checkpoint erniedrigt wird, wenn der Vater oder der Onkel jahrelang ohne ersichtlichen Grund in einem israelischen Gefängnis gesessen hat, wenn der kleine Bruder oder der Cousin bei einer Demonstration oder während der Intifada erschossen wurde? Ist es nicht auch verständlich, dass man keine Lust hat, die andere Seite kennen zu lernen, wenn man nach den schrecklichen Erfahrungen der Shoah im Dritten Reich endlich in einem eigenen Staat lebt, der aber von vielen nicht anerkannt wird, weil er jüdisch ist, wenn man Verwandte, Brüder oder Schwestern bei einem Selbstmordattentat verloren hat? Es ist verständlich und auch für mich war es nach meinem ersten Aufenthalt in den Besetzten Palästinensischen Gebieten schwierig, mich in die andere Seite hineinzusetzen, aber ich habe erkannt, dass nur der Weg der Verständigung und des Dialoges zu einer friedlichen Zukunft führen kann.



# FRIEDENSPÄDAGOGIK UND POLITISCHE BILDUNG

Günther Gugel

## Gewaltprävention entwickeln

»Kein Land, kein Gemeinwesen bleibt von Gewalt verschont. Bilder und Berichte von Gewalt durchdringen die Medien. Sie spielt sich auf unseren Straßen ab, in unseren vier Wänden, in Schulen, an Arbeitsplätzen und in Institutionen. Gewalt ist eine Weltgeißel, die das Gefüge von Gemeinschaften zerreißt und Leben, Gesundheit und Glück von uns allen bedroht. Jedes Jahr verlieren weltweit über 1,6 Millionen Menschen ihr Leben aufgrund von Gewalttaten. Auf jedes Gewaltopfer, das den Folgen der Gewalt erliegt, kommen zahlreiche andere, die verletzt werden und unter den unterschiedlichsten physischen, sexuellen, reproduktiven und psychischen Gesundheitsproblemen leiden. Gewalt gehört in der Altersgruppe der 15–44-jährigen überall auf der Welt zu den Haupttodesursachen und ist unter Männern für etwa 14 % und bei den Frauen für 7 % aller Sterbefälle verantwortlich.«

(WHO 2002, S. IX)

Alle Menschen haben einen Anspruch auf ein Leben ohne Gewalt. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird ausdrücklich das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, sowie das Verbot der Sklaverei, der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe formuliert. Die Achtung der Würde des Menschen, und hierzu gehören neben dem Schutz für Leib und Leben auch menschenwürdige Lebensbedingungen, ist ein unveräußerliches Recht aller Menschen. Gewalt zerstört nicht nur die Grundlagen des Zusammenlebens, die Überzeugung und das Vertrauen, dass Probleme und Konflikte gewaltfrei ausgehandelt und gelöst werden müssen und können, sie verursacht auch physische, psychische, soziale und materielle Kosten. Im schulischen Kontext sind eine sichere Umgebung sowie gegenseitige Achtung und Respekt Grundbedingungen des Lernens. Gewaltprävention kann dazu beitragen, Menschenrechte zu verwirklichen und Gewalt zu verhindern und dadurch Leid zu minimieren und Kosten zu sparen.

### Voraussetzungen klären

Was auf den ersten Blick einleuchtend und eindeutig erscheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung jedoch als diskussions- und klärungsbedürftig, denn weder ist klar umrissen, welche Gewalt durch Gewaltprävention eigentlich verhindert oder begrenzt werden soll noch ist geklärt, was unter Gewaltprävention genau zu verstehen ist.

Gewalt wird im Kontext von Gewaltprävention in den westlichen Industriestaaten weitgehend auf individuelle körperliche, bzw. im deutschen schulischen Kontext auf auch auf verbale Gewalt von Kindern und Jugendlichen reduziert. Ein differenzierter Gewaltbegriff, wie ihn etwa die Weltgesundheitsorganisation mit ihrer Typologie der Gewalt vorgelegt hat, oder ein Rückgriff auf den Gewaltbegriff Galtungs der personalen, strukturellen und kulturellen Gewalt umfasst, fehlt. (WHO 2002, Galtung 1992)

Doch nicht nur die Begrifflichkeit, auch das Wissen über Motive, Ursachen und Zusammenhänge von Gewalt als Voraussetzung von Gewaltprävention ist äußerst rudimentär. Nur wenn man weiß, warum sich ein bestimmtes Verhalten zeigt bzw. in welchem Kontext es sich darstellt, kann zielgerichtet auf diese Ursachen Einfluss genommen werden und kann versucht werden, die Erscheinungsformen zu verhindern.

Gewaltprävention hat so mit dem Dilemma zu tun, dass sie einerseits auf vorfindbare Gewalt reagieren muss, andererseits aber nur wenig oder kaum auf präzise Analysen, Beschreibungen und Definitionen ihres Gegenstandsbereiches zurückgreifen kann.

Auch eine dritte Grundlage von Gewaltprävention, das eigene Verständnis über Ziele, Inhalte und Methoden ist nur schwach ausgeprägt, was zur Folge hat, dass in der Praxis eine nahezu unübersehbare Fülle von Ansätzen zu finden sind, denen es jedoch weitgehend an differenzierten Problem- und Situationsanalysen sowie an fachlicher Fundierung fehlt und deren Wirksamkeit nicht evaluiert wurde. So kommt u. a. die wissenschaftliche Begleitung des Aktionsprogramms der Bundesregierung »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«, in dem von 2001 bis 2006 4.500 Projekte gefördert wurden, zu dem Ergebnis: »Die sichtbaren Erfolge der bisherigen Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus halten sich in Grenzen. Zahlreiche Projekte standen bislang auf in-

stabilem Fundament. Ihre Wirksamkeit war häufig weder theoretisch begründet noch empirisch überprüft.« (Frindte/Preiser 2007, S. 33)

Angestrebte praktische Ziele der Gewaltpräventionsprogramme sind in der Regel die Stärkung des Selbstkonzeptes, die Reflexion des eigenen Selbst und Stärkung der Persönlichkeit, die Ausbildung sozialer Wahrnehmung, die Schaffung von Konfliktfähigkeit, kontrolliertes Handeln sowie die Vermittlung sozialer Kompetenzen. Langfristig werden eine Vermeidung von Straffälligkeit, sowie die Akzeptanz sozialer Normen durch sozial integriertes Verhalten der Adressaten angestrebt. Zu selten zielen Gewaltpräventionsprogramme auf die Lebenswelt der Adressaten und deren sozialen Kontext ab und damit auf sozialstrukturelle und institutionelle Veränderungen. Als ein wesentliches Ziel der Gewaltprävention wird auch der Schutz der Allgemeinheit vor Gewalttaten und potentiellen Straftätern gesehen.

Die meisten Programme und Maßnahmen der Gewaltprävention favorisieren dabei ein personenbezogenes Arbeiten, das mit Unterstützung der Gruppe und durch gruppenpädagogische Aktivitäten Veränderungsprozesse des Einzelnen anstrebt.

Die Weltgesundheitsorganisation fordert hier jedoch Maßnahmen, die auf Veränderungen auf der individuellen Ebene, der Beziehungsebene, dem kommunalen Umfeld und der Gesellschaft abzielen. (WHO 2003, S. 33)

Häufig werden die Begriffe und Bereiche Gewaltprävention und Kriminalprävention synonym verwendet. Dies ist jedoch irreführend und verschleiert mehr, als es zur Klärung beiträgt.

Der WHO Guide zur Implementierung von Gewaltprävention plädiert deshalb entschieden dafür, dass Gewaltprävention von Kriminalprävention unterschieden werden muss. (WHO 2004, S. 3)

Denn Kriminalprävention orientiert sich an der Verhinderung von Straftatbeständen. Hierzu gehören für den Jugendbereich wesentlich die Delikte Kaufhausdiebstahl und Schwarzfahren. Dabei geht es primär um die Etablierung von gesetzeskonformem Verhalten.

Kriminalpräventive Ansätze sehen gewalttätiges Verhalten vor allem auf der individuellen Ebene unter dem Aspekt der Übertretung von Normen und Androhung von Strafe. Hinzu kommt, dass viele Delikte, die unter Strafe stehen, nichts mit Gewalt zu tun ha-



ben, während andererseits viele Gewaltformen nicht von der Strafjustiz erfasst werden.

Idealtypisch lassen sich zwei grundlegend verschiedene Ansätze unterscheiden, die ihre Entsprechung auf nahezu allen Ebenen und Bereichen der Gewaltprävention haben und sich sowohl in der Gesetzgebung als auch in der praktischen Durchführung von Gewaltprävention unterscheiden, nämlich ordnungspolitisch orientierte und demokratisch-partizipatorisch orientierte Ansätze: Ordnungspolitisch orientierte Ansätze, die gemeinhin oft auch als repressiv bezeichnet werden, versuchen das Problem der Kriminalität und Gewalt durch strengere Gesetze und Verordnungen, durch Überwachung, hartes Durchgreifen und harte Bestrafung in den Griff zu bekommen. Schlagworte wie »Zero Tolerance« sind Teil der Diskussion.

Demokratisch-partizipatorisch orientierte Ansätze entspringen der Erkenntnis, dass Probleme den Betroffenen gehören und diese in die Lösung verantwortlich einbezogen werden müssen. Dabei geht es darum, ihre eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten durch unterstützende Angebote zu entwickeln und zu begleiten. Beteiligungsmöglichkeiten und konstruktive Konfliktbearbeitung spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Letztlich liegen diesen Ansätzen verschiedene Sicherheitskonzepte und Sicherheitsbegriffe zugrunde. Bei einem ordnungspolitisch orientierten traditionellen Sicherheitsbegriff geht es um Schutz vor Gewalt und Kriminalität, bei dem der Staat und seine Organe die Akteure sind, die Bürger Objekte, die es zu schützen gilt. Technische Sicherheitskonzepte dominieren hier.

Bei demokratisch-partizipatorischen Ansätzen geht es neben dem unmittelbaren Schutz vor Gewalt vor allem um die Beseitigung der Ursachen von Gewalt. Hierbei kommen auch Phänomene wie Armut oder Arbeitslosigkeit in das Blickfeld. Die Akteure sind Individuen, Gruppen und Gemeinschaften, die aber auf staatlicher Ebene Unterstützung und Begleitung brauchen. Die Einhaltung von Menschenrechten, die Entwicklung von Demokratie, wirtschaftlicher Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit korrespondieren mit der Etablierung gewaltfreier Handlungsalternativen auf der Verhaltensebene.

In dieser Sichtweise sind individuelles Verhalten, soziale Situation und gesellschaftliche Verhältnisse miteinander verbunden. So

verstandene Gewaltprävention findet ihre politische Entsprechung in der Entwicklung des Projektes »Human Security« und hat damit auch einen gesellschaftlich politischen Fokus.

### Die internationale Diskussion

Die internationale Diskussion um Gewaltprävention, wie sie etwa im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation und der Unesco geführt wird, unterscheidet sich in einigen wesentlichen Punkten von der in Industriestaaten (insbesondere auch der bundesdeutschen):

Im Verständnis und den Ansätzen zur Gewaltprävention in Industriestaaten steht die individuelle Gewalt von Kindern und Jugendlichen im Vordergrund. Diese werden dabei vor allem unter dem Aspekt der (potentiellen Täterschaft) gesehen. Es geht um den Schutz der Allgemeinheit vor Einzeltätern und (jugendlichen) Gruppen. Dabei dominieren eindeutig psychologische und pädagogische Ansätze. Das Phänomen Alltagsgewalt bzw. interpersonelle Gewalt wird deutlich getrennt von kollektiver Gewalt gesehen. Eine Abstimmung der verschiedenen Ansätze und die Umsetzung einer elaborierten Strategie der Gewaltprävention findet zu wenig statt. Die wissenschaftliche Evaluation der Arbeit ist unterentwickelt.

Gewaltprävention kann sich in Industrieländern meist auf relativ gute gesetzliche Grundlagen beziehen, die u. a. weitgehend Körperstrafen verbieten, Geschlechtergleichheit (wenigstens formal) festschreiben und die Menschenrechte anerkennen. Schutzrechte des Bürgers vor dem Staat sind (wenigstens formal) weitgehend vorhanden. Der Schutz einzelner oder von Gruppen vor staatlichen und halbstaatlichen Übergriffen, also die Schutzrechte des Bürgers vor dem Staat sind in Industriestaaten kein Thema von Gewaltprävention.

Internationale Kampagnen zur Gewaltprävention, wie u. a. die von der WHO initiierte »Global Campaign for Violence Prevention«, haben einen weiteren Blickwinkel. Hier werden die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und des Austausches von Daten und Forschungsergebnissen stark betont. Es wird die Überwachung der Einhaltung von internationalen Abkommen und Verträgen zum Schutze der Menschenrechte gefordert und gefördert. Es wird ein Zusammenhang zwischen dem internationalen Drogen- und Waf-

fenhandel und der Gewaltprävention hergestellt. Die Verknüpfung und die enge Verbindung von Alltagsgewalt und kollektiver Gewalt wird hervorgehoben. Ansätze und Vorhaben werden streng nach ihrer Wirksamkeit beurteilt. Aber vor allem werden Kinder und Jugendliche nicht unter der Perspektive einer (potentiellen) Täterschaft gesehen, sondern als Oper von Gewalt identifiziert, die es zu schützen gilt. (United Nations Secretary General 2007)

Im Kontext von sich entwickelnden Gesellschaften sind häufig sich überlappende und überschneidende Problembereiche aus dem privaten Umfeld mit den sozialen und politischen Entwicklungen festzustellen. So kommen u. a. zum Problembereich der häuslichen Gewalt die Bewältigung von eigenen Gewalterfahrungen in Diktaturen, autoritären Regimen oder im Unabhängigkeitskampf hinzu. Das Vorhandensein von oder der leichte Zugang zu Kleinwaffen, verbunden mit einem schwachen staatlichen Gewaltmonopol und mangelnder Erfahrung in ziviler Konfliktbearbeitung, sind oft zusätzliche Prädiktoren für Gewalt (und Ansätze für Gewaltprävention).

In Industrie- wie auch in Entwicklungsländern wird der Bereich der kulturellen Gewalt, wie Galtung es formuliert im Rahmen von Gewaltprävention viel zu wenig aufgegriffen. Gerade in diesem Bereich geht es jedoch um das Zusammenspiel von »Mentalitätsbeständen«, Verhaltensformen und politischer Kultur, also um die Fragen, welche »überlieferten Orientierungen und Mentalitätsbestände begünstigen Gewaltbefürwortung, Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung« und »welche Faktoren tragen zur Entstehung und Tradierung gewaltbegünstigender Orientierungen bei?« (Meyer 2002, S. 1196)

Dass dieser Bereich zu wenig Berücksichtigung findet mag mehrere Gründe haben: Politische Kultur wird oft als »natürlich« und alternativlos erfahren. Veränderungen in diesem Bereich sind nur sehr schwer und nur langfristig zu erreichen, da hier Gewohnheiten und »Rechte« infrage gestellt werden. Es bedarf hier einer intensiven Überzeugungs- und Lobbyarbeit im gesellschaftlichen und politischen Bereich, die nur gut organisierte Verbände und Parteien leisten können.

Die Frage ist also, ob die Hoffnungen, die in Gewaltprävention gesetzt werden, berechtigt oder illusorisch sind. Vor dem Hintergrund der Sichtung und Darstellung der vielfältigen Zugangswei-

sen, Ansätze und Modelle der Gewaltprävention mangelt es nicht so sehr an Ideen, denn an fundierten Erkenntnissen und gesichertem Wissen. Gesicherte Aussagen über die Wirkung einzelner Maßnahmen und Modelle sind aufgrund fehlender Evaluationen kaum möglich. Einzelne Projekte allein können das Gewaltproblem nicht lösen, sie dienen wohl eher der Beruhigung der Verantwortlichen.

### Gewaltprävention entwickeln

Wie kann also Gewaltprävention so (weiter-)entwickelt werden, dass eine wirksame präventive Praxis im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit möglich ist?

Anzustreben ist eine Kombination von erprobten, evaluierten und Erfolg versprechenden Modellen und Interventionsstrategien, verbunden mit der Entwicklung eines gesellschaftlichen »Klimas«, das geprägt ist von der Achtung der Würde des Menschen, der Respektierung der Menschenrechte, der gegenseitigen Verantwortung füreinander und dem Bemühen an der Entwicklung von Demokratie, einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit mitzuarbeiten.

Gewaltprävention gewinnt dann an gesellschaftlicher Bedeutung, aber auch an Brisanz, wenn Zusammenhänge von kollektiver und individueller Gewaltbekämpfung deutlich werden. Denn dann können Gewaltprobleme nicht mehr (pädagogische, psychologisch) individualisiert werden, und von anderen gewichtigen Gewaltverhältnissen ablenken. Gewaltprävention darf keine isolierten »Insellösungen« suchen, sondern muss gemeinwesenorientierte und systemische Ansätze favorisieren.

Ansätze und Modelle der Gewaltprävention bedürfen der Adaption an die jeweils spezifischen gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass unterschiedliche Gewaltbegriffe und Traditionen im Umgang mit Gewalt in verschiedenen Kulturen und Ländern ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen schwierig machen. Wie und ob die Adaption von in Industriegesellschaften entwickelten Modellen für Entwicklungsländer gelingt, ist schwer einzuschätzen. Hier muss ein offener Austausch und Dialog stattfinden.

Die Kluft zwischen Forschung und Praxis muss geschlossen werden. Die Ergebnisse der Forschung müssen systematisch auf ihre Praxisrelevanz geprüft werden. So bieten u. a. Ergebnisse der Sozi-

alpsychologie insbesondere der Kleingruppenforschung oder Studien über Autorität und Gehorsam wichtige Ansatzpunkte für gewaltpräventives Handeln.

Übersteigerte Erwartungen an Gewaltprävention sind zu dämpfen. Kurzfristige Erfolge sind nicht zu erwarten. Langfristige positive Entwicklungen sind jedoch nur schwer mit kurzen Projektlaufzeiten und dem Bedürfnis der Geldgeber nach »Erfolgsprojekten« in Einklang zu bringen.

Im Zentrum der Gewaltprävention sollte die Vermittlung von Fähigkeiten stehen, Konflikte (auf allen Ebenen) gewaltfrei auszutragen, verbunden mit einer Kultur des Dialogs, die traditionelle Formen der Konfliktvermittlung aufgreift und einbezieht. Konstruktive Konfliktbearbeitung als Gewaltprävention ist in allen Altersgruppen und gesellschaftlichen Bereichen anwendbar, stärkt gleichzeitig das Potential für Demokratisierung und Partizipation und lässt die Verantwortung für das Geschehen bei den Betroffenen. Die Übertragbarkeit und Adaption auf unterschiedliche Gesellschaften und Kulturen erscheint in diesem Bereich am stärksten gegeben und am weitesten entwickelt.

Ein Verständnis von Gewaltprävention, das »nur« darauf ausgerichtet ist, unerwünschtes Verhalten zu verhindern reicht nicht aus. Nur wenn mit Gewaltprävention positive Zielsetzungen und Entwicklungen verknüpft werden können, kann sie letztlich ihr Potential entfalten.

Die Diskussion um Gewaltprävention sollte deshalb in den Prozess der Friedens- und Demokratieentwicklung integriert werden. Demokratieerziehung, Menschenrechtserziehung und Friedenspädagogik bieten hierzu wichtige Zugänge. Friedenspädagogische Ansätze der Gewaltprävention, die eine ganzheitliche Vorgehensweise berücksichtigen, die gegenseitigen Abhängigkeiten der verschiedenen Formen von Gewalt im Blick haben und einen demokratisch-partizipatorischen Ansatz verfolgen, erscheinen dabei am Erfolg versprechendsten. Gewaltprävention bedarf also der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Voraussetzungen und trägt gleichzeitig zu deren Etablierung bei.

## Literatur

- Frindte, W./Preiser, S.: Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. In: Apuz. Aus Politik und Zeitgeschichte 11/2007.
- Galtung, J.: Kulturelle Gewalt. In: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat. 43 (1992) 2.
- Gugel, Günther: Gewalt und Gewaltprävention. Grundfrage, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für Entwicklungszusammenarbeit. Tübingen 2006.
- Holtappels, H. G./Heitmeyer, W./Melzer, W./Tillmann, K.-J. (Hrsg.): Forschung über Gewalt an Schulen. Erscheinungsformen und Ursachen, Konzepte und Prävention. Weinheim/München 2004, 3. Aufl.
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.): Düsseldorfer Gutachten. Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Düsseldorf 2000.
- Meyer, Thomas: Politische Kultur und Gewalt. In: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden 2002.
- Sherman, L. W. u. a. (Hrsg.): Preventing Crime: What works, What doesn't, What's promising. A Report to the United States Congress. Washington 1998.
- WHO: World Report on Violence and Health. Geneva 2002.
- WHO Regionalbüro für Europa: Weltbericht Gewalt und Gesundheit. Zusammenfassung. Kopenhagen 2003
- WHO: Preventing Violence. A Guide to Implementing the Recommendations of the World Report on Violence and Health. Geneva 2004.
- United Nations Secretary General: World Report on Violence against Children, veröffentlicht unter: <http://www.violencestudy.org/r229>, 30. 3. 2007.

Kathrin Hämmerle

## Jugend und Politik – ein ambivalentes Verhältnis

### Wählen ab 16

Österreich hat im Jahr 2007 mit seiner Wahlrechtsreform einen mutigen Schritt getan: Als erster Staat Europas gab er seinen StaatsbürgerInnen bereits ab 16 Jahren die Möglichkeit, sich an Wahlen aktiv zu beteiligen. Damit nimmt Österreich weltweit mit Brasilien, Kuba, Iran und Nicaragua eine Vorreiterrolle ein.

Eine etwas eigenartige Gesellschaft wohl, dennoch ist nach Abwägung aller Pro- und Kontraargumente die Wahlaltersenkung positiv zu bewerten, auch wenn die Jugendlichen selbst lange Jahre nicht zu deren Befürwortern zählten. Jede Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten ist in einer Demokratie prinzipiell positiv. Die Parteien hingegen haben sich aus sehr unterschiedlichen Gründen entschlossen, Wählen ab 16 zuzustimmen: Erhofften sich SPÖ und Grüne und wohl auch die FPÖ einen erhöhten Zustrom von jungen Menschen, so wollte die ÖVP endlich ihre Jahrzehnte alte Forderung nach der Einführung der Briefwahl durchsetzen. Auch dies geschah im Rahmen der Wahlrechtsnovelle 2007.

Die Wahlaltersenkung hatte in Österreich bereits früher begonnen. So wurde auf kommunaler und auf regionaler Ebene bereits 2001 in der Steiermark und 2002 im Burgenland und in Kärnten den 16- bis 18-Jährigen das Wählen ermöglicht. 2003 folgten Wien und 2005 Salzburg diesem Vorbild. Seit 2002 konnte diese Altersgruppe demnach bereits an zehn Wahlgängen teilnehmen.<sup>1</sup> Ohne gravierende Auswirkungen auf die politische Landschaft, wie wir heute wissen.

Wer in Zukunft die Profiteure des neuen Wahlrechts sein werden, ist schwer zu sagen. Zu sehr haben sich traditionelle Milieus aufgelöst, zu sehr sich gerade die Jugendlichen in zahlreiche Sub-

1 Gemeinderatswahlen Burgenland am 6. 10. 2002, Gemeinderatswahl Graz am 26. 1. 2003, Gemeinderatswahlen Kärnten am 9. 3. 2003, Gemeinderatswahlen Steiermark (ohne Graz) am 13. 3. 2005, Landtagswahl Burgenland am 9. 10. 2005, Landtags- und Gemeinderatswahl Wien am 23. 10. 2005, Gemeinderatswahlen Burgenland am 7. 10. 2007, Gemeinderatswahl Graz am 20. 1. 2008, Landtagswahl Niederösterreich am 9. 3. 2008 und Landtagswahl Tirol am 8. 6. 2008.

kulturen aufgegliedert als ein weiteres Zeichen der Individualisierung und Fragmentierung unserer Gesellschaft. So können auch seriöse Umfragen kaum das Wahlverhalten der 16-bis 18-Jährigen prognostizieren. Tatsache ist, dass die Politikverdrossenheit auch vor ihnen nicht halt macht.

### Das Interesse Jugendlicher an Politik

Eine Wahl ist zunächst nur eine Technik, mit der Personen in Ämter bestellt und so gemeinschaftliche Organe kreiert werden. Wählen bedeutet aber auch, an Politik teilzunehmen, seine eigenen Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen und so sein Umfeld mitzugestalten. Kurz gesagt: an der Macht teilzuhaben. Wählen ist zwar nur eine Form der politischen Partizipation, allerdings immer noch die wichtigste. Vor allem auch jene mit der geringsten sozialstrukturellen Verzerrung, was bedeutet, dass alle gesellschaftlichen Gruppen noch am ehesten zur Urne schreiten.

Für die Politikverdrossenheit bedeutet dies auf den Punkt gebracht, dass die Jugendlichen nicht mehr verdrossen sind als die Erwachsenen. Im Gegenteil: Der Anspruch an Politik und an sich selbst als Staatsbürger/in und Wähler/in ist bei jungen Menschen höher und daher kritischer.

Entgegen allen Unkenrufen hat sich das politische Interesse der Erwachsenen in Österreich seit den 1970er Jahren stetig erhöht. So erhoben Plasser/Ullrich 1974 ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik nur bei 14 Prozent der österreichischen Bevölkerung und bei beinahe der Hälfte (47 Prozent) ein nur geringes oder kein Interesse. Zu Beginn des neuen Jahrtausends haben nur mehr 30 Prozent ihr Interesse an Politik als kaum oder nicht vorhanden deklariert, hingegen ein Drittel der österreichischen Bevölkerung meinte, sie interessiere sich sehr stark oder stark für Politik. Nun waren diese »Wendejahre« ein Höhepunkt der politischen Mobilisierung und seither sind die Werte wieder leicht zurückgegangen. Für Jugendliche gilt aber ein ähnliches Bild: In einer aktuellen Umfrage der Donau Universität Krems mit OGM<sup>2</sup> gibt ein Drittel der Jugendlichen an, wenig bis gar nicht an Politik interessiert zu sein, hingegen bezeichneten sich 20 Prozent als sehr interessiert und immerhin

2 Donau Universität Krems/OGM: Pilotstudie Jugend und Politische Bildung im Auftrag von bm:ukk und bm\_wf, April 2007, N=700, max. Schwankungsbreite +/- 3,7 %.



die große Mehrheit mit 48 Prozent als etwas interessiert. Daten, die durchaus das Bild einer politikablehnenden Jugend relativieren.

Wie viele Umfrageergebnisse aber auch bescheinigen, sind Jugendliche immer weniger an traditioneller Parteipolitik interessiert. Sie sehen sich mit einer Situation konfrontiert, in der sie zu wenig Gehör finden und deren hierarchische Strukturen sie ablehnen. Wobei dieser Trend nicht nur unter Jugendlichen zu beobachten ist. Das Vertrauen der Bevölkerung in politische und gesellschaftliche Institutionen lässt nach. Noch nie hatten Politiker/innen gesamt so schlechte Imagewerte und noch nie wurde ihnen sowenig (Lösungs)Kompetenz zugesprochen.<sup>3</sup>

### Beteiligungstypen und Interesse an Politik

Fritz Plasser<sup>4</sup> teilt die österreichische Bevölkerung in Bezug auf ihr Interesse an Politik in fünf Typen ein: Der interessierte Beobachter (die interessierte Beobachterin) verbindet ein starkes politisches Interesse mit regelmäßiger Nutzung politischer Berichterstattung. Der mäßig interessierte Beobachter (die mäßig interessierte Beobachterin) interessiert sich nur sporadisch für Politik, etwa vor Wahlen, verfolgt aber dennoch mehrmals wöchentlich die innenpolitische Berichterstattung in den Massenmedien. Diese beiden Gruppen umfassen ca. 32 Prozent der österreichischen Bevölkerung. Desinteressierte Beobachter/innen interessieren sich nach Selbsteinschätzung nicht für Politik, informieren sich aber dennoch regelmäßig darüber. In dieser Gruppe finden sich ca. 31 Prozent der Österreicher/innen. Mäßig interessierte sowie desinteressierte Informationsabstinente verbinden weitgehendes politisches Desinteresse mit Verzicht auf politische Information. Sie machen mit rund 36 Prozent den größten Teil der Bevölkerung aus, wobei Frauen einen weitaus höheren Anteil stellen.

Von Beate Großegger<sup>5</sup> stammt der Versuch, Jugendliche in Beteiligungstypen einzuteilen, und sie unterscheidet ähnlich wie Fritz Plasser in einem ersten Schritt zwei große Gruppen: Die Po-

3 Siehe Umfragen wie der Vertrauensindex von APA/OGM.

4 Plasser, Fritz/Peter A. Ulram (2002). Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien, S. 34.

5 Im Rahmen eines Vortrages bei der Sommerakademie der Grünen Bildungswerkstatt am 2. September 2007 in Reichenau an der Rax. Siehe auch Großegger, Beate/Bernhard Heinzlmaier (2004)<sup>2</sup>. Jugendkultur Guide, Wien.

litik-Distanzierten und die Politik-Interessierten. Bei den Politik-Distanzierten differenziert Großegger zwischen jenen, für die Politik kein Vorbild ist, die aber durchaus anspruchsvoll-kritisch sind. Die andere Gruppe besteht aus Jugendlichen, die selbstbewusst-desinteressiert meinen, Politik(interesse) sei ein Luxus, den man sich leisten können muss und offensichtlich zählen sie sich selbst nicht dazu. Ausbildung, Job und Geldverdienen stehen für die nähere Zukunft im Vordergrund, Politik erscheint als ein Programm des Establishments, zu dem man aber durchaus auch einmal gehören will.

Die Gruppe der Politik-Interessierten besteht aus den traditionell politisch Sozialisierten wie Nachwuchsfunktionäre oder bereits in den Familien entsprechend geprägte Jugendliche. Die andere Gruppe bilden die post-traditionell politisch Interessierten, die als »Lifestyle-Linke« oder »Lifestyle-Rechte« bezeichnet werden können. Bei ihnen verbinden sich rebellische Attitüden mit einer (Pseudo)Konsumkritik.

Die deutsche Shell Studie<sup>6</sup>, eines der größten regelmäßig durchgeführten Forschungsprojekte über das Leben Jugendlicher, unterteilt junge Menschen in Bezug auf ihre Einstellung zu Demokratie und Politik, in vier Typen: Knapp ein Viertel gehören zu den »mitwirkungsbezogenen« Jugendlichen, die in ihrer Grundhaltung im weiteren Sinne als »politisiert« bezeichnet werden können. Sie orientieren sich eng an den Normen der Demokratie und stehen für Mitbestimmung und Engagement. Das Gegenstück hierzu bilden mit 28 Prozent die »politik-kritischen« Jugendlichen. Sie weisen die größte Distanz zur Politik auf und charakterisieren sich selber am stärksten als »politikverdrossen«. Parteipolitik wird von ihnen weitgehend abgelehnt. Auch diese Jugendlichen orientieren sich an den Grundwerten der Demokratie und weisen trotz ihrer Unzufriedenheit eine hohe Akzeptanz gegenüber unserem gesellschaftlichen System auf. Weitere 28 Prozent gehören zu den »politisch desinteressierten« Jugendlichen. Sie reklamieren für sich so gut wie gar kein Interesse an Politik und schreiben sich die geringste politische Kompetenz zu. Überproportional häufig handelt es sich um jüngere »Kids«, die im Zuge ihres individuellen Reifungsprozesses noch vorrangig mit sich selber und weniger mit der Gesellschaft

6 Siehe unter: [http://www.shell.com/home/content/de-de/society\\_environment/jugendstudie/2006/dir\\_jugendstudie.html](http://www.shell.com/home/content/de-de/society_environment/jugendstudie/2006/dir_jugendstudie.html) (1. 7. 2008).

im Ganzen beschäftigt und von daher in ihrer Meinung auch noch nicht festgelegt sind. 19 Prozent der Jugendlichen können schließlich als im weitesten Sinne »ordnungsorientiert« bezeichnet werden. Die Gruppe ist relativ inhomogen. Zwar bekennt sich auch diese Gruppe mehrheitlich zur Demokratie. Sie hat jedoch ein etwas weniger ausgeprägtes Verhältnis zu den demokratischen Freiheiten, etwa zum Recht auf Opposition und zur Meinungsfreiheit. Ihnen kommt es vermehrt darauf an, dass politische Angelegenheiten straff und ohne große Debatten geregelt werden.

### Wahlverhalten junger WählerInnen

Bei der Nationalratswahl im Jahr 2006 waren 16- bis 18-Jährige noch nicht wahlberechtigt, daher fehlen Daten zu deren Wahlverhalten. Die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen hat bei dieser Wahl erwartungsgemäß überproportional die Grünen, aber auch in höherem Ausmaß die FPÖ gewählt.

Abb 1: Wahlverhalten bei Nationalratswahlen nach Altersgruppen

in %	ÖVP		SPÖ		FPÖ		BZÖ		Grüne	
	18–29	18–	18–29	18–	18–29	18–	18–29	18–	18–29	18–
1986	33	41	39	43	12	10			11	5
1990	24	32	35	43	18	17			9	5
1994	19	28	31	35	25	23			12	7
1995	18	28	30	38	29	22			10	5
1999	17	27	25	33	35	27			13	7
2002	33	42	29	37	14	10			20	10
2006	30	34	32	35	9	11	2	4	22	11

Quellen: GfK Austria Exit Polls in: Plasser, Fritz/Ullrich Peter A. (2007). Wechselwahlen, Wien, 314. <http://www.bmi.gv.at/Wahlen/wahlergebnisse.asp> (1. 7. 2008)

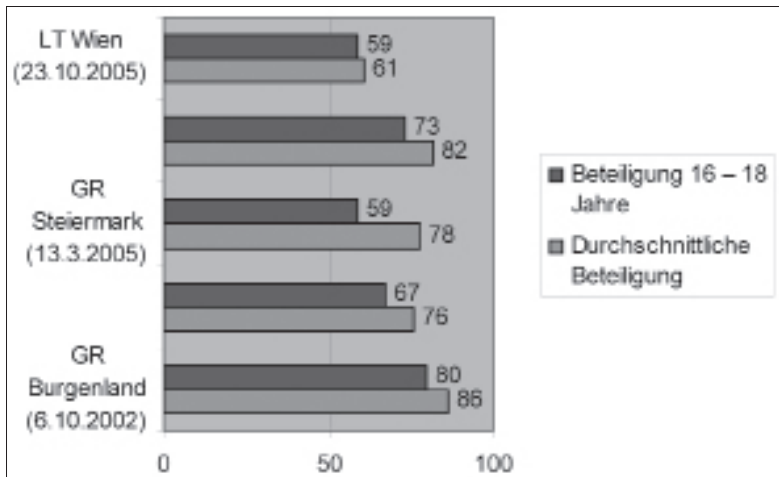
Die Ergebnisse der Nationalratswahlen seit 1986 zeigen deutlich, dass es den traditionellen Großparteien SPÖ und ÖVP nicht gelingt, in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen jenen Wähleranteil zu erreichen, den sie in der Gesamtbevölkerung besitzen. Der FPÖ gelang dies meist knapp, den Grünen hingegen am deutlichsten. Somit ist das Strukturprofil der Wählerschaft der Grünen am jüngsten, wo 15 Prozent der Wähler/innen unter 30 Jahre alt sind und sogar 58 Prozent jünger als 45 Jahre. Auf der anderen Seite besitzt die SPÖ die ältesten Wähler/innen mit 41 Prozent über 60-Jährigen.

Bei der Wiener Gemeinderatswahl 2005 untersuchte ein post-election survey von SORA das Wahlverhalten der 16- bis 18-Jähri-

gen.<sup>7</sup> Sie waren bei dieser Wahl erstmals auf kommunaler Ebene in Wien wahlberechtigt, und entgegen manchem Vorurteil war ihre Wahlbeteiligung genauso hoch wie jene der erwachsenen Wähler/innen. 59 Prozent der Jugendlichen haben am 23. Oktober 2005 bei der Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien ihre Stimme abgegeben. Jugendliche Frauen beteiligten sich mit 61 Prozent im Vergleich zu den gleichaltrigen Männern (57 Prozent) etwas stärker an der Landtagswahl.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Vergleich der Wahlbeteiligungen bei anderen Wahlgängen auf Kommunal- oder Landesebene, wo Jugendliche bereits wahlberechtigt waren:

Abbildung 2: Wahlbeteiligung nach Altersgruppen



Jugendliche nehmen demnach Demokratie ernst, folgert SORA aus diesen Ergebnissen. Die Möglichkeit zur Mitbestimmung und das Wahlrecht für Jugendliche standen in Wien an erster Stelle der Motive für die Wahlteilnahme. Die Jugendlichen hatten das Gefühl, zum ersten Mal von der Politik ernst genommen zu werden. Viele der jugendlichen Wahlberechtigten haben sich aktiv ins Geschehen rund um den Wiener Wahlkampf eingebracht, wurden zu in-

7 SORA (Institute for Social Research and Analysis). Wahlverhalten Jugendlicher bei der Wiener Gemeinderatswahl (2005), abrufbar unter: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=348> (1. 7. 2008).

formellen Opinion-Leadern und haben selbst jemanden zur Wahlteilnahme aufgefordert.

Die SPÖ ist bei den 16- bis 18-Jährigen ähnlich stark wie bei der Gesamtwählerschaft in Wien und demnach auch bei den jüngsten WählerInnen eindeutig die stärkste Partei. Die Grünen bekamen bei den Jugendlichen ein Viertel aller Stimmen, sie schnitten signifikant besser ab als im Rest der Wiener Wahlbevölkerung. ÖVP und FPÖ liegen in dieser Altersschicht etwas hinter ihrem Gesamtergebnis. Insgesamt haben fast drei Viertel (72 Prozent) aller Jugendlichen entweder rot oder grün gewählt. Starke Unterschiede im Wahlverhalten gab es zwischen Schüler/inne/n und Lehrlingen bzw. Berufsschüler/inne/n. Zwar ist die SPÖ bei allen Gruppen stark, bei den Lehrlingen und BMS-Schüler/inne/n ist ihr Anteil mit 57 Prozent aber besonders hoch. Die Grünen konnten vor allem bei AHS-Schüler/inne/n punkten. Jugendliche in einer Lehrausbildung haben zu 22 Prozent FPÖ gewählt.

Bei der SORA-Studie zeigte sich, dass sowohl die Einschätzung des eigenen Lebensstandards, die (Aus-)Bildung der Jugendlichen, aber insbesondere die Bildung der Mutter großen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatten. Je niedriger die höchste abgeschlossene Bildung der Mutter, desto eher sind die Jugendlichen SPÖ-affin. Ist die Mutter eine Akademikerin, dann sind die Grünen die stärkste Partei, und auch die ÖVP liegt noch vor der SPÖ.

### Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Bereitschaft zu wählen und das Wahlverhalten zeigen auch, dass sich Jugendliche einhellig zu den Grundwerten der Demokratie bekennen und diese fest in ihrem persönlichen Wertesystem verankert sind. Die Jugendstudie der Donau Universität Krems/OGM erhob ebenfalls eine hohe Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie: So zeigten sich zwar nur neun Prozent sehr zufrieden, aber 60 Prozent bezeichnen sich immerhin als ziemlich zufrieden.

Entlang der Unterscheidung involviert versus distanziert, wahlbejahend versus wahl skeptisch, partizipativ versus hierarchisch und demokratisch versus autoritär nehmen Claus/Karlhofer/Seber/Booy folgende Typenbildung vor: Gefestigte Demokraten (46 Prozent in den Ländern Tirol, Sachsen-Anhalt und Holland) sind Personen, die Politik als für alle relevant betrachten, Wahlen sind für sie wichtig, sie haben ein umfassendes Verständnis von Mitbe-

stimmung und einer Diktatur könnten sie auch in Ausnahmefällen nichts abgewinnen. Die skeptischen Demokraten (13 Prozent) sind grundsätzlich partizipativ und demokratisch orientiert in dem Sinne, dass sie einer Diktatur in keiner Situation etwas Positives abgewinnen könnten, allerdings deutlich distanziert und skeptisch sind, was die Sinnhaftigkeit von Wahlen angeht. Labile Demokraten (23 Prozent) sind partizipativ und »diktaturresistent«, zugleich aber stehen sie der Politik sehr distanziert gegenüber und schließen sich darüber hinaus der Ansicht an, dass Wahlen für die Machtverteilung nicht wirklich relevant seien und Politik eher »wirklichkeitsfremd« sei. Bei den Autoritären (18 Prozent) handelt sich um Personen, die distanziert zu Politik stehen, hierarchisch denken, Wahlen für wenig relevant halten und einer Diktatur viel Positives abgewinnen könnten. Diese Jugendlichen müssen in einem stabilen demokratischen Gemeinwesen nicht unbedingt eine Gefahr darstellen, in jedem Fall aber handelt es sich hier um eine Problemgruppe, der besonderes Augenmerk gewidmet werden sollte.

Unabhängig von der prinzipiellen Zustimmung zur Demokratie stehen Politik oder politisches Engagement weit abgeschlagen am unteren Rand der Skala, wenn Jugendliche nach ihren Werten befragt werden. Wichtig ist jungen Menschen vielmehr: Gute Freunde, auf die man sich verlassen kann, eine gute Ausbildung und ein treuer Partner. Auf den ersten Blick durchaus konservative Werte, die unsere Jugend prägen. Allerdings sind sie auch geprägt von einem gewissen Pragmatismus. Vorbilder sind kaum vorhanden, alles ist erlaubt, und somit entziehen sich die Jugendlichen einer Reflexion und einem Vergleich ihrer Ansichten und Lebenseinstellungen und umgehen eine Positionierung.

Bernhard Heinzlmaier<sup>8</sup> bezeichnet dieses Lebensprinzip als post-traditionellen Materialismus, der für ein hohes Sicherheitsbedürfnis und große Affinität zu materiellen Dingen wie Einkommen, Konsum, Karriere und Erlebnis steht – bei gleichzeitigem Fehlen von ideologischen und institutionellen Bindungen. Primär handlungsanleitend ist der persönliche Nutzen. Die Defizite und der hohe Preis dieses Lebensstils werden aber auch von den Jugendlichen

8 Heinzlmaier, Bernhard (2007). Das Leben der Jugend in der Leistungsgesellschaft und die Krise der Partizipation im Zeitalter des Posttraditionellen Materialismus, Wien. Abrufbar unter: [http://www.jugendkultur.at/Leistungsdruck%20Report\\_2007\\_jugendkultur.at.pdf](http://www.jugendkultur.at/Leistungsdruck%20Report_2007_jugendkultur.at.pdf) (1. 7. 2008).

erkannt – oder zumindest erspürt. Das schafft in Folge jene kritische Distanz zu den gesellschaftlichen Umständen, die dies bedingen. Parteien und Politiker werden verantwortlich gemacht, aber es bleibt (zumeist) ein stiller Protest.

### Hoffnung Politische Bildung

Jugendliche sind prinzipiell zufrieden mit der Demokratie, aber äußerst kritisch gegenüber den politischen Eliten und den traditionellen Formen der politischen Partizipation. Sie interessieren sich sehr wohl für gesellschaftliche und politische Fragen, wenngleich sie andere Wege als die traditionellen suchen, um sich zu engagieren. Für die meisten Jugendlichen ist allerdings der Sinn eines politischen oder auch sozialen Engagements nicht mehr erkennbar. Bereits ihre Eltern gehörten größtenteils einer passiven Generation an und konnten somit diese Werte nicht mehr vermitteln. Der Individualismus wurde und wird vorgelebt.

So erhebt die Jugendstudie elf/18<sup>9</sup> neben einem hohen Interesse an Rechten, die Jugendliche haben (60 Prozent) und Ausbildungsmöglichkeiten (48) und Berufschancen (42) nach wie vor ein starkes Interesse an Themen wie Umweltschutz (32), Tierschutz (29) aber auch Mädchenförderung (29) oder am kommunalen Geschehen (33). In einer anderen Studie werden von den Jugendlichen selbst als gewünschte Themen für die Politische Bildung angegeben: die Gleichbehandlung von Frauen und Männern (43 Prozent), die Integration von »AusländerInnen« in Österreich (43) sowie die Globalisierung (36).<sup>10</sup>

Hier liegt eine Kernaufgabe der Politischen Bildung an Schulen. Nicht die Kenntnis der Institutionen oder der Abläufe im politischen System wird Jugendliche motivieren sich einzubringen. Dennoch ist dieses Wissen unerlässlich, um die individuellen Möglichkeiten zu erkennen. Erfolgreiche und nachhaltige politische Bildung mit dem Ziel der politischen Mündigkeit braucht aber eine

9 Institut für Jugendkulturforschung (2007). Elf/18 – die Jugendkulturstudie 2007. Siehe unter: <http://www.jugendkultur.at/11-18.html> (1. 7. 2008)

10 Donau-Universität Krems Department für politische Kommunikation/OGM (2007). Pilotstudie »Jugend und Politische Bildung«, abrufbar unter: <http://www.donau-uni.ac.at/de/departement/politischekomunikation/projekte/id/11011/index.php> (1. 7. 2008). Ähnliche Ergebnisse auch bei Claus, Thomas u. a. (2001). Jugend in Europa im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, Magdeburg, Innsbruck, Amsterdam.

Vermittlung auf mehreren Ebenen: Auf der kognitiven Ebene wird Einfluss auf die Einsichten der Schüler/innen genommen. Dies geschieht vornehmlich durch die Vermittlung von Wissen und Fakten. Auf der affektiven Ebene sollen die Einstellungen beeinflusst werden, eine tolerante Haltung gegenüber Anderen oder Anderem unterstützt werden. Auf der pragmatischen Ebene schließlich wird versucht, auf die Verhaltensweisen einzuwirken, im Sinne eines zivilcouragierten und selbstständigen Handelns.

So gelingt es, von einer traditionellen staatsbürgerlichen Erziehung zum loyalen Bürger (zur loyalen Bürgerin) über die Erziehung zur Demokratie und zur Mündigkeit zur Erziehung zum Handeln zu kommen. Die Kompetenztheorie hat hier die demokratische Handlungskompetenz eingeführt, die sich in folgende Teilkompetenzen gliedert: Die Sachkompetenz umfasst das Verstehen und politisches Wissen um institutionelle Regeln, Entscheidungsprozesse, internationale Abhängigkeiten und Verknüpfungen. Die Methodenkompetenz ist die Fähigkeit der Anwendung analytischer Instrumente und Verfahren sowie die (kritische) Recherche aus unterschiedlichen Quellen. Die Sozialkompetenz ist gekennzeichnet durch Merkmale, wie sensibles Gruppenverhalten, dem Argumentieren eigener Positionen, Verantwortungsbewusstsein und Reflexionsfähigkeit.

Mit der Erweiterung des Faches Geschichte in der AHS-Oberstufe und seit Herbst auch in der 8. Schulstufe und somit an der der AHS-Unterstufe sowie an Hauptschulen um den Bereich Politische Bildung eröffnet sich eine Chance, mehr für Politische Bildung und daher für die Stärkung der Demokratie zu tun. Gleichzeitig birgt diese Zuweisung an ein Fach aber auch Gefahren. Politische Bildung muss ein fächerübergreifendes Projekt bleiben, das sich an der Lebenswelt und den Bedürfnissen der Jugendlichen orientiert und nicht allein an den Inhalten des Lehrplanes eines isolierten Unterrichtsgegenstandes. Politische Bildung stellt eine »pädagogische Kernaufgabe demokratischer Bildungssysteme«<sup>11</sup> dar, bei der Wissen, Werte und Fähigkeiten umfassend berücksichtigt werden.

11 Sander, Wolfgang (2006). Politische Bildung in der Demokratie – Herausforderungen im europäischen Kontext, in: Gertraud Diendorfer/Sigrid Steininger (Hg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich. Bestandsaufnahme – Praxis – Perspektiven, Wochenschau Verlag: Schwalbach, 23–38, S. 23.



### Generation »Politik nein danke«?

Aber nicht nur Schule und Lehrer/innen sind gefragt, den Jugendlichen Politik und soziales Engagement näher zu bringen. Auch die Politik und ihre Akteure tragen eine Bringschuld auf dem Weg des Zusammenrückens dieser beiden Welten. Jedenfalls sollten die Gefährdung der Demokratie durch Distanz, Passivität und Misstrauen großer Teile der Bevölkerung nicht bagatellisiert werden und geeignete Maßnahmen gesetzt werden.

Jugendpartizipation ist ein gemeinsamer gesellschaftlicher Lernprozess: Jugendliche sind mehrheitlich der Meinung, die Politik kümmere sich nicht um sie und ihre Probleme. Politik und Jugend müssen hier ein positives Verhältnis zueinander entwickeln. Politische Bildung allein mit dem Ziel, das Verhältnis der Jugendlichen zur Politik zu verbessern, reicht nicht aus. Auch die Politik muss die Anliegen und Wünsche der jungen Menschen ernst nehmen, und die Wahlaltersenkung könnte ein in erster Schritt in diese Richtung gewesen sein. Die Jugendlichen müssen die Sinnhaftigkeit einer Beteiligung erst wieder lernen. Dazu braucht es motivierende Projekte, die Gestaltungsspielraum gewähren und deren Umsetzung realistisch ist. Politik wird für Jugendliche erst spannend durch das Ergebnis.

Jugendliche dürfen nicht unterschätzt werden: Junge Menschen wünschen sich Information, nicht Werbung. Sie wünschen sich Stellungnahmen und Rückgrat statt Austauschbarkeit und Indifferenz in der Politik. Jugendliche wollen ernst genommen werden und als Betroffene eingebunden sein in politische Entscheidungsprozesse.

Jugendliche wollen einen ehrlichen Dialog: Die Politik muss lernen mit ihnen und nicht über sie zu sprechen.

Daniela Rippitsch

## 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung Lernen um zu handeln

*»Politische Bildung ist eine Voraussetzung sowohl für die persönliche Entfaltung des einzelnen wie für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen ... (sie) ist ein aktiver Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Demokratie«<sup>1</sup>*

Diese im Einleitungstext des Grundsaterlasses zur Politischen Bildung zu findende, dem weiten Politikbegriff folgende Definition von Politischer Bildung sollte die Grundlage für den 1983 am Wiener Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) entstandenen Hochschullehrgang für Lehrer und Lehrerinnen bilden. Hervorgegangen aus dem Fernlehrelehrgang von 1981 stellte dieses universitäre Weiterbildungsinstrument ein absolutes Novum im Bereich der universitären Lehre dar. Ein engagiertes Team von WissenschaftlerInnen rückte als Grundprämissen des Lehrgangskonzeptes Interdisziplinarität, flache Hierarchie im Lehrgang, Balance zwischen Sozialem Lernen und Wissensvermittlung und das Ineinandergreifen der verschiedenen Module (Seminaren) des Lehrgangs in den Mittelpunkt. Daraus entwickelten sich die bis heute gültigen drei Säulen des Lehrgangscurriculums: der »harte Kern« der Politischen Bildung – die Politik im engeren Sinn – wurde von Politikwissenschaftlern, wie Anton Pelinka (Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck) und Peter Gerlich (Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien) abgedeckt. Die zweite Säule wurde von VertreterInnen der Geschichtswissenschaft gebildet und hier war Erika Weinzierl vom Institut für Zeitgeschichte sowie Michael Mitterauer vom Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Wien von Anfang an dabei. Die dritte Säule im Lehrgang, das Soziale Lernen, sah sich durch Rudolf Wimmer und Ralph Grossmann prominent vertreten.

1 Erlass des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom 11. 4. 1978, ZL 33.464/6-19a/1978.

**Grundsatzterlass für Politische Bildung als Basis des Lehrgangs**  
 Der Lehrgang fühlte und fühlt sich dem im April 1978 erschienen Grundsatzterlass für Politische Bildung ebenso wie der konsequenten Umsetzung des darin beschriebenen Unterrichtsprinzips sowie dem weiten Politikbegriff verpflichtet. Denn die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung sollte, so Rudolf Wimmer, folgendermaßen aussehen: *»dass allen Lehrern der Zusammenhang zwischen ihrem Fach und dem impliziten Charakter des von ihnen vermittelten Wissens bewußt wird und daß sie dieses Bewußtsein an die Schüler auch vermitteln können ...«*<sup>2</sup> Dies würde aber bedeuten, dass allen LehrerInnen eine einschlägige Aus- und Fortbildung angeboten bzw. diese auch in Anspruch genommen wird, um den Anforderungen gerecht zu werden. Leider hat sich seit der Implementierung des Lehrganges an der Ausbildungssituation der Lehrenden kaum etwas geändert. Weiterhin gibt es keinen eigenen Studienzweig für Politische Bildung an den Universitäten und auch im Bereich der neu gegründeten Pädagogischen Hochschulen fristet die Ausbildung, beschränkt auf zwei Semesterwochenstunden, ein karges Leben. Das Weiterbildungsangebot ist stark vom Engagement der einzelnen BereichsleiterInnen abhängig und daher auch äußerst variabel.

Der Lehrgang für Politische Bildung betrat mit seinem inhaltlichen Schwerpunkten, aber auch mit seiner innovativen Struktur Neuland: erstmals gab es eine gemeinsame Weiterbildung von Lehrenden, die an Pädagogischen Akademien bzw. Universitäten ausgebildet wurden, von Lehrenden aus Pflicht- und Höheren Schulen, eine Zusammenkunft zwischen AHS und BHS sowie Lehrenden aller Schulfächer und aller Bundesländer. Aufgrund dieser neuartigen Struktur und trotz Unterstützung durch die Ministerien und der Abteilung Politische Bildung wehte dem Lehrgang oftmals starker Gegenwind und Misstrauen entgegen.

### Vom Hochschul- zum Universitätslehrgang

Den Zeichen der Zeit folgend und in Anlehnung an die Universitätsgesetze von 1993 und 2002 wurde aus dem Hochschullehrgang 1998 ein Universitätslehrgang, der erstmal im WS 1999/2000 mit

2 Wolf, Andrea: Zur Geschichte der Politischen Bildung an Österreichs Schulen, in: Andrea Wolf (Hg.): Der lange Anfang, Sonderzahl, Wien 1998, S. 50.

dem akademischen Grad Master of Advanced Studies (MAS) zertifiziert wurde. Dieser Umstrukturierung war auch ein Ortswechsel voraus gegangen und der Lehrgang war nun als Teil des IFF, das von den Universitäten Klagenfurt, Wien, Graz und Innsbruck getragen wurde, in Innsbruck beheimatet. 2004 wurde der MAS durch den gleichwertigen akademischen Grad Master of Science (MSc) ersetzt und wanderte an die Universität Klagenfurt. Als letzter Punkt dieser Österreichrundfahrt ist der ULG Politische Bildung nun durch eine Kooperation mit der Donau Universität auch in Krems und seit 2006 am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Universität Klagenfurt beheimatet.

Das Steuerungsgremium des Lehrgangs setzt sich aus Vertreterinnen des Friedenszentrums und der Donau Universität Krems zusammen und ist für die inhaltliche Ausrichtung des Studienprogramms und die Durchführung des Curriculums verantwortlich. Der Lehrgangsleitung steht ein sechsköpfiges Team, bestehend aus WissenschaftlerInnen aus den Bereichen Politikwissenschaft, Geschichte und Internationale Politik, Didaktik sowie Pressewesen zur Seite. Stetige Weiterentwicklung der Lehrgangsbereiche, Evaluation der Lehrgangsseminare und neue Impulssetzung gehören zu den Aufgaben dieses Think Tanks.

### Voraussetzungen der TeilnehmerInnen

Über 200 Studierende besuchen die jährlich ca. 10–12 Seminare, die in drei- bis fünftägigen Blockseminaren in den verschiedensten Bildungshäusern Österreichs abgehalten werden. Der Lehrgang ist ein berufsbegleitendes Weiterbildungsprogramm. Neben Lehrenden aller Schultypen besuchen seit Herbst 2000 auch Interessierte aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Kommunalpolitik, Medien, Justiz, Exekutive, soziale Arbeit und dem Bundesheer die Lehrgangsseminare und werden zu MultiplikatorInnen ausgebildet, um die Politische Bildung nun auch in ihre Arbeits- und Lebensbereiche zu tragen. Zum gleichen Zeitpunkt inskribierten auch erstmals AbsolventInnen des Lehrgangs Politische Bildung des Bildungszentrums Schloss Hofen/Vorarlberg den Universitätslehrgang, um das Masterprogramm zu absolvieren.

Für den Abschluss des Universitätslehrgangs Politische Bildung müssen die TeilnehmerInnen den Interdisziplinären Grundblock, die drei Pflichtseminare aus dem Lehrgangsbereichen Politik,

Geschichte & Gesellschaft und Soziales Lernen sowie zwei Wahlpflichtseminare mit Seminararbeiten abschließen und erlangen dadurch das Zertifikat für den Akademischen Politischen Bilder/Akademische Politische Bildnerin. Für das daran anschließende Masterprogramm ist die Absolvierung von vier weiteren Wahlpflichtseminaren und die Approbation einer Masterthese Voraussetzung.

### Inhalte des Lehrgangs

Seit nunmehr 25 Jahren bietet der Lehrgang seinen TeilnehmerInnen die Möglichkeit, theoretische und praktische Fähigkeiten zu erwerben, um zentrale Problemstellungen aus Politik und Gesellschaft in größeren Zusammenhängen wissenschaftlich zu analysieren und im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit weiterzumitteln. Gerade das Bereitstellen von Werkzeugen zur Partizipation und damit zur Veränderbarkeit der Politik wird im Universitätslehrgang als vorderstes Ziel gesehen.

Natürlich ist fundiertes Wissen um die Basiskonzepte der Politischen Bildung, wie Demokratietheorien, Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Verfassungsrecht, etc. unerlässlich ebenso wie historisches Grundwissen um Zusammenhänge zu verstehen. Doch Wissen alleine ist nicht genug, denn Politische Bildung steht in erster Linie für politisches Handeln und dafür benötigt man Zivilcourage, Kommunikations- Dialog- und Konfliktfähigkeit, ein kritisches Reflektieren von Medienberichten und Selbstbewusstsein seine Meinung zu äußern. Diese Fähigkeiten kann man grob als Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz zusammenfassen.

### Regierungsschwerpunkt »Demokratie Lernen«

Im Zuge des Regierungsschwerpunkts »Demokratie Lernen« wurden in zwei Arbeitsgruppen die grundlegenden Kompetenzmodelle<sup>3</sup> einerseits für Lehrende andererseits für Lernende erarbeitet, die es beiden Gruppen erleichtern sollen, das notwendige Handwerkszeug zum mündigen Bürger/zur mündigen Bürgerin zu vermitteln bzw. zu erhalten und so Politik und politisches Umfeld zu einer persönlichen Angelegenheit zu machen und seinen/ihren Handlungsspielraum für sich zu entdecken.

3 [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16638/entwurf\\_lp\\_neu\\_mat.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16638/entwurf_lp_neu_mat.pdf) verifiziert am 3. 6. 2008.

25 Jahre Hochschul- bzw. Universitätslehrgang Politische Bildung bedeuten seit dem Jahr 1983: 7662 Teilnahmen an 298 Seminaren, die an 331 Terminen stattgefunden und in denen 216 ReferentInnen ihr Wissen an die interessierten Studierenden weitergaben.<sup>4</sup> Seit 2000/2001 haben 61 AbsolventInnen den akademischen Grad des Master of Advanced Studies bzw. Master of Science erhalten und wir hoffen, dass diese doch recht beachtlichen Zahlen eine Fortsetzung in den nächsten 25 Jahren finden – denn Demokratie braucht mündige BürgerInnen und somit die Politische Bildung.

4 Vgl. Rippitsch, D./Norer, E.: Von Menschen und Zahlen – eine gelebte Statistik des ULG Politische Bildung in: Festschrift 25 Jahre ULG Politische Bildung in Österreich, hrsg. v. C. Klepp/D. Rippitsch, erscheint im Facultas Verlag im Herbst 2008.

Bettina Gruber

## Das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik Bilanz und Leistungen 2007/2008

Die vorliegende Leistungsschau beinhaltet die Beschreibung laufender Forschungsschwerpunkte, die Lehre im Rahmen einzelner Module, durchgeführte Veranstaltungen gemeinsam mit KooperationspartnerInnen oder alleine und einen Auszug der Publikationen von 2007/2008.

### 1. Forschungsprojekte

#### *Der Forschungsschwerpunkt »Kultur und Konflikt«*

Das interdisziplinäre Forschungsprojekt »Kultur und Konflikt«, koordiniert von Viktorija Ratković wurde 2007 und 2008 weiter durchgeführt. Die wichtigste Intention des Netzwerks ist es, den Querschnittsbereich Kultur und Konflikt an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt zu stärken, indem die einschlägigen Forschungsvorhaben an der Universität zu einem leistungsfähigen, interdisziplinären und international sichtbaren Forschungsschwerpunkt »Kultur und Konflikt« vernetzt, gebündelt, weiterentwickelt und in entsprechenden universitären Strukturen verankert werden.

Über die inneruniversitäre Netzerkennung hinaus will das Forschungsnetzwerk einen Beitrag zur Entwicklung einer kulturwissenschaftlichen Friedensforschung leisten, interdisziplinäre Frauen- und Geschlechter-/Genderforschung etablieren, sowie Politikwissenschaft und Politische Bildung aufwerten und in Bezug zur Gender- und Friedensforschung setzen. Gleichzeitig sollen Kooperationen im Schwerpunkt »Kultur und Konflikt« auf inhaltlicher Ebene intensiviert werden, sowie Schlussfolgerungen für methodische Konsequenzen und nachhaltige und innovative Organisations- und Vernetzungsformen sowie innovative Organisations- und Vernetzungsformen gezogen werden.

Zur Fundierung des Schwerpunkts wurden im Jahr 2006 und 2007 zwei Workshops zum Thema mit internationalen ExpertInnen durchgeführt. Ein dritter Workshop ist für Dezember 2008 in Vorbereitung.

*Pilotstudie »Migration und Menschenhandel«*

Im Rahmen eines Teilprojekts wurde in einer einjährigen interdisziplinären Pilotstudie zum Thema »Menschenhandel und Migration« Rahmenbedingungen untersucht, innerhalb derer Menschenhandel in Österreich stattfindet. Die ForscherInnen widmeten sich schwerpunktmäßig den Differenzen in der medialen Darstellung von immigrierten und inländischen Frauen, den Bedingungen und Möglichkeiten der effektiven Bekämpfung von Frauenhandel sowie den gesellschaftsinhärenten Widerständen und Abwehrmechanismen, die Problemlösungsstrategien im Weg stehen. Die Pilotstudie erscheint 2008 als Publikation.

Publikationen zum Thema erscheinen 2008/2009:

Utta Isop/Viktorija Ratković/Werner Wintersteiner (Hg.), Gewalt – Kultur – Konflikt. Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Friedens- und Geschlechterforschung, 2008

Berger, Wilhelm/Hipfl, Brigitte/Mertlitsch, Kirstin/Ratković, Viktorija: Kulturelle Dimensionen von Konflikten, 2009.

**Das Forschungsprojekt »Die Geschichte der Friedensbewegungen im Alpen-Adria-Raum in den 1980er Jahren«**

Das vorliegende Forschungsprojekt, das von Diana Radmann durchgeführt wird, befasst sich mit den Friedensbewegungen im Alpen-Adria-Raum in den 1980er Jahren.

Erste Ergebnisse der Zusammenarbeit der Friedensbewegungen in der Alpen-Adria-Region:

- Friaul wird eine für kulturelle Veränderungen offene Region
- Es entsteht eine kontinuierliche Solidarität zwischen den italienischen, österreichischen und slowenischen PazifistInnen
- Friaul wird eine Region mit Brückenfunktion (regione ponte) für eine friedliche Entwicklung der internationalen Beziehungen
- Die bilateralen Beziehungen zwischen den Ländern in der Alpen-Adria-Region verbessern sich, vor allem die kritische Beziehung zu Jugoslawien (eine slowenische nationale Minderheit lebt in Friaul). Jugoslawien wurde jahrelang als feindliches Land betrachtet. Es gab ein Klima starken Misstrauens.
- Es gelingt (jetzt) die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern – auch auf der Basis der Zivilgesellschaft – aktiv zu gestalten.



*Veränderungen auf institutioneller Ebene*

Es entstand eine Kooperation der Friedensbewegung mit der Anti-Atombewegung und der Grünbewegung. Grüne und alternative Parteien waren auch Ausdruck einer Institutionalisierung von Friedensbewegungen. Erst seit der Friedensbewegung sind Demonstrationen mit zehntausenden TeilnehmerInnen möglich geworden.

Die Friedensbewegung führte zu Veränderungen der Gesellschaft und ihrer Institutionen. In den 1990-iger Jahren verlagerten sich die Zielsetzungen schwerpunktmäßig von der politischen auf die pädagogische Ebene. Es kam zu Neugründungen von autonomen Organisationen wie zum Beispiel dem friedenspolitischen Verein »Alpen-Adria-Alternativ« und in Slowenien wurde das Friedensinstitut »Mirovni Inštitut« gegründet. Darüber hinaus entwickelten sich Kooperationen der Länder der Alpen-Adria-Regionen in ökologischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Belangen.

Institutionalisierung und Professionalisierung der Friedensbewegung im Alpen-Adria-Raum auf unterschiedlichen Ebenen entstehen; in Klagenfurt wird im Jahr 2005 das Zentrum für Friedensforschung und Friedenserziehung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt mit den Schwerpunkten Friedensforschung- und Friedenserziehung installiert, Udine setzte diese Tradition mit der Implementierung des Friedenszentrums »Irene« am 2. Oktober 2007 fort.

Für die qualitätsvolle erste Vorstudie erhielt Frau Diana Radmann den Alpen-Adria-Forschungspreis des Landes Kärnten im Frühjahr 2008.

*Zwei Studien zur Politischen Bildung*

Der Arbeitsbereich Politische Bildung setzt sich intensiv mit der Situation der schulischen Politischen Bildung in Österreich auseinander und hat in den Jahren 2007 und 2008 zwei Studien unter der Leitung von Kathrin Hämmerle dazu im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur durchgeführt.

Politische Bildung wird derzeit an Österreichs Schulen in Form eines dualen Systems unterrichtet. Einerseits wird Politische Bildung – meist verbunden mit einem weiteren Fach – als eigenes Unterrichtsfach vermittelt. Andererseits führt der bereits erwähnte Grundsatzterlass aus dem Jahr 1978 das Unterrichtsprinzip *Politische Bildung* ein, das in allen Schulstufen, -fächern und -typen Eingang in den Unterricht finden soll.

Da eine standardisierte Ausbildung im Bereich Politische Bildung an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen fehlt, liegt die Vermutung nahe, dass viele Unsicherheiten von LehrerInnen in diesem gesellschaftlich sensiblen Bereich vorhanden sind. Der Rückzug auf das scheinbar sichere Feld der klassischen *Institutionenkunde* scheint ein oft praktizierter Ausweg. Politische Bildung bleibt dem persönlichen Engagement Einzelner überlassen und gerät in Gefahr, ein Fach der »Beliebigkeit« zu werden.

### *Forschungsfragen*

Um die Möglichkeiten der Politischen Bildung ausschöpfen zu können, müssen ausreichend Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden, die die derzeit nur vermuteten Defizite in diesem Bereich auffüllen. Als ersten Schritt erfolgte daher eine umfassende Bestandsaufnahme und Datenerhebung in folgenden Bereichen:

- Welche Ausbildung haben die derzeit Unterrichtenden des Unterrichts- oder Freifaches *Politische Bildung* an den verschiedenen Schultypen?
  - Wie ist die Politische Bildung in den Studienplänen der diversen Lehramtsstudien verankert?
  - Welche Inhalte werden an den Universitäten bzw. Pädagogischen Hochschulen dem Bereich Politische Bildung zugeordnet?
- Diese drei Forschungsfragen wurden in der ersten Studie bearbeitet. Aufbauend auf diesen Ergebnissen versuchte eine Folgestudie weitere Fragen zu beantworten:
- Welche Defizite sehen Lehrende und Lehramtsstudierende an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten im Bereich Politische Bildung und welche Erwartungen leiten sie daraus ab?
  - Welche Kompetenzen müssen im Rahmen einer adäquaten Aus- und Weiterbildung an Lehrende für Politische Bildung vermittelt werden?
  - Welche Modelle zur Verankerung der Politischen Bildung in der 8. Schulstufe sind im Rahmen der österreichischen Schulorganisation möglich und empfehlenswert?

### *Methoden und Aufbau der Studie*

Mit Hilfe von Befragungen unterschiedlicher Personengruppen sollte Einsicht in die Bekanntheit bzw. zur Umsetzung des Unter-

richtsprinzips gewonnen werden. Wichtig sind vor allem die Problematik bei der Umsetzung des Unterrichtsprinzips bzw. die Abfrage von Desideraten der Lehrerschaft.

Die Ergebnisse wurden im Rahmen einer Veranstaltung von Kathrin Hämmerle und Viktorija Ratković im Mai 2008 vorgestellt.

## 2. Der Schwerpunkt Friedenspädagogik

Das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Alpen-Adria-Universität fokussiert sich im Bereich Friedenspädagogik auf aktuelle Herausforderungen und kooperiert auf regionaler wie internationaler Ebene mit einschlägigen Initiativen. Auf internationalen Konferenzen ist das Friedenszentrum regelmäßig vertreten, veröffentlicht Publikationen und Artikel zu Theorie, Forschung und Praxis der Friedenserziehung bzw. verschiedenen Bildungs- und kulturellen Fragen und klingt sich über internationale Zeitschriften wie etwa das »Journal of peace education« in die internationale Debatte ein.

### Konkrete Vorhaben und Projekte

#### *Ein Studium für den Frieden – EURED –*

#### *European Education as Peace Education*

Von 2004–2006 fand der Pilotlehrgang »Human Rights and Peace Education in Europe« statt. Es war ein Universitätslehrgang mit Zertifikat der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, in dem erstmals in Europa ErzieherInnen, Lehrkräfte und SchulinspektorInnen aus ganz Europa (innerhalb und außerhalb der EU) eine fundierte und zertifizierte Ausbildung in Friedenspädagogik erhielten. Der Kurs wurde offiziell von der UNESCO anerkannt und durfte sich EURED/UNESCO Kurs nennen. Er bestand aus fünf ca. einwöchigen Seminaren in verschiedenen Ländern Europas und verband Theorie und Methodik der Friedens- und Menschenrechtserziehung mit Lernen von konkreten Konflikten vor Ort, u. a. auch ethnische Minderheiten. Aufbauend auf diesen Erfahrungen soll nun dieser Kurs zu einem »European Master of Peace Education« weiter entwickelt werden, der von einem Universitätskonsortium angeboten werden soll. Die Vorbereitungsarbeiten haben bereits begonnen. Die Curriculumsarbeit ist im Wesentlichen abgeschlossen. Das Projekt wurde als EU-Projekt eingereicht.

*Alpen-Adria-Netzwerk-Friedenserziehung*

Der Anstoß zur »ersten Friedenserziehungsenquête« im Jahr 2006 kam aus Friaul-Julisch-Venetien, wo bereits seit dem Schuljahr 2004/2005 ein Netzwerk »Friedenserziehung« existiert. Auf einem Friedenskongress im November 2004 an der Universität Udine nahmen VertreterInnen aus Slowenien, eine Delegation aus verschiedenen Schulen Kärntens sowie der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt teil. Man beschloss, gemeinsam an der Entstehung eines Alpen-Adria-Netzwerks zu arbeiten, das auf schulischer wie auf universitärer Ebene aktiv werden sollte. Im Rahmen der Enquête, an der Teilnehmer aus der Region wie aus dem gesamten Alpen-Adria-Raum teilnahmen, konnte das Netzwerk vertieft und ausgeweitet werden. Bei der zweiten Friedenserziehungsenquête im Jahr 2007 wurde auf eine intensive Verknüpfung von Theorie und friedenspädagogischen Praxisbeispielen gesetzt.

Langfristige Ziele sind die Durchführung von regelmäßigen gemeinsamen Konferenzen, die Einrichtung einer ständigen Plattform von FriedenspädagogInnen, die Initiierung von Friedensprojekten auf schulischer wie außerschulischer Ebene, Partnerschaften zwischen den Alpen-Adria-Schulen, der Aufbau des Themenschwerpunkts »Gewaltprävention in Schulen« und eine entsprechende Fortbildung.

*FriedenspädagogInnennetzwerk im deutschsprachigen Raum*

Das Netzwerk der FriedenspädagogInnen besteht nun seit drei Jahren. Regelmäßig treffen sich VertreterInnen aus Institutionen, Initiativen und NGO's. Ziel der Kooperation sind die gemeinsame Reflexion aktueller friedenspädagogischer Fragestellungen, die stärkere Verbindung von Theorie und Praxis und die gemeinsame Bündelung der Kräfte zur stärkeren Institutionalisierung der Friedenspädagogik in der Aus- und Fortbildung. Nach mehreren Treffen in Deutschland fand die letzte internationale FriedenspädagogInnen-tagung im Jahr 2007 an der Universität Klagenfurt statt. Aufbauend auf der nunmehr dreijährigen Vernetzung wird eine gemeinsame Tagung im Herbst 2008 zum Thema »Aufwachsen zwischen Unsicherheit und Hoffnung. Friedenspädagogische Analysen zur Gewalt und aktuelle Handlungsansätze« in München durchgeführt und es erscheint die gemeinsame Publikation »Friedenspädagogik. Grundlagen. Praxisansätze. Perspektiven.

### 3. Der Schwerpunkt Politische Bildung

Der ULG Politische Bildung unter der Leitung von Peter Filzmaier, der Geschäftsführung von Cornelia Klepp und der Koordination von Daniela Rippitsch ist seit Oktober 2005 an der Donau Universität Krems angesiedelt und seit 2006 als Kooperationsprojekt mit dem Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Universität Klagenfurt geführt.

Über 200 Studierende besuchen die jährlich ca. 10–12 Seminare, die in drei- bis fünftägigen Blockseminaren in verschiedenen Bildungshäusern Österreichs abgehalten werden. Der Lehrgang ist ein berufsbegleitendes Weiterbildungsprogramm für Lehrer und Lehrerinnen und steht seit 2000 auch anderen Berufsgruppen offen. Neben Lehrenden aller Schultypen besuchen nun auch Interessierte aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Kommunalpolitik, Medien, Justiz, Exekutive, soziale Arbeit und dem Bundesheer die Lehrgangsseminare und werden zu MultiplikatorInnen ausgebildet, die Politische Bildung nun auch in ihren Arbeits- und Lebensbereich tragen.

Seit nunmehr 25 Jahren bietet der Lehrgang seinen TeilnehmerInnen die Möglichkeit, theoretische und praktische Fähigkeiten zu erwerben, um zentrale Problemstellungen aus Politik und Gesellschaft in größeren Zusammenhängen wissenschaftlich zu analysieren und im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit weiterzumitteln.

Anlässlich des 25 jährigen Bestehens findet im November 2008 eine Jubiläumsveranstaltung am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik statt und es erscheint im Jahr 2008 eine Publikation (Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.), 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich (Facultas Verlag 2008).

### 4. Lehrveranstaltungen im Rahmen einzelner Module

Folgende Lehrveranstaltungen des Friedenszentrums 2007 und 2008 fanden bereits oder finden noch im Wintersemester 2008/09 statt:

- Graf Wilfried/Kramer Gudrun, Integrative Konflikttransformation
- Gruber Bettina, Theorie und praktische Beispiele der Friedenspädagogik
- Haas Harald/Plaschke Andrea, Konflikt und Psyche I und II mehrjährig angeboten

- Hämmerle Kathrin, Elemente der Politischen Bildung
- Hämmerle Kathrin, Akteure der Mediendemokratie
- Hämmerle Kathrin, Vergleich Politischer Systeme
- Doris Hattenberger, Grund- und Menschenrechte
- Kinkelbur Dieter, Stadt – Frieden – Kultur
- Klepp Cornelia, Methoden der Politikvermittlung
- Schmidt Esther, Kolloquium Kultur und Konflikt
- Tudyka Kurt, Friedensmacht Europa: Mythos, Fiktion und Realität
- Wintersteiner Werner, Literatur und Frieden
- Werner Wintersteiner, Friedenspädagogik. Eine Einführung. Mit dem Schwerpunkt »Sprache und Literatur«

## 5. Veranstaltungen des Friedenszentrums 2007/2008

Im Folgenden wird ein Auszug der Veranstaltungen 2007 und 2008 aufgelistet:

### *Veranstaltungen im Herbst 2008*

11. und 12. 12. 2008 Workshop »Konflikttransformationen – Parteilichkeit« des Interfakultären Forschungsnetzwerks Kultur und Konflikt am

Zwei Begriffe und ihre Verhältnisse zueinander stehen im Mittelpunkt des Workshops: Unterschiedliche Formen von Konflikttransformationen sollen beleuchtet und ein Dialog der verschiedenen Disziplinen und Ansätze angeregt werden. Unter dem Gesichtspunkt der Parteilichkeit verändern sich unter Umständen die Perspektiven: Auch Repression strebt nach Konfliktfreiheit, Emanzipation eröffnet Konflikte. Die Intersektionen gender – race – class stellen hierbei unter anderem auch einen Querschnittsaspekt und eine Klammer dar.

21. 11. 2008 Jubiläumsfeier »25 Jahre Lehrgang Politische Bildung«.  
Am 21. November 2008 wird im Rahmen einer Festveranstaltung an der Universität Klagenfurt das 25jährige Bestehen des Universitätslehrganges Politische Bildung gefeiert. Nach einem Impulsreferat des bekannten deutschen Sozialwissenschaftlers Wolfgang Sander finden Workshops zum Thema Politische Bildung in der Unterstufe – Wählen mit 16 statt. Am Abend wird die Festschrift 25 Jahre ULG Politische Bildung, die im Facul-

tas Verlag erscheint, präsentiert und die Jugendforscherin Beate Grossegger führt in das Thema österreichische Jugendkulturen ein.

- 18.–19. 11. 2008 Internationale Friedenspädagogische Tagung in München (Umweltbildungszentrum) zum Thema »Aufwachsen zwischen Unsicherheit und Hoffnung. Friedenspädagogische Analysen zur Gewalt und aktuelle Handlungsansätze«; u. a. mit Peter Imbusch, Stefanie Schell-Faucon, Uli Jäger und Lynn Davies (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik München, dem Institut für Friedenspädagogik Tübingen u. a., der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz) und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden / Qualifizierungsverbund)
- 08.–10. 10. 2008 Internationale Konferenz »Mehrsprachigkeit, Transkulturalität und Bildung – Regionalentwicklung des Alpen-Adria-Raumes in globaler Perspektive« an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, u. a. mit Édouard Glissant und einer Panel Discussion zum Thema »Wirtschaftliche Kooperation, Mehrsprachigkeit und Bildung« (gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)

#### Veranstaltungen 2007/2008

22. 08.–29. 08. 2008 Studienreise »Rumänien nach dem EU-Beitritt« mit Kathrin Hämmerle
25. 06. 2008 Gemeinsam mit dem Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien Durchführung des Themenabends »Frauenhandel«, bei dem das Interfakultäre Forschungsnetzwerk Kultur und Konflikt den Endbericht seiner Studie zu Frauenhandel in Österreich und Kärnten präsentierte
19. 06. 2008 Gastvortrag von Prof. Roger Heacock (Universität Birzeit/Palästina): Kein Frieden im Nahen Osten – warum?
31. 05. 2008 Vortrag: Kurt P. Tudyka, »Frieden(s)macht Europa – Auf der Suche nach der verborgenen Utopie
28. 05. 2008 Präsentation der Studie »Politische Bildung in Österreich und ihre BildnerInnen« von Viktorija Ratković und Kathrin Hämmerle sowie Podiumsdiskussion zum Thema »Aus- und Weiterbildung im Bereich der Politischen Bildung in Kärnten« mit Reinhard Molnar, Eduard Polte, Gerhard Rabensteiner und Kathrin Hämmerle

05. 05. 2008 Vortrag »Kosovo – Die aktuellen Entwicklungen« von Prof. Michel Cullin (Koordinator für den Kosovo und Leiter der Arbeitsstelle für österreichisch-französische Beziehungen an der Dipl. Akademie in Wien sowie Forschungsbeauftragter des französischen Außenministeriums für Südosteuropa) im Rahmen des Interfakultären Forschungsnetzwerkes »Kultur und Konflikt«
05. 05.–06. 05. 2008 Workshop »Kultur und Konflikt«. Konfliktbearbeitungen und Konflikttransformationen mit internationalen ExpertInnen
26. 04. 2008 Workshop »Mediation. Interkultureller und politischer Konfliktlösungsansatz« mit Andrea Plaschke und Harald Haas
21. 04. 2008 Vortrag und Diskussion mit Heinrich Neisser »Der EU-Reformvertrag. Was muss die Bevölkerung wissen?« und Buchpräsentation »Bettina Gruber/Kathrin Hämmerle, (Hg.) Demokratie lernen heute. Politische Bildung am Wendepunkt« (Böhlau Verlag, Wien 2008)
07. 04.–10. 04. 2008 Film- und Diskussionsreihe »Politik im Film zum Thema »Politik und Wirtschaft«, u. a. mit Peter Filzmaier (Politikwissenschaftler), Petra Ziegler (attac Österreich) und Wilfried Wutscher (Präsident der Landwirtschaftskammer Kärnten) Gezeigt wurden die Filme: »Enron – The smartest guys in the room«, »We feed the world«, »The Take« und »Thank you for smoking« (gemeinsam mit dem Volkskino Klagenfurt)
01. 04. 2008 Student Report »Viva México ...« von Stella Lemke. Reisebericht über eine Reise nach Mexiko
18. 3. 2008 Helmut Hartmeyer, Chancen und Grenzen von Bildung. Globales Lernen in Österreich; Veranstaltung gemeinsam mit dem Bündnis für eine Welt und dem Landesschulrat Kärnten
- 17.–19. 01. 2008 Peace Education in Practice« To learn from International Experience. Austrian In-Service Training for Teachers of all Schools and Subjects (Internationale Friedenserziehungstagung) – gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Kärnten in Zusammenarbeit mit der Initiative EURED (European Network for Peace Education)
- 12.–13. 12. 2007 Mitveranstalter: Die Zukunft der Geschlechterdemokratie, Arbeitstagung gemeinsam mit dem Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien



11. 12. 2007 Student Report »Merhaba, ahlan w sahlan, massalame ... Seulam, denah desch, endamen aderu«.  
Erzählungen aus Äthiopien und Palästina von Veronika Weindl und Eva-Maria Steinbacher
10. 12. 2007 Präsentation des Jahrbuchs »Friedenskultur 2007« zum Thema »Dialog der Zivilisationen«
18. 10. 2007 Mitveranstaltung: Gedenkveranstaltung für Anna Politkovskaja gemeinsam mit der Initiative ASPIS
- 19./20. 11. 2007 2. Kärntner Friedenserziehungsenquête
- 15./16. 10. 2007 Internationale FriedenspädagogInnenkonferenz mit TeilnehmerInnen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien
- 13.–15. 09. 2007 EURED (European Network for Peace Education) Vernetzungsworkshop und Curriculumsentwicklung für einen »European Master of Peace Education«
04. 07. 2007 Vortrag und Seminar: Marshall Rosenberg, Seminar »Gewaltfreie Kommunikation« (gemeinsam mit dem Empathieraum)
- 22.–31. 08. 2007 Studienreise ins Baltikum mit Kathrin Hämmerle
21. 05. 2007 Mitveranstaltung: Kulturelle Dimensionen von Konflikten, Workshop im Rahmen des interdisziplinären Projekts »Kultur und Konflikt« mit internationalen ExpertInnen
- 20.–22. 4. 2007 EURED (European Network for Peace Education) Vernetzungsworkshop und Curriculumsentwicklung für einen »European Master of Peace Education«
- 26.–29. 03. 2007 Politik im Film. Thema: Politik und Krieg

## 6. Publikationen 2007/2008

Ein Auszug

*Aktuelle Publikationen 2008 (Herausgeberschaft)*

Renate Grasse/Bettina Gruber/Günther Gugel (Hg.), *Friedenspädagogik. Grundlagen. Praxisansätze. Perspektiven* (rowohlt enzyklopädie: 2008)

Bettina Gruber/Kathrin Hämmerle (Hg.), *Demokratie lernen heute. Politische Bildung am Wendepunkt* (Böhlau-Verlag: Wien/Köln/Weimar 2008)

Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.) für das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik, *Jahrbuch 2007. Dialog der Zivilisationen*. (Drava: Klagenfurt 2007)

Werner Wintersteiner (Hg.), UNESCO/EURED In-Service Teacher Training Course »Human Rights and Peace Education in Europe«. First Cycle 2004–2006. Klagenfurt: Centre for Peace Research and Peace Education 2007.

Publikationen des Friedenszentrums, die im Herbst/Winter 2008 erscheinen (Herausgeberschaft)

Bettina Gruber/Daniela Rippitsch/Karl Stuhlpfarrer/Werner Wintersteiner (Hg.) für das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik, Jahrbuch Friedenskultur 2008. Konflikte und Krisenherde weltweit (Drava: 2008)

Bettina Gruber/Gerlinde Duller/Werner Wintersteiner (Hg.), Friedenserziehung in Theorie und Praxis. Erfahrungen aus dem Alpen-Adria-Raum (Drava: 2008)

Utta Isop/Viktorija Ratković/Werner Wintersteiner (Hg.), Gewalt – Kultur – Konflikt. Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Friedens- und Geschlechterforschung (LIT Verlag: 2008)

Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.), 25 Jahre Politische Bildung – Festschrift zum 25jährigen Bestehen des ULG Politische Bildung (Facultas Verlag: 2008)

Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden 2007/2008

Bettina Gruber, Politische Bildung und ihre jungen AdressatInnen. Zwischen Anspruch und Realität. In: Bettina Gruber/Kathrin Hämmerle (Hg.), Demokratie lernen heute. Politische Bildung am Wendepunkt. Böhlau-Verlag:Wien/Köln/Weimar 2008, 73 ff.

Bettina Gruber, Das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik. Bilanz und Leistungen. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2007. Dialog der Zivilisationen, Klagenfurt: Drava 2007, 280 ff.

Bettina Gruber, Politisches Handeln lernen. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2007. Dialog der Zivilisationen, Klagenfurt: Drava 2007, 213 ff.

Harald Haas/Andrea Plaschke/Thomas Fenzl, Palästina. Die zerrissene Nation. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2007. Dialog der Zivilisationen, Klagenfurt: Drava 2007, 116 ff.

- Kathrin Hämmerle, Politische Bildung in Österreich. Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Bettina Gruber/Kathrin Hämmerle (Hg.), Demokratie lernen heute. Politische Bildung am Wendepunkt. Böhlau-Verlag: Wien/Köln/Weimar 2008, 93 ff.
- Kathrin Hämmerle, Die Retourkutsche. Das Ringen um zweisprachige Ortstafeln in Kärnten in: Anderwald Karl ua (Hg): Kärntner Jahrbuch für Politik, 2007, Klagenfurt 2007, 39 ff.
- Kathrin Hämmerle, Die Politikwissenschaft als wissenschaftliche Disziplin und ihr Verhältnis zum Verfassungsrecht in: Geiger Thomas ua (Hg): Fokus Politikwissenschaft. Ein Überblick, Studien Verlag Innsbruck–Wien–Bozen 2007, 246 ff.
- Brigitte Hipfl, gemeinsam mit Helga Rabenstein und Werner Wintersteiner, Das friedliche Zusammenleben »der mannigfach Verschiedenen«. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2007. Dialog der Zivilisationen, Klagenfurt: Drava 2007, 9 ff.
- Helga Rabenstein, gemeinsam mit Brigitte Hipfl und Werner Wintersteiner, Das friedliche Zusammenleben »der mannigfach Verschiedenen«. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2007. Dialog der Zivilisationen, Klagenfurt: Drava 2007, 9 ff.
- Helga Rabenstein, Paris Dakar. Ferngespräch. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2007. Dialog der Zivilisationen, Klagenfurt: Drava 2007, 89 ff.
- Viktorija Ratković, Kultur und Konflikt. In: Kathrin Hämmerle, Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2007. Dialog der Zivilisationen, Klagenfurt: Drava 2007, 149 ff.
- Werner Wintersteiner, Summertime Blues oder: Ist Politische Bildung überhaupt möglich? In: Bettina Gruber/Kathrin Hämmerle (Hg.), Demokratie lernen heute. Politische Bildung am Wendepunkt. Böhlau-Verlag: Wien/Köln/Weimar 2008, 57 ff.
- Werner Wintersteiner, Interkultureller Dialog – Dialog der Kulturen. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2007. Dialog der Zivilisationen, Klagenfurt: Drava 2007, 40 ff.
- Werner Wintersteiner gemeinsam mit Helga Rabenstein und Brigitte Hipfl, Das friedliche Zusammenleben »der mannigfach Ver-

- schiedenen«. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), *Jahrbuch für Friedenskultur* 2007. *Dialog der Zivilisationen*, Klagenfurt: Drava 2007, 9 ff.
- Werner Wintersteiner, EURED – Professionelle Friedenspädagogik für ganz Europa. In: Kathrin Hämmerle/Brigitte Hipfl/Helga Rabenstein/Werner Wintersteiner (Hg.), *Jahrbuch für Friedenskultur* 2007. *Dialog der Zivilisationen*, Klagenfurt: Drava 2007, 227 ff.
- Werner Wintersteiner, Friedenserziehung und Mehrsprachigkeit. In: *Internationale Friedensschule Köln* (Hg.). *Erziehung zum Frieden. Beiträge zum Dialog der Kulturen und Religionen in der Schule*. Münster: LIT 2007, (= *Internationale Friedenspädagogik*, Bd. 1) 203–213.
- Werner Wintersteiner, Die Waffen nieder! – ein friedenspädagogisches Programm? In: *Internationaler Bertha-von-Suttner-Verein* (Hg.). *Friede – Fortschritt – Frauen. Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner auf Schloss Harmannsdorf*. Wien–Berlin: LIT 2007, 107–130.
- Werner Wintersteiner, Europa, Bildung, Frieden – eine friedenspädagogische Skizze. In: *Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung* (Hg.). *Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen*. (= *Europäische Friedenspolitik*, Band 1). Wien/Berlin: LIT 2008, 89–113.

## Autorinnen und Autoren

**Christoph Anthor** ist Mitbegründer der Organisation *Burma Center Prague*. Nach langjähriger Tätigkeit als Journalist in Deutschland, Tschechien und der Slowakei forscht er nun im Rahmen eines Promotionsprogramms an der Universität Bayreuth über burmesische Exilmedien.

**Michel Cullin** ist Professor für Politikwissenschaft an der Diplomatischen Akademie in Wien und Leiter der Félix Kreissler-Arbeitsstelle für österreichisch-französische Beziehungen an der Diplomatischen Akademie in Wien.

**Dragoslav Dedović** studierte an der Universität Sarajevo Journalismus und an der Universität Aachen Europastudien und arbeitete als Schriftsteller und Journalist für unterschiedliche Medien in Bosnien-Herzegowina und Deutschland, wie u. a. als Redakteur der Deutschen Welle. 2006 übernahm er in Belgrad die Leitung des Regionalbüros für Südosteuropa der Heinrich Böll Stiftung.

**Kai Ehlers** ist ein deutscher Journalist, Publizist, Schriftsteller, Forscher und Organisator, der sich vor allem mit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des post-sowjetischen Raumes beschäftigt. In Druck- und Online-Medien veröffentlicht er regelmäßig Reportagen und politische Kommentare, so in Russland.ru und Eurasisches Magazin. Seine Bücher haben überwiegend publizistischen, teils wissenschaftlichen, vereinzelt auch lyrischen Charakter. Er lebt und arbeitet seit 1969 in Hamburg.

**Veronica Futterknecht** studierte Sozial- und Kulturanthropologie an der Universität Wien und arbeitet momentan an ihrem Doktorat zum Thema »Traditionelle Medizin, Schamanismus und Geistheilung im gegenwärtigen Zentralburma«. Sie hat während der letzten Jahre mehrere Reisen nach Burma unternommen und bei Spezialisten der traditionellen Medizin geforscht.

**Karim El Gawhary** studierte Islamwissenschaften und Politik an der FU Berlin und ist Nahostkorrespondent für verschiedene deutsche Zeitungen und leitet seit 2004 das Nahostbüro des ORF in Kairo.

**Belachew Gebrewold** studierte Theologie an der Universität Innsbruck und absolvierte das Masterprogramm in Peace, Security, Development and International Conflict Transformation der Universität Innsbruck, wo er auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften tätig war. Zurzeit lehrt er an der University of the Federal Armed Forces Hamburg.

**Michael Gleich** ist als Publizist und zweimaliger Inhaber des deutschen Medienpreis Entwicklungspolitik und Initiator und Geschäftsführer von Culture Counts.

**Daniela Gronold** studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Klagenfurt und ist dzt. Koordinatorin der wissenschaftlichen Tagung Multilingualism – Mehrsprachigkeit.

**Bettina Gruber** ist Zeithistorikerin und stellvertretende Leiterin des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Universität Klagenfurt. Ihre Schwerpunkte sind: Friedensforschung, Friedenspädagogik, Interkulturelles Lernen, kommunale und internationale Jugendarbeit und -politik.

**Günther Gugel** ist Dipl.-Psychologe, Geschäftsführer des Instituts für Friedenspädagogik e. V., Lehrbeauftragter für Friedenspädagogik an der Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung, Globales Lernen, Neue Medien, Didaktik und Methodik der Politischen Bildung

**Harald Haas** ist Politologe und Nahostexperte. Wissenschaftler in der Abteilung für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Psychoanalyse, Institut für Psychologie, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

**Kathrin Hämmerle** ist Rechts- und Politikwissenschaftlerin am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Universität Klagenfurt. Weiters lehrt sie an den Universitäten Klagenfurt, Innsbruck und der FH Kärnten. Ihre Schwerpunkte sind Politische Bildung, Verfassungsrecht und Demokratieforschung.

**Roger Heacock** ist Universitätsprofessor für Geschichte and der Universität Birzeit, Palästina, wo er seit 25 Jahre arbeitet, nachdem er an der Universität Paris VII tätig war. Er unterrichtet und publiziert über Mittelmeergeschichte. Sein letztes Buch (2008) ist *Temps et espaces en Palestine: Flux et résistances identitaires / Of Times and Spaces in Palestine: Flows and Resistances of Identity*.

**Gerald Hainzl** studierte Afrikanistik, Politikwissenschaften und Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien; er ist seit 2004 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien tätig sowie Lektor für anthropologische Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Wien. Er absolvierte Feldforschungsaufenthalte in Tanzania, Botswana und Südafrika.

**Brigitte Hipfl** ist Professorin am Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; ihre Habilitation erfolgte an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt in Medienwissenschaft. 2006–2007 leitete sie das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik. Forschungsschwerpunkte: Cultural Studies, Gender Studies, Identitätsformationen, Medien- und Rezeptionsforschung, Medienpädagogik.

**Daniela Ingruber** ist Politikwissenschaftlerin und Kriegsforscherin, Chefredakteurin des *planet*, sowie Mitarbeiterin der Diagonale – Festival des österreichischen Films. Sie lehrt an verschiedenen Universitäten im In- und Ausland und gehört seit 2008 zum Lehrkörper des UNESCO-Chairs for Peacestudies an der Universität Innsbruck.

**Peter Kreuzer** studierte Sinologie, Politikwissenschaften, Philosophie, Politik Ostasiens sowie Sprache und Literatur Chinas in Münster, Taipeh und Bochum. Er ist Lehrbeauftragter an den Instituten für Ostasienwissenschaften der Universitäten Bochum und Düsseldorf sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

**Maria Lind** ist AHS Lehrerin, Lebens- und Sozialberaterin, Psychotherapeutin (Psychodrama) sowie Leiterin des Projektes »Hilfestellung bei der Integration traumatisierter Flüchtlinge in Kärnten« bei Aspis.

**Wolfgang Petritsch** Österreichischer Botschafter bei der OECD in Paris, davor bei der UNO in Genf; ehemaliger Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina (1999–2002); EU-Sonderbotschafter für Kosovo und europäischer Chefverhandler bei den Friedensverhandlungen in Rambouillet und Paris (1998/99). Träger des Europäischen Menschenrechtspreises 2006, Straßburg.

**Margot Pires** studierte Sozial- und Kulturanthropologie an der Universität Wien mit Spezialisierung auf Entwicklungszusammenarbeit und Migration in Südostasien. Sie gründete den Verein »Austrian Burma Center« und leitet diesen. Sie ist in den Bereichen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit tätig.

**Andrea Plaschke** ist Psychologin in freier Praxis; EMDR-Behandlerin: Lehrtrainerin für Supervision, Organisationsentwicklung, Coaching und Mediation; u. a. Supervisorin des Gaza Community Mental Health Programme sowie Lektorin an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

**Barbara Preitler** ist Psychologin und Psychotherapeutin, 2004–2008 wiss. Mitarbeiterin an der Abteilung für Sozialpsychologie, Ethnopsychoanalyse und Psychotraumatologie der Universität Klagenfurt, derzeit Lehrbeauftragte mit Schwerpunkt Psychotraumatologie und Interkulturelle Psychologie sowie inhaltliche Leiterin des Universitätslehrgangs »Academic Trauma Counselling«.

**Daniela Rippitsch** ist Zeithistorikerin und Mitarbeiterin am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Universität Klagenfurt, wo sie den ULG Politische Bildung organisiert und auch als Mitglied des Steuerungsgremiums des Lehrganges tätig ist.

**Bruno Schoch** studierte Philosophie und Geschichte an den Universitäten Basel und Frankfurt. Er ist Mitarbeiter der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Mitherausgeber des Friedensgutachtens und hält Lehraufträge an den Universitäten Frankfurt, Darmstadt, Gießen und Innsbruck.

**Susanne Scholl** promovierte Slawistin der Universität Rom, war mehrere Jahre als Redakteurin von Radio Österreich International, im Bereich Außenpolitik bei der Austria Presse Agentur und im Osteuroparedaktion des Österreichischen Rundfunk und Fernsehen (ORF) tätig. Weiters war sie ORF-Korrespondentin in Bonn und Moskau und ist zur Zeit Leiterin des ORF-Büros in Moskau.

**Dieter Senghaas** ist Professor für Internationale Politik und internationale Gesellschaft, insbesondere Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsforschung am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien an der Universität Bremen.



**Eva-Maria Steinbacher** ist seit 2005 Studentin der Angewandten Kulturwissenschaften an der Universität Klagenfurt und Mitarbeiterin im Redaktionsteam von MIRACULIX.

**Karl Stuhlpfarrer** ist Professor für Zeitgeschichte am Institut für Geschichte der Universität Klagenfurt und er ist wissenschaftlicher Beirat des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik. Seine Haupttätigkeitsfelder sind: Zeitgeschichte, Minderheiten, Faschismus und Nationalsozialismus, Geschichte der Republik Österreich

**Sigi Stupnig** studierte Psychologie an der Universität Klagenfurt und ist Mitarbeiter bei ASPIS und Pro-mente Kärnten sowie Vize-Präsident der Europäisch-Tschetschenischen Gesellschaft/Wien.

**Veronika Weindl** studiert Angewandte Kulturwissenschaft und Romanistik an der Universität Klagenfurt und absolvierte mehrere Praktika bei zwei PR-Agenturen für Musikmanagement in Berlin und am Goethe-Institut in Ramallah. 2008 war sie als Projektassistentin am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Universität Klagenfurt tätig und ist Mitgründerin der Friedenszeitschrift MIRACULIX.

**Therese Wintersteiner** studierte Conflict Resolution an der University of Bradford, UK und absolvierte den Master in Advanced International Studies an der Diplomatischen Akademie Wien, wo sie auch als freiberufliche Friedens- und Konfliktforscherin tätig ist.

**Werner Wintersteiner** ist Univ.-Prof. an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, stellvertretender Leiter des Österreichischen Zentrums für Deutschdidaktik an der Universität Klagenfurt sowie wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik. Arbeitsschwerpunkte: Literaturdidaktik und literarische Bildung, kulturwissenschaftliche Friedensforschung und Friedenspädagogik, Interkulturelles Lernen.



# PRESSESPIEGEL

# Ein eigenes Studium für den Frieden

*Die Universität Klagenfurt arbeitet an der Entwicklung eines Masterstudiums, das sich gänzlich der Friedensforschung verschreibt. Ein Vorhaben, das auch ökonomischen Sinn ergibt.*

Bernhard Madlener

„Über Krieg und Frieden beschäftigen sich nicht nur politische und ökonomische Faktoren, sondern insbesondere auch die Kultur“, sagt Werner Wintersteiner, Gründer und Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Universität Klagenfurt. Die Suche nach den Ursachen und Gründen, die Menschen in gewalttätige Konflikte jeder Art führen, verfolgt das Institut momentan noch in Modulen, die Studierenden im Rahmen ihrer Wahlächer besuchen. Mittelfristig soll es jedoch ein eigenes Masterstudium der Friedensforschung geben, so der Friedensforscher. „Wir werden die Ideologien und Vorurteile und deren Einfluss auf das menschliche Verhal-



Die Regenbogenflagge mit dem Friedensauftrag am Beginn des Irakkriegs 2003 Populartät. Foto: Reuters

ten, außerdem spielen die Psychologien von Cso-Gruppen, und Identitätsstrukturen mit der Un-... für die die Teilnehmenden in fünf verschiedenen Semestern an verschiedenen Orten die unterschiedlichen Verhältnisse, Lebensbedingungen und Kulturen innerhalb Europas kennenlernen.

## Das Berufsbild wird folgen

Aber gibt es auch ein Berufsbild, dem die Absolventen des künftigen Friedens-Masters entsprechen? Wintersteiner geht diese Frage anders an: „Ich glaube, dass es die Einzigen in der Notwendigkeit des Studiums erst geben wird, wenn es die entscheidenden Leute gibt.“ Dabei sei diese Einsicht in anderen Ländern durchaus schon vorhanden: „Meine Tochter hat Friedensforschung in



Werner Wintersteiner, Leiter des Friedensstudiums. F. J. J. J.



miteinander ins Gespräch zu bringen, was aber keineswegs bedeutet, dass irgendwann alle einer Meinung sein müssen – dieser Aspekt spielt dabei eine wichtige Rolle! „Gefährlich sei im Übrigen gar nicht nur der Konflikt als solcher, sondern die Art, wie besonders unser Landeshauptmann damit umgeht“. Wie viele Beobachter kritisiert auch Wintersteiner „den Versuch, die Idee des Rechtsstaats zu umgehen und ihn in einzelnen Fällen gar auszuhöheln“.

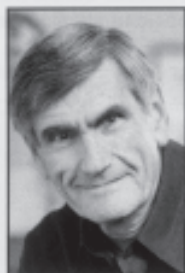
Dass die Friedensforschung zum Massenstudium wird, erwartet er natürlich nicht. Die Tatsache, dass nicht nur die Kosten, sondern auch der Kärntner Minderheitenkonflikt bremsen schließlich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, macht ihn jedoch zuversichtlich, dass die Rentabilität des Unternehmens erkannt wurde.

Dass Österreich historisch gesehen kein schlechter Standort für die Friedensforschung ist, bestätigt Wintersteiner: Immerhin ging der Friedensnobelpreis 1905 an Bertha von Suttner, deren Hauptwerk von 1889 den schönen Titel „Die Waffen nieder!“ trug. Dem Aufwurf war leider kein Erfolg beschieden: Kurz nach dem Suttner Tod 1914 brach der Erste Weltkrieg aus.

DER STANDARD Webtip: [www.anti-ku.ac.at/friden](http://www.anti-ku.ac.at/friden)

## „Den Frieden in die Wirklichkeit denken“

Seminar zur Gewaltfreien Kommunikation



**H**umorvoll und mit Beispielen aus dem eigenen Familienleben führte der renommierte amerikanische Psychologe, Marshall Rosenberg, den TeilnehmerInnen in seinem Konzept von gewaltfreier Kommunikation vor, wie wichtig es ist, mit sich selbst achtsam umzugehen, sich selbst nicht zu bewerten, zu verurteilen oder zu beschämen. Gewaltfreie Kommunikation wird nicht nur an Schulen, am Arbeitsplatz oder in Haftanstalten angewendet, sondern auch in der internationalen Friedensarbeit in Krisenbereichen, wie Ruanda oder dem Nahen Osten. Für das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik, das als Mitveranstalter neben dem Empathiaforum, diese Veranstaltung ermöglicht hat, ist Gewaltfreie Kommunikation ein Beitrag zur gelebten Friedenserziehung.

Weitere Informationen unter: [www.uni-klu.ac.at/frieden/](http://www.uni-klu.ac.at/frieden/)

Unisono  
03/2007, S. 20.

## DIE GESCHICHTE DER FRIEDENSBEWEGUNGEN IM ALPEN-ADRIA-RAUM

**D**as interdisziplinäre Forschungsprojekt „Die Geschichte der Friedensbewegungen im Alpen-Adria-Raum“, entstanden im Rahmen eines Alpen-Adria-Forschungsstipendiums des Konsortiums von Friaul und der Universität Udine, wird vom Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt sowie vom Friedenszentrum „Irene“ der Universität Udine betreut. Es handelt sich um eine grenzüberschreitende Studie, deren Inhalt die Geschichte der Friedensbewegungen im Alpen-Adria-Raum und damit ein wesentlicher Teil gemeinsamer Geschichte der Länder des Alpen-Adria-Raums ist.

Die Studie legt den Schwerpunkt auf die Länder Österreich, Italien, Slowenien und Kroatien. Neben der Alpen-Adria-Thematik sind Friedens- und Genderfragen weitere Forschungsschwerpunkte der Studie. Das Projekt steckt sich das Ziel, die Bedeutung der Friedensbewegung für die einzelnen Länder des Alpen-Adria-Raums sowie die unterschiedlichen Entwicklungen der Friedensbewegungen in Österreich, Italien, Slowenien und Kroatien zu dokumentieren und zu analysieren. Ein besonderes Augenmerk wird auf die gemeinsamen Friedensinitiativen der Alpen-Adria-Länder gelegt und die Entwicklungen und Auswirkungen der Friedensbewegung auf die gegenwärtige Situation.

Ein wesentlicher Forschungsaspekt, der vertiefend herausgearbeitet wird, ist einerseits der Beitrag der kroatischen Frauen am Friedensprozess in Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren, zum anderen die Sichtweise der slowenischen und kroatischen Feministinnen auf diesen Krieg und die Friedensbewegungen. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden Forschungsaufenthalte in den Alpen-Adria-Ländern abgehalten. Es wurde in den Bibliotheken von Klagenfurt, Udine und Ljubljana nach einschlägiger Literatur geforscht und Interviews mit ExpertenInnen und TrägerInnen der Friedensbewegung der einzelnen Länder durchgeführt, die in einem vorläufigen Zwischenbericht dokumentiert sind. Der Bericht mit seinen aktuellen Erkenntnissen kann im Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik eingesehen werden.

Diana Radmann

Mag.<sup>a</sup> Diana Radmann ist Stipendiatin am Friedenszentrum IRENE an der Universität Udine und wird im Rahmen des Projekts am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Universität Klagenfurt gemeinsam mit Udine betreut.

Der Peace letter ist unter [www.uni-klu.ac.at/frieden](http://www.uni-klu.ac.at/frieden) abrufbar, er erscheint halbjährlich.

Unisono 02/2008, S. 15.

## DEBATTE

WERNER WINTERSTEINER  
über ausgebliebene Lehren  
nach Atombombenabwurf



## Wann werden wir aus Hiroshima lernen?

Der Atombombenabwurf auf Hiroshima am 6. August 1945 markiert eine neue Phase der Geschichte. Seit Hiroshima sind wir mit der realen Möglichkeit unserer Selbstvernichtung konfrontiert. Seit Hiroshima sind wir gezwungen, Krieg und Massenvernichtungswaffen abzuschießen. Hiroshima verlangt einen radikalen Lernprozess der Menschheit. Was H. G. Wells schon um 1900 feststellte, mit Hiroshima ist es akut geworden: „Unsere Zeit ist ein Wettlauf zwischen Untergang und Erziehung“.

Was aber haben wir aus Hiroshima gelernt? Das Wettüben zwischen den USA, der bislang einzigen Macht, die Atomwaffen eingesetzt hat, und der Sowjetunion hat dazu geführt, dass wir uns heute gleich mehrere Male selbst vernichten können. Und mehr als einmal sind wir an der Schwelle zum Atomkrieg gestanden (Kubakrise 1962). Gelernt: Wir haben den Atomwaffensperrvertrag (NPT), der das Verbot der Verbreitung und Verpflichtung zur Abrüstung von Atomwaffen vorsieht.

Nichts gelernt: Trotz NPT ist die nukleare Abrüstung gescheitert. 1968 (bei der Unterzeichnung) gab es rund 40.000 Atomsprenkköpfe, 1986 waren es mehr als 70.000! Heute haben wir immer noch rund 26.000 Atomwaffen, davon 95 Prozent in den Händen der USA und Russlands. Wie sollen nukleare „Habenichtse“ am Bau der Bombe gehindert werden, wenn die Großen nicht abrüsten?

Nichts gelernt: Indien, Israel,

Nordkorea und Pakistan sind dem NPT nicht beigetreten und haben inzwischen die Bombe gebaut. Andere eifern nach.

Nichts gelernt: Die USA „belohnen“ die Atommacht Indien, die den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet hat, mit Unterstützung für ihre Nukleartechnologie. Das desavouiert die internationale Kritik am Atomschwollenland Iran.

Nichts gelernt: Die so genannte zivile Nutzung der Atomenergie ist nicht die Alternative, sondern der Zwillingsbruder der Atomwaffen. Stichwort Atomstaat!

Wenig gelernt hat die EU: Frankreich und England denken nicht daran, auf ihre Atomwaffen zu verzichten. Und die EU fordert neuerdings noch offensiver den Ausbau der Atomenergie.

Warum ist es so schwer, aus Hiroshima zu lernen? Hier nur drei Gründe: Eine kurzfristige Machtpolitik lässt Politiker glauben, sie könnten Atombomben wie normale Waffen einsetzen oder mit ihnen drohen. Die Atomindustrie verdient enorm an „ziviler“ und militärischer Nutzung. Und „normalen“ Menschen ist die Drohung der Atombombe zu abstrakt, zu weit weg von ihren Alltagssorgen.

Die Atomwaffen-Gefahr mag abstrakt sein, aber die mehr als 300.000 Opfer von Hiroshima und Nagasaki sind sehr konkret. Deswegen müssen wir endlich aus Hiroshima lernen und Atomwaffen abschaffen!

Werner Wintersteiner ist Gründer des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Uni Klagenfurt.

## DEBATTE

WERNER WINTERSTEINER  
erklärt, warum das europäi-  
sche Projekt so wichtig ist



## Wir brauchen „Europtimismus“

Der europapolitische Umfall der SPÖ ist über die Tagespolitik hinaus eine Katastrophe. Warum ist es so wichtig, das europäische Projekt, bei all seinen Mängeln und Inkonsistenzen, zu verteidigen? Die Union ist eine Antwort – nicht nur auf die Probleme von gestern, sondern auch auf die von heute und morgen. Europa war bis vor 60 Jahren eine der kriegsgerischtesten Gegenden der Welt – von ihm sind zwei verheerende Weltkriege und die Shoah ausgegangen. Heute präsentiert sich Europa als Zivilmacht mit Menschenrechten und Demokratie. Das alleine ist

schon großartig, doch es wäre nicht ausreichend, das Unionsprojekt für die Zukunft zu begründen.

Die EU kann aber auch eine Antwort auf die Globalisierung und die neuen geopolitischen Konstellationen werden. Dazu ist es nötig, Demokratie, gleichberechtigte Zusammenarbeit und friedliche Konfliktregelung nicht nur im Inneren, sondern auch in der Weltpolitik anzuwenden: organisierte Kontakte zu den Nachbarn, z. B. Mittelmeer-Union, Verzicht auf Atomwaffen, Öffnung der „Festung Europa“, Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil mit der Dritten Welt statt Ausbeutung und Anzeichen der Migrationsspirale.

Damit Europa eine echte Friedensmacht wird, könnte das österreichische Modell der Neutralität auf die weltpoliti-

EU-Strukturen. Scheitert das Projekt Friedensmacht Europa, steht auch das Wohlstandsmodell Österreich auf dem Spiel. Von all diesen Aufgaben reden unsere Politiker kaum einmal ein Wortchen. Stattdessen ist es üblich, die EU ausschließlich mit der Österreich-Brille zu betrachten: Was gehen uns die anderen an? Was nützt uns die EU? Niemals aber: Was können wir zum gemeinsamen Projekt Europa beitragen?

Österreich ist wohl der größte Profiteur der EU-Osterweiterung. Umso absurder, dass hierzulande die geringste Zustimmung zur EU besteht. Das liegt wohl daran, dass die EU als Sündenbock für hausgemachte Fehler missbraucht wird. In dieser Situation dem Druck der Kronen Zeitung nachzugeben, die seit Jahren nicht bloß gegen die EU, sondern auch gegen die UNO Stimmung macht, ist kein Schritt zur Demokratisierung, sondern bloß ein Ventil für die aufgehetzte „Volksseele“.

Aber die Anti-EU-Haltung ist letztlich nur eine Spielart der Fremdenfeindlichkeit. Die andere ist die staatliche Verweigerung von Rechten für Zuwanderer, z. B. die Verweigerung des Bleiberechts für gut integrierte Familien wie die von Arigona Zogaj, die übrigens aus Europa kommt! Fremdenangst schüren und Europapolitik predigen, das geht nicht zusammen. Was wir brauchen, ist „Europtimismus“ statt „Europortunismus“.





MMag. Kathrin Stainer-Hämmerle, Mitorganisatorin des Universitätslehrgangs „Politische Bildung“.

Pallas Athene, die Göttin der Weisheit. Etwa ein Wink mit dem Zaunpfahl, dass sie ausgerechnet vor dem Parlament wacht?



# Ein Sprung ins kalte Wasser

*Zu viele Ausbilder ohne Ausbildung. Weil die politische Bildung kein eigenes Schulfach ist, werden auch Lehrer nicht darauf vorbereitet.*

**KLAGENFURT.** „Gut Ding braucht Weile“ – das bekommt auch die Wahlrechtsreform zu spüren, die von der Bundesregierung im Eiltempo über die Bühne gebracht wurde. Das Herzstück der Reform: „Wählen mit 16“. Um die Jugendlichen auch auf ihre staatsbürgerlichen Pflichten vorzubereiten, werkte die Politik an dem Konzept, die politische Bildung an Schulen zu verstärken. Doch die Realität zeigt Lücken an allen Ecken und Enden: Weil politische Bildung nur als eines von zehn Unterrichtsprinzipien eingestuft ist, soll es im Rahmen aller Schulfächer unterrichtet werden. Somit hängt das Vorhaben

an einem seidenen Faden: beziehungsweise vom Engagement der einzelnen Lehrkräfte ab, kritisiert Kathrin Stainer-Hämmerle, Gremi

## Unwissenheit gefährdet die Demokratie.

Kathrin Stainer-Hämmerle, Institut für Friedensforschung und Friedenspädagogik, Uni Klagenfurt

umsmitglied des Universitätslehrgangs für politische Bildung an der Universität Klagenfurt, im Gespräch mit der KTZ. Wie der Altk zeigt, verlassen sich Lehrer viel zu gerne auf die Motiva

tion ihrer Kollegen und ordnen der politischen Bildung in ihrem Fach einen sehr geringen Stellenwert zu.

### Unterricht ohne Konzept

Noch viel massivere Defizite ortet die Politik- und Rechtswissenschaftlerin in der Qualifikation der Lehrenden: kein eigenes Schulfach, keine eigene Ausbildung. „In Mathematik wäre es schier undenkbar, dass Lehrer ohne spezifische Ausbildung unterrichten“, und sie sieht die politische Bildung als Stiefkind. Weil Demokratie keine Herrschaftsform sei, bemängelt Stainer-Hämmerle zudem, dass sich Lehrkräfte meist mit dem reinen Vermitteln von Institutionenkunde begnügen,

weil sie selbst nicht wissen, was unter politischer Bildung zu verstehen ist. Die Geschichtslehrer sind die Einzigen, die aber im Rahmen ihres ganzen Studiums mit nur zwei bis vier Wochenstunden mit der Thematik in Berührung kommen. Der große Rest der Lehrerschaft „unterrichtet“ nach eigenem Politikverständnis.

### Infoveranstaltung

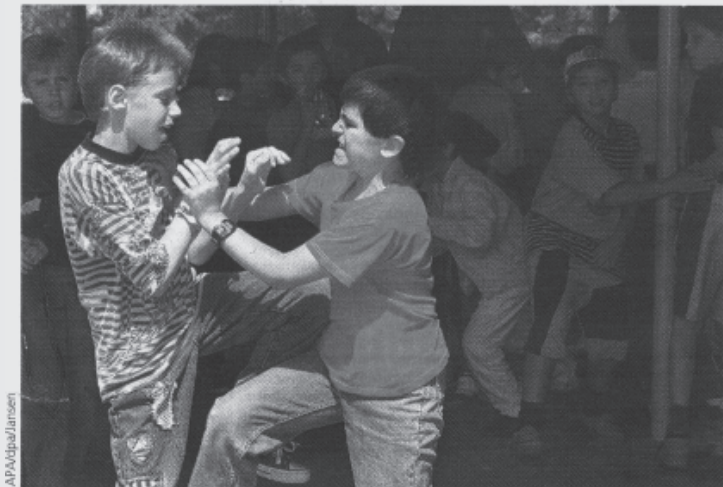
Zum fünften Mal veranstalten die Unis Klagenfurt und Krenn den „Lehrgang Politische Bildung“, der in erster Linie Lehrende aus ihrem Dornröschenschlaf rütteln soll. Weil es aber oft am Wissen um Ausbildungsmöglichkeiten mangelt, finden bis zum 9. Mai österreichweit Aktionstage statt.

dsg

### Tatsachen

- **Nach der Senkung** des Wahlalters auf 16 Jahre sollen Schüler in politischer Bildung unterrichtet werden.
- **Politische Bildung** ist kein eigenes Schulfach und soll daher als Unterrichtsprinzip in allen Fächern zur Sprache kommen.
- **Die Lehrer erhalten** selbst keine fundierte Ausbildung für diesen Unterricht.
- **Der Universitätslehrgang „Politische Bildung“** ist österreichweit das einzige Angebot für Lehrer und Ausbilder.

# Täter und Opfer ...



APA/dpa/Janssen

**Täter und Opfer:** Bei psychischer und physischer Gewalt landen unsere Schüler im „Spitzenfeld“.

## Wie Kärntner Schüler den Frieden leben ...

Theorien der Gewaltvermeidung – praktisch umgesetzt, stehen im Zentrum der 2. Kärntner Friedenserziehungsenquête an der Universität Klagenfurt. Konkrete Projekte heimischer Bildungsinstitutionen werden vorgestellt.

### KLAGENFURT, WIEN.

Während die nackten Zahlen zur Gewaltbereitschaft an Österreichs Schulen aus einer WHO-Studie schockierten, begab man sich gestern an der Universität Klagenfurt auf die Suche nach Auswegen aus diesem Dilemma. Wie die Theorie von Friedenserziehung in die Praxis umgesetzt wird, steht im Zentrum der 2. Kärntner Friedenserziehungsenquête, die gestern begann. Kärntner Schulen beschäftigen sich mit Konfliktlösungsstrategien, festgemacht an

konkreten Projekten, so Bettina Gruber vom Friedenszentrum der Universität. Die HWL Spittal präsentierte gestern die Ausstellung „Gewalt macht alles kaputt“.

### Interkulturalität

Heute werden die Projekte der VS 3 in Villach/Lind „Friedlich miteinander koexistieren“ sowie jenes der SOPAD-Berufsschule „Durch Bildung und Schule zur gewaltfreien Kommunikation“ vorgestellt. Ein weiteres Highlight: „Bauen für den Frieden“ – drei

Kärntner HTLs bauen eine HTL im Kosovo. Beleuchtet wird außerdem ein Schulprojekt aus Deutschland mit dem Titel: „Erfolge von Friedensmachern“. Über „friedenspädagogische Ansätze als Prävention gegen Alltagsgewalt“ referierte Reiner Steinweg von der Außenstelle des Friedensinstitutes Schlaining in Linz. „Internationale Schulpartnerschaften als friedenspädagogische Chance“ erörterte Rüdiger Teutsch, Leiter des Interkulturellen Zentrums Wien.



# Erziehung zum Frieden macht Schule

Friedenszentrum der Uni Klagenfurt lädt Montag und Dienstag zur 2. Kärntner Friedenserziehungsenquete. Schulen präsentieren Projekte.

## 2. KÄRNTNER FRIEDENSERZIEHUNGSENQUETE

**Am Montag** beginnt die 2. Kärntner Friedenserziehungsenquete um 16 Uhr. Neben Vorträgen wird das Projekt der HWL Spittal präsentiert.

**Am Dienstag** (9.30 bis 17 Uhr) werden Friedensprojekte der VS 3 Villach/Lind, der Sopel-Berufsschule und von drei Kärntner

HTLs vorgestellt. Andrea Pleschke referiert über „Mediation – Trend, Methode, Grenzen“.

**Ort:** Raum z-109 im Hauptgebäude der Uni. Die Teilnahme an der Enquete ist kostenlos.

**Anmeldung:** erbeten an viktorija.ratkovic@uni-klu.ac.at

**KLAGENFURT.** „Als Zentrum für Friedensforschung haben wir einen volksbildnerischen Auftrag“, sagt Bettina Gruber von der Universität Klagenfurt. „Wir wollen Theorien der Friedenspädagogik mit der Praxis verbinden.“ Diesem Zweck dient die 2. Kärntner Friedenserziehungsenquete. Am Montag und Dienstag werden an der Universität konkrete Formen friedenspädagogischer Arbeiten präsentiert. Schulen sind gerade in den ver-

gangenen Tagen wegen Fällen kindlicher Gewalt negativ in die Schlagzeilen geraten. Bei der Friedenserziehungsbewertung zeigen Schulen jetzt ihr Engagement für gewaltlose Konfliktlösungsansätze. „Gewalt macht alles kaputt“ ist der Titel des Projekts der HWL Spittal, das bei der Friedenserziehungsbewertung präsentiert wird.

„Friedenspädagogik erschöpft sich aber nicht im Bereich höherer Schulen“, erklärt Gruber. Zumal Hauptschulen und Jugend-

zentren bei Förderangeboten häufig zu kurz kommen. Gruber verweist auf die Arbeit in Jugendclubs und Partnerschaften mit Organisationen in anderen Ländern. Gerade dort lernen Jugendliche, dass die „Anderen“ gar nicht so anders sind.

Wegen aus der Alltagsgewalt weist Reiner Steinweg vom Friedensinstitut Schläwing in Linz. Er sammelte bei Seminaren mit Jugendlichen und Polizisten intensive praktische Erfahrungen.

Kleine Zeitung 18. 11. 2007, S.26.

## Kommentar

# JUGEND MACHT POLITIK

VON KATHRIN STAINER-HÄMMERLE



Jugend und Politik? Unkrank von Mythen. Nur eine Minderheit der jungen Menschen war Ende der 1960er-Jahre eine gesellschaftlich-politische Avantgarde in Woodstock. Genauso sind heute nicht alle Jugendlichen desinteressiert an Engagement. Doch wie die Erwachsenen nehmen sie kaum teil an Politik. Politik und Jugend? Die interessantere Frage. Zwei Drittel der Jugendlichen beklagen, dass ihre Meinung die Politik nicht kümmert. Sie wenden sich ab von traditionellen Formen politischen Engagements, von Parteien – zuerst als Mitglieder, dann als (Stamm)WählerInnen. Junge Menschen sind dennoch nicht politik-

verdrossener als Erwachsene. Jugendliche schätzen Demokratie, nicht aber Parteipolitik.

Politische Parteien und Jugend? Einstimmige Ratlosigkeit.

Durch Wahlen mit 16 fallen keiner Partei billig WählerInnenstimmen zu. Von medialen Inszenierungen, wo Politiker wenig authentisch kurz die Krawatte ablegen, fühlen sich Jugendliche missbraucht. Und sie sind nachtragend. Siehe VSStÖ und SPÖ.

Alle Parteieliten sind schon altersmäßig deutlich von der Jugend entfernt. Die jüngsten Abgeordneten zum Nationalrat haben errechnet, dass sie verstaubt geltenden Koalitionsnäre ÖVP und SPÖ. Kein Geburtsjahrgang der späteren 1970er oder gar 1980er sitzt für die Grünen im Parlament. Diese sind weit abseits ihrer früheren Ansprüche etablierte, respektable PolitikerInnen – aber als Partei nicht mehr unbedingt die erste Adresse für junge Menschen.

Eine Quote für jüngere Köpfe ist kein Erfolgsrezept. Jugendliche wollen gefragt werden, mitreden, mitentscheiden. Dies geschieht kaum. Oder gab es in der Diskussion um die Gesamtschule Stimmen betroffener Schü-

lerInnen? Politik bestimmt über Jugend. Und vertritt sie.

Politische Bildung an Schulen und außerhalb im Sinne von Ermutigen und Befähigen zum Einmischen könnte vieles leisten. Dann aber muss es auch Möglichkeiten zum Einmischen geben – Spielräume zum Entscheiden, nicht nur Spielräume der Macht. Politische Bildung ist kein Mittel zur Image-

Eine Quote für jüngere Köpfe ist kein Erfolgsrezept. Jugendliche wollen gefragt werden, mitreden, mitentscheiden.

Korrektur: Das vermag nur Politik selbst.

Demokratie-Lernen oder Politische Bildung – egal wie man es nennt: Die Stärkung ist notwendig. Doch dadurch werden Politik und Parteien nicht attraktiver für junge Menschen. Es braucht den Willen, sie mitentscheiden zu lassen.

Demokratie bedeutet auch ein bisschen Abschied von der Macht.

Kathrin Stainer-Hämmerle ist Politik- und Rechtswissenschaftlerin und lehrt an der Universität Klagenfurt und Innsbruck



Von Brecht zur Friedensforschung:

„Brecht'sche Gedichte sind eine einzige Auseinandersetzung mit der Frage der Gewalt. Ich habe versucht, daraus etwas zu machen, was in Friedenspädagogischen Fundamenten liegen kann“, so Rainer Steinweg. In Garmisch-Partenkirchen wird er das 4. um.



# Wie Friedensarbeit Alltag

Wege aus der Gewalt: Was Rainer Steinweg bei einer Enquete des Friedenszentrums an der Klagenfurter Uni. Michaela Geistler-Quendler sprach mit dem deutschen Forscher über deren Umsetzung in die Praxis.

**KTE:** Herr Dr. Steinweg, Last WWF-Maxi liegt Österreich in Sachen Gewalt am Schlimmsten im internationalen Vergleich im Vorfeld. Welche Vermutung haben Sie, woraus das hier ausgeht?

**Rainer Steinweg:** Ehe ich nicht-gewalt haben, wie viele Menschen gemacht sind, glaube ich Ihnen bedingt. Wenn es stimmt, dass es in österreichischen Schulen so viel länger ist als in anderen Ländern, könnte das damit zu tun haben, dass hier nach mehrer Welterziehung Selbstständigkeit, Parteilichkeit mit Schülern und Zurückweisung im Großen und Ganzen noch wenig ausgeprägt sind. Ich könnte mir auch denken, dass in den letzten zehn Jahren die Gewalttätigkeit gegenüber Gewaltformen so gewachsen ist, dass Schüler heute Dinge als Gewalt be-

zeichnen, die es früher nicht thematisiert hatten. Dass sie das tun, ist ein Problem.

**KTE:** Sie befassen sich seit Jahren mit Friedenspädagogik. Was heißt das in der Praxis?

**Steinweg:** Ich würde davon ein Beispiel. Als mein Sohn fünf war, gab es bei uns in der Straße eine Gangbildung. Keine. Rassistischkeiten kann es dann zu einer ersten Verlesung, eine Operation und Schicksalsentscheidungen folgen.

**KTE:** Was haben Sie unternehmen?

**Steinweg:** Mir fiel ein, dass

es in Linie eine Initiative gab, Kinderbücher zu machen. Die Institution haben dann mit den Kindern ein Friedensprogramm entwickelt. Am Schluss gab es eine Verteilung, und nach einem Jahr

hat sich die Situation entspannt. Jeder fand seine Rolle, die Kinder konnten einander zugehen, was sie können und was sie nicht.

In dieser Konstellation, der Aktive war 12, ist es mit reinen Methoden nach schwierig, ab 15 kann man dann Methoden einsetzen, die ich entwickeln habe. Lebenswirkliche Überlebenspädagogischer Ansatz. (Anm.)

oder andere Formen von spielerischen Interaktionen, die dann reflektiert werden.

**KTE:** Welche andere Methoden der Konfliktbearbeitung haben Sie für einen?

**Steinweg:** Zum Beispiel die Friedlinderbewegung. Ältere Schüler ab 14, 15 können sich melden, erhalten eine kleine Mediationsausbildung und ein eigenes Büro. Bei Konflikten (physische und psychische Gewalt, Anm.), Streit, Bedrohung oder Exposition können sie mit Mediatoren ein Mediationsgespräch, das mit einer Art Wiedergutmachung, Deal oder sonstigen Streitbeilegung endet. Die Lehrer werden informiert und die Schlichter erwerben enorme soziale Kompetenz.

**KTE:** Was verstehen Sie bei der

## HINTERGRUND

■ Der Lebensweg Reiner Steinweg ist ein extravaganter in der so genannten Leistungsgesellschaft. Der Germanist machte mit einer Dissertation über Lehnstücken Bertolt Brechts Furore. Obwohl er ohne Weiteres einen Lehrstuhl bekommen hätte, entschied er anders. Der Grund: „Mir war klar, ich musste näher an die soziale Realität heran.“ ■ Unter schwierigen Umständen fing er von vorne an, studierte Sozialwissenschaften, wurde Friedensforscher und entwickelte das „Lehrstückspiel“, eine theaterpädagogische Methode, eine Selbstreflexion in Gruppen über Verhaltensmöglichkeiten im Alltag. Verwendet werden Szenen aus Brechts Lehrstücken.

■ Seit den 60ern engagiert er sich in der westdeutschen Friedensbewegung. 1961 ging er zu Fuß von Westdeutschland nach Moskau, um für einseitige Abrüstung zu demonstrieren.

■ Unter dem Eindruck des Kosevo-Schocks initiierte er den Linzer Appell zur Friedenspolitik mit. Erarbeitet wurde ein Modell für einen internationalen Interventionsrat der UNO, um die Eskalation von Konflikten noch verhindern zu können. Aus 17 Ländern wurden Unterschriften gesammelt und schließlich sogar erreicht, dass das Papier auf dem Tisch von Ex-UNO-Generalsekretär Kofi Annan landete. Parallel dazu erarbeitete die UNO die „Peace Building Commission“.

# verändert ...

aktuelle Debatte um die neue gemeinsame Mittelschule? **Steinweg:** Natürlich ist es gut, wenn Kinder nicht

schon mit zehn Jahren ihren Lebensweg voraussehen müssen, aber diese Debatte hat man in Deutschland vor 20 Jahren geführt. Vielleicht gibt es vielschichtiger Konflikte und daher mehr Chancen zum Erwerb von Komplexitätstoleranz in einer Gruppe, in der Sozialtypen stärker durchmischt sind. Doch wenn Dimensionen wie Persönlichkeitsentwicklung, Gewaltresistenz und Konfliktfähigkeit nicht verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet wird, ist das alles nur Sandkastenspielen.

**KTZ:** Was wünschen Sie sich von dieser neuen Schule? **Steinweg:** Lehrer, die die Chance zur gemeinschaftlichen Selbstreflexion erhalten. Die Chance, sich wenigstens einmal im Jahr mit folgenden Dimensionen zu beschäftigen: Wie gehe ich mit schwierigen Schülern



**Frieden** – der Wunsch ist weit verbreitet. Die mühsame Arbeit daran, dass Konflikte nicht eskalieren, leisten immer noch zu wenige.

## Info

### Reiner Steinweg

- 1939 wurde Reiner Steinweg in Deutschland geboren.
- In den 60ern entwickelte er einen Ansatz friedenspolitischer Bildungsarbeit, der in das Grazer Projekt „Gewalt in der Stadt“ einfließt.
- Steinweg arbeitete für Europäische Museen für Frieden in Stadtschlaining.
- Bei einer Enquete des Friedenszentrums der Klagenfurter Uni sprach er über Friedenserziehung.

um? Mit welchen Haltungen kann ich gutes Klima in der Klasse fördern?

**KTZ:** Sie haben sich jahrzehntelang für Frieden eingesetzt. Kempfaden Sie nicht Ohnmacht, wenn Sie von neuen Welterkisten hören?

**Steinweg:** Ohnmacht nicht. Nein. Die massenhaften Demonstrationen beim 2. Golfkrieg machten etwas deutlich, dass sich in der Sichtweise der jungen Generation etwas grundlegend verändert hat. Oder wenn ich daran denke, ich war einer der ersten Kriegsdienst-

verweigerer, damals waren wir nur eine Handvoll Leute.

**KTZ:** Sie erleben also Ihr Engagement und das anderer als gesellschaftsverändernd?

**Steinweg:** Ja, langfristig, in vielen kleinen Schritten, aber es bewegt sich doch. Manchmal, wenn es so aussieht, als ob es alles nichts nützt, frage ich mich: Wie würde die Welt aussehen, wenn es diese Anstrengungen von so vielen Tausenden Menschen in den letzten 50 Jahren nicht gegeben hätte? Und davon bin ich überzeugt: sie würde viel schwärzer aussehen.

## Internationales Netzwerk Friedenspädagogik

In den letzten beiden Jahren fanden zwei Treffen des Netzwerks „Internationale FriedenspädagogInnen“ in Fulda, Deutschland, unter der Einbindung des Friedenszentrums der Universität Klagenfurt statt. Heuer fand die Tagung vom 15. bis 16. Oktober 2007 an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt statt, und 27 TeilnehmerInnen von Universitäten, Fachhochschulen, Bildungsinstitutionen und NGO's aus Deutschland, Italien, Schweiz und Österreich nahmen teil. Neben den bereits in Fulda diskutierten Defiziten und Herausforderungen der Friedenspädagogik wurden besondere Schwerpunkte genannt: Theorie und Praxis in der schulischen und universitären Bildung zusammenzudenken, Europäische Dimension der Friedenspädagogik ins Zentrum zu rücken, verkrustete Bildungslandschaften durch Friedenserziehung aufbrechen, Friedenspädagogik langfristig zu etablieren und die Friedenspädagogik durch eine kontinuierliche Evaluierung zu stärken. Eine gemeinsame Publikation zum Stand der Friedenspädagogik zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist gerade im Entstehen und erscheint im Sommer 2008 im Rowoldt-Verlag. Eine internationale Tagung zur Friedenspädagogik am Herbst 2008 in München ist bereits in Planung. Ziel dieser Tagung ist der Austausch des Forschungsstandes auf internationaler Ebene, die Vertiefung der Diskussion über spezielle Schwerpunkte und die Einbindung internationaler ReferentInnen und Jugendlicher, an die sich die Friedenspädagogik vor allem richtet.

Bettina Gruber

Unisono 04/2007, S. 21.



Auf unserem Bild von rechts Bürgermeister Helmut Marzenreiter, Initiator Hans Haidler (Hinter „Erinner“) und Universitätsprofessor Dr. Werner Wintersteiner vor dem Denkmal der Namen.

## Gedenken an die NS-Opfer

Auf dem Denkmal der Namen in der Widmannsgasse fanden die Lebensdaten von zwölf weiteren Opfern des Nationalsozialismus Aufnahme.

Seit 1994 versucht der Verein „Erinnern“ Aspekte der verdrängten nationalsozialistischen Vergangenheit unserer Stadt ins öffentliche Gedächtnis zu rufen. In einer Feier vor der Gedenkstätte wurde der Frauen, Männer und Kinder gedacht, die dem Rasenwahn der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind, in Konzentrationslager verschleppt und dort ermordet wurden, auf dem Weg in die Emigration zu Tode gekommen sind oder wegen ihres Widerstandes Opfer der NS-Gewaltherrschaft wurden.

**ERWÄHRUNG:** „Das derzeit 137 Namen umfassende Denkmal wird neu konzipiert und erweitert. Es kommen noch weitere 150 Namen hinzu, in erster Linie jene von Euthanasieopfern“, erklärte „Erinnern“-Initiator Hans Haidler.



Performance zum Thema „Strukturierte Gewalt an Jugendlichen“

## GEWALT MACHT ALLES KAPUTT

2. Kärntner Friedenskonferenz vom  
19. bis 20. November 2007

Seit nunmehr drei Jahren arbeitet das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik gemeinsam mit dem Landesinstitut Kärnten und dem Sozialpädagogischen Dienst der Berufsschulen an der Installation eines Alpen-Adria-Friedensnetzwerks mit Veranstaltungen, Netzwerkgruppentreffen und begleitender Dokumentation der Ergebnisse. Eine Publikation dazu erschien 2008.

Dabei stehen folgende Hauptziele im Vordergrund:

- Einrichtung einer ständigen Plattform im Sinne einer nachhaltigen Friedenspädagogik
- Jährliche Veranstaltung (Vertiefung des Netzwerkes mit Institutionen in der Region, koordinierte Behandlung einschlägiger Fragestellungen, konkrete Fortbildung für Lehrpersonen)
- Initiierung von Friedensprojekten an Schulen
- Partnerschaften im Alpen-Adria-Raum
- Vernetzung der friedenspädagogischen Schwerpunktung an den Universitäten Udine und Ljubljana

Die Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Spital präsentierte eine Ausstellung zum Thema „Gewalt macht alles kaputt“, die an der Universität gezeigt wurde, sowie eine Performance der Projektgruppe zum Thema „Strukturierte Gewalt an Jugendlichen“.

Der Friedensforscher Rainer Schöner gab in seinem Vortrag über „Wegs aus der Alltagsgewalt“ einen beeindruckenden Einblick in seine jahrelange Forschung und deren praktische Umsetzung in Richtung selbstreflexiver friedenspädagogischer Bildungsarbeit. Rüdiger Teutsch, Geschäftsführer des Interkulturellen Zentrums Wien, berichtete über internationale Schulpartnerschaften als friedenspädagogische Chance. Die Psychologin Andrea Plösch gab einen Einblick in Trends, Methoden und Grenzen der Mediation. Präsentiert wurden Projekte aller Altersstufen und aus dem schulischen und außerschulischen Bereich, wie z. B. Projekte aus der Volkshochschule, der Berufsschule, ein Projekt zum Thema „3 R's basen für den Frieden im Kosovo“ sowie ein Projekt „Peace count schools“ des Instituts für Friedenspädagogik. Als zentrales Anliegen wurde die Verankerung der Friedenspädagogik in einer entsprechenden Aus- und Fortbildung formuliert.

Bettina Gruber

Unisono 04/2007, S. 21.

**SPÄTER ABSCHIED.** Nach der Verlesung der Namen und dem Gedenken an den Abschied von Hedwig, Leon und Eva Linker, die ebenfalls der Gewaltherrschaft zum Opfer fielen – Schülerinnen und Schüler der 4b-Klasse der Mariasson-Hauptschule 4 ließen in ihren Texten Zeitzeugen zu Wort kommen – wurden vor dem Ehrenmal Blumen niedergelegt. Die Gedenkfeier hielt Universitätsprofessor Dr. Werner Wintersteiner von der Universität Klagenfurt. An der von einem Bläserquartett, des Kelag Blasikapelle musikalisch umrahmten Gedenkfeier nahmen auch Bürgermeister Helmut Marzenreiter und Vizebürgermeister Richard Pfeiler teil.

Villach, stadtzeitung 22/07, S. 36.





Der Fotograf James Nachtwey – Protagonist des Filmes

„The war photographer“ – bei der Arbeit.

Copyright Bild: Christian Frei Filmproduktionen

## POLITIK UND KRIEG IM KINO

Die Erinnerungen eines alternden Verteidigungsministers, das Schicksal junger Russen in Tschetschenien, der Alltag eines Kriegsphotografen und der Umgang mit der eigenen Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg: Diese Filmthemen bestimmten die bereits dritte „Politik im Film“-Reihe in Klagenfurt, die sich dieses Jahr mit „Politik und Krieg“ beschäftigte. Nach den Filmvorführungen stellten sich auch heuer wieder prominente Gäste dem diskussionsfreudigen Publikum. Veranstalter waren das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Universität Klagenfurt gemeinsam mit dem Department für Politische Kommunikation der Donau-Universität Krems und dem Landesjugendreferat Kärnten.

Den Auftakt machten der Kremser Politikwissenschaftler Peter Filzmaier und Oberst Karl Wohlgemuth vom Bundesheer, die sich aktuellen Aspekten von Krieg und Politik widmeten. Im Film „The fog of war“ sprach zuvor der frühere US-Verteidigungsminister Robert S. McNamara über seine Amtszeit, in die unter anderem die Kubakrise und der Vietnamkrieg fielen.

Nicht zuletzt durch ihre eigenen Reisen nach Tschetschenien konnte am nächsten Abend Susanne Scholl, langjährige Moskau-Korrespondentin des ORF, viel Aktuelles zum Film „Weiße Raben – Alptraum Tschetschenien“ beisteuern und die aktuelle Situation in Russland verdeutlichen. Die Dokumentation „The war photographer“ zeigte in weiterer Folge die Arbeit des bekannten Kriegsphotografen James Nachtwey. Presse-Journalist Thomas Seifert ergänzte die Debatte um Journalismus im Krieg durch die Schilderung selbst erlebter Kriegspropaganda im Irak. „Jenseits des Krieges“ beitrug Ruth Beckermann ihre Interviews, die sie mit BesucherInnen der Wehrmachtsausstellung geführt hatte. Die Diskussion mit der Klagenfurter Historikerin Tina Bahovec zeigte ebenso wie der Film, wie unterschiedlich Menschen die Vergangenheit verarbeiten und mit ihr umgehen. Die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen wie scheinbar überholten Themen unterstrichen sowohl dieser Abschlussabend als auch die Veranstaltung an sich.

Unisono 02/2007, S. 22.

## Internationaler Workshop Kulturelle Dimensionen von Konflikten

Am 21. und 22. Mai fand an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt der Workshop „Kulturelle Dimensionen von Konflikten“ des interfakultären Forschungsschwerpunktes „Kultur und Konflikt“ statt. Dieser wurde 2005 von der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung, vom Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien und vom Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik gegründet. „Kultur und Konflikt“ hat zum Ziel, Kooperationen in Bezug auf das Themenfeld „Kultur und Konflikt“ auf inhaltlicher Ebene zu intensivieren und daraus Schlussfolgerungen für methodische Konsequenzen, für nachhaltige Organisations- und Vernetzungsformen sowie für innovative Lehr- und Weiterbildungsangebote zu ziehen.

Der Workshop „Kulturelle Dimensionen von Konflikten“ war bereits der zweite Workshop des Forschungsschwerpunktes und diente der Bestandsaufnahme der Diskurse zum Begriff „Kultur“. Die sich in Vorbereitung befindende Publikation „Gewalt – Kultur – Konflikt“ stellt eine Dokumentationsform dieses Workshops dar und wird gleichzeitig durch Aufsätze namhafter Wissenschaftlerinnen ergänzt.

WissenschaftlerInnen sowohl österreichischer (Klagenfurt, Graz) wie auch internationaler Universitäten (Mary Washington University, Philipps-Universität Marburg, Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg) hielten spannende Vorträge, die das breite Spektrum der kulturellen Dimensionen von Konflikten erkennen ließen. Christopher Kilmartin sprach in seinem Vortrag über kulturelle Hintergründe der von Männern ausgeübten Gewalt, Fabian Virechow beschäftigte sich mit empirischen Analysen zu Samuel Huntingtons Thesen zum „Kampf der Kulturen“. Harald Haas schilderte psycho-politologische Hintergründe der gewalttätigen Konflikte zwischen PalästinenserInnen. Gabriele Dietze stellte verschiedene Konstruktionen des Okzidentals und deren Auswirkungen, insbesondere auf muslimische MigrantenInnen, vor. Maria do Mar Castro Varela ging in ihrem Vortrag auf Geschlechtergewalt, Religion und Migration aus Sicht des postkolonialen Feminismus ein, bevor Barbara Preitler den Bürgerkrieg in Sri Lanka und das Selbst- und Fremdbild der dabei beteiligten Konfliktparteien schilderte.

Zum Workshop befindet sich ebenfalls eine Publikation in Vorbereitung, die wir voraussichtlich im Frühjahr 2008 erscheinen.

Viktorija Radonić

Unisono 02/2007, S. 29.

## DEBATTE

WERNER WINTERSTEINER  
über Jörg Haiders Asylpolitik  
und den enormen Schaden im  
interkulturellen Dialog



## Ausgrenzung oder Dialog?

Die EU hat das Jahr 2008 unter das Motto „Interkultureller Dialog“ gestellt. Bevor die ersten offiziellen Aktionen anlaufen, hat es in Österreich bereits zwei Vorfälle gegeben, die diesen Dialog unterlaufen. Zum einen die gestiegenen Provokationen gegen den Islam durch eine steirische Provinzpolitikerin, die alsbald Entzug hervorgerufen haben und hier nicht weiter kommentiert werden sollen. Zum anderen die Ausweisung auf Verdacht von 18 tschechischen Asylwerbern durch den Kärntner Landeshauptmann. Maßnahmen wie diese führen dem interkulturellen Dialog enormen Schaden zu.

Bekanntlich wurden auf Anweisung von Jörg Haider drei asylsuchende tschechische Familien nach Traiskirchen deportiert: Einige Jugendliche dieser Familien werden verdächtigt, in der Silvesternacht an einer Schlägerei in Villach beteiligt gewesen zu sein, bei

der es mehrere Schwerverletzte gab. Obwohl die Untersuchung noch gar nicht abgeschlossen war, konnte es dem Landeshauptmann nicht schnell genug gehen: Sogar Schulkinder wurden in der Klasse geholt! Das ist in mehrfacher Hinsicht bedenklich.

Zum einen, dass der Landeshauptmann sich über die politischen Ermittlungen hinwegsetzt und damit Menschen vorverurteilt; zum anderen, dass hier eine Sippenhaftung ausgesprochen wird: Nicht die Täter werden bestraft, sondern ganze Familien werden zwangsweise weggebracht. Menschen,

die bereits durch den Krieg traumatisiert sind und in psychiatrischer Betreuung stehen, werden durch diese sinnlose Aktion erneut geschokt. Der Landeshauptmann von Kärnten brüsst sich, damit sein Bundesland von Gewalttätigen „gesäubert“ zu haben. Das heißt aber, dass er andere Bundesländer, Niederösterreich und die Steiermark, mit diesen Gewalttätigen „besucht“.

Dennoch ist Jörg Haider Vorwürfen zunächst auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen. Weder hat sich die Polizei gewehrt. Unterlagen aus einem laufenden Verfahren herausgegeben, noch

hat der Villacher Bürgermeister die Ausweisung „einer“ Flüchtlinge verhindert. Die politischen Parteien im Landtag (außer den Grünen) glänzen durch berufliche Schwächen. Erst nach Haiders weiteren Vorfällen regte sich Widerstand. Wie ist so viel Passivität zu erklären?

Offenbar wachen sich viel zu viele Menschen, dass die Dinge so einfach sind, wie der Landeshauptmann sie hinstellt: Jugendgewalt ist Gewalt ausländischer Jugendlicher. Die Gewalt ist immer die Gewalt der Anderen. Die Anderen müssen verschwinden, dann ist unsere Gemeinschaft wieder in Ordnung. Diese Auffassung ist aber selbst die Ur-Botschaft der Gewalt, und deshalb ist auf diese Basis kein interkultureller Dialog möglich.

Dr. Werner Wintersteiner ist nicht. Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

## DEBATTE

WERNER WINTERSTEINER  
über Feindbilder und die  
Kärntner Moscheendebatte



## Gefährliche Gebäude

Die Kärntner Landesregierung hat also ein Gesetz verabschiedet, um die „Gefahr“ von Moscheen und Minaretten zu verhindern. Doch es geht gar nicht um Islam und Muslime, man will einfach wieder einmal Feindbilder bedienen, um „unser Kärnten“ als bedroht darzustellen und den uralten Abwehrkampf neu zu organisieren. Das ist die Ersetzung der Politik durch den Mythos, worunter dieses schöne Land schon lange leidet. Der Mythos wird gebraucht, um von wirtschaftlichen Flops, bürokratischen Pannen, politischen Skandalen und allen Missereifolgen abzulenken, die Kärnten heute leider zu einem Schlussschlicht machen.

Obwohl wir das alles wissen, reagieren wir noch immer reflexartig: Sobald uns der Feind genannt wird, der unsere Landesinheit, unsere Sprache, unsere Identität oder was auch immer bedroht, schließen wir uns – „Kärnten frei und ungeteilt“ – zusammen „wie ein Mann“ und wehren uns.

Bislang haben die Kärntner Slowenen herhalten müssen, nicht, weil sie wirklich so gefährlich wären („Kärntner Urangst“), sondern weil sie schwach genug sind, um sie gefahrlos bekämpfen zu können. Die Folge: Bis heute gibt es nur einen Bruchteil an Ortschaften, es gibt kein konsequent zweisprachiges Pflichtschulwesen (denn die Hauptschulen sind nicht erfasst), und vor allem gibt es keine gelebte Kultur der Mehrsprachigkeit. Parole des Landeshauptmanns, der ei-

gentlich ein Vorbild sein sollte: „Kärnten wird einsprachig!“

Seit Jahrzehnten lähmt der so genannte „Minderheitenkonflikt“ die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes. Dabei gibt es, genau genommen, keinen Konflikt mit der Minderheit, sondern nur die Verweigerung der ihr zustehenden Rechte. Vor zwei Jahrzehnten hat der Kärntner Heimatdienst noch protestiert, dass eine slowenische Firma einen maroden Kärntner Betrieb aufgekauft und Arbeitsplätze erhält: „Haltet uns von Kärnten fern Betriebe mit dem Thörmern“.

Genau diese „Haltet uns von

## DIE THESE

Hauptsache,  
es sind Feind-  
bilder da, um  
Volksgemein-  
schaft zusammen  
und das  
Wahlvolk bei  
der Stange  
zu halten.

Kärnten fern“ Mentalität wird wieder belebt: gegen „EU-Chaoten“ oder eben gegen „muslimische Bedrohung“. Die Feinde sind austauschbar, Hauptsache, es sind Feindbilder da, gegen die man mobilisieren kann, um die „Volksgemeinschaft“ zusammen und das Wahlvolk bei der Stange zu halten. Es

ist, als würden wir in einem Theater namens Kärnten sitzen, wo endlos dasselbe Stück gespielt wird: Der Kasperl haut das böse Krokodil, das zur Abwechslung in verschiedenen Farben auftritt.

Solange das so ist, sind die gefährlichen Gebäude nicht die fiktiven Moscheen mit ihren virtuellen Minaretten. Nein, das gefährlichste Gebäude ist der Arnulfplatz 1 (Sitz der Kärntner Landesregierung), wo solche Schmierenkommödien erfunden und in Szene gesetzt werden.

Werner Wintersteiner ist Leiter des Kompetenzzentrums für Deutschdidaktik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.



Bildung und Erziehung haben Schlüsselfunktionen bei der Entwicklung demokratischer Gesellschaften und eines gewaltfreien Zusammenlebens. Anhand konkreter Themen zeigt der Band „Friedenspädagogik. Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven“, was Friedenspädagogik heute zu einer lebenswerten und lebensfähigen (Welt-) Gesellschaft beitragen kann. Die Beiträge diskutieren die Herausforderungen für die Friedenserziehung im aktuellen wie internationalen, politischen wie gesellschaftlichen Bezugsrahmen. Dabei wird Friedenserziehung als unverzichtbares Element von Friedenskultur gesehen. Die Notwendigkeit und Chancen ihrer Umsetzung werden anhand zentraler Themenfelder wie Feindbildkonstruktionen, Umgang mit der Vergangenheit und Dynamik sozialer Konflikte reflektiert. Ferner werden die Weiterentwicklung von Friedenserziehung gerade auch in ihrer internationalen Dimension sowie ihre stärkere fachwissenschaftliche Verankerung angemahnt. Das Buch wendet sich an Studierende, Pädagogen und PädagogInnen sowie Fachleute aus den Bereichen Bildung und Jugendhilfe, zivile Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit.

**Mit Beiträgen von** Georg Auernheimer, Christian Büttner, Friedrich Glasl, Renate Grasse, Bettina Gruber, Günther Gugel, Ulli Jäger, Ilse Schimpf-Herken, Dieter Senghaas, Reiner Steinweg, Werner Wintersteiner und Christoph Wulf.

Renate Grasse/Bettina Gruber/Günther Gugel (Hg.), **Friedenspädagogik. Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven**, Rowohltaschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg, 2008, ISBN 978 349955698 2, € 29,90



## 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich

Ein Vierteljahrhundert Politische Bildung in Österreich wurde maßgeblich vom Universitätslehrgang Politische Bildung geprägt, dessen Geschichte der vorliegende Jubiläumsband dokumentiert. Namhafte Wissenschaftlerinnen aus den Bereichen Politikwissenschaft, Geschichte, Medien, Pädagogik und Friedensforschung melden sich mit Rückblicken, Gegenwartsbegründungen und mit Blick auf zukünftige Aufgaben der Politischen Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich zu Wort. Hinzu kommt ein gemeinsames Vorwort von Bundesministerin Claudia Schmied und Bundesminister Johannes Hahn über die Ziele des österreichischen Regierungschwerpunktes 2008 „Demokratische Lernort“. Auch Vergleiche mit der Situation in Deutschland und in der Schweiz fehlen nicht.

Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.), **25 Jahre ULG Politische Bildung in Österreich**. facultas.wuv, Wien 2008, ISBN 978 370-890-267-8, € 29

Bettina Gruber,  
Kathrin Hämmerle (Hg.)  
**Demokratie lernen heute.**  
Politische Bildung  
am Wendepunkt  
Böhlau Verlag,  
Wien/Köln/Weimar 2008  
ISBN 978-3-205-77746-5  
€ 16, 95



Karim El Gawhary  
**Alltag auf Arabisch**  
(2. Auflage), Verlag Kremayr  
und Scheriau, Wien 2008  
ISBN 978-3-218-00783-2  
€ 19,90